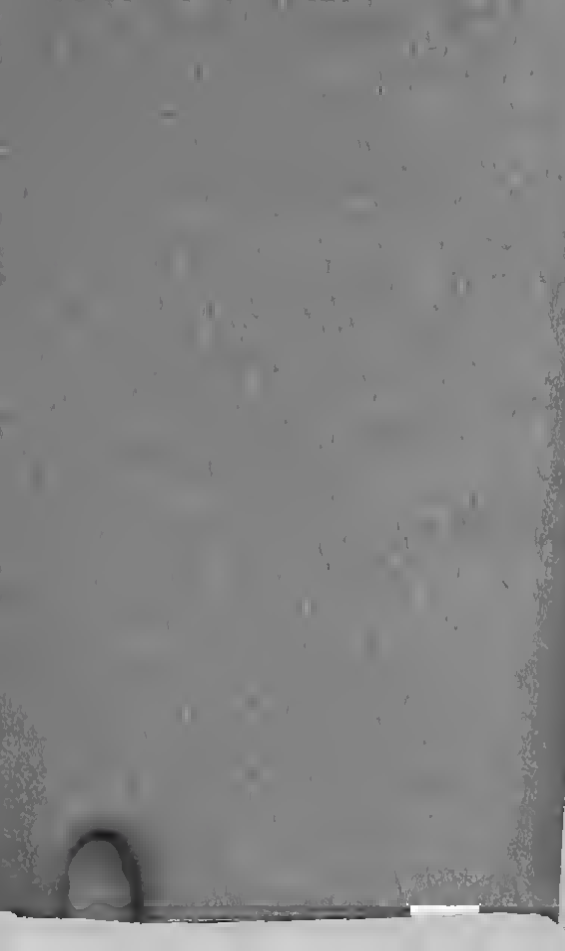
Erinnerungen aus der revolution in Württemberg

Paul Hahn

PROPERTY OF
The University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIÆ VERITAS

Württ Vereinigung

der oberen Reichspost u Telegraphen-Beamten



Zeitgenössische Memoirenwerke.

Das zwanzigste Jahrhundert ist für Deutschland eines der kritischsten und ereignisreichsten geworden, die ein Volk je zu bestehen haben kann. Die Verhältnisse türmen sich dementsprechend, insbesondere für Staatenlenker, Politiker und sonstige Führer meist neuartig, oft unermeßlich in der Nachwirkung, und teilweise zwingend.

Am Alltagsmaßstab gemessen, empfindet der Zeitgenosse zumeist nur die Härte, weniger die Wichtigkeit der Zeit. Man erfährt nur die Entscheidung, seltener die wirklichen Gründe der Lenker oder Parteien. Man lebt in der sich überstürzenden Gegenwart mit und verliert im Neuigkeitsschwall ohne genaue Aufzeichnungen sowohl den Blick für die großen Linien der Gesamtentwicklung, als auch die nachträgliche Beurteilungsmöglichkeit für Zwangslagen und die wichtigen Imponderabilien der damaligen Volksstimmung.

Es ist deshalb von besonderer Wichtigkeit zum Verständnis der heutigen Entwicklung die Ansichten, Berichte oder Aufzeichnungen der als Führer tätig gewesenen Männer persönlich — also unbeeinflußt von jener parteipolitischen Unduldsamkeit, die jeden Entschluß Andersdenkender nur mit einer Verdummungs- oder Lächerlichkeitsdosis vermengt berichtet — auf sich wirken zu lassen. Man sollte auch einmal einen anderen Standpunkt unverfälscht anzuhören bereit sein, um sich ein persönliches Urteil bilden zu können.

In diesem Sinne veröffentlicht der Verlag „Zeitgenössische Memoirenwerke“ von Führern der Zeit, ohne Ansehen der Partei, wodurch auch eine wertvolle unparteiische Vorarbeit für die Geschichtsschreibung späterer Zeiten geleistet wird.

Audiatur et altera pars!

Der Verlag.

Copyright by Verlag Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt,
Stuttgart 1922 — Druck Chr. Beiser A.G., Buchdruckerei in Stuttgart.

ZEITGENÖSSISCHE MEMOIRENWERKE

Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg

„Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung"

Von

Paul Hahn,

Oberpolizeidirektor

Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart

DD
801
.W8
H15

71-129

Württ. Vereinigung
der oberen Reichspost- u. Telegraphen-Beamten

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort mit Lebenslauf 7

Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg:

In der Heimatgarnison im Sommer und Herbst 1918 11
Als Ausbildungs- und Aufklärungsoffizier — Ursachen. — Stimmungen. — Wirkung — Drohende Anzeichen.

Der Ausbruch der Revolution in Württemberg 16
Der 8. und 9. November — Soldatenrat. — Garnisonsratvorsitzender.

Im Landesausschuß der Soldatenräte Württembergs 23
Landesausschußmitglied der Soldatenräte Württembergs — Leiter der Zentrale der Sicherheitskompagnien. — Organisation und Aufbau der Truppe.

Der Januarputsch 1919 30
Einzug in den neuen Bahnhof — Die Aktion vom 9./10. Januar. — 3. Jan. Demonstration vom 9. — Revolversitzung. — Verhinderungskommission — Tagblatt. — Akademie — Die Regierung im neuen Bahnhof — 10. Jan. Neue Demonstrationen. — Verhaftung der Spartakisten — Proklamationen. — Fischer und Crispien. — Vorbereitungen der Wahl zur Landesversammlung.

Die Entwicklung der Soldatenräte 43

Die Tätigkeit der Soldatenräte 47

Die politische Bedeutung der Soldatenräte 50

Die militärische Wirksamkeit der Soldatenräte 53

Die Sicherheitskompagnien 55
Entstehung und Ausbau.

Die Zentralleitung der Sicherheitskompagnien 63

Generalkommando und Kriegsministerium 65

Der Generalstreik im Frühjahr 1919 73
Einigung d. Proletariats — Generalstreik im Reich — Ausbruch in Württemberg. — Vorbereitungen der Abwehr — Kräfte. — Belagerungszustand. Demonstrationen 1. April — Aushebung des Aktionsausschusses. — Kämpfe. — Eßlinger Aktion — Besetzung Eßlingens. — Reservesicherheitskompagnien.

Der Zug nach Bayern 82
Politische Entwicklung der Verhältnisse seit Ausbruch der Revolution. — Eisners Ermordung — Attentat gegen Auer — Zentralrat. — Räterepublik oder Demokratie? — Rätekongreß — Regierung Hoffmann. — Württemberg und Bayern. — Ausrufung der Räterepublik. — Volkskommissare und Beauftragte — Regierung Hoffmann tritt nicht zurück. — Regierungssitz Bamberg — Räterepublik, Reich und Württemberg — Hilferuf Hoffmanns — Zusammenkunft in Ulm. — Württemberg sofort hilfsbereit — Gliederung — Ulm — Augsburg — Volkswehr — Vormarsch gegen München — Einkreisung und Kämpfe um München — Die Sicherheitstruppen und ihre Aufgabe — München befreit.

Auflösung der Sicherheitstruppen und Übernahme in die Reichswehr und Polizeiwehr 96
Kampf mit Soldatenräten und Kriegsministerium. — Der 21. Juli (schwärzeste Tag der Revolution) — Matrosenkompagnie — Sicherheitskompagnie 13 — Verwaltung und Wirtschaft der Sicherheitstruppen. — Polizeiwehr — Einwohnerwehr — Ministerium des Innern — Körperliche Erziehung und geistige Ausbildung der Polizeiwehr.

Seite

Verwaltung und Wirtschaft der Sicherheitstruppen . . . 106
Die Polizeiwehr 108
Körperliche Erziehung und geistige Ausbildung der Polizeiwehr 110
Die Einwohnerwehr und Verkehrswehr 112
Die Verkehrswehr 114
Ministerium des Innern 115
Der Kapp-Putsch 116
In Berlin. — General Haas. — Reichsregierung in Stuttgart. — Unruhen in Deutschland. — Note für Auflösung der Einwohnerwehr. — Wahlen.
Teuerungsunruhen und Steuerabzugsstreik in Württemberg 127
Direkt Regierungsumbildung. — Steuerabzug. — Eisenbahnerkundgebung vor Reichsverkehrsminister Gröner. — Durchlegen des Steuerabzugs.
Die Entwaffnung und Auflösung der Polizeiwehr und Einwohnerwehr 133
Die Verreichlichung des Polizeiwesens in Württemberg — Verstaatlichung der Polizei 136
Denkschriften. — Verstaatlichung. — Meine Abholsterung.
Nachwort 141
Anlage: Stellenbesetzung der Sicherheitskompagnien. 143

Vorwort.

Ein merkwürdiger Titel eines Buches — werden viele sagen und ihn glossieren.

Warum ich ihn wählte? Nicht aus Reklamesucht und Originalitätshascherei — auch nicht aus selbstgefälliger Eitelkeit heraus entstand er. Persönliches, Selbstgeschautes und Erlebtes will ich erzählen. Die Erinnerung will ich wachrufen bei allen denen, die in bewegter Zeit mir gehaffen haben, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die tätigen Anteil genommen haben an der uns durch die Entwicklung der Verhältnisse gewordenen Aufgabe, den jungen Staat zu schützen gegen seine Feinde. Mein Charakterbild schwankte im Urteil meiner Mitbürger. Je nach der Parteibrille, durch die ich betrachtet und mein Handeln beurteilt wurde, war ich bald Revoluzzer, Spartakist, Sozi, Demokrat, Reaktionär, Gegenrevolutionär, Revolutionstöter, Henkersknecht der Reaktion usw. Den Leuten von rechts war ich „der rote Hahn", denen von links der „Revolutionsemporkömmling". (Bezeichnend für die Konsequenz des Denkens bei den Kommunisten war ihr Abschiedsartikel anläßlich meiner Kündigung, überschrieben mit: Der abgesägte Emporkömmling.) Andere mehr oder weniger schmeichelhafte Bezeichnungen aus der Blütenlese parteipolitischer Benomsung einer Person, die den parteipartikularistischen Absichten hindernd und hemmend gegenübersteht, durfte ich auf mich angewendet sehen. „Wie man's macht, ist's falsch," war die Grundtendenz der Beurteilung meines Handelns von seiten meiner Gegner, deren es nicht wenige waren. Denn zunächst war ich doch ein Revolutionsemporkömmling, ein Revolutionsgewinnler, also schon soul. Dann war es doch von mir eine unglaubliche Anmaßung, daß ich als früherer Lehrer und späterer Kunstmaler in einem Metier machte, wo doch nur ein gestempelter Parteimann oder höherer Beamter oder alter Offizier den für das Amt notwendigen Verstand und die Fähigkeit besitzen konnte. Diese Erwägungen wurden aber erst angestellt, als es nicht mehr so gefährlich und die Doliering mehrer Stelle in begehrenswerter Höhe bekannt war. Zudem war ich noch so unglaublich jung — alles Gründe, die zur Ablehnung meiner Person und meines Handelns führen mußten.

Unbekümmert um das „Wohlwollen", das mir entgegengebracht und gezeigt wurde, nahm ich meinen Weg auf das Ziel, das ich mir gesetzt hatte, als die Verhältnisse mich auf meinen Platz und vor eine Aufgabe stellten. Mein Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit, mein Idealismus, die mich am 1. August 1914 als Kriegsfreiwilligen meine Pflicht

fürs Vaterland tun hießen, die waren es ausschließlich, die mich am 9. November nicht untätig beiseite stehen ließen, sondern von mir als Offizier und Staatsbürger forderten, mit anzufassen an der verfahrenen Karre unseres Staates, um sie wieder herauszuziehen aus dem Sumpf.

In bewegter Zeit mit der Aufgabe betraut, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, war es mir vergönnt, an der Erhaltung und Festigung unseres Staatslebens tätigen Anteil zu nehmen.

Früher als Befehlshaber der Sicherheitstruppen und später als Oberpolizeidirektor hatte ich Gelegenheit, persönlich und amtlich mit führenden Männern, Vereinen, Verbänden und Organisationen in Beziehung zu treten, die mit mir von demselben Willen beseelt waren, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes. Unter Zurückstellung persönlicher Anschauungen und privater Interessen griff allmählich das Vertrauen Platz, das notwendig war, um die gemeinsam übernommene Aufgabe zum Wohle der Allgemeinheit — des jungen Staates, zu lösen. In treuer Pflichterfüllung haben meine Offiziere, Beamten, Unterführer und Hilfswachtmeister sich eingesetzt, wenn es galt, den jungen Staat gegen seine Feinde zu schützen. Ihnen vor allen Dingen sei dieses Buch gewidmet, und dann jenen Männern der Tat, die als Reservesicherheitskompagnie und später als Einwohnerwehr sich hinter uns gestellt haben als starker Wall und Unterstützung, wenn der junge Staat uns rief zu seiner Verteidigung in den ersten Januartagen 19, beim Generalstreik 19, bei dem Zug nach München, beim Kapp-Putsch und beim Steuergeneralstreik. Der Erinnerung an gemeinsam übernommene Pflicht und tatkräftigem Handeln im Dienste des Vaterlandes sei ein Denkmal gesetzt in diesen Blättern. Sie erwecke den mächtigen Impuls in uns allen, wenn es not tut, uns aufs neue einzusetzen fürs Vaterland mit befreiender Tat, furchtlos und treu.

Persönliches.

Es wurde von meinen „Freunden" viel über mich geredet, behauptet und gelogen, weshalb es mir gestattet sei, einiges über meine Person zu sagen. Ich bin nicht der Schwiegersohn des früheren Staatspräsidenten Blos, meine Frau ist weder seine legitime noch illegitime Tochter, sondern eine geborene Herkomer, Bayerin, frühere Hofschauspielerin. Geboren wurde ich in Obertürkheim als Sohn des Schlossers Friedrich Hahn am 5. Juli 1883. Meine Mutter ist eine geb. Brandseph. In Eßlingen verbrachte ich meine Jugend, war ein wilder Bub, voll unbändiger Kraft, zu allen Streichen zu haben. Mühelos lernend, sollte ich Lehrer werden, während meine Neigung mich zur Kunst hinzog. Am Konfirmationstag erhielt ich während des Essens eine Tracht Prügel, weil ich meinem Vater erklärte, daß ich trotz bestandenen Examens zur Aufnahme in die Präparandenanstalt Nürtingen alles tun werde, damit ich aus dieser Anstalt herausgeworfen würde, um Maler werden zu können. Meinen Lehrern im Seminar machte ich viel Sorgen, nicht wegen des Lernens und Wissens, sondern um meiner Streiche willen, die sie in manchem Konvent beschäf-

ligten und mir viel Kurzer eintrugen. Als ich nach gut bestandenem Entexamen Lehrer war und fünf Jahre blieb, war mein Jugendwunsch, Künstler zu werden, das Ziel meines Strebens. Als junger Lehrer in Stuttgart besuchte ich in meiner freien Zeit als Hospitant die Kunstgewerbeschule, um dann, nachdem ich für das Weiterstudium einen 4jährigen Urlaub erhalten hatte, als Vollschüler zuerst in der Kunstgewerbeschule, später in der Lehr- und Versuchswerkstätte und in der Akademie der bildenden Künste mich dem Studium des Kunstgewerbes und der Kunst zu widmen. Eine herbe Zeit der Entbehrung war hinter mir, als ich im Jahr 1911 die Werkstätte für graphische Kunst gründete. Entwürfe für Graphik, Innenarchitektur und das übrige Kunstgewerbe verschafften mir bald eine aussichtsreiche Existenz, die den Gedanken, wieder zum Schuldienst zurückzukehren, immer mehr in den Hintergrund treten ließ. Als im Jahr 1912 mit den Vorbereitungen der Hygieneausstellung begonnen wurde, bekam ich als Atelierverband des städtischen Ausstellungsamts die Aufgabe, die Graphik und Innenausstattung der Ausstellung zu machen, was mir zwar einen Berg von Arbeit, aber auch künstlerischen und materiellen Erfolg brachte.

Bei Ausbruch des Weltkrieges stellte ich mich sofort als Kriegsfreiwilliger bei den weißen Dragonern (Drag. 25), kam im Oktober 1914 ins Feld und machte bei diesem Regiment alle Kämpfe mit in Nordfrankreich, Elsaß, Lothringen und Rumänien. Im August 1916 war ich Offizier geworden. Als im Frühjahr 1917 die Kavallerie eine große Anzahl Offiziere an die schwer geschwächte Infanterie abgab, kam ich als Zugführer, später als Kompagnieführer einer Maschinengewehrkompagnie zu Regiment 475, die Schlachten in der Champagne und vor Verdun bei diesem Regiment miterlebend. Nachdem ich, schon ruhrkrank, meine Maschinengewehrkompagnie bei der großen Abwehrschlacht der französischen Offensive im August 1917 bei Beaumont geführt hatte, überfiel mich in der darauffolgenden Ruhestellung Typhus und Malaria, die mich 4 Monate ans Lazarett auslieferten. Früher schon war ich am Kopf, Arm, Bauch und Oberschenkel verwundet worden, doch ohne außer einer starken Schwächung des linken Armes, der mir amputiert werden sollte, nennenswerten Schaden davongetragen zu haben. (Ich erzähle das deshalb, weil ein Kommunist im Landtag noch meiner Verabschiedung unter anderem Blödsinn behauptet hat, ich sei nie in der Front gewesen.)

Im März 1918 aus dem Lazarett entlassen, kam ich leider nicht zu meiner Kompagnie ins Feld zurück, sondern mußte zunächst in der Garnison meine volle Felddienstfähigkeit zu erlangen suchen. In Isny, der Perle des Allgäu, befand sich die 5. Ersatz-Maschinengewehrkompagnie (und das Ersatzbataillon des Gebirgsregiments), die für mich als Maschinengewehr-Offizier der 242. Infanteriedivision zuständig war. Die altertümliche Stadt mit ihren klassischen Architekturen aus einer reichen und blühenden Vergangenheit und einer wundervollen landschaftlichen Umgebung war mich nur geeignet, mich rasch wieder gesunden zu lassen, sondern weckte meine Lust zum Malen, die durch die kunstgewerbliche Tätigkeit vor dem

Krieg wenn auch nicht ganz erstorben, so doch zurückgedrängt und durch das große Geschehen des Krieges gehemmt worden war, zu neuem Leben und mächtigem Impuls. So entstanden in meiner freien Zeit eine Anzahl Bilder aus Isny und seiner Umgebung, die mich mit der Allgäulandschaft innig verwachsen und sie mir bis auf den heutigen Tag lieb und wert werden ließ, so sehr auch dienstliches und privates Erleben das Gegenteil hätte bewirken müssen. Hier in Isny auch begann dann beim Ausbruch der Revolution meine Tätigkeit, die in ihrer Auswirkung und Entwicklung mich nach Stuttgart brachte, um zuerst als Leutnant, dann als Befehlshaber der Sicherheitstruppen und später als Oberpolizeidirektor der staatlichen Ordnungspolizei mit der Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung betraut zu werden.

Wenn mir anläßlich meiner Verabschiedung in der Presse gewisse Verdienste um die Erhaltung des Staates zugeschrieben wurden, so verdanke ich dies mit in erster Linie der vertrauenden Mitarbeit aller derer, die mit mir von demselben Willen getragen und geleitet waren, anzupacken, zu handeln, um zu retten, was zu retten war aus dem Zusammenbruch des deutschen Volkes nach verlorenem Krieg — in der Revolution. Ihnen allen danke ich an dieser Stelle und drücke ihnen die Hand.

Stuttgart im Alten Schloß, Dezember 1922.

Paul Hahn.

In der Heimatgarnison im Sommer 1918.

Als im Frühjahr und Sommer 1918 unsere Heere im Westen mit ungeheuren Anstrengungen einen letzten Versuch machten, die Umklammerung unserer Feinde zu zerbrechen, mußte ich als Typhusrekonvaleszent in der Garnison Insy Maschinengewehrrekruten ausbilden. Als altem Feldsoldaten war mir der Betrieb in der Heimatgarnison unverständlich, ja bald zuwider. Was hier unter der Führung von frontentwöhnten Offizieren gemacht und ausgebildet wurde, entsprach nicht den Anforderungen der Front. Ohne psychologisches Verständnis für die anvertrauten Leute taten sie manches, um den alten Feldsoldaten, die nach Verwundung und Krankheit sich hier sammelten — den Dienst zu verekeln, die Stimmung zu verderben. Den jungen aber, die ausgebildet wurden, pflanzten sie durch ihr eigenes Vorbild keinen guten Geist ein. (Der Führer der 5. Ersatz-Maschinengewehrkompagnie war ein aktiver Offizier, der einige Wochen im Feld gewesen war und durch annähernd 4½ Jahre, ohne daß ihm etwas Tatsächliches fehlte, in der Heimatgarnison als Ausbildungsleiter tätig war. Die Bedürfnisse der Front kannte er natürlich nur vom Hörensagen — seine Felderfahrung basierte auf den ersten Wochen des Bewegungskrieges. Noch im Jahr 1918 wußte der Mann nicht, daß es keine Batterien zu 6 Geschützen mehr gab!)

Die Stimmung unter der Truppe wurde zusehends schlechter. Vergehen gegen die Disziplin, geheimes und offenes Schimpfen waren an der Tagesordnung. Da ich meinem Vorgesetzten gegenüber mit meinem Urteil über den Garnisonsbetrieb keineswegs zurückhielt (war ihm an Ledensoiter gleich oder gar älter), verscherzte ich mir bald dessen „Wohlwollen". Weil seine „frontfeindliche" Umgebung einen schlechten Einfluß auf ihn ausübte, zog ich mich von diesem Kameradenkreise zurück und verbrachte meine freie Zeit mit einigen gleichgesinnten Offizieren in der herrlichen Umgebung Insys beim Wandern oder Malen.

Ein „unbequemer Untergebener" — war ich meinen Soldaten ein umso mehr beliebter Führer, da ich trotz hoher Anforderungen im Dienst nie außer acht ließ, im Untergebenen den Menschen mit Ehrgefühl zu sehen, für dessen Bedürfnisse zu sorgen ich als meine vornehmste Pflicht erachtete.

Im September war ich Aufklärungsoffizier geworden und hatte nun Gelegenheit, die wachsende Mißstimmung unter der Truppe kennen zu lernen.

In kurzer Zeit gelang es mir, das Vertrauen der Leute soweit zu gewinnen, daß sie meinen Vorträgen mit Interesse folgten und mir Glauben schenkten. Mit absoluter Offenheit, soweit meine Instruktionen und mein Pflichtgefühl als Offizier es mir erlaubten, schilderte ich den alten und jungen Soldaten unsere damalige Lage, weckte in jedem das Gefühl und die Überzeugung der Notwendigkeit, alles einsetzen zu müssen, wenn wir nicht alles verlieren wollten. Und ich bekam den Eindruck, daß die Stimmung besser wurde; sie war ernst — voll Pflicht- und Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen getragen. Ich übernahm die Führung der sogenannten Feldabteilung, in der sich die Leute befanden, die abtransportbereit fürs Feld waren. Mit Gesang und in aller Ordnung zogen diese Abteilungen wieder zur Bahn, nachdem sie vorher noch in geradezu gefährlicher und disziplinuntergrabender Weise sich beim Ausmarsch aufgeführt hatten (offenes Schimpfen gegen den Ausmarsch, Schießen, Gehorsamsverweigerung, Beschimpfungen der Offiziere, namentlich des Kommandeurs und andere Widerlichkeiten). Meinem jetzigen Kommandeur (der frühere war nach 4jähriger ruhmvoller Garnisonstätigkeit an die Front gekommen, wo er nach einigen Tagen in geradezu unqualifizierbarer Weise wieder in die Heimat verschwand, seine Kampagne dort im Stich lassend), einem hochverdienten Frontkämpfer (schwer verwundet, tüchtig und als Mensch gut), erstattete ich des öfteren Bericht über die Stimmung in der Truppe. Da derselbe aber einen Augiasstall in disziplinärer und dienstlicher Beziehung vorgefunden hatte, mußte er mit Mitteln denselben auszuräumen versuchen, die die Verhältnisse in der Truppe nicht bessern konnten, sondern eher verschlechterten. Mir tat es leid um so viel guten Willen neben der Anwendung falscher Mittel. Hauptmann Z. war anfänglich auf Grund einer „verheerenden Qualifikation" gegen seinen Vorgänger gegen mich voreingenommen, was mich seelisch drückte, da ich in meinem Bestreben, als Sport- und Aufklärungsoffizier stimmungsbessernd auf die Truppe einzuwirken, mich gehemmt wußte durch das mangelnde Vertrauen zwischen uns.

Durch meine Vertrauensleute in der Truppe erhielt ich Mitte Oktober erstmals Kenntnis von revolutionärer Propaganda in derselben. Scharf bedachtend verfolgte ich jede Stimmungsäußerung bei meinen Leuten. Die Rückschläge an der Front reflektierten natürlich trotz der Verschwommenheit der Kriegsberichte sehr stark auf das Heimatheer. Namentlich die sog. Feldmannschaften wurden in ihrer Stimmung merklich beeinflußt. Das Vertrauen, das diese Leute zu mir hatten, ließ dieselben nur gegenüber offener sein, als dies sonst einem Vorgesetzten gegenüber der Fall gewesen wäre. So erfuhr ich es ziemlich regelmäßig, wenn neue Infektionskeime in Gestalt revolutionärer Flugblätter in die Truppe kamen. In meinen Vorträgen wirkte ich dieser geheimen Wühlarbeit dadurch entgegen, daß ich unsere damalige Lage mit möglichster Offenheit darstellte, die sittlichen Kräfte und namentlich das Verantwortungs- und Pflichtgefühl des Einzelnen der Allgemeinheit gegenüber zu wecken suchte, um der drohenden Demoralisation entgegenzuwirken.

Der Erfolg zeigte sich, die Leute glaubten mir. Die Angriffspunkte für Verhetzung wurden durch das Wissen, das Aufgeklärtsein über Dinge, die man vorher der Truppe verschweigen zu müssen glaubte, vermieden. Mit meinen Berichten über Stimmung und Zustand der Truppe, mit meinem Pessimismus in der Beurteilung der Lage, fand ich leider bei meinem Kommandeur kein Gehör. Ungläubiges Achselzucken und der Name „Kassandra“ und Aussprüche wie das deutsche Heer revoltiert nicht, waren die Gegenäußerungen auf meine Vorstellungen. „Mehr Aufklärung“ sollte zwar einsetzen — aber damit allein war's nicht mehr zu machen.

Als ich den Auftrag erhielt, zur Beerdigung eines gefallenen Kameraden nach Göppingen zu fahren, um den Truppenteil zu vertreten, machte ich darauf aufmerksam, man solle jemand anders dorthin senden, da ich meine Aufklärungsarbeit mehr verschiedene Tage aussetzen lassen wollte. Dies wurde mir als Reuteng ausgelegt und vorgehalten. Ich fuhr also nach Göppingen, zwar mit gemischten Gefühlen; als ich aber wieder zurückkam, merkte ich sofort, daß in der Zwischenzeit andere Kräfte am Werk gewesen waren, die die Truppe stark beeinflußt hatten. Sofort machte ich Hauptmann Z. hierüber Meldung. Im Vorzimmer wurde ich vom Feldwebel auf meine Bitte um persönlichen Vortrag mit dem Bescheid des Kommandeurs abgefertigt, er habe seine kostbare Zeit nicht zum Anhören von Kassandraberichten. Das war am 6. November.

Diesem Mangel an Urteilsfähigkeit der drohenden Gefahr gegenüber war ich machtlos. Ich meldete mich „krank“ mit der Bitte um Ablösung von meinem Posten als Aufklärungsoffizier, da ich die Verantwortung für die Stimmung der Truppe nicht mehr tragen konnte, nachdem die vorgesetzte Dienststelle die Sachlage nicht begriff.

Am 7. November erhielt ich die verbürgte Nachricht, daß in der Nacht eine Geheimversammlung der Soldaten der Garnison stattgefunden habe, wobei der Ausbruch der Revolution auf 9. festgelegt wurde.

Nach Kenntnisnahme des drohenden Ausbruchs einer Militärrevolte, die innerpolitische Auswirkungen schwerster Art haben mußte, meldete ich mich gesund, machte einen Bericht über das, was benachstand und stellte meine Dienste zur Verfügung. Antwort darauf erfolgte innerhalb einer halben Stunde.

Kommandierung zu einem 6wöchigen Funkerkurs nach Vaihingen a. F. Abreise sofort.

Ich ergab mich in mein Schicksal, zitierte wohl Talbot in Jungfrau von Orleans, vielleicht auch Götz von Berlichingen, packte meine Sachen zusammen und machte mich fertig, um Morgen des 8. November 4.55 Uhr nach Stuttgart und Vaihingen abzufahren. Bis zum Moment des Ausbruchs der Revolution fehlte es den Führern der Heimattruppen an jedem Verständnis für die Beurteilung der Lage, daher auch die Bestürzung, als die Revolution hereinbrach, daher das absolute Versagen der Truppenführung, handelnd in den kommenden Gang der Ereignisse einzugreifen zu können.

Die drohende Hoitung der Truppe und dumpfe Gerüchte über etwas Bevorstehendes hatte auch die Bevölkerung Isnys aus ihrem Bürgerschlaf emporgerüttelt. Auch in diesem Augenblick spielten einige energische Frauen eine Rolle, die manchen Mann erröten machen müßten, da ihnen das vornehmste Mannesrecht zu handeln, von Frauen aus der Hand genommen wurde. Durch das Betreiben zweier Offiziersfrauen beschäftigten sich in den Mittagsstunden der Generai von Moser, der Fürst Quadt und der ortsälteste Offizier von Isny, Major Veil, die von den Frauen Nachricht erhalten hatten, was vorging, mit der Lage der Dinge. Inzwischen waren von auswärts Anzeichen drohender Gefahr bekannt geworden. Jetzt überzeugten sich auch meine Vorgesetzten, die seither taub auf meine Vorstellungen gblieben waren, von der gefährlichen Situation.

Unter der Bevölkerung Isnys war bei dem engen Verhältnis von Garnison und Bürgerschoft meine Beliebtheit bei der Truppe längst bekannt geworden. Auch meine Abreise für den kommenden Tag wußten die Leute In einer Offiziersbesprechung wurde zur Lage Stellung genommen. Es kam in derselben zum Ausdruck, daß ich, von dem man wußte, daß er das Vertrauen der Mannschaften besaß, nicht abreisen sollte und dürfte.

Mein Freund Albrecht, ein beim Gebirgsersatzbataillon ebenso beliebter Offizier wie ich bei der Ersatz-Maschinengewehrkompagnie, suchte mich als Abgesandter der Offiziersversammlung auf, um mir die Notwendigkeit meines Bleibens auseinanderzusetzen Ich hatte oder genügend Erfahrung am Platze gesammelt, um froh zu sein, einen andern Ort der Dienstleistung aufsuchen zu dürfen. Erst als General Moser mir erklären ließ, daß meine Strafkommandierung aufgehoben würde und mein Kommandeur dies auch sofort aussprach, ließ ich mich dazu bestimmen, nicht abzureisen.

In einer Offiziersbesprechung gab ich eine Schilderung der Situation, wie ich sie mir vorstellte und dessen, was sofort und für die nächste Zukunft zu tun sei Das Offizierkorps bestimmte mich einstimmig zum Verhandlungsführer. Sehr gegen meinen Willen, nur meinem Pflichtgefühl folgend, begab ich mich in eine Situation, von deren Entwicklung ich nur Unangenehmes zu erwarten hatte. Ich war überzeugt, daß ich eines Tages das Mißtrauen nicht nur meiner Kameraden, sondern auch das der Mannschaften, ja des ganzen gutgesinnten Teiles des Volkes gegen mich hatte, da ich das Odium des revolutionären Offiziers auf mich nehmen mußte, wenn ich bewußt in die Revolution hineintrat, um zu retten, was zu retten war, um für Ruhe und Ordnung mich einzusetzen, um bewußt eine führende Rolle anzustreben, zunächst im engeren Kreis, später vielleicht an wichtigerer Stelle, damit der Vernunft in der Führung der Revolutionsentwicklung ein gewisser Einfluß gesichert war.

Das waren ungefähr die Gedanken, die ich meinen Offizierskameraden vortrug. Ich bat sie damals, das im Gedächtnis zu behalten, daß ich nur aus Pflichtgefühl nach der Sache widme, daß der Tag komme, wo ich gegen das Mißtrauen meiner übrigen Kameraden ihr Zeugnis brauche, daß es für mich Fortsetzung meines Dienstes sei, was ich als Offizier

in der kommenden Zeit zu tun habe. Die Entwicklung der Dinge gab mir recht.

In einer allgemeinen Offiziersversammlung, die sehr unter dem Zeichen der Überraschung stand — (in dieser Versammlung bekam ich erst so recht den überzeugenden Eindruck, welche Mängel und Zufälligkeiten die Auswahl zum Offizier beherrschten, denn das waren mit wenigen Ausnahmen keine Führer, sondern hilflose, ihres Fundaments beraubte Schablonen, keine Persönlichkeiten) — hatte ich nochmal die Situation klar gelegt, hatte Möglichkeiten der Beherrschung derselben erörtert und sofort wurde einstimmig auf meinen Vortrag beschlossen, daß einige Offiziere sich dazu bereit finden sollten, mit den erregten Soldaten zu verhandeln. Leutnant Albrecht und ich wurden vom Offizierkorps gewählt, die Interessen der Offiziere zu vertreten. Dieses Vertrauen unserer Offizierskameraden hätte uns sehr ehren können, wenn wir nicht gewußt hätten, daß nur die Furcht vor etwas Unbekanntem, dem man fassungslos gegenüberstand, die Herren Kameraden so bereitwillig finden ließ, uns etwas zu übertragen, was ihrer Mentalität vollkommen fremd war, da sich die wenigsten mit der Psyche ihrer Untergebenen befaßt hatten oder auf dieselbe eingestellt waren.

Ich trug in der Folge schwer daran, daß man mir als „revolutionärem Offizier" mißtraute, während die Gegenseite in mir den Reaktionär und Gegenrevolutionär sah und haßte.

Es war höchste Zeit zu handeln. Mein Freund Albrecht und ich nahmen sofort Verbindung auf mit der Truppe, er mit den „Gebirglern", ich mit den Maschinengewehrleuten, um bestimmenden Einfluß auf deren Beschlüsse zu bekommen. Der Abend des 8. November brachte, wie ich schon vorher erfahren hatte, folgende Situation: die Mannschaften hatten von sich aus nach dem Bekanntwerden der Vorgänge von Kiel und München eine große Soldatenversammlung einberufen, in der die Fragen besprochen werden sollten, die alle Gemüter beherrschten.

In aller Eile waren auf meinen Vorschlag die Stadtväter zu einer Sitzung zusammengetreten, an der Major Veil als Garnisonskommandeur, General Moser und ich teilnahm.

Auch diese Versammlung beschloß, daß ich im Namen der Bürgerschaft die Verhandlungen mit den Soldaten führen sollte.

Die Versammlung derselben war inzwischen zu Ende gegangen (im „Ochsen") und eine dort gewählte Kommission von Vertrauensleuten tagte im „Hirsch", um die Forderungen zu formulieren, die an die Offiziere zu stellen waren. Ich nahm als Bevollmächtigter sofort die Verbindung auf und erfuhr, daß die Beschlüsse für die Offiziere von weittragendster Bedeutung waren.

Die Soldaten hatten Vertrauensleute gewählt. Der Führer derselben war Unteroffizier Eberhard, im Frieden Architekt mit gutem Namen, gebildeter Mensch von besonnenem Charakter, mir persönlich gut bekannt als beherrschter und intelligenter Mann, der allerdings durch ungeschickte Behandlung von seiten der Offiziere gereizt und erbittert war. Die

Vertrauensleute sollten die Interessen der Mannschaften bei den vorgesetzten Dienststellen, die Wünsche und Beschwerden der Soldaten vertreten. Es waren genaue Forderungen aufgestellt, die andern Tags den Offizieren vorgelegt werden sollten. Würden dieselben anerkannt, sollten die Offiziere bleiben, würden sie dagegen abgelehnt, sollten die Offiziere abgesetzt werden.

Ich hatte sofort die Überzeugung gewonnen, daß nur durch ein verständnisvolles Eingehen auf die Forderungen der Mannschaften eine Katastrophe vermieden werden konnte.

Als Vertrauensmann der Offiziere von der Kommission anerkannt und freudig aufgenommen, tagten wir noch in der Nacht unter Zuziehung von Leutnant Albrecht, der von den Vertretern der Soldaten gerne aufgenommen wurde. Bei einer gemeinsamen Sitzung auf dem Rathaus zwischen Stadtvätern, den führenden Vertrauensleuten und Albrecht und mir wurde sofort ein Anschlag von Plakaten beschlossen, der in einem Aufruf die Bevölkerung und die Soldaten zur Besonnenheit und Ruhe mahnte und für die nächsten Tage ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Militär und Zivilbevölkerung forderte. Unterschrieben war der Aufruf vom Stadtschultheißen und einigen Gemeinderäten, von den Führern der Vertrauensleute der Soldaten und von Albrecht und mir im Namen der Offiziere. Es war Mitternacht darüber, als wir uns endlich zur Ruhe legten.

Erreicht war die Anerkennung der Offiziere als Führer und in den Forderungen der Soldaten die Vermeidung von Schärfen, die die Unterhandlungen unmöglich gemacht hätten — außerdem eine ruhige und sachliche Einstellung der Bevölkerung, welche die Gefahr einer Panik nicht befürchten ließ. Die Offiziere waren orientiert und eingestellt.

Der Ausbruch der Revolution in Württemberg.

Der 9. November brach an.

In Stuttgart im Kunstgebäude hingen von mir in der Kunstausstellung eine größere Anzahl Bilder, teils aus dem Feld, teils von Isny und seiner Umgebung. Ich telephonierte im Verlauf des Vormittags bei Hofrat Widenmayer an, um mich nach dem Erfolg der Ausstellung zu erkundigen. Während des Telephongesprächs sagte mir Widenmayer mit seiner bekannt sarkastischen Ruhe, daß die Republik Württemberg eben ausgerufen sei und auf dem Wilhelmspalais die rote Fahne wehe.

Die Ereignisse in Stuttgart hatten sich folgendermaßen entwickelt: Am 30. Oktober hatte bereits im Anschluß an eine Versammlung im Dinkelackerschen Saalbau eine Demonstration von 6000—7000 Arbeitern auf dem Schloßplatz und vor dem Wilhelmspalais stattgefunden, bei der folgende Forderungen gestellt wurden: sofortiger Waffenstillstand — Beseitigung des Belagerungszustandes und der Zensur. Volle Amnestie, Annullierung der Kriegsanleihen, Umwandlung des Heerwesens in ein

Volksheer, Beseitigung der Dynastien — sozialistische Republik. In einer Versammlung um Mitternacht unter freiem Himmel hatten die Daimlerarbeiter, die sich als Sturmtrupp der Revolution ausspähen und betätigten, die Forderungen des Manifestes der unabhängigen sozialistischen Partei Württembergs angenommen und sich zu deren Durchführung verpflichtet.

Am 4. November übernimmt die Spartakusgruppe der unabhängigen Partei die Führung der in Bewegung gekommenen Massen des Proletariats und drängt die mehrheitssozialistischen Führer zur Seite.

Die Bildung eines Arbeiterrats wird vorgesagt. Den Soldaten wird nahegelegt, einen Soldatenrat zu wählen. Stuttgart, Kiel, München und Friedrichshafen gelten als die Hochburgen des revolutionären Vortrupps.

Nachdem sich die Regierung in Württemberg nach zu einem letzten schwächlichen Versuch, der Bewegung Herr zu werden, durch die Verhaftung der Führer Rück, Talheimer und einiger anderer aufgerafft hatte, entgeht ihr das Steuer absolut, als am 9. November, morgens 9 Uhr der Generalstreik ausbricht. Ein vollständiges Versagen der Staatsautorität und ihrer Paladine, des Heimatheeres und seiner Führer ist das Hervorstechendste bei Vorgänge des 9. November.

Was beim Frontheer in vielen Fällen festzustellen war, der Mangel des psychologischen Verständnisses für die Truppe von seiten der Führer, der Mangel gegenseitigen Vertrauens, das war im Heimatheer in erschreckendem Umfang vorhanden.

Es lag dies daran, daß die Führer des Heimatheeres zwangsläufig nicht eine qualitative Auslese nach der positiven — sondern nach der negativen Seite vorstellten (abgesehen von wenigen Ausnahmen).

Unser Ersatz wurde von Leuten ausgebildet, die die Front kaum gesehen hatten, infolgedessen deren Bedürfnisse nicht kannten und deshalb einen Ersatz produzierten, der geistig und technisch nur unvollkommen geeignet war, die Lücken zu füllen, die an der Front leider immer fühlbarer entstanden.

Doch zurück nach Ulm. Nach meinem Telephongespräch mit Widensohler galt es sofort zu handeln, wenn nicht das Bekanntwerden der Entwicklung der Verhältnisse in Stuttgart im weitentlegenen Ulm Zustände erzeugen sollte, die eine vollkommene Disziplinlosigkeit der Truppe, ein vollkommenes Entgleisen aus der Hand des Führers, zur Folge haben mußte.

Auf 11 Uhr war eine allgemeine Soldatenversammlung einberufen, in der die formulierten Beschlüsse und Forderungen der von der Allgemeinheit der Soldaten gewählten Kommission der Vertrauensleute bekannt gegeben werden sollten.

Da in der Zwischenzeit sämtliche Offiziere die Forderungen dieser Kommission gebilligt und unterschrieben hatten, konnte nach Eröffnung der Versammlung als erstes bekannt gegeben werden, daß sich Offiziere und Mannschaften geeinigt hätten und daß die berechtigten Forderungen der Soldaten erfüllt wären. Damit war in der Ulmer Garnison der

Revolution, die in erster Linie gegen die Offiziere als den Trägern des niedergebrochenen alten Systems gerichtet war, von vornherein die Spitze abgebrochen. Kein Offizier war abgesetzt worden, die Offiziere hatten die Führung behalten. Für den Abend war die Wahl von Soldatenräten angesetzt. Bis zum Beginn dieser Wahlversammlung einigte ich mich mit den Vertretern der Soldaten dahin, daß selbstverständlich auch Offiziere zu Soldatenräten gewählt werden sollten, und daß die Offiziere mitwählten.

Die Versammlung stand unter dem Zeichen der Gemeinsamkeit von Offizieren und Soldaten. Sämtliche Offiziere der Garnison waren anwesend. Trotzdem gegen einzelne derselben große Mißstimmung vorhanden war, trat davon nichts in Erscheinung. Die Wahl vollzog sich in voller Ordnung. Die Wahlvorschläge erfolgten und wurden an einer großen Tafel angeschrieben. Von den Offizieren waren Leutnant Albrecht und ich vorgeschlagen worden, was von den Soldaten mit Beifall aufgenommen wurde. In mehreren Reden versuchte ich für die Wahl zu Soldatenräten nur Leute in den Vordergrund zu stellen, mal denen auf Grund ihres Alters und ihrer charakterlichen Einstellung vernünftig zu arbeiten war. Ich unterstrich die Anforderungen, die an einen Soldatenrat zu stellen seien und brachte es deshalb, unterstützt von meinem Freund Albrecht, leicht dahin, daß schon bei den Vorschlägen zur Wahl nur ernste und gediegene Männer als Soldatenräte in Betracht kamen.

Das Wahlresultat war für uns Offiziere unsagbar überraschend, als ich mit einem Vorsprung von 100 Stimmen vor meinem Freund Albrecht, dieser mit der zweithöchsten Stimmenzahl gewählt wurde. Der Soldatenrat [illegible] bestand aus einer Anzahl reifer, gebildeter und verständiger Männer, mit denen man die übernommene schwere Aufgabe wohl lösen konnte: Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Disziplin auf geänderter freier Grundlage fortzuführen, die Unantastbarkeit der staatlichen und privaten Güter und die Sicherheit der Person zu garantieren und durchzusetzen.

Eine aus den zuverlässigsten Leuten der Garnison gebildete Schutzwache stand zu diesem Zwecke dem Soldatenrat [illegible] zur Verfügung.

Ohne irgendwelche Gewalttätigkeiten hatte sich die Revolution friedlich vollzogen, die Offiziere waren in ihren Stellungen geblieben, die Befehlsgewalt lag in ihren Händen. Bei Ausübung der Disziplinarstrafgewalt und bei Ansetzung des Dienstes traten die Soldatenräte als Kontrollorgane beratend neben sie. Das Leben in der Garnison hatte keinerlei Unterbrechung erfahren. Die Geschäfte und der Dienst wickelten sich genau so ab wie bisher. Die Disziplin hatte zwar einen ungeheuren Stoß erhalten, war aber gewährleistet durch einen auf die Notwendigkeiten des Dienstes eingestellten Soldatenrat, in dem 2 Offiziere die Führung hatten. Das Losgelöstsein von den in der Landeshauptstadt erfolgten Ereignissen mit ihren die straffe Organisation der Verwaltung und der Befehlsgebung lockernden Auswirkungen bestimmte uns, als erste Maßnahme die Sicherstellung der Verpflegung der beiden Garnisonen Leutkirch und Isny anzustreben. Die bürgerlichen zivilen Behörden wurden sofort davon in

Kenntnis gesetzt, daß der Soldatenrat Jsny die vollziehende Gewalt an sich genommen habe und daß die seitherigen Regierungsorgane ihr Amt unverändert weiterzuführen hätten unter Kontrolle der Soldatenräte Vom Kommunalverband Leutkirch und Wangen-Jsny wurde die Sicherstellung der Verpflegung für die beiden Garnisonen gefordert und auch sofort zugesagt Eine Überprüfung der Lebensmittelbestände ergab, daß voraussichtlich drei Monate ohne Zufuhr von außen die Verpflegung der Zivilbevölkerung und Soldaten gewährleistet war.

Die nächste Aufgabe war die Sicherung des Staatseigentums in Gestalt der ungeheuren Mengen von Bekleidung, Material, Ausrüstung, Waffen, Munition und Pferden, was durch die freiwillige Unterordnung der Mannschaften unter die Anordnungen des Soldatenrates auch ohne weiteres erreicht wurde. Einige Verstöße gegen Ordnung und Disziplin wurden so strenge geahndet, daß Wiederholungen unterblieben. Dann galt es Verbindung zu suchen mit den in Stuttgart inzwischen entstandenen Gewalten: dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte und der Provisorischen Regierung. Zur Vereinfachung der Geschäfte wurden die beiden Garnisonen Leutkirch und Jsny in ihrer soldatenrätlichen Vertretung vereinigt. Zum Vorsitzenden dieses vereinigten Garnisonrates wurde ich gewählt. Es gab viel zu tun. Beschwerden von allen Seiten mußten angehört und ausgetragen werden. Die Entlassung der Mannschaften wurde in die Wege geleitet und durchgeführt, mit allen Reibungsketten, Wünschen und Einholung von Ratschlägen für den Übertritt ins Zivilleben kamen die Leute eben zum Soldatenrat, der raten und helfen sollte. Die Offiziere beschwerten sich über die zunehmende Lockerung der Disziplin. Versammlung der Garnison, donnernde Philippika gegen die Zuchtlosigkeit und Faulheit namentlich der Rekruten. Der Soldatenrat enttäuschte seine Wähler sehr häufig durch die Erhöhung der von den Fahrern verhängten Strafen. Die jungen Jahrgänge wurden sofort als die rentierlichsten — entlassen. Die wilden Heimkehrer von der Front wurden am Bahnhof durch Wochen in Empfang genommen, entwaffnet und nach Erledigung der notwendigen Formalitäten (Aufnahme von Dienstbeschädigungen, Veradfolgung des Entlassungsanzuges und der Verpflegung und Löhnung in Geld) entlassen und abtransportiert. Namentlich die Einkleidung zur Entlassung zeigte immer wieder die grundsätzlich verschiedene Auffassung zwischen Soldatenrat und Soldaten. Für letztere konnte an ihrem Entlassungsanzug nichts gut und neu genug sein, während wir anderer Auffassung waren. Die Vorräte mußten für die noch an der Front stehenden bezw. auf dem Rückzug befindlichen Kameraden aufbewahrt werden. Eine Revolte, die von Grappen- und Frontdeserteuren an der Bekleidungskammer inszeniert wurde, und zu der man mich rasch halte, konnte nur dadurch unterdrückt werden, daß ich mit gezogenem Armeerevalver den Hauptschreiern erklärte, sie niederzuschießen, wenn sie ihre Absicht zu plündern ausführen wollten. In Zukunft ging die Einkleidung der zu Entlassenden unter Bedeckung vor sich, wie auch die Lager stets

scharf bewacht wurden. Die Bildung einer zuverlässigen Sicherheitstruppe ergab sich so aus den Verhältnissen heraus. Der Durchzug österreichischer und bayrischer Truppen, die auf dem Weg von der Front nach ihrer Heimat Oberschwaben und das Allgäu berührten, legte eine gewisse Vorsicht nahe und veranlaßte uns, zum Schutz des flachen Landes, der zerstreut liegenden Ortschaften und Bauerngehöfte einen straffen Melde- und Sicherheitsdienst durch Telephon und Telegraph und fliegende Kolonnen auf Kraftfahrzeugen, mit Maschinengewehren ausgerüstet, zu organisieren. Leutnant Albrecht übernahm bald die Führung dieser Sicherheitskompagnie und brachte Schwung und Disziplin in dieselbe hinein, so daß die Sicherheitskompagnie 13 Jany bald die zuverlässigste und beste Truppe der neuen Wehrmacht des Volksstaates Württemberg wurde und blieb. Bei einem Besuch in Stuttgart im Kriegsministerium und im Landtagsgebäude, wo sich der Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates niedergelassen hatte, bekam ich keinen vertrauenerweckenden Eindruck von den Verhältnissen, die sich hier zeigten und ihre Entwicklung nahmen. Das Hervorstechendste für mich war die harmlose Einstellung der maßgebenden Faktoren gegenüber der Sicherstellung des Schutzes von Person und Eigentum, der Erhaltung des neuen Staates durch Schaffung einer zuverlässigen Sicherheitstruppe.

Am 21. November hatte die erste Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs stattgefunden. Hauptgegenstand der Tagesordnung war das Organisationsstatut, das die Kompetenzen der Soldatenräte als Kontrollorgane festlegte und ein Aktionsprogramm aufstellte, wonach die Tätigkeit der Soldatenräte innerhalb der Truppe sich abzeichnete als mitbestimmend in der Befehls- und Kommandogewalt und in der Kontrolle aller Befehle und Maßnahmen der vorgesetzten Behörde.

Anfang Dezember war vom stellvertretenden Generalkommando eine Konferenz von Vertretern aller Garnisonen nach Stuttgart einberufen worden, um zur Organisation einer zuverlässigen Sicherheitstruppe Stellung zu nehmen. Der sich immer mehr entwickelnden Disziplinlosigkeit und Desorganisation der Truppe sollte Halt geboten werden durch Schaffung von Verbänden aus zuverlässigen Leuten. Die Sicherung des staatlichen und privaten Gutes und der Person und der Schutz des neuen Staats vor Angriffen von links und rechts sollte Aufgabe und Zweck der neuen Organisation sein. Dieser Konferenz wohnte ich als Abgesandter der Garnisonen Leutkirch und Jany an. Der Vertreter des Generalkommandos, Hauptmann Krais, führte den Vorsitz. Er mußte manches hören über die mangelnde Initiative des Generalkommandos in der zur Debatte stehenden Sache. Ich war erstaunt über die Direktionslosigkeit der Veranstaltung, die doch hätte gut vorbereitet sein müssen mit klarem Programm und Organisationsentwurf als Grundlage der Verhandlungen. Es kennzeichnete die damalige geistige Verfassung des stellvertretenden Generalkommandos als oberstem Organisationskörper, daß der Organisationsentwurf erst während der Verhandlungen erarbeitet werden mußte,

nachdem stundenlang hin- und her- und aneinander vorbeigeredet worden war. Erst als der Vertreter von Ludwigsburg und ich auf Grund der Erfahrungen in der Aufstellung unserer schon bestehenden Sicherheitskompagnien die Sache in die Hand nahmen, entstand ein brauchbarer Entwurf aus der Wirklichkeit und für die Praxis. Nachdem nach Vertreter des Ministeriums des Innern und der Landespolizei beraten hergezogen worden waren, kannte der Entwurf gegen den Widerstand der Delegierten von Hellbrann, einem Spartakisten, der in der geplanten Organisation eine solche von „weißen Garden" roch, als brauchbare Unterlage zur Schaffung einer neuen Macht angesprochen und in die Tat umgesetzt werden. Dazu war es aber noch notwendig, die Genehmigung des Landesausschusses der Soldatenräte dezw. der am 11. Dezember zusammentretenden II. Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs zu erhalten. Ich war zu derselben mit noch zwei Vertretern von den Garnisonen Leutkirch und Isny als Delegierter entsandt. Der als Kontrollorgan des Landesausschusses der Soldatenräte beim stellvertretenden Generalkommando sitzende „Kamerad Linse" übernahm die Aufgabe, über die geplante Organisation der Sicherheitstruppen zu referieren. Die II Landesversammlung stand im Zeichen der Unzufriedenheit der Delegierten der Garnisonen mit dem Wirken des seitherigen 7gliedrigen Landesausschusses. Dieser Unmut dichtete sich naturgemäß vor allem gegen „Kamerad Linse" als dem Kontrollorgan beim stellvertretenden Generalkommando, dessen Verfügungen in den ersten Wochen der Revolution weder klärend und ordnend die neuartigen und schwierigen Verhältnisse durchdrangen noch Wandel schufen in dem Chaos der Desorganisation des Heeres. Alle Schuld an diesen keineswegs verwunderlichen Zuständen wurde „Kamerad Linse" beigemessen — sehr zu Unrecht; denn dieser nette und von den besten Absichten geleitete Feuerwerker-Soldatenrat konnte den Verfügungen des Generalkommandos das nicht geben, was ihnen fehlte und ihnen das nicht nehmen, was überflüssig und deplaziert war. Die Versammlung der Soldatenräte Württembergs wurde beherrscht durch die Eifersucht der drei größten Garnisonen Württembergs aufeinander. Keine gönnte der andern den bestimmenden Einfluß und die Führung. Ulm und Ludwigsburg wachten eifersüchtig darüber, daß Stuttgart nicht die Führung bekam und umgekehrt. Es war zunächst ein Theater, wie die einzelnen Garnisonsligaen die kleineren Garnisonen zur Gefolgschaft für ihre Interessen köderten und animierten. Das auf der ersten Landesversammlung beratene Organisations- und Aktionsprogramm sollte angenommen werden. Alle Fragen, die in der Zwischenzeit aufgetaucht waren (und es waren deren nicht wenige) sollten erörtert werden. Namentlich aber verlangte das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften dringend nach Klärung. Die Erhaltung der ungeheuren militärischen Güter, deren Verschleuderung durch die fortschreitende Desorganisation des Heeres drohte, sollte durch entsprechende Maßnahmen gesichert werden (Sicherheitstruppen).

Die Offiziere standen im Brennpunkt der Erörterungen. Große

Schwierigkeiten hatten sich mit fortschreitendem Zerfall der Disziplin für die Kommandostellen und deren Aufgaben ergeben, was zu Unzuträglichkeiten und Mißständen schlimmster Art führen mußte. Was an Ungeschicklichkeiten und Unrecht im Verlauf des Weltkrieges von einzelnen Offizieren den Untergebenen je zugefügt worden war, kam jetzt — maßlos aufgebauscht — als blinder Haß gegen den Offiziersstand überhaupt und gegen jeden einzelnen Vertreter zum Ausdruck und äußerte sich in einem durch 4½ Jahre gehemmten, darum um so stärkeren Impuls, von maßloser Ungerechtigkeit begleitet. Allerorten wurden Offiziere beschimpft, mißhandelt, abgesetzt und davongejagt.

Meine erste Rede in dieser II. Landesversammlung richtete sich mit rücksichtsloser Offenheit und drastischen Worten von schwäbischer Deutlichkeit gegen diesen Wahnsinn, und als ich, an den Gerechtigkeitssinn jedes Einzelnen appellierend, die Tatsache erwähnte, daß dieselben Läuse und Wanzen auch den Offizierstanzen gepeinigt haben und die meisten Offiziere dasselbe gefressen hätten und ebenso verwundet und getötet worden seien wie die Soldaten, und daß unter letzteren viel mehr Schweinehunde gewesen seien als unter den Offizieren, da hatte ich den Weg zum Herzen und zur Vernunft der Versammelten gefunden. Auf meine Frage, ob nicht jeder der Anwesenden mindestens einen Offizier kenne, der seine Pflicht getan habe und dem er Vertrauen und Anerkennung zollen müsse, antwortete mir allgemeiner Beifall. Die Blicke, die mißtrauisch und feindlich meine Offiziersuniform bemerkt hatten, wurden freier und freundlicher. Mein Antrag auf Bildung einer Kommission, die alle Unzuträglichkeiten und Anschuldigungen gegen Offiziere objektiv prüfen mußte und namentlich die ungerechte Entlassung derselben revidieren sollte, fand Annahme.

Auch in der Frage der Ablegung der Reichskokarde war ich mit meinem Antrag durchgedrungen, nachdem ich das Lächerliche und Undeutsche dieses Unsinns gebührend gebrandmarkt hatte.

Dieses zweimalige Auftreten als Offizier mit bewußter gegensätzlicher Einstellung zur Allgemeinstimmung der Versammlung zeitigte das Resultat, daß ich das Vertrauen der Mehrheit so weit gewonnen hatte, daß sie mich als Delegierten zum Reichszentralsoldatenrat nach Berlin schicken wollte, was ich aber ablehnte. Inzwischen war nämlich durch das ungeschickte Referat des „Kamerad Linse" über die Organisation der Sicherheitskompagnien die Schaffung derselben als Versuch der „Bildung weißer Garden" mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Und dieses Kind, bei dem ich Pate gestanden hatte, galt's zu retten, wenn nicht die Entwicklung der Verhältnisse zum Chaos führen sollte, aus dem es nichts mehr zu retten gab, als das nackte Leben. Russische Zustände, wie sie von der Spartakusgruppe unter Führung der Hörnle, Schreiner, Münzenberg, Thalheimer, Rück und Konsorten angestrebt wurden, mußten durch sofortige Schaffung einer zuverlässigen Truppe in den Händen der Regierung unmöglich gemacht werden. Deshalb war mein ganzes Sinnen und Trachten darauf eingestellt, der Landesversammlung die Notwendigkeit der abgelehnten Organisation nahe zu legen und durchzubringen. Nach

vorhergehender Übereinkunft mit Kamerad Linse nützte ich die vorhandene Stimmung der Versammlung gegen ihn aus, als ich den Antrag einbrachte, über den durchgefallenen Entwurf nochmals referieren zu dürfen, was angenommen wurde. Als Eingang meines Referats gebrauchte ich das Bild vom sterbenden Löwen und dem Esel, der ihm einen Tritt versetzte. „Kameraden, es ist nicht fein, daß man dem sterbenden Löwen den Eselstritt versetzt. Ich will zwar nicht damit sagen, daß der Kamerad Linse ein Löwe ist und ich der Esel bin, aber . . ."

Durch diesen billigen Witz, der die Lacher auf meine Seite brachte, versetzte ich die Versammlung in die notwendige Stimmung, um nach halbstündigem Referat meinen Antrag auf Zustimmung der geplanten Organisation angenommen zu sehen. Ich hatte es aber auch vermeiden, wie Linse von weißen Garden zu sprechen. Gleichzeitig hatte ich durch das Referat das Vertrauen der Versammlung in einem Maße erworben, daß ich in den auf 21 Köpfe erweiterten Landesausschuß der Soldatenräte gewählt wurde. Damit wurde ich aus dem liebgewonnenen Ulm nach Stuttgart verpflanzt und vor eine Aufgabe gestellt, die mir keineswegs leicht erschien unter dem Eindruck der Stimmungen und Ereignisse der Landeshauptstadt.

Im Landesausschuß der S.R. Württembergs.

Am 13. Dezember war die erste Sitzung des neugewählten Landesausschusses, in der die Verteilung der Mitglieder als Kontrollorgane für die einzelnen Ressorts vorgenommen wurde. Auf dem Kriegsministerium kontrollierten 4 Mitglieder, auf dem Generalkommando 4, im Arbeitsministerium 2, bei der Intendantur 1, 3 widmeten sich der Presse und Propaganda, 3 bildeten den Vollzugsausschuß und ich übernahm im Generalkommando die Organisation der Sicherheitstruppen, nur verantwortlich dem Landesausschuß der Soldatenräte. In einem kleinen Zimmer der Kriegsbergstraße als Abteilung Ia 10 H des Generalkommandos entstand die Zentrale der Sicherheitskampagnien. Meinen Soldatenratskollegen Stäbler vom Ersatzbataillon des Württembergischen Gebirgsregiments, der dort die Versorgungsabteilung geführt hatte, verschrieb ich mir als Schreiber. Ein Mann von tadellosem Charakter (Geometer im Zivilberuf), unermüdlich in der Arbeit, treu und zuverlässig, erfahren in allen Angelegenheiten des Dienstzimmerbetriebs, war mir Stäbler während des Aufbaus und in der Entwicklung der Organisation bis zu meinem Abschied von der Staatlichen Ordnungspolizei, wo er als Repräsentator der Polizeibefehlsstelle tätig ist, ein ausgezeichneter Mitarbeiter.

Zunächst galt es mit möglichster Beschleunigung aus dem in der Auflösung begriffenen disziplinlosen Haufen des württembergischen Heeres diejenigen herauszufischen, die nach verhältnismäßig zuverlässig und disziplingeneigt waren. Dazu brauchte man aber vor allem Führer, die

mitarbeiten wollten und die die Fähigkeiten hatten, eine neue Truppe auf die Beine zu bringen, sie zusammenzuhalten und mit neuem Geist, mit Pflichtgefühl und Disziplin zu erfüllen. Es waren nur wenige Offiziere, die nach Ausbruch der Revolution ihre eigentliche Führerpflicht und -Fähigkeit bewiesen, indem sie trotz der ungeheuren Schwierigkeiten und Anfeindungen, denen sie gegenübergestellt wurden, auf ihrem Posten ausharrten im Interesse höherer Gesichtspunkte, die gerade jetzt ins Auge zu fassen waren. Der Mangel an politischer Einsicht und Verständnis beim Gros, namentlich der aktiven Offiziere, zeigte sich jetzt in passivem Beiseitestehen und verständnisloser Verurteilung derer, die anders dachten und handelten. Ich selbst bekam manches dagon zu fühlen und zu hören, daß ich mich als Offizier in den Sumpf der Reaktion hineinstelle und mit Hand anlegte, um wieder aus demselben herauszukommen. Besonders denkwürdig blieb mir eine Offiziersversammlung im Museum, wo ich auf meine Bitte um Unterstützung und Mitarbeit von seiten der Offiziere höhnisches Gelächter und verächtliche Bemerkungen als Antwort bekam. Aber das alles konnte mich nicht abhalten, das Ziel anzustreben, das ich mir gesteckt hatte. Ein Berg von Arbeit mußte geleistet, ungeheure Widerstände und Schwierigkeiten mußten überwunden, Mißtrauen auf der einen Seite weggeräumt, Vertrauen auf der andern Seite erkämpft werden. Das Ziel war hoch gesteckt, der Einsatz groß. Aber wenn es gelang, die Hindernisse zu überwinden, die Aufgabe zu lösen, so war die Garantie gegeben für eine ruhige Weiterentwicklung der Revolution zum Segen und Nutzen unseres geliebten Schwabenlandes.

Schon bei der zweiten Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte unter dem Vorsitz des Kriegsministers Fischer bekam ich den Eindruck, daß dieser intelligente und gewandte Gewerkschaftssekretär in der Vizefeldwebeluniform wohl mehrheitssozialistisch redete, aber durch seine Passivität gegenüber meinen Forderungen auf Unterstützung der Neuorganisation den Radikalen Helferdienste leistete. Während des Januarputsches trat er ja dann auch zu den Unabhängigen über. Mit einer Konsequenz, die seine Doppelrolle verständlich machte, verhinderte er alle von mir geforderten Befehle und Verfügungen zum Aufbau der Sicherheitskompagnien, indem er mir die Unterschrift versagte oder sie hinausschob. Ich brauchte aber den Truppenteilen und ihren Führern gegenüber eine Legitimation dez. vom Kriegsminister unterzeichnete Befehle oder Verfügungen, wenn ich Mannschaften und Ausrüstung verlangte, um brauchbare Einheiten zu organisieren. Nachdem ich mit absoluter Offenheit die Sabotageabsichten des Herrn Kriegsministers gekennzeichnet und zum Vorwurf gemacht hatte, erzwang ich vom Landesausschuß der Soldatenräte eine **Vollmacht**, über den Kopf des Kriegsministers weg handeln zu dürfen im Interesse der raschen Organisation und Aufstellung der Sicherheitstruppen. Das „Wahlweiler" des Herrn Kriegsministers besaß ich nicht mehr, dafür aber die Möglichkeit raschen und hemmungslosen Handelns. Am 25. Dezember hatte ich, da außer in Ulm und Ludwigsburg aus dem Bedürfnis der Unsicherheit der Zeit heraus Sicherheits-

abteilungen entstanden waren, 3 Kompagnien unter selbstgewählten Führern notdürftig zusammengeschweißt zur Verfügung, die Sicherheitskompagnien Jena, Ulm und Ludwigsburg. In Stuttgart waren außer der Matrosenkompagnie noch zwei weitere Kompagnien in Bildung begriffen, die Kompagnie des Leutnants d. R. Fahr, der sich mit als erster Offizier zur Verfügung gestellt hatte und die Kompagnie des Leutnants d. R. Wildermuth.

Am Morgen des Christfestes, als ich eben mit zwei höheren Beamten des Postamtes und der Generaldirektion den telephonischen Meldedienst und die notwendigen Vorbereitungen für etwaige Truppenverschiebungen auf der Bahn besprochen hatte, ließ sich bei mir ein rüstiger und ehrwürdiger alter Herr melden, der sich als Ministerpräsident Blos von der provisorischen Regierung vorstellte. Er erkundigte sich nach dem Stand meiner Organisation, da er gehört habe, daß ich Truppen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufstelle und organisiere. Wir unterhielten uns über die Lage und ich freute mich aufrichtig, dem Mann, der in der schwersten Zeit den verantwortungsvollen Posten eines Ministerpräsidenten zu übernehmen den Mut hatte, die Versicherung abgeben zu können, daß ich ihm in kurzer Zeit eine zwar kleine, aber zuverlässige Macht für die Regierung zur Verfügung stellen könne.

Schon Ende Dezember zeigten sich die ersten Anzeichen, daß die Revolution vom 9 November von dem radikalen Flügel der Unabhängigen und den Spartakusleuten „weitergetrieben" werden sollte. Solange die Regierung keine Macht hatte, auf die sie sich im gegebenen Augenblick stützen konnte, war ihr Bestand in Frage gestellt. Mit fieberhafter Eile wurden aus den Truppenteilen der Heimat und den von der Front heimkehrenden Regimentern die zuverlässigsten Leute herausgezogen, um in den Sicherheitskompagnien gesammelt zu werden. Leider fand ich bei den Kommandeuren der Regimenter zunächst weder Verständnis noch Unterstützung. Im Gegenteil — meine Anforderungen von Mannschaften und Ausrüstung stießen auf passiven oder aktiven Widerstand. Weder das Generalkommando noch das Kriegsministerium waren imstande, über leere Versprechungen hinaus etwas für mich tun zu können oder zu wollen.

Am 29. Dezember hatte ich Generalmajor von Strübel Vortrag gehalten über den Stand der Organisation und ihm rückhaltlos Aufschluß gegeben über meine Beobachtungen und Erfahrungen. Meiner Bitte, sämtliche Kommandeure der in Stuttgart und Cannstatt liegenden Truppen zu einer Besprechung aufs Generalkommando zu bestellen, wurde entsprochen. Auf Grund meiner Generalvollmacht, die auch von der Regierung bestätigt worden war, Alle Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutze der Regierung und der Arbeiter- und Soldatenräte notwendig waren, verlangte ich Unterstützung von seiten der Feldtruppenkommandeure in Bestellung von Mannschaften, Ausrüstung, Material und Waffen. Aber das Bild, das die Führer der Regimenter von ihren unterstellten Truppen entwarfen in bezug auf Disziplin und Zuverlässigkeit, war geradezu verheerend. Meiner konkreten Frage, auf wieviele Mannschaften ich von jedem

Regiment zu rechnen hatte, wurde die Antwort: Kein Mann und kein Offizier.

Ich ließ mir nun Offiziere nennen, die bei den Mannschaften großes Vertrauen hatten, die also auf Grund ihrer Führerpersönlichkeit geeignet gewesen wären, Kristallisationspunkte einer sich neu bildenden Truppe zu werden. Aber entweder hatten solche Offiziere keine Lust oder keine Gesolgschaft.

Der Pessimismus in der Beurteilung der Lage, der bei dieser Besprechung zum Ausdruck kam, war nicht gerade geeignet, ermutigend und fördernd auf meine Stimmung und Arbeit einzuwirken.

Meine späteren Erfahrungen und die Entwicklung der Organisation ergaben Gott sei Dank ein wesentlich anderes Bild als es von den Kommandeuren gezeichnet wurde. Man erhielt hier denselben Eindruck wie während meiner Frontzeit je weiter weg von der Truppe, desto unklarer die Erkenntnis von der Wirklichkeit der Dinge. Ich zog mir als Lehre aus dieser Erfahrung, daß man mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören müsse, um klar zu erkennen, wie es steht.

Der dem damaligen Kriegsminister Fischer zur Seite stehende stellvertretende Kriegsminister Generalleutnant v. Hofacker war von mir über die passive Haltung der Truppenkommandeure und deren hemmende Einwirkung auf meine geplante Organisation aufmerksam gemacht worden. Nachdem ich ihm offen und vorbehaltslos die Richtlinien meines Wollens und mein Ziel auseinandergesetzt hatte, erbat er sich, durch persönliche Schreiben an die Betreffenden mir die Wege zu ebnen, was ich dankbarst annahm. Bald verspürte ich auch die Wirkung seiner zugesagten Unterstützung. Ich bedauerte sehr, als wenige Tage darauf Generalleutnant von Hofacker seine gewiß nicht beneidenswerte Stellung als stellvertretender Kriegsminister niederlegte — verstehen konnte ich's.

Eine besondere Aufmerksamkeit schenkte ich dem Nachrichtendienst. Nach dem Grundsatz „Die Gefahr kennen, läßt sie vermeiden" mußte ich darnach trachten, über die Umtriebe der Spartakisten orientiert zu sein, damit ihre Pläne zum Sturz der Regierung und zur Wertertreibung der Revolution von vornherein unterbunden werden konnten. Es bedeutet eine Harmlosigkeit ohnegleichen, wenn bis auf den heutigen Tag die Herren Kommunisten und ihnen nahestehende Ahnlichdenkende mit ihrer bewußt staatsfeindlichen Einstellung sich über den Nachrichtendienst als Spitzelunwesen aufregen und ihn heftig angreifen. Daß sie selbst in ihrer illegalen Organisation ein bis ins kleinste ausgebautes Nachrichtensystem zur Bespitzelung nicht nur ihrer benachbarten Parteigenossen unterhalten, sondern alle Staatseinrichtungen, Organisationen und Parteien überhaupt in den Bereich ihrer Spitzeltätigkeit ziehen — ist etwas ganz anderes, zumal nicht nur nach russischem Vorbild, sondern auch mit russischem Geld gearbeitet wird.

Zahlreiche Angriffe im Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats wurden gegen mich eingeleitet wegen meines Nachrichtenapparats, unzählige Anspielungen im Landtag und in der kommunistischen Presse

mußte ich bis in jüngster Zeit über mich ergehen lassen. Die Wut über das Mißlingen ihrer Umsturzpläne mag als berechtigt anerkannt werden, aber man uns zu verlangen, daß man sich der Abschlüsse der Herren Kommunisten nicht vorher zu vergewissern sucht, ist eine unverschämt dumme Dreistigkeit, die man nur von dieser Seite erwarten darf und über die man zur Tagesordnung übergeht. Daß aber auch die Mehrheitssozialdemokratie, nachdem sie Regierungspartei geworden war und von ihr staatspolitische Einsicht für die staatsnotwendigen Belange erwartet werden konnte und mußte, in der Frage des Nachrichtendienstes eine eigenartige Stellung einnahm, kann auch nicht durch ihre Erfahrungen entschuldigt werden, die sie während der Zeit ihrer Oppositionsstellung im früheren Staat machen mußte.

Als in den ersten Januartagen die Gerüchte über einen Putsch sich verdichteten, als vor allen Dingen das Beispiel von Berlin, wo seit Tagen erbitterte Kämpfe zwischen den Spartakisten und den Regierungstruppen stattgefunden hatten, anreizend auf die Spartakisten in Württemberg zu wirken begann, als die „Rote Fahne" in blutrünstigen Artikeln zum Generalstreik und zum Kampf rief, da wurde es auch für mich Zeit, gefechtsklar zu machen. Als Auftakt hatte am 4. Januar im Anschluß an eine Soldatenversammlung auf dem Schlachtplatz unter Anführung des Spartakisten Schreiner und mit Unterstützung des „Roten Soldatenbundes" eine Demonstration stattgefunden, die am Kriegsministerium ihr Endziel hatte. Dasselbe wurde gestürmt, die Offiziere in Uniform mißhandelt (namentlich auf die Achselstücke war es abgesehen) und die Waffensammlung des Kriegsministeriums, obwohl an sich unbrauchbare Waffen, auseinandergerissen und zum Teil zerschlagen. Kriegsminister Fischer spielte bei dem Vorgang keine rühmliche Rolle. Der Spartakusbund und der „Rote Soldatenbund" arbeiteten mit allen Mitteln der Verhetzung und Aufpeitschung in Arbeiter- und Soldatenkreisen, um die Revolution vorwärts zu treiben. In der Nacht vom 7. auf 8. Januar hatte ich den neuen Bahnhof als taktisch wichtigen und beherrschenden Punkt besetzen lassen und nahm dort selbst Quartier. Der neue Bahnhof, kaum halb fertig, war leicht zu verteidigen, beherrschte durch seinen Turm nicht nur die ganze Königstraße, sondern auch die Anlagen, den alten Bahnhof, den Schloßplatz und sämtliche Zugangsstraßen zu demselben. In aller Eile wurde der neue Bahnhof als Gefechtsstand eingerichtet, mittels Telephonleitungen die Verbindung mit den Standquartieren der Sicherheitskompagnien hergestellt, die Verpflegung und Unterkunft der von auswärts berufenen Sicherheitskompagnien sichergestellt und die Besetzung so durchgeführt, daß die Verteidigung absolut garantiert war.

Im neuen Bahnhof waren damals untergebracht die Paßstelle, die Bahnhofsektion I, das Architekturbureau Banatz-Schaler und die Abrechnungsstelle einer Feldmarketenderei. Diese mußte dran glauben und rasch ausziehen, was mit einigen Zwischenfällen vor sich ging, da der Hilfszahlmeister, der hier ein geruhiges Dasein fern von den Ereignissen der Welt geführt hatte, nicht die notwendige rasche Einstellung auf unsere Bedürfnisse finden konnte, was er uns mächtig übel nahm.

Da wir uns von der Wichtigkeit seiner Abrechnungstätigkeit über Dinge, die längst getrunken und gegessen waren, nicht so tief überzeugt zeigten, wie er es war, ließ er sich sogar zu Äußerungen hinreißen, die ihm nicht gut bekamen. Zwei kleine Zimmerchen, der Boden mit einigen Strohsäcken belegt, ein roher Tisch und mehrere Feldtelephone, das war die Unterkunft für die nächsten Tage und Wochen.

Der Regierung hatte ich am 7. Januar Vortrag über die Lage gehalten, den Stand meiner Organisation geschildert und von ihr eine Vollmacht verlangt, angesichts der Lage die Maßnahmen ergreifen und die Vorbereitungen treffen zu dürfen, um den Schutz und Bestand der Regierung und damit des neuen Volksstaates garantieren zu können. Meine Darstellung der Lage wurde von Crispien und Fischer als falsch bezeichnet, meine Nachrichten über die Absichten der Spartakisten und Unabhängigen als gemeine Spitzelarbeit gebrandmarkt, ich selbst aber als gefährlicher Reaktionär hingestellt, dem man keinesfalls — unter Androhung der Ablehnung der Verantwortung — die verlangte Vollmacht geben dürfe. Ich erhielt sie aber doch und zwar gegen die Stimmen von Crispien und Fischer, was einen Sturm der Entrüstung bei diesen beiden und durch sie veranlaßt, bei einer gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats auslöste, namentlich aber bei dem radikalen Teil des Arbeiterrats, in dem Unfried, Wolcher, Sletter als Spartakisten, Großhons, Fousel und Engelhardt als Unabhängige das große Wort führten. Dieser radikale Klüngel sah mit wachsendem Unbehagen die Entstehung meiner „Weißen Garden“, von denen sie sich für ihre Putschabsichten natürlich keiner freundlichen Haltung zu gewärtigen hatten. Schon meine Eigenschaft als Offizier stempelte mich zum Reaktionär mit dusteren Gegenrevolutionsabsichten. Daß man mir auf die Finger sehen mußte, war ausgemachte Sache. Da man von dieser Seite selbst mit dem Plan umging, die Regierung zu stützen und die Revolution weiter zu treiben, so nahm ich diesen Putschhilfetönen ihr Geschrei nicht weiter übel, sondern antwortete auf ihre Anpöbelungen mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit, die ihren Haß nach steigerte. Doch hatten die fortgesetzten Verdächtigungen als Reaktionär, Gegenrevolutionär und „Organisator weißer Garden“ den Erfolg, daß die Mehrheit des Landesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates in oben erwähnter gemeinsamer Sitzung pflichtschuldigst auf einen Antrag der Kommunisten und Unabhängigen heremsiet, mir eine Aufsichtskommission zur Seite zu stellen. Dieselbe bestand aus Unfried und Gräter vom Arbeiterrat, Wicker und Grunert vom Soldatenrat, und hatte den Auftrag, die Maßnahmen zu überprüfen, die ich zum Schutze des Volksstaates für notwendig erachtet hatte, damit nichts Nachteiliges für diesen daraus entstehe. Mit aller Entschiedenheit wehrte ich mich gegen diese Bevormundung, drang aber bei der lasschen Haltung der übrigen nicht durch. Mit diesem Beschluß, der für mich im entscheidenden Augenblick verhängnisvoll werden konnte, hatte sich am andern Tag die Regierung zu befassen. Bei der Regierungssitzung waren die beiden Vorsitzenden des Landesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Jannke und Wicker zugegen.

um die Forderung auf diese „Verhinderungskommission" zu erheben. Ich meinerseits forderte nun eine Generalvollmacht für den Fall des Eingreifens bei etwa ausbrechenden Unruhen. Es war doch geradezu widersinnig und kennzeichnet die harmlose Einstellung des Landesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats genügend, daß ausgerechnet ein Führer der Spartakisten, die die Regierung auf Tod und Leben bekämpften, zum Mitglied einer Kommission gewählt wurde, von deren Genehmigung im entscheidenden Augenblick mein Eingreifen gegen die Spartakisten abhängig gemacht werden sollte. Das hieß nicht nur „den Bock zum Gärtner setzen", das war Selbstmord aus Dummheit. — Die Regierung war bestürzt über die Zumutung. Nur Crispien und Fischer fanden aus begreiflicher Einstellung die Sache in Ordnung. Na, ich war gespannt, wie die Sache sich entwickelte. Die Regierung war in keiner beneidenswerten Lage, ich aber nach wenigen Sie war damals noch sehr auf die Mitwirkung des Landesausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte angewiesen, ein Bruch in diesem Moment konnte verhängnisvoll werden für ihren Bestand. Nach hatte sie kein Instrument der Exekutive, auf das sie sich stützen konnte — das war erst im Aufbau begriffen —, zwei Tage später hatte sie es. Temperamentvoll hatte ich gegen die Vergabe der Kommission, vor allem deren Mitglied Unfried gesprochen. Ich verstand es zwar, daß Ministerpräsident Blos dem Antrag sich beugen mußte in der damaligen Lage, ich wußte auch, daß die Kommission durch mich in dem Augenblick ausgeschaltet wurde, wo ich handeln mußte — oder die schon vorhandenen Schwierigkeiten komplizierten sich ins Groteske und die Regierung schob nur die Verantwortung zu für das Gelingen oder das Versagen im gegebenen Augenblick mit all seinen Folgen. Die entstandene Situation war kaum erträglich. Einen Moment schwankte ich, ob ich nicht Schluß machen sollte. Ich war ans Fenster getreten. Staatspräsident Blos sagte zu mir: „Ein Mann wie Sie wird auch mit dieser Kommission fertig." Wir verstanden uns, als ich ihm erwiderte „Jawohl!" Damit war mein Entschluß gefaßt, mein Handeln festgelegt.

Die erhaltene Vollmacht lautete: Sämtliche Vorbereitungen, die zur Abwehr von Unruhen, insbesondere zur Vermeidung von Blutvergießen notwendig erscheinen, werden dem Leiter der Sicherheitstruppen, Leutnant Hahn, überlassen. Insbesondere soll er ermächtigt sein, dafür zu sorgen, daß nicht unberufene Demonstranten sich der Waffen bemächtigen. Auch wird festgestellt, daß, wenn Wachposten oder einzelne Abteilungen tatsächlich angegriffen werden, sie zur Erwiderung der Gewalttätigkeit zur Abwehr berechtigt sind. (!) Nur der Befehl zum Eingreifen des Sicherheitsdienstes mit der Waffe soll mit der Zustimmung einer aus Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte und Regierung bestehenden Kommission erfolgen. (!!)

Stuttgart, den 8 Januar 1919 Die Provisorische Regierung:
Blos, Boumann, Liesching, Lindemann, Heymann, Kiene
Für den Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates:
H. Zermick Fr. Wicker.

Criſpien und Fiſcher hatten nicht unterſchrieben.

Daß ich mit dieſem gewundenen und das, was ich gewollt hatte, nicht erfüllenden Schriftſtück nichts anfangen konnte, iſt klar. Man überließ es nur, mich mit den durch dieſe papierene Vollmacht gezogenen Grenzen und Hemmungen abzufinden. Ich war entſchloſſen, meine Aufgabe reſtlos zu löſen. Durch ein Papier ließ ich mir keine Grenzen vorſchreiben und die Freiheit des Handelns beſchränken.

Der Januar-Putſch 1919.

In Berlin tobten gewaltige Kämpfe. Die Regierung Ebert-Hauſe-Scheidemann ſollte durch eine Regierung Liebknecht-Ledebour erſetzt werden. Die Seele des Aufſtandes waren Liebknecht und Roſa Luxemburg. Einige Tage hatten die Aufſtändiſchen Erfolge — es wurde viel verhandelt. Als aber Noske, der Kommandierende der Marken, Freiwillige organiſierte und die Regierung ſich zum rückſichtsloſen Handeln entſchloß, konnte ſie mit Hilfe regierungstreuer Truppen und Verbänden von Freiwilligen und Studenten den Kampf zu ihren Gunſten zur Entſcheidung bringen. Im Höhepunkt der Entſcheidung, am 9. Januar, ſollte das Feuer auch in Süddeutſchland, in Stuttgart, entfacht werden.

Meine Sicherheitstruppen ſtanden ſeit 8. Januar ſprungbereit.

Für den 9. Januar waren Demonſtrationen geplant, veranſtaltet vom Spartakus- und Roten Soldatenbund und den Unabhängigen, die dann auch ſtattfanden. Das Eigenartige dieſer Demonſtrationszüge war die „Bedeckung durch Bewaffnete" des Roten Soldatenbundes, Zweck und Ziel Abſetzung der Regierung und des Stadtparlaments. Die treibenden Kräfte der Bewegung, Hörnle, Schreiner, Münzenberg, Rück, Unfried, Waicher, Barthels, Janus und einige waſchechte U. S. P.-Leute hetzten unermüdlich zum Weitertreiben der Revolution. Vor dem Staatsminiſterium, Arbeitsminiſterium, Rathaus ſtauten ſich die Maſſen und verlangten die Abdankung der Miniſter und des Oberbürgermeiſters Mattags wiederholten ſich die Anſammlungen namentlich vor dem Ständehaus, wo eine denkwürdige Sitzung des Landesausſchuſſes des Arbeiter- und Soldatenrats ſtattfand unter Aufſicht der Demonſtranten. Dieſe „Revolverſitzung" ſtand unter dem Eindruck von Handgranaten und Armeerevolvern, da Angehörige des „Roten Soldatenbundes" nicht nur die Haus- und Saaleingänge beſetzt hatten, ſondern auch auf der Galerie des Sitzungsſaales der 1. Kommer, wo die Verſammlung tagte, für ihre Führer den nötigen Hintergrund bildeten. Alle Augenblicke drangen Soldaten in den Saal ein und verlangten, die Sitzung natürlich unterbrechend, ſofortige Antwort auf ihre Forderungen, da ſie ſonſt die Verantwortung für die Haltung der brüllenden Menge vor dem Hauſe nicht mehr übernehmen und ſie nicht mehr halten könnte. (Eine der Hauptforderungen war die Abgabe von 1000 Gewehren und Handgranaten, die aber abgelehnt wurde.) Die Verſammlung bewilligte die „Benützung der Druckerei des Neuen Tagblattes"

Digitized by Google

zur Herstellung der „Roten Flut" für Propagierung des Generalstreiks, ferner die Absetzung des Gemeinderats (anbehältlich der Genehmigung durch die Regierung) Das für mich wesentlichste aber war die Wahl des Exkriegsministers Schreiner zum Mitglied der „Verhinderungskommission". Köstlich ist die Begründung im Protokoll einer Sitzung, in der ich den Landesausschuß über die damals gemachte Dummheit interpellierte: „Der Landesausschuß bewilligte nur deshalb die Forderung auf Wahl Schreiners, weil er sich davon eine Kaltstellung und Beaufsichtigung Schreiners versprach." (Wohl durch Unfried!!) Die Forderung auf Auslieferung von 1000 Gewehren und Handgranaten zur Bewaffnung der Demonstranten wurde abgelehnt. Doch hatten die Putschisten genug Waffen. Sie besaßen vor allen Dingen die Fahrbereitschaft des K. d. K. (Kommandeur der Kraftwagen) in der Akademie, bei der ein Panzerwagen, ein K.-Flakgeschütz, Maschinengewehre und andere Schußwaffen mit einer großen Menge Munition und Handgranaten griffbereit vorhanden waren. Es charakterisiert die Lage, wenn ich die Tatsache anführe, daß schon Tage vor dem 9 Januar ohne die Unterschrift Unfrieds kein Wagen dieser Fahrbereitschaft mehr zu irgend welchem Zweck zu haben war. Die Angehörigen der K. d. K. waren unter ihrem Führer Wäscher treueste und gehorsame Anhänger der Spartakusgruppe. Auch im Fliegerhorst Böblingen standen die Getreuen Unfrieds bereit mit Flugzeugen, doch wurden sie am Losfliegen durch die zuverlässige Haltung des übrigen Teiles der Fliegerbesatzung verhindert.

Die Regierung hatte es vorgezogen, sich der beabsichtigten Gefangennahme und Absetzung durch die Demonstranten zu entziehen.

Ich saß im neuen Bahnhof und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Über die Vorgänge in der Stadt und in der 1. Kammer wurde ich dauernd informiert. Selbst der Verhinderungskommissär Unfried hatte mir von dort aus angerufen und mir den Beschluß der Versammlung mitgeteilt, wonach über die Tagblattdruckerei verfügt wurde. Ich erklärte ihm auch sofort, daß das einen Angriff auf das Eigentum darstelle, der mich zum Eingreifen zwinge. Der telephonische Anruf Unfrieds bewies, daß es ihm nicht wohl war bei diesem Beschluß, denn sonst hätte er mich nicht angerufen. Trotz der harmlosen Darstellung Unfrieds traute ich der ganzen Sache nicht und telephonierte auf dem „Tagblatt" an Herr Hermann an der Direktion erwiderte mir auf meine Frage, ob das Tagblatt besetzt sei: „Ich kann mich nicht gut aussprechen." Auf meine weitere Frage „Warum nicht?" erwiderte er: „Das können Sie sich denken warum." Damit wußte ich genug. Das Tagblatt war von Spartakisten und Rotem Soldatenbund besetzt und zur Verteidigung eingerichtet worden. Militärische Leitung Kumerow. Hörnle und Rück hatten sich als Redaktion etabliert, Frau Hörnle übte namentlich über die Telephongespräche eine Art Überwachungsdienst aus, damit keine Gespräche geführt wurden, die der Besatzung hätten verhängnisvoll werden können. Der Dichter Max Barthels und Janus gehörten zur Besatzung. Damit war für mich der Fall des Eingreifens mit den Sicherheitstruppen gegeben. Ich war sofort

entschlossen, diesen Übergriff der Spartakisten gegen die Sicherheit von Person und Eigentum als Versuch beginnenden Terrors und Diktatur des Proletariats mit Schärfe zurückzuweisen. Zunächst aber hatte ich mich mit meiner Kontrollkommission auseinanderzusetzen. Ihre Entstehungsgeschichte habe ich erzählt, durch den neuhinzugewählten Exkriegsminister Schreiner wurde sie mir noch angenehmer als sie vorher schon war. Zur Ausübung seiner Funktion kam er selber nicht in den neuen Bahnhof. Er betrat ihn dann erst als Gefangener.

Die Verhandlungskommission hatte sich nach Beendigung der Sitzung in der ersten Kammer im neuen Bahnhof eingefunden, um ihre Tätigkeit bei mir zu beginnen. Der Kommunist Unfried, voll überzeugt von der Würde und Bedeutung seiner Aufgabe, beobachtete argwöhnisch jede Handlung meinerseits, versuchte bei jedem Telephongespräch etwas herauszuhören, wogegen er hätte Einspruch erheben können und veranlaßte gebieterisch, als ich die Befehle an die Truppen gab, daß ja nicht geschossen werde. Meine Leute von Ulm hatte ich mit einer herzhaften Ansprache bei ihrer Ankunft begrüßt und auf die Situation eingestellt. Sie mußten natürlich bald merken, welche Mission die Kontrollkommission bei uns hatte. Murren, feindselige Blicke und Drohungen ließen auf die Stimmung der Leute schließen. Als die Befehle für die Wegnahme des Tagblattes erteilt wurden, bekam Unfried eine Heidenangst um seine Spartakusbrüder, die ja erklärt hatten, bei der Verteidigung des Tagblattes den Heldentod sterben zu wollen. Ich empfand das Alleinstehen in diesem entscheidenden Augenblick sehr unangenehm. Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte hatte sich nach der Revolversitzung verkrümelt, froh, der Verantwortung überhoben und der Gefahr entronnen zu sein. Ihr Umfall und Verschwinden für zwei Tage, bis die Situation wieder klar war, hinderte sie nicht, mit Wort und Schrift den Schutz der Regierung und des Volksstaates neu zu übernehmen. Einsweilen aber hatten sie so der Kontrollkommission einen Auftrag erteilt, dessen Ausführung mir Schwierigkeiten bereiten mußte, ihr selbst aber schwere Herzbeklemmungen verursachte.

Von der Regierung hatte ich zunächst keine Ahnung, auch nicht, wo sie war. Ein telephonischer Anruf unter Assistenz der Herren Unfried, Gröter und Gruneri ließ mich wissen, daß Minister Blos, Baumann, Löbsching und Lindemann in der Wohnung des Finanzministers Löbsching beisammen waren. Ich ordnete auf, da ich nun wußte, wo ich die Regierung zu suchen hatte, um ihr von dem, was ich in den nächsten Stunden beabsichtigte, Kenntnis geben und Genehmigung und damit gewisse Deckung erhalten zu können. Ich erklärte durchs Telephon, daß ich sofort kommen würde. Diese Tatsache bildete den Anfang eines tragikomischen Konfliktes mit dem Überwachungsausschußmitglied Unfried. Derselbe hatte wohl gehört, daß ich mit jemanden telephonierte, was der Inhalt des Gesprächs war, hatte er natürlich nicht erfahren. Als ich meinen Entschluß kund tat, weg zu gehen und den Befehl gab, ein Auto bereit zu halten, erklärte er sofort, mich begleiten zu wollen, um mich von unvorsichtigen und gefährlichen Hand-

lungen abzuhalten. Ich sagte ihm, daß ich zum Ministerpräsidenten Blos beziehungsweise zur Regierung gehe; wo dieselbe war, erfuhr er nicht. Wiederholt forderte er, daß er mich begleiten müsse, was ihm rundweg abgeschlagen wurde. Nach einigen erregten Redensarten und Drohungen von seiner Seite, daß er auch verhindern werde, das auszuführen, was ich beabsichtige, mußte ich ihn zum Bewußtsein der Tatsache bringen, wo er sich eigentlich befand und beendigte die Auseinandersetzung mit der Erklärung, daß er verhaftet sei, wodurch seine Stimmung nicht gebessert und die Verfassung, in der er sich befand, nicht gerade gesetzig wurde. Meine Leute aus Ulm, denen ich den Auftrag erteilte, darüber zu wachen, daß Herr Unfried das Zimmer nicht verlasse, waren auf ihn nicht gut zu sprechen. Sie hatten zum Teil mit angehört, was zwischen uns vorging, und ich hatte Mühe, dafür zu sorgen, daß Herr Unfried nicht mit den geschwungenen Fäusten und Handgranaten in nähere Berührung kam, die ihm vielleicht für alle Zeiten es unmöglich gemacht hätten, Aufsichtskommission zu spielen. Auch Herr Gräter vom Arbeiterrat und Grunert vom Landesausschuß der Soldatenräte, die beide als Mehrheitssozialisten eine vernünftigere Einstellung hatten, wurden erregt über die Verhaftung Unfrieds und fragten, ob sie auch verhaftet seien, was ich auch ihnen in Aussicht stellte, wenn ich den Eindruck von ihnen bekomme, daß sie mich in der Durchführung der mir von Regierung und Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragenen Funktionen störten.

Im neuen Bahnhof sah es an diesem Tage nicht schön aus. Rasch und unvermittelt hatte ich von dem Gebäude Besitz ergriffen, einige hier stehende Beamtungen unter Protest der Betreffenden an die Luft setzend. Zwei Zimmer waren das Stabsquartier der Zentralleitung der Sicherheitskompagnien, einige Strohsäcke in diesen Zimmern unser Nachtlager, das wir aber in den nächsten Tagen keine Minute benutzen konnten. In sämtlichen Gängen lagen die Sicherheitssoldaten mit ihrer Ausrüstung. Feldtelephone, in Eile gebaut, verbanden mich mit den verschiedenen Kasernen, ein Kommen und Gehen von Soldaten und Führern und Soldatenräten. Um aus meinem Zimmer zum Ausgang des Bahnhofs kommen zu können, mußte ich über Hunderte von Beinen hinwegsteigen. Zigarren- und Zigarettenqualm, dumpfes Gemurmel der Soldaten, gespannte Erwartung der Dinge, die da kommen sollten, Stahlhelme, Handgranaten, Maschinengewehre, erregte politische Diskussionen über Putsche u. a. mehr sind meine Eindrücke vom neuen Bahnhof am Abend des 9. Januar. Ich kam zur Regierung ins Finanzministerium und fand sie in einem behaglichen, gut eingerichteten Raum bei einem frugalen Abendbrot versammelt. Welch ein Gegensatz zum neuen Bahnhof. Bei meinem Abgang vom Bahnhof ward nur noch die Meldung überbracht, daß der frühere Kriegsminister Schreiner in der großen Infanteriekaserne verhaftet und tatgeschlagen worden sei, als er den Versuch gemacht hatte, die Angehörigen der Regimenter 125 und 119 zu verhetzen. Ich schilderte der Regierung die Lage, erklärte ihr, daß die Besetzung des Tagblattes ein Gewaltakt sei,

der mich zum Eingreifen zwinge, verlangte die sofortige Verhaftung der Spartakisten Hörnle, Schreiner, Rück, Munzenberg und noch einiger anderer und legte der Regierung nahe, in ihrem und meinem Interesse nach dem neuen Bahnhof zu kommen, wo sie Schutz und Sicherheit finden würde, wo ich aber auch die Möglichkeit bekam, daß jede neu eintretende Lage sofort besprochen und Entschlüsse gefaßt werden konnten. Die Regierung versprach zu kommen. Ich verfügte mich wieder zum neuen Bahnhof, nachdem ich das Einverständnis der Regierung erhalten hatte, die geplante Aktion gegen das Tagblatt und die Akademie vornehmen zu können. In der Akademie waren die Autobesitzschaft, ein Waffenlager, ein Panzerwagen und ein 8-Flakgeschütz im Besitz der Spartakisten.

Im neuen Bahnhof war es in der Zwischenzeit zu merkwürdigen Auftritten gekommen. Im Vorraum von meinem Zimmer war eine wildererregte Menge von Soldaten, die erklärten, Unfried und die beiden anderen Männer des Überwachungsausschusses sofort totschlagen zu müssen. Unfried hatte in der Zwischenzeit versucht, die Soldaten gegen mich aufzuhetzen, was ihm übel bekommen wäre, wenn ich nicht in dem Moment eingegriffen hätte, als die Ulmer unter Führung eines jungen, temperamentvollen Feldwebels eindringen wollten, um Unfried herauszuholen.

Erleichtert atmete die Verhinderungskommission auf, als das Objekt ihrer Aufsichts- und Kontrolltätigkeit wieder zugegen war. Die beiden Mehrheitssozialisten waren an sich sehr vernünftige Leute, namentlich mit Gräter ließ sich ganz gut reden. Von Grunert hatte ich damals den Eindruck eines sehr schwankenden Charakters, den sein Selbsterhaltungstrieb mit der Partei gehen ließ, die es gewann. Er wollte es zunächst mit niemand verderben, denn noch war es nicht klar heraus, wer gewinnen werde.

An Kräften standen mir auf dem Papier zur Verfügung 15 Sicherheitskompagnien, die aber alle mehr oder weniger im Aufbau und Entstehen waren. (Die Kampagnie sollte nach dem Etat ungefähr 300 Köpfe stark sein.) Verwendungsbereit waren die Sicherheitskompagnien 1 Stuttgart, 10 Ulm, 6 Ludwigsburg, 13 Isny. (Ursprünglich waren 15 Sicherheitskompagnien vorgesehen, aber schon die Erfahrung der Januartage ließen mich die Organisation auf 30 Sicherheitskampagnien als Endziel einstellen.)

Die Sicherheitskampagnie 1 unter ihrem Führer Leutnant bei Reserve Fahr hatte ihr Standquartier in der Stöckachschule. Leutnant Fahr, ein zwar junger, aber energischer Führer, hatte rasch sich das Vertrauen seiner Mannschaften erworben durch seine geradezu vorbildliche Art, die Leute zu behandeln und für sie zu sorgen. Bis zu seinem Abgang in den Zivilberuf war seine Kompagnie eine der zuverlässigsten und besten, er selbst unbeirrbar treu der Regierung ergeben und sich für sie einsetzend und opfernd. Die Sicherheitskampagnie 10, geführt von Leutnant der Reserve Stieglitz, war von Ulm mit der Bahn angekommen und hatte im neuen Bahnhof Quartier bezogen. Sie machte einen ausgezeichneten Eindruck. Haltung, Disziplin und Geist der Sicherheitskampagnie waren gut und vertrauenerweckend. Die Sicherheitskampagnie 6 Ludwigsburg war als Reserve in Ludwigs-

burg alarmbereit gestellt. Die Sicherheitskompagnie 13 Isny war ebenfalls abmarschbereit. Mein Soldatenratskollege, Leutnant Albrecht, hatte in kurzer Zeit aus Angehörigen des Württembergischen Gebirgsregiments und der 5. Ersatz-Maschinengewehrkompagnie eine ausgezeichnete Truppe herangebildet und zusammengeschweißt, die von Anfang an wohl das beste Material an Menschen hatte, aber auch im Geist und in ihrer Erziehung für den besonderen Zweck eine mustergültige Kompagnie darstellte und durch die ganze Zeit über blieb, solange Albrecht die Führung hatte. Sie war das unbeeinflußbare Rückgrat meiner Organisation, die schwersten Aufgaben fielen dieser Kompagnie und ihrem Führer zu und stets wurden sie von Führer und Mannschaft so gelöst, daß gerade ihnen ein ganz besonderer Anteil an unsern Erfolgen zufällt. Die Matrosenkompagnie stand zu besonderer Verwendung in der großen Infanteriekaserne. In der Bergkaserne war unter Hauptmann vom Holz eine Kompagnie von Freiwilligen und Studenten, ehemaligen Offizieren, entstanden, die aber nach Beendigung des Januarputsches sich wieder selbst auflöste. Ich mußte Vorwürfe und düstere Drohungen über mich ergehen lassen wegen der Aufstellung dieser Kompagnie. Meine gegenrevolutionäre und reaktionäre Einstellung war zur Evidenz erwiesen. Es war aber keinem meiner Angreifer eingefallen (ich sehe natürlich von Spartakisten und U.S.P.-Leuten ab), selbst den Schießprügel in die Hand zu nehmen, um die Parteigenossen, die nun in der Regierung saßen, auch zu schützen. Dazu fehlte der M.S.P. die staatspolitische Einsicht. Eine Regierung ließ sie sich gefallen, aber derselben eine Macht als Grundlage zu schaffen und ihren Bestand zu sichern, das ging gegen ihre Mentalität, die durch jahrelange Opposition auf Ablehnung der Staatsmacht und ihrer Anwendung eingestellt war.

Die Kompagnien vom Holz und Fahr hatten den Auftrag erhalten, das Tagblatt zu nehmen, während die Sicherheitskompagnie Ulm sich in den Besitz der Akademie zu setzen hatte. Um 11 Uhr setzten sich die Truppen in Marsch. Innerhalb weniger Minuten hatten die Ulmer unter tätiger Mitwirkung des Leutnants der Reserve Honer Akademie und Fahrbereitschaft besetzt, Panzerwagen und K.-Flakgeschütz zunächst durch Entfernung wichtiger Teile unbrauchbar gemacht, die Waffen und Munitionsvorräte mit Beschlag belegt und abgeführt. Leider entging uns dabei ein Depot mit Handgranaten, was noch eine Rolle spielen sollte.

Auch das Tagblatt war befehlsgemäß eingeschlossen worden. Der Sturm konnte beginnen. Da erboten sich die Angehörigen des Überwachungsausschusses, mit der Besatzung des Tagblattes zu verhandeln und sie zur Waffenniederlegung zu veranlassen. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, willigte ich ein. Auch Unfried begab sich unter Bedeckung zweier Leute in die Torstraße, um auf seine Freunde einzuwirken. Sogar Rück suchte mich als Abgesandter der Besatzung unter Begleitung zweier S.-K.-Leute im Bahnhof auf, um freien Abzug mit Waffen zu erhalten. Von der Sicherheit, mit der damals die Spartakisten von dem Gelingen ihrer Aktion überzeugt waren, erhielt man einen Begriff durch das Auftreten gerade dieses radikalsten und hemmungslosesten

Führers der Kommunisten. Rück trat mir keineswegs als Bittender, sondern als Fordernder gegenüber. Er stellte mir für die nächsten Stunden in Aussicht, daß sie, die Spartakisten, zur Macht gelangen. Mein Vorgehen gegen sie sei Gegenrevolution (!). Wenn ich in ihre Hand komme, würde ich und die Regierung vor das Revolutionstribunal gestellt. Diese nette Aussicht machte nicht den gewünschten Eindruck. Ich erklärte ihm nach Ablehnung seiner Forderung auf freien Abzug mit den Waffen, daß ich seinen angedrohten Maßnahmen mit Ruhe entgegensehe. Da momentan ich die Macht habe, werde ich sie auch gebrauchen. Hierauf zog er ab, um dann einige Stunden später wieder, aber nicht als Machthaber, sondern als Gefangener den neuen Bahnhof zu betreten. Durch dieses Parlamentärspiel vergingen einige Stunden. Die Truppen vor dem Tagblatt bewiesen eine Geduld, die einen hohen Grad von Disziplin darstellte. Die Regierung war durch ein kleines Mißverständnis noch nicht im neuen Bahnhof eingetroffen. Der Befehl zum Sturm aufs Tagblatt wirkte wie eine Erlösung auf die seit Stunden sprungbereit stehenden Sicherheitskompagnien. In diesen ereignisreichen Minuten trafen endlich die Mitglieder der Regierung bei mir ein. Eben war Leutnant Fahr von Hauptmann vom Holz geschickt worden, um den Befehl zum Sturm zu erbitten. Da er aber schon telephonisch erteilt worden war, konnte ich nach kurzer Zeit dem Ministerpräsidenten Blos melden, daß das Tagblatt in der Hand der Truppen sei. Die Besatzung hatte es vorgezogen, nicht den Heldentod zu sterben, sondern war unter Hinterlassung ihrer Waffen und Entgegennahme von Prügeln in die Gegend entwichen. Damit war die Aktion in der Nacht vom 9. auf 10. Januar beendigt und gleichzeitig dem beabsichtigten Putsch jede Entwicklungsmöglichkeit genommen.

Im neuen Bahnhof hatte sich die Regierung in einem meiner beiden Zimmerchen, so gut es eben ging, eingerichtet. Auf dem Boden lagen einige Strohsäcke, die Minister zu frugwürdiger Ruhe einladend. Die Zimmer waren mit Rauch gefüllt, die Telephone schrillten, ein fortwährendes Kommen und Gehen, in den Gängen die Truppen in Erwartung der kommenden Dinge. An Schlaf war nicht zu denken. Wir hatten seit drei Tagen kein Auge zugemacht und durften nicht daran denken, es in den nächsten Stunden tun zu können. Auch Ministerpräsident Blos fand keine Ruhe. Im Gespräch mit Hitzler und mir erwartete er den neuen Tag, der die Entscheidung bringen sollte.

Am 10. Januar wiederholten sich die Demonstrationen zur Entgegennahme der Antwort auf die Forderungen vom Tage vorher. Morgens, in aller Frühe, erschienen Crispien und Fischer bei mir im neuen Bahnhof, da sie gehört hätten, daß hier Maschinengewehre aufgestellt seien, um die Demonstranten zu empfangen. Ich stellte es keinesfalls in Abrede, daß der neue Bahnhof nicht nur stark besetzt sei, sondern zeigte auch in zuvorkommendster Weise den beiden Herren Ministern meine Vorbereitungen und die Aufstellung der Maschinengewehre, die die Königstraße, die Anlagen und den alten Bahnhof absolut beherrschten. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß auch auf dem Turm Maschinengewehre stehen, bestätigte ich gerne

diese Tatsache und fügte noch bei, daß auch ein Minenwerfer für indirekten Schuß auf den Schloßplatz und andere Ansammlungsorte Stuttgarts aufgestellt sei. Unter fürchterlichem Protest gegen die Überschreitungen meiner Vollmacht und mein Verhalten als Provokation der Demonstranten und der Arbeiter- und Soldatenräte darstellend, verließen sie den neuen Bahnhof. Ich begleitete sie vor den Eingang, besorgte ihnen noch eine große rote Fahne für ihr Auto, mit dem sie dem Demonstrationszug der Daimlerarbeiter entgegenfahren wollten, um einen Zusammenstoß zwischen diesen und der in der Bergkaserne stehenden Freiwilligenkompagnie zu verhindern. Sie hatten mich auch über die Zusammensetzung dieser Kompagnie zur Rede gestellt. Die Kompagnie spielte in den Äußerungen der Spartakistenpresse und in den späteren Verhandlungen der Arbeiter- und Soldatenräte eine große Rolle. Herzöge, Fürsten, Grafen, Studenten usw. sollten diese Kompagnie bilden. Ich hatte später noch manchen Strauß wegen dieser Kompagnie auszufechten und Vorwürfe, wie „Gegenrevolutionär und Reaktionär" über mich ergehen zu lassen, obwohl diese Kompagnie wenige Tage nach Niederwerfung des Januarputsches sich auflöst hatte, da es Freiwillige waren, die sich in der äußersten Not dem Vaterlande opferfreudig und verantwortungsvoll zur Verfügung gestellt hatten. Vom neuen Bahnhof fuhren Ensslen und Fischer zur Bergkaserne, um sich mit dem Landesausschußmitglied Grumert davon zu überzeugen, welcher Art die Vorbereitungen in der Bergkaserne waren, um die ankommenden Demonstranten der Daimlerwerke „niederzumetzeln". Da ihre Darstellungen gegenüber dem Hauptmann v. Holz nichts fruchteten, zogen es die Herren Minister angesichts der drohenden Haltung der Angehörigen dieser Kompagnie vor, sehr rasch die Bergkaserne wieder zu verlassen.

Die Demonstrationen verliefen an sich ruhig, obwohl die Stimmung eine hochgespannte und fieberhaft erregte war auf beiden Seiten. Das Bürgertum und die Mehrheitssozialdemokratie hatten in der Tat versucht, durch Gegendemonstration zu wirken.

Da die Absicht auf seiten der Spartakusleute und ihres Gefolges auf den Besitz einer Zeitung immer noch bestand, hatte ich auch die Württemberger Zeitung militärisch besetzen lassen, wie es auch das Tagblatt war. Die Merkurdruckerei stand unter dem unmittelbaren Schutz der Maschinengewehre vom neuen Bahnhof, hatte also eine Besetzung nicht notwendig. Bei der Württemberger Zeitung kam es zu Schießereien, die leider Opfer forderten. Auch auf der Unteren Königstraße erfolgten Überfälle auf Patrouillen der Sicherheitstruppen, so daß es zu weiteren Schießereien kam, doch waren wir absolut Herr der Situation, zumal sich im Laufe des 10. Januars die Regimenter 119 und 125 unter der energischen und zielbewußten Führung der Garnisonsbegleiter Schroff und der Regimentssoldatenratsvorsitzenden Hugel und Hertneck für die Regierung erklärt hatten und nur einige geschlossene Abteilungen regierungstreuer Truppen zur Verfügung stellten. Der Garnisonsrat, als die zuständige verantwortliche Stelle, hatte folgende Proklamation erlassen:

„An die Einwohnerschaft Stuttgart!

Nach heute ergangener Aufforderung durch die Garnison Stuttgart, sowie im Benehmen mit den größten Garnisonen des Landes, beantragten wir folgendes:

1. Ab 10. Jan. 1919 werden Straßendemonstrationen strengstens untersagt. Ansammlungen haben zu unterbleiben, jeder hat seiner Arbeit nachzugehen.

2. Der Leiter des Kriegswesens, Fischer, ist, da er sich mit Spartakus solidarisch erklärte, seiner Dienststellung enthoben. Fischer wurde von den Soldatenräten nur unter der Zusage, daß er den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie einnehme, mit der Wahrnehmung seines Amtes beauftragt.

3. Die Wahlen finden, wie schon bekannt gegeben, ordnungsmäßig statt. Störungen der Wahlhandlungen ziehen schwere Bestrafung nach sich.

4. Den Anordnungen der Sicherheitsorgane ist Folge zu leisten.

Garnisonsrat Stuttgart: Schroff.

Gren.-Regt. 119: Hügel. Inf.-Regt. 125: Hertneck.

Die Provisorische Regierung erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

Blos, Ministerpräsident"

Der Garnisonsdelegierte Schroff hatte durch diese Erklärung eine Tat vollbracht, der in Revolutionszeiten eine gewisse Bedeutung insofern beizumessen ist, als sie Stimmung schuf. Obwohl die beiden Regimenter an Gefechtswert und Zuverlässigkeit in ihrem Gros nicht ernstlich ins Gewicht fielen, so war doch für die Öffentlichkeit der Eintritt dieser beliebten Regimenter wirkungsvoll genug, um einen Vorgang zu schaffen, der Nacheiferung finden mußte. Schroff wurde später für dieses selbständige Vorgehen der beiden Regimenter schwer angegriffen, doch erteilte ihm die Landesversammlung der Soldatenräte nachträglich ihre Billigung; Schroff und Hertneck haben überhaupt in den Zeiten der Revolution außerordentlich positiv und staatserhaltend gewirkt. Ich verdanke namentlich Schroff manche wertvolle Unterstützung, und die Regierung hatte in ihm jederzeit einen absolut zuverlässigen Gefolgsmann. Er war mutig und tollkühn, ich konnte mich auf ihn in jeder Situation restlos verlassen. Da auch in anderen Regimentern das Beispiel der 119er und 125er eine positive Einstellung für die Regierung gezeitigt hatte, konnte am 11. Januar die Regierung mir die Befehlsgewalt über weitere Regimenter geben, was durch folgendes Dokument zum Ausdruck kam:

„Die Provisorische Regierung erteilt Herrn Leutnant Hahn, Leiter der Sicherheitskompagnien, die Befehlsgewalt über die Regimenter 119, 125, 126, Feld-Artillerie-Regiment Nr. 13 und Draganerregiment 26 bis nach Abschluß der Wahlen zur Landesversammlung, soweit er ihrer zur Durchführung des Sicherheitsdienstes bedarf.

Die Provisorische Regierung: gez. Blos.

NS. Soweit die Regimenter in Stuttgart und Cannstatt liegen, erklären wir uns mit dem Vorstehenden einverstanden.

Für den Garnisonsrat gez. Bissinger"

Es galt vor allen Dingen, sämtliche Waffen in den Besitz der Sicherheitstruppen zu bringen und die Aufruhrelemente zu entwaffnen. Von der Demobilmachung waren unzählige Waffen in Privatbesitz und bildeten eine dauernde Bedrohung der Regierung. Um die Entwaffnung durchführen zu können, forderte ich von der Regierung eine Vollmacht, die folgenden Wortlaut hatte: *)

„Herr Leutnant Hahn wird beauftragt, die Verfügung der Reichsregierung betreffs Einziehung deutschen Heeresgutes, soweit es sich um Waffen und Munition handelt, mit allen Mitteln durchzuführen.

Den 11. Januar 1919.

Die Provisorische Regierung: gez. Blos."

Einige Tage später bekam ich noch die weitere Anweisung, daß ab 14. Januar aus sicherheitspolizeilichen Gründen alle Waffen, Munition und sonstiges Heeresgut, das sich im Besitze Unbefugter befand, zu beschlagnahmen sei. Wer nach dem 19. Januar im Besitze von Waffen angetroffen wurde, hatte die Einleitung einer Strafverfolgung wegen unbefugten Waffenbesitzes zu gewärtigen. Ich führe diese Tatsache nur deshalb an, weil es durch die planvolle, energische Entwaffnung Unbefugter in Württemberg verhütet wurde, daß, wie im übrigen Deutschland, Verhältnisse eintraten, die die Regierung nicht zu beherrschen in der Lage gewesen wäre. Ungeheure Mengen an Kriegsgeräten aller Art, von der Pistole bis zum Kraftwagen, wurden beschlagnahmt, gesammelt und damit große Werte gerettet.

Das eigenartige Verhalten des Kriegsministers Fischer, der als früherer Mehrheitssozialist mehr und mehr zu den Unabhängigen neigte, hatte mich schon bei meinem Eintritt in den Landesausschuß veranlaßt, gegen ihn Stellung zu nehmen. Als Kriegsminister tat er wenig, um aus den Trümmern des alten Heeres eine zuverlässige Truppe zum Schutze der Regierung zu organisieren. Was ich an Verfügungen oder Unterstützung von seiner Seite her brauchte, wurde mir entweder versagt oder zu spät gegeben. Man bekam unbedingt den Eindruck, daß er seine Tätigkeit als Kriegsminister dazu benützte, um das Werden einer neuen Staatsautorität von vornherein zu sabotieren, wenn nicht aus bösem Willen, so aus mangelndem Verständnis für die Notwendigkeit der Schaffung einer zuverlässigen Truppe zum Schutze der Regierung. Der Unwille derer, die die Regierung schützen wollten, wurde gegen Fischer so groß, daß die Garnison Stuttgart ihn als Kriegsminister für abgesetzt erklärte, was zur Folge hatte, daß Fischer seinen Austritt aus der Regierung gemeinsam mit Crispien vollzog. Diese beiden hatten über den 9. und 10. Januar sich bewußt auf die Seite der Demonstranten gestellt und wurden selbstverständlich demzufolge bei den Gegenmaßnahmen der Regierung wider dieselben nicht zu Rate gezogen. Die Erkenntnis dieser Tatsachen führte dann zu der Erklärung der beiden, die sie an den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates gelangen ließen.

*) Man lese auch das historisch wertvolle Werk des Staatspräsidenten Blos „Von der Monarchie zum Volksstaat", Bergers Liter. Büro u. Verlagsanstalt Stuttgart.

„Die Provisorische Regierung Württembergs hat sich durch die Ausscheidung der beiden Minister Crispien und Fischer seit 9 Januar 1919 als Rumpfregierung etabliert. Damit hat die Mehrheit der Regierung es uns unmöglich gemacht, unsere Mandate ferner auszuüben. Wir legen dieselben in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück und erwarten von ihnen, daß sie sich unverzüglich mit der Neuorganisation der Regierung befassen. Stuttgart, 10 Januar 1919."

Es konnte nur zum Besten der Festigung der neuen Regierung sein, daß diese selben aus derselben ausschieden. Crispien als Minister des Innern überließ den Betrieb absolut den bisherigen Beamten und erhöhte seine Hauptthätigkeit in der Agitation und Vorbereitung der Wahl für die Landesversammlung im Interesse der U. S. P., zu diesem Zwecke die Autos der Regierungsfahrbereitschaft intensiv benützend. Fischer, ein intelligenter Mensch, geschickter Versammlungsleiter, war wohl ein tapferer Vizefeldwebel an der Front gewesen, wirkte aber als Kriegsminister destruktiv, die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Staatsautorität ignorierend. Von der Erwägung ausgehend, daß der Aufstand zusammenbrechen müsse, wenn die Köpfe desselben unschädlich gemacht würden, erbat ich von der Regierung die Vollmacht zur Inhaftnahme der Spartakisten Hörnle, Schreiner, Münzenberg, Janus, Kummeraw, Schnepf, Rück, Barthels und Unfried. Da die Mitglieder des Landesausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte für immun erklärt wurden, konnten Unfried und Schnepf nicht verhaftet werden. Die übrigen wurden in der Nacht vom 10 auf 11. Januar ausgehoben und nach Ulm, später nach Tübingen gebracht. Die anfängliche Schutzhaft wurde auf Grund eines Prozesses, der von der Staatsanwaltschaft gegen sie wegen Aufruhr eingeleitet wurde, in Untersuchungshaft umgewandelt. Der spätere Hörnleprozeß vor dem Schwurgericht in Stuttgart sprach die Angeklagten frei.

Die Regierung hatte angesichts der drohenden Lage vom neuen Bahnhof aus folgenden Aufruf verbreitet:

An das württembergische Volk!

Die Provisorische Regierung ist beauftragt, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zwecke war es ihre Hauptaufgabe, die Wahlen einer verfassunggebenden Landesversammlung vorzubereiten und zu sichern. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Regierung fortgesetzt durch die Bedrohungen und Überfälle der Spartakusleute gestört worden. Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Gelde arbeitet, glaubt die Zeit gekommen, die Macht erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können. Mit dem Überfall auf die Regierung von gestern hat sie begonnen, heute soll der Plan fortgeführt und ihre Herrschaft mit Waffengewalt und Blutvergießen aufgerichtet werden. Die Regierung hat bisher mit großer Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugesehen, die Ereignisse von gestern zwingen uns aber, nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen, um den geplanten Angriffen zu begegnen. Sie hat sich daher unter den

Digitized by Google

Schutz der Sicherheitskompagnien gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen.

Wir brauchen Ruhe und Ordnung, wenn nicht unser Volk in den nächsten Wochen zugrunde gehen soll. Sie aufrecht zu erhalten, ist daher erste Pflicht der Regierung.

Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, uns bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen. Wenn wir Frieden haben wollen, müssen wir geordnete Wahlen und ein ruhiges Arbeiten der Landesversammlung sicherstellen.

Wenn wir die Errungenschaften der Revolution wahren sollen und vor allem der Arbeiterschaft erhalten wollen, dann muß jetzt mit allen Putschversuchen unverantwortlicher Fanatiker ein Ende gemacht werden. Dazu sind wir entschlossen und das württembergische Volk muß uns dabei helfen.

Darum heraus ihr Arbeiter, stellt euch an unsere Seite und rettet unser Werk und euer aller Zukunft!

Für die Provisorische Regierung Württembergs gez. Blos.

Die Regierung tagte in Permanenz. Für die Wahl zur Landesversammlung am 12. Januar galt es nun, alle Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, um Störungen der Wahl zu unterbinden. Es war berechtigte Annahme vorhanden, daß die Kommunisten solche Absichten hatten. Meine Sicherheitstruppen waren durch die erste Feuertaufe in sich gefestigt und hatten sich um zahlreiche zuverlässige Leute vermehrt, so daß es mir möglich war, überall durch Patrouillen zu Fuß und auf Kraftfahrzeugen ein Gefühl der Sicherheit bei der Allgemeinheit zu erwecken, daß jeder ohne Sorge seiner Wahlpflicht nachkommen konnte. Die Regierung hatte durch zwei Aufrufe beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt:

„Wählt!

Sicherheitstruppen sichern die Wahl. Nach der Wahl rasch nach Hause gehen. Bei Zusammenstößen mit Ruhestörern ertönt Hornsignal oder Trommelwirbel; dann sofort Straße frei.

Für die Provisarische Regierung. Blos."

„Die Provisarische Regierung verfügt mit sofortiger Wirkung: Waffentragen ohne Befugnis ist verboten. Wer Waffen ohne Befugnis mit sich führt, wird verhaftet; die Waffen werden eingezogen.

Für die Provisorische Regierung. Blos."

Die Wahl vollzog sich auch unter starker Beteiligung ohne Zwischenfälle irgend welcher Art. Die Wahlergebnisse wurden abends durch fliegende Patrouillen auf Lastautos eingesammelt und zur Stadtdirektion gebracht. Im Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates waren natürlich die Vorgänge des Januar-Putsches Gegenstand eingehendster Diskussion und als Landesausschußmitglied des Soldatenrates und Leiter der Zentrale der Sicherheitstruppen, wie mein Stab offiziell genannt wurde, hatte ich, wie des öfteren, das zweifelhafte Vergnügen, im Brennpunkt der Angriffe

von allen Seiten zu stehen. Im Landesausschuß des Arbeiterrats namentlich war eine radikale Gruppe, bestehend aus den Genossen Unfried, Engelhardt, Großhans, Sletter, Walcher, die mir mit allen Phrasen ihrer klassenbewußten und revolutionären Einstellung zusetzten. Namen wie „Arbeitermörder", „Henkersknecht der Revolution", „Reaktionär" und andere Bezeichnungen durfte ich auf mich angewendet sehen, um meinen angeblichen gegenreaktionären Staatsstreich, den ich mit der „Blutsregierung Bios" begangen haben sollte, zu verantworten. Es gelang mir, dank der vernünftigen Mehrheit des Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, meinen Standpunkt zu behaupten und bekam die Billigung meiner Maßnahmen und deren Durchführung zugestanden und quittiert. Es bedarf besonderer Feststellung entgegen gewisser Legendenbildung von interessierter Seite, daß bei der Niederwerfung des Januarputsches es weder die demonstrierenden Mehrheitssozialisten noch der Bürgerrat es waren, die der damaligen Provisorischen Regierung Halt und Stütze gaben. Allein die zuverlässigen und auf die Notwendigkeit der Zeit eingestellten Soldaten der Sicherheitstruppen waren es im Verein mit einer Kompagnie Freiwilliger und Studenten, die durch ihren Einsatz für die neue Regierung es verhinderten, daß die Räteherrschaft jetzt und später in Württemberg Platz griff; sie garantierten den Weg zur Entwicklung der Demokratie.

Mit Demonstrationen allein und schönen Redensarten, Zeitungsartikeln und Plakaten konnte wohl die Revolution vom 9. November gemacht — aber deren Weitertreiben durch die Kommunisten nicht verhindert werden. Bürgertum und Sozialdemokratie waren zu feige und träge, die Spartakisten aber viel zu initiativ und einsatzfreudig, als daß das bloße Vorhandensein jener diese von ihrem Tun abgeschreckt hätte. Es war und ist heute noch das Verhängnis der Demokratie und der Republik, daß ihre Vertreter für die notwendige Sicherung des neuen Staates nicht die notwendige Schaffung einer republikanischen Staatsmacht und deren rücksichtslosen Gebrauch gegen die Feinde von links und rechts angestrebt und durchgesetzt haben.

Und wenn heute die Feinde der Demokratie und der Republik auf der Lauer liegen, um diesen Staat im geeigneten Augenblick umzukrempeln, so liegt die Schuld in erster Linie bei jenem Teil unserer republikanischen Parteien, denen das Verständnis und der Mut zum Einsatz und der Wasse für ihre Überzeugung fehlte. Das Geschrei über drohende Reaktion wäre nicht notwendig, wenn es die Sozialdemokratie seinerzeit nicht dem rechtsorientierten Bürgertum überlassen hätte, sich für den Schutz der Regierung, warm die Sozialisten die Mehrheit hatten, und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzusetzen und zu organisieren.

Auch in Berlin war der Spartakistenputsch nach großen Opfern an Menschen und Material zusammengebrochen. Noske hatte, unterstützt von zahlreichen Freiwilligenverbänden, die Macht der Regierung durchgesetzt. Die am 19. Januar gewählte Nationalversammlung sollte vorläufig in Weimar tagen, da in Berlin noch nicht die Verhältnisse gegeben waren,

um der Nationalversammlung für ihr großes Werk der Schaffung einer Verfassung die nötige Ruhe und Unbeeinflußheit von der Straße zu geben. Am 21 Januar war die dritte Landesversammlung der Soldatenräte, auf der der neue Leiter des Kriegswesens, Herrmann, sich vorstellte. Gegen mich selbst wurde der Vorwurf erhoben, daß ich während des Spartakusputsches dem Landesausschuß der Soldatenräte „die Zügel aus der Hand genommen hätte", da ich Studenten und frühere Offiziere angeheuert und organisiert und zur Niederwerfung der Unruhen ohne Genehmigung der Soldatenräte verwendet habe. Es gelang mir mit Unterstützung des Staatspräsidenten Bios leicht, meine Haltung und meine Maßnahmen während der Januartage zu rechtfertigen. Auch die Regimenter 119 und 125 wurden wegen ihres Vorgehens getadelt, ein Antrag auf Mißbilligung des Verhaltens derselben wurde aber mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Als eine der Hauptaufgabe der Soldatenräte wurde die Schaffung bezw. Verwendung der künftigen Volkswehr bezeichnet, als deren Grundlage wohl die Sicherheitskompagnien zu betrachten seien. Das Mitglied des Landesausschusses, Frick, referierte über die Aufgabe der Soldatenräte nach Zusammentritt der Landes- und Nationalversammlung. Er führte ungefähr aus, daß das zukünftige Heer niemals das Werkzeug einer Gegenreaktion werden dürfe, wofür bestimmte Garantien zu schaffen seien. Er stellte den Grundsatz auf, daß die Soldatenräte sich nur auf rein militärische Angelegenheiten zu beschränken und sich jeglicher Eingriffe in dienstliche Betriebe zu enthalten hätten. In einer Resolution wurde als Standpunkt der Soldatenräte für jetzt und die Zukunft beschlossen: „Die Soldatenräte gemeinsam mit den Arbeiterräten sind das Wahlzugsorgan der Revolution. Ihre Aufgabe ist es, die gewonnene Freiheit zu festigen und die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Die Soldatenräte bestehen so lange fort, bis durch die Nationalversammlung in der Gesetzgebung des Deutschen Reiches die demokratische Republik gesichert und verankert ist. Die heutige Heeresorganisation ist durch eine freie Volkswehr auf demokratischer Grundlage zu ersetzen. Die Soldatenräte stehen geschlossen hinter der Landes- und Nationalversammlung, solange diese gewählt sind, die wichtigen Volksrechte der demokratischen Volksrepublik und Verfassung zu sichern." Aus dem Landesausschuß der Soldatenräte waren die Kameraden Frick, Grunert und Haß in die Landesversammlung gewählt worden, um dort als Angehörige der Mehrheitssozialdemokratischen Partei die Interessen der Soldaten zu vertreten.

Die Entstehung der Soldatenräte.

Über die Soldatenräte ist außerordentlich viel geschrieben und noch mehr geredet worden. Was aber an Verleumdungen über dieselben in Umlauf gesetzt wurde, ist so gratest, daß es not tut, die entstandene Legende durch positive Tatsachen zu zerstören. Man wird mir zwar sagen, daß ich nicht objektiv sei in dem, was ich nun und über Soldatenräte hier sage, da

ich ja selbst Soldatenrat gewesen bin. Ich glaube aber doch, daß nur der ein objektives Urteil über die Soldatenräte und über ihr Wirken abzugeben imstande ist, der mit angesehen hat, welch große Anstrengungen die Soldatenräte machen mußten, um die völlige Desorganisation bei Ausbruch der Revolution zu verhindern und was sie Großes geleistet haben, um einen gewissen Wiederaufbau in die Wege zu leiten. Genau wie die Revolution schuld sein soll an der Niederlage Deutschlands und dem Elend, das durch dieselbe über das deutsche Volk gekommen ist, so wird den Soldatenräten die Schuld beigemessen, daß unser Heer zusammengebrochen ist und Revolution gemacht wurde. Man war leicht geneigt, das Vorbild der russischen Soldatenräte auch auf die deutschen anzuwenden. Die Soldatenräte waren der Bürgerschreck geworden und dies um so mehr, je weniger das Bürgertum und die sogenannten staatserhaltenden Elemente, vor allem aber die Träger des alten Systems, irgend etwas getan haben, um die Revolution zu verhindern. Es muß hier klar und offen ausgesprochen werden, daß bei Ausbruch der Revolution alle die, die nachher Soldaten- und Arbeiterräte beschimpft und mit dem Schmutz der Verleumdung bewarfen haben, tätlich versagt und sich feige zur Seite gestellt haben. Wer waren denn die Soldatenräte? Bei Ausbruch der Revolution mögen es wohl unruhige Köpfe, Schreier und Hetzer gewesen sein, die sich an die Spitze der meuternden Soldaten gestellt haben. Als aber nach wenigen Tagen die Soldatenräte auf Grund des Befehles der Obersten Heeresleitung ordnungsmäßig gewählt werden mußten, waren es in der Hauptsache ernste und erfahrene Männer, die, von Verantwortungsfreudigkeit und Idealismus getragen, die Situation wohl übersehend, in die Bewegung sich hineingestellt haben, um zu retten, was zu retten war. Der Desorganisation steuernd, haben sie sich eingesetzt für eine ruhige und geordnete Entwicklung der Bewegung, die aus dem niedergebrochenen Deutschland den neuen Volksstaat überleiten wollte zu ruhigeren Verhältnissen des Wiederaufbaus der deutschen Republik. Die Zusammensetzung der Soldatenräte zeigte in der Hauptsache gebildete Unteroffiziere und eine große Anzahl vom Vertrauen ihrer Mannschaft getragener Offiziere, Beamtenstellvertreter, Feuerwerker und Leute, die auf den militärischen Büros die kleinen Leiden ihrer Kameraden zu heilen und zu bessern berufen waren. Nur in verschwindend kleiner Anzahl waren es radikale Elemente, Hetzer und aartaute Schreier, und diese wurden bald von dem Gros der sie Wählenden als ungeeignet erkannt, das schwere, verantwortungsvolle und keineswegs angenehme Amt eines Soldatenrates auszuüben. Die Soldatenräte wurden zwischen zwei Parteien gestellt: die eine, die Untergebenen, forderten Rechte, die ihnen durch die Revolution zugefallen waren, die andere Partei, die Befehlenden, suchten, wenn sie nicht aus feiger Angst verschwunden waren, ihre übernommenen und verbrieften Rechte zu wahren. Daß der Vermittelnde, der Soldatenrat, im Brennpunkt der Unzufriedenheit beider Parteien stand, ergibt sich klar aus den Verhältnissen. So sehen wir in der Revolution den Soldatenrat von beiden Teilen beschimpft und verdächtigt, angegriffen und angefeindet als einen Mann,

der der guten Sache zuliebe sich einsetzte für einen notwendigen Ausgleich beider Interessen. Mögen auch die Soldatenräte im Reich da und dort eine andere Zusammensetzung und eine andere Einstellung gehabt haben, von den Soldatenräten Württembergs kann und muß gesagt werden, daß sie vom ersten Tage der Revolution an ihre übernommenen Pflichten mit dem Bewußtsein vollster Verantwortung übernommen und betätigt haben, zum Wohl der Soldaten, im Interesse der notwendigen Führung und im Interesse sowohl der Rettung des ungeheuren Gutes, das sie zu verwalten hatten, als im Interesse des jungen, neuen Staates, den sie geschützt und mit erhalten haben, jeden Versuch radikaler Gruppen zur Räterepublik nach russischem Muster ablehnend und der Demokratie den Bestand gebend. Im Verlauf der weiteren Kapitel dieses Buches werde ich noch des Näheren auf die Tätigkeit der Soldatenräte einzugehen Gelegenheit haben.

Mit Ausnahme des ersten Aktionsausschusses des Stuttgarter Soldatenrates, der sich aus der Erregung des ersten Revolutionstages aus radikalen Elementen selbst gebildet hatte, nach acht Tagen aber mit seinem Vorsitzenden, dem auf ähnliche Weise zum Kriegsminister gewordenen „Schreiner" zum Teufel gejagt worden war, — sind sämtliche Soldatenräte der anderen Garnisonen Württembergs durch Wahl entstanden. Die Anforderungen, die von den Soldatenräten als Eignung für ihr Amt verlangt wurden, ersehen wir aus den Richtlinien, die der Garnisonsrat Ludwigsburg für die Wahl der Soldatenräte herausgegeben hatte: „Unser Heer ist ein Volksheer, in dem sich alle bürgerlichen Elemente befinden, der Arbeiter sowohl wie der Gebildete. Ausgeprägtes Rechtsempfinden ist nicht Alleingut der Soldaten und Arbeiter, sondern auch der gebildeten Schichten. Hier finden wir viele Vorkämpfer der Freiheit, Verfechter des Rechts, für das wir eintreten. Auch unsere Offizierskorps haben solche Männer, die zu uns gehören oder zu uns treten wollen, um im Interesse des Vaterlandes mit uns zu arbeiten. Gleiches Recht für Alle haben wir begehrt und errungen. Wir müssen es auch denen geben, die jetzt die Unterlegenen sind. Die Sicherungen an dem zu schaffenden Rat bilden die Mehrheit. Vollbringt dann die Intelligenz der Minderheit den Sieg der Vernunft, dann umso besser für das allgemeine Menschenrecht, für das wir uns einsetzen" (14. November 1918.)

Als auf der ersten Landesversammlung der Soldatenräte die Delegierten erschienen, mußte man erstaunt sein über die Zusammensetzung dieser ersten Landesversammlung, denn es waren überwiegend Chargen, die sich hier zusammengefunden hatten, um den Soldatenräten Organisation und Programm zu geben, soweit es nicht Chargen waren, handelte es sich um Schreiber der militärischen Büros, die bezeichnenderweise ja mit viel Selbständigkeit in denselben gearbeitet hatten, sich in den gesamten Dienstgeschäften oft besser auskannten als die Offiziere und daher wohl geeignet waren, nicht nur die Interessen der Untergebenen zu vertreten, sondern auch später zur Kontrolle der Abwicklung und der Demobilmachung verwendet werden konnten. Unter diesen Soldatenräten waren eine ganze

Reihe von Leuten, die in den Arbeitnehmerorganisationen als Gewerkschaftler tätig gewesen waren und daher ein gewisses Maß organisatorischer Befähigung mitbrachten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, die linksradikal orientiert waren, aber niemals eine besondere Rolle zu spielen Gelegenheit fanden, war die Zusammensetzung der Soldatenräte parteipolitisch indifferent, jedenfalls fand man Leute aus allen Parteilagern. Angesichts der mächtigen Bewegung und als Beauftragte der Wähler, deren Interessen sie zu vertreten hatten, stellten sich die Soldatenräte „auf den Boden der Tatsachen", wie der schöne Ausdruck lautete, d. h. sie vertraten den republikanischen Standpunkt und fühlten die Pflicht, den freien Volksstaat der jungen Republik zu sichern und zu verteidigen, „die Errungenschaft der Revolution zu sichern".

Die Gliederung und der organisatorische Aufbau der Soldatenräte ergab folgendes Bild. Jeder Truppenteil von der Kompagnie an hatte einen Soldatenrat, der sich im Bataillons-(Abteilungs-), Regiments- und Garnisonsrat zusammentat. Der Garnisonsrat besaß einen Aktionsausschuß von 3—7 Mitgliedern. Die gewählten Delegierten der Garnisonen bildeten die Landesversammlung der Soldatenräte, denen die Fassung der wichtigsten Beschlüsse vorbehalten blieb. Die Soldatenräte Württembergs wählten einen Landesausschuß der Soldatenräte mit dem Sitz in Stuttgart. Er bestand bei der ersten und zweiten Landesversammlung aus 7, bis zur vierten Landesversammlung aus 21 Mitgliedern, bis zum 15. Juni aus 17 und von da ab bis zur Auflösung aus 7 Mitgliedern. Der Soldatenrat hat sich, wie der Aktionsausschuß der Garnisonsräte mit den jeweiligen Arbeiterräten in den betreffenden Städten, so hier mit dem Landesausschuß der Soldatenräte zu politischen Tagungen zusammen. Dieser Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, der sich später nach durch Bauernräte erweiterte, war eigentlich bis zur Wahl der Landesversammlung der gesetzgebende Körper geworden und hatte die Provisorische Regierung gewählt und eingesetzt.

Es liegt nicht im Rahmen dieses Buches, Arbeiter-, Bauern- und Bürgerräte zu behandeln, ich beschränke mich auf die Tätigkeit der Soldatenräte. Die Mitglieder des Landesausschusses der Soldatenräte verteilten sich bei den militärischen Zentralstellen als Kontrollorgane, sowie bei den Abteilungen des Arbeitsministeriums, die mit militärischen Angelegenheiten zu tun hatten. Ein dreiköpfiger Vollzugsausschuß des Landesausschusses, an dessen Spitze ein Vorsitzender war, übernahm es, die rasch zu erledigenden Angelegenheiten in Vollmacht des Landesausschusses zu handeln. Der Landesausschuß tagte bis zur Einberufung der Landesversammlung im Landtagsgebäude, später im Neuen Schloß. Der erste Vorsitzende war Wicker, ein ruhiger, vernünftiger Mann; der zweite der Beamtenstellvertreter Bettinger, ein energischer, klarer und zielbewußter Kopf, der durch seine positive Einstellung sich große Verdienste um die Konsolidierung der Verhältnisse erwarben hat. Nach dessen Übergang in eine Zivilstellung übernahm Hitzler die Abwicklungsgeschäfte des Landesausschusses des Soldatenrates.

Die Tätigkeit der Soldaten-Räte.

Es wird von einsichtigen Leuten, die in die damaligen Zustände Einblick hatten, kaum bestritten werden können, daß die vermittelnde Tätigkeit der Soldatenräte im Heer durchaus notwendig war. Natürlich war sich jedermann darüber klar, daß dieser so geschaffene Zustand nur vorübergehend sein konnte, da er aus der Not des Augenblickes heraus sich ergeben hatte. Entgegen allen Verleumdungen sei es klar herausgestellt und gesagt, daß die Soldatenräte selbst, als die Zeit gekommen war, auf ihre Macht und ihren Einfluß verzichteten. Lange genug waren sie an der Kommandogewalt beteiligt gewesen, um die Erfordernisse eines geregelten Dienstbetriebes genau zu kennen. Im Februar war von einer Kommission ein Statut ausgearbeitet worden, das am 21. März von der Landesversammlung genehmigt wurde. In demselben verzichteten die Soldatenräte auf jede Beeinflussung militärischer Befehle, die sich auf Ausbildung und Führung der Truppen bezogen. Lediglich die Kontrolle der übrigen militärischen Angelegenheiten, Fürsorge für die Truppe, Urlaub, Beschwerden usw. behielten sie sich vor. Obwohl ein großer Teil der Landesversammlung damals erklärte, diese Neuerung und Beschneidung der durch die Revolution bekommenen Rechte vor den Kameraden nicht verteidigen zu können, wurde von der Mehrheit beschlossen, diese im Interesse einer geordneten Truppenführung notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Denen, die geglaubt hatten, mit diesen Beschlüssen nicht vor ihre Kameraden treten zu können, wurde bedeutet, sie müßten eben die dienstliche Notwendigkeit dieser Beschlüsse vor ihnen vertreten.

Beim Zusammenbruch war eine der ersten Forderungen der Soldatenräte die Führerwahl gewesen. Schon am ersten Tage der Revolution, bevor die Soldatenräte eigentlich gewählt waren, hatten die Soldaten Vorgesetzte, die sich bei der Allgemeinheit verhaßt gemacht hatten, abgesetzt und durch neugewählte Führer ersetzt. Dieses Recht der Führerwahl lag dem Revolutionssoldaten ganz besonders am Herzen, nachdem er sich jahrelang gegen auch noch so unbeliebte Vorgesetzte nicht hatte regen dürfen. Dieser Stimmung mußte zunächst Rechnung getragen werden. Das Statut, das die Führerwahl regelte, bestimmte jedoch im Interesse der Disziplin, daß „das Vorgesetztenverhältnis bestehen bleibt und die Vorgesetzten unbedingt militärischen Gehorsam und Achtung zu verlangen haben".

In der Landesversammlung im März, als die Verhältnisse etwas übersichtlicher geworden waren, wurde dieses Statut der Führerwahl als unhaltbarer Zustand abgeschafft. Schon war der Revolution waren die Vorgesetzten kaum mehr gegrüßt worden. In größeren Garnisonen war auch der Grußzwang für Grüßende und Gegrüßtwerdende ein lästiger Zwang. Die Revolution brach diesen auch. Im Dienst in der Kaserne wurde aber die Ehrenbezeugung wieder eingeführt.

Am 9 Novemder hatten die revolutionierenden Soldaten die Waffen abgelegt Bei dem ungeheuren Schwarm von wenig zuverlässigen Soldaten war es em Gebot der Sicherheit, daß Bestimmungen über das Waffentragen erlassen wurden Waffen durften nur Leute tragen, die im Wach- und Sicherheitsdienst tätig waren. Obwohl viele Offiziere in der Vorschrift des Verbotes des Waffentragens eine Entehrung und Entwürdigung erblickten, war die Entwaffnung des revolutionären Heeres eine Notwendigkeit, die diktiert war von der Vorsicht In den Zeiten der Revolution, wo die Erregung eine allgemeine ist, muß man die Gelegenheit zum Schießen und Waffengebrauch so weit einschränken, als es möglich ist. In den ersten Tagen des November hatte der Unfug eingerissen, die Kokarden abzunehmen oder gewaltsam zu entfernen Einer Anregung aus Österreich über Bayern folgend, hatten die Soldaten geglaubt, das nachahmen zu müssen, was bei den Österreich-Ungarischen Soldaten einen gewissen Sinn hatte In der Österreich-Ungarischen Monarchie zeigte sich im Ablegen der Kokarde das Bekenntnis zum österreichischen oder ungarischen Staat, der Haß zwischen beiden war bekanntlich immer größer geworden. Dieser Unsinn des Kokardenablegens verbreitete sich so rasch in Deutschland, daß man in jedem, der die Reichskokarde noch trug, einen Gegenrevolutionär zu erkennen glaubte Auch in Württemberg zeigte sich der Impuls zu diesem Handeln, weshalb ich in der zweiten Landesversammlung der Soldatenräte, als die Frage auf Ablegung der Kokarde zur Debatte stand, eine Rede hielt, die in guten schwäbischen Worten die Lächerlichkeit dieses Gebarens kennzeichnete Ich erreichte es durch vernunftvolle Aufklärung sehr rasch, die Landesversammlung dazu zu bewegen, einen Beschluß herbeizuführen, daß beide Kokarden getragen werden müssen So unwesentlich an sich der Vorgang war, so bedeutungsvoll war er für mich, denn das Zeichen der deutschen Einheit mußte erhalten bleiben und getragen werden, um zu kennzeichnen, daß dieselbe durch die Revolution nicht zerstört werden dürfe Es setzte eine zwangsläufige Aufklärung über diesen Gedanken ein. Im großen wie im kleinen waren die Soldatenräte bestrebt, die Revolutionsbewegung in geordnete Bahnen zu lenken und ausgleichend zu wirken Die Hauptitätigkeit im kleinen bestand für den Soldatenrat in der Entgegennahme von Beschwerden und in der Beratung der Kameraden Die plötzliche Demobilisierung und die unzähligen Entlassungen hatten für den einzelnen manche Fragen und Wünsche als Folgeerscheinung Der Soldatenrat, der gleichen sozialen Schicht wie der Mann entstammend, von demselben gewählt und seine Nöte kennend, hatte andererseits Einblick und genügend Einfluß in die Dienststellen, um als der geeignete Mann Ratschläge mannigfacher Art geben zu können Ein Bild von der Unsumme von Arbeit, die der Landesausschuß der Soldatenräte in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Landesversammlung leistete, ergibt die Tatsache, daß in dieser Zeit zirka 3000 Anfragen in den ordentlichen Sitzungen erledigt wurden, wozu noch die Auskunftserteilung

von hierfür besonders beleglerten Mitgliedern kam Ob die Demobilisation ohne diese beratenden und vermittelnden Zwischenorgane überhaupt durchzuführen gewesen wäre, ist fraglich Da unmittelbar nach der Revolution jeder Soldat entlassen werden wollte, war es kaum maglich, diesem Ansturm standzuhalten Die Soldatenräte steuerten ihm und lenkten ihn in geordnete Bahnen Ungeheures war durch das zurückflutende Heeresgut, das entladen und gesichert werden mußte, zu leisten. Man konnte die Soldaten nicht einfach davon laufen lassen. Der große militärische Heimatapparat durfte nicht ohne Schutz und Aufsicht bleiben und seiner Arbeitskräfte beraubt werden. Die Reichsverordnung, die den Soldaten für geleistete Wach- und Arbeitsdienste eine tägliche Zulage von 3—4 Mark versprach, verfolgte denselben Zweck, nur hatte derselbe die unangenehme Wirkung, daß später viele Soldaten, die fürchteten, im Zivilleben weniger zu verdienen, bei der Truppe blieben, was einerseits die Zwangskräfte des Reichs stark in Anspruch nahm, andererseits aber die Kasernen zu Sammellagern von Elementen machte, die keineswegs die zuverlässigsten und tüchtigsten waren Denn wer den Willen hatte, seinen Zivilberuf wieder auszuüben, und tüchtig war, der fand bald sein Brot außerhalb der Kaserne, während die Arbeitsscheuen sich auf Kosten des Staates in den Kasernen herumtrieben und zu einem dauernden Beunruhigungsmoment wurden, da es die rentenlesten, arbeitsunlustigsten und unzuverlässigsten Leute waren. Aus diesem Grunde begann bald der Kampf mit diesen Nümpfen der Regimenter und Formationen, um sie aus den Kasernen hinauszubringen

Am 13. Januar 1919 beschloß der Landesausschuß der Soldatenräte: „Nach nunmehriger Beendigung der Demobilisierung ist mit der Auflösung des bestehenden Heeres sofort zu beginnen." Ihren Abschluß fand dieselbe durch die Reichsverordnung vom 30 April 1919 zu diesem Zeitpunkt

Auch durch die Bergung des vom Felde herumkommenden Heeresgutes hatten die Soldatenräte sich große Verdienste erworben (ich habe natürlich bei meiner Beurteilung immer nur die württembergischen Verhältnisse im Auge) Als mit der Revolution der ungeheure Zwang des Krieges und die bisher bestehenden Verhältnisse in Auflösung gekommen waren, zeigte sich in erschreckendem Maße die Demoralisation, die der lange Krieg beim Heere und beim Volke ausgelöst hatte und die noch vermehrt wurde durch die allgemeine wirtschaftliche Not im Gefolge des verlorenen Krieges. Viele Volksgenossen stürzten sich auf die traurige Kriegsbeute des in die Heimat rollenden und hier gelagerten Heeresgutes, um sich daran zu bereichern, im Kleinen wie im großen. Das Kriegsgewinnlertum wurde abgelöst durch das der Revolution. Auch die Masse der Soldaten wurde in diesen Strudel mit hineingezogen. Plünderungen und Diebstähle waren an der Tagesordnung. Die Garnisonssoldatenräte bildeten daher sofort Sicherungsabteilungen aus ausgewählten und relativ sicheren Mannschaften, um das Heeresgut, seine Entladung und Bergung, zu sichern. Der Garnisonsrat Ludwigsburg, der besonders üblen Verhältnissen gegenüberstand, hetz verkündigen, daß er jede Zivil- oder Militärperson stand-

rechtlich erschießen lasse, die beim Plündern ertappt würde. Die Erfolge der getroffenen Maßnahmen zeigten sich bald. Berge hoch häuften sich die Staatsgüter, die den Plünderern, diesen Hyänen der Revolution, vom Sicherheitsdienst abgenommen wurden. Unzählige Schiebungen, die ihren Ursprung zum Teil im besetzten Gebiete hatten, wurden von den Soldatenräten aufgedeckt und verhindert, und als die Sicherheitskampagnien durch den Beschluß der zweiten Landesversammlung entstanden, kehrte auch auf dem Gebiete der Sicherheit bald wieder eine gewisse Ordnung und Zuverlässigkeit ein, d. h. in Württemberg wurden durch die rasche und zielbewußte Organisation und die klare Einstellung der Soldatenräte Vorgänge, wie sie im übrigen Deutschen Reiche an der Tagesordnung waren, von vornherein verhindert. So konnte es auch geschehen, daß anläßlich des Einmarsches nach Bayern zur Niederwerfung der Räterepublik aus den württembergischen Arsenalen Freiwilligentruppen ausgerüstet werden konnten. Bekleidung und Ausrüstung, Geräte, Waffen und Munition, Wagen- und Pferdematerial, Personen- und Lastautos, wurden aus den durch die Soldatenräte erhaltenen Beständen geliefert, und als die Reichswehr später aus den Sicherheitstruppen herausorganisiert wurde, waren Bestände vorhanden wie in keinem anderen Lande des Deutschen Reiches. Aber niemand ist mehr geschmäht und verleumdet worden wie über die Soldatenräte, die unsinnigsten Behauptungen wurden über sie ausgestreut. Wenn man das, was die Soldatenräte den Staat kosteten, abwägt gegen das, was sie an materiellen Werten erhalten und zum Schutze des neuen Volksstaates getan haben, so wird man zu dem Urteil kommen müssen, daß die Soldatenräte in Württemberg ihre Pflicht so getan haben, wie sie dieselbe als verantwortungsfreudige und verantwortungsvolle Männer übernommen haben, als der 9. November sie entstehen ließ.

Die politische Bedeutung der Soldatenräte.

Mit dem Ausdruck der Revolution war dem Land die Volksvertretung genommen worden. Die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzten durch ihre Landesversammlungen und Landesausschüsse bis zur Neuwahl und zum Zusammentritt der konstituierenden Landesversammlung das württembergische Parlament. Sie hatten die Provisorische Regierung berufen und bestimmten gemeinsam mit dieser die Entwicklung in den Revolutionsmonaten. Die deutsche Revolution, nach dem Vorgang der russischen entstanden, barg schwere Gefahren in sich, dieselbe Entwicklung zu nehmen, wie in Rußland, d. h. in den ersten Revolutionswochen und -monaten war es nach zweifelhaft, ob die deutsche Republik der Diktatur des Proletariats unterworfen werde, oder der Demokratie zustehe. Die Arbeiterräte, als Vertreter einer Klasse, hatten in den Soldatenräten, als den Vertretern des gesamten Volkes, das Waffen trug, ein Gegengewicht, das ausgleichend und endgültig Richtung gebend sich auswirkte. Die Soldatenräte waren es, die vor allem, im Reich sowohl, wie in Württemberg, von Anfang an

dem Gedanken der Demokratie zum Durchbruch verhalfen. Schon bei der ersten Landesversammlung der Soldatenräte, am 17. November 1918, kam das zum Ausdruck. Der Ministerpräsident Blos begrüßte seinerzeit in dieser Versammlung die Vertreter der Garnisonen und präzisierte die politischen Rechte der Soldatenräte und die politische Grundeinstellung jener Tage mit folgenden Worten: „Ich hoffe, daß wir in den jetzigen schwierigen Zeiten in Eintracht und im Einverständnis miteinander die Arbeiten erledigen werden, die notwendig sind, um die Früchte der Revolution zu sichern. Die Regierung wird, wie sie es jetzt schon getan hat, mit Ihnen in engster Verbindung bleiben. Ich selbst habe mich persönlich dazu verpflichtet, bis zu drei Sitzungen in der Woche mit Ihnen zusammen zu halten, damit haben Sie, was Sie beanspruchen können und jedenfalls beanspruchen werden, die Kontrolle über die Regierung. Bei dieser Zusammenarbeit wissen Sie genau, was in der Regierung vorgeht. Sie werden natürlich nicht verlangen aber wünschen, daß Ihnen jede Vogatelle mitgeteilt wird, aber alles, was Sie wünschen, wird Ihnen mitgeteilt und sämtliche wichtige Akte werden selbstverständlich nur mit Ihrer Zustimmung ins Land gehen. Diese Art von Regierung ist zwar neu, aber gerade darin wird, glaube ich, ihre Bedeutung beruhen, da sie uns verbürgt, daß uns der revolutionäre Geist erhalten bleibt. Der Gang der Dinge soll die Entwicklung nehmen, daß wir zuerst die große deutsche Nationalversammlung wählen. Die Württembergische Landesversammlung, von der ich hoffe, daß sie spätestens im Februar zusammentreten kann, wird dann die Neugestaltung des Landes vornehmen."

Der Vorsitzende der Landesversammlung der Soldatenräte antwortete unter allgemeinem Beifall: „Ich glaube, daß die Ausführungen, die der Herr Ministerpräsident soeben gemacht hat über die Art, wie eine Zusammenarbeit der Soldatenräte mit der Regierung ermöglicht werden kann, uns die Gewähr dafür bieten, daß diese Zusammenarbeit tatsächlich gedeihlich sein wird."

Bedeutungsvoll für diese erste Landesversammlung der Soldatenräte war die klare Einstellung derselben in der Ablehnung der Diktatur des Proletariats, die mit 128 gegen 2 Stimmen erfolgte und die Forderung auf möglichst baldige Einberufung der konstituierenden Landesversammlung aufstellte. Der Abgeordnete Keil referierte damals über den Stand der Revolution, lehnte eine Nachahmung der russischen Revolutionsentwicklung ab, forderte ein einiges Deutschland und für dasselbe die Demokratie. Die Spartakusgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte es in den ersten Tagen der Revolution vermocht, sich zum Aktionsausschuß des Garnisonsrates Stuttgart aus eigener Machtvollkommenheit zu machen, so daß durch die Einstellung dieses Aktionsausschusses in Schreiner, Talheimer und anderen Radikalinski der Eindruck heraufgerufen werden konnte, als sei die Garnison Stuttgart für die Diktatur des Proletariats, was gerade in dieser Landesversammlung eine ungeheure Erregung verursachte und den Widerstand sämtlicher anderen Garnisonen ausgelöst hatte. Da aber der Garnisonsrat Stuttgart am Vorabend der Landes-

versammlung eine Reinigung von diesen Elementen selbst durchgeführt hatte, konnte nach dem Vortrage Keils eine seltene Einmütigkeit der ersten Landesversammlung in ihrer Einstellung auf die Demokratie und gegen die Diktatur des Proletariats festgestellt werden, obwohl der Vorsitzende des Landesausschusses der Arbeiterräte, Unfried, heftig gegen diese Festlegung der Soldatenräte auf die Demokratie gedonnert hatte.

Nachdem die „Rote Fahne", die sich als Organ der Soldatenräte bezeichnet hatte, als solches abgelehnt war, erklärte sich bei dieser Landesversammlung der „Rat geistiger Arbeiter" mit 30 000 Mitgliedern mit den Beschlüssen des Soldatenrates solidarisch. Diese erste Landesversammlung der Soldatenräte war bedeutungsvoll für die Entwicklung der Revolution in Württemberg.

Die Soldatenräte, als die Vertreter einer in Auflösung, Zersetzung und Demoralisation begriffenen Macht, waren immerhin genug Inhaber einer solchen, um der Demokratie zum Durchbruch verhelfen zu können. Die ruhige Entwicklung in Württemberg ist nicht zum wenigsten eine Folge dieser klaren und sicheren Einstellung, die die Soldatenräte bei der ersten Landesversammlung genommen haben und der sie in Württemberg auch treu geblieben sind. Der Landesausschuß der Soldatenräte, bestehend aus 7 Mitgliedern, hielt seine zahlreichen Sitzungen mit dem Arbeiterrat und mit Regierungsvertretern ab, in denen die Fragen jener Tage geregelt wurden. Man verzichtete darauf, grundlegende Verordnungen herauszugeben, da man einer Gesetzgebung der kommenden konstituierenden Landesversammlung nicht vorgreifen wollte.

Auch die zweite Landesversammlung der Soldatenräte am 11. und 12. Dezember, die sich um die aus dem Felde zurückgekommenen Delegierten der Fronttruppenteile vermehrt hatte, verließ den durch die erste Landesversammlung vorgezeichneten Weg nicht. In der Hauptsache hatte sie über das vorgelegte Organisationsstatut der Soldatenräte zu beraten und genehmigte dasselbe, ebenso die von der Regierung am 14. Dezember mitgenehmigten und verkündeten Bestimmungen über die politischen Rechte der Arbeiter- und Soldatenräte, die im Anschluß an die Verordnung der Reichsregierung festgelegt worden waren. Diese Regierungsverordnung, die im Einverständnis mit den Landesausschüssen erlassen worden war, wurde insofern politisch bedeutsam, als die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen mitwirken sollten, die Vollzugsgewalt aber ausschließlich der Regierung und deren Organ zustand. Auch diese zweite Landesversammlung der Soldatenräte sprach sich für die Demokratie aus, im Gegensatz zu der Diktatur des Proletariats, mit allen gegen 6 Stimmen. Sie forderte die baldige Überführung in die demokratische Staatsform in folgender Resolution, deren Geist bedeutsam genug ist, um genaue Beachtung zu verdienen: „Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs unterstützt die jetzige Provisorische Regierung im Interesse der Erhaltung der Ordnung und Ruhe, die allein das Zustandekommen der Nationalversammlung auf wirklich freiheitlicher Grundlage verspricht. Sie kann

nicht dulden, daß eine einzelne Partei auf Kosten der Allgemeinheit Sonderpolitik treibe. Sie verurteilt daher entschieden alle dahin gerichteten Gewaltmaßnahmen und Sonderinteressen, insbesondere die Betätigung der Spartakusgruppe, die die Reichseinheit gefährdet. Unser Volk hat die größte Revolution der Weltgeschichte in einer seiner seitherigen Kultur würdigen Weise durchgeführt. Die Soldatenräte Württembergs beugen sich daher weder einer Willkür von links noch einer solchen von rechts und verurteilen jede darauf gerichtete Gewaltherrschaft. Sie lehnen einmütig jeden Versuch ab, das Heer für eine monarchistische Reaktion oder für bolschewistischen Terror zu mißbrauchen. Sie fordern die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, die über die endgültige Staatsform entscheidet und die vom Vertrauen der Gesamtheit des Volkes getragen ist. Im Interesse der schleunigen Herbeiführung des Friedens und des schnellmöglichsten Wiederaufbaus unserer Volkswirtschaft und der Regelung der Ernährungsfrage des deutschen Volkes ist die Nationalversammlung schnellstens einzuberufen, um eine anerkannte, verhandlungsfähige Regierung zu bilden."

Von besonderer Wichtigkeit in dieser zweiten Landesversammlung war nach der Beschluß der Bildung von Sicherheitstruppen, über die an anderer Stelle noch ausführlicher zu sprechen ist. Der seitherige Landesausschuß von 7 Mitgliedern wurde auf 21 erweitert, um die Besetzung der Kontrollposten bei den verschiedenen militärischen Zentralstellen so vornehmen zu können, wie es die Interessen der Demobilmachung verlangten.

Über die Einzelheiten der politischen Wirksamkeit der Soldatenräte und vor allen Dingen über die militärische, werde ich im Verlauf der chronologischen Darstellung der Revolution und ihrer Entwicklung das sagen, was notwendig ist, um darzutun, welche Rolle die Soldatenräte im Verlauf des Wiederaufbaues gespielt haben.

Die militärische Wirksamkeit der Soldatenräte.

Über vier Jahre hatten die Truppen alle Anstrengungen und Entbehrungen und den ungeheuren Druck, den die Disziplin verlangte, opferfreudig getragen. Als jedoch der Zusammenbruch kam, loste sich die 4½jährige enorme Anderspannung der Kräfte mit elementarer Gewalt, die sinnlos schelnende Disziplin brach zusammen, der reaktionäre Geist der Soldaten sprang auf alle Garnisonen über, ergriff die Etappe und das Feldheer, nachdem dies die üble Lage an der Front erkannte. Doch konnte das Feldheer noch verhältnismäßig in Ordnung zurückgebracht werden. Die Vertreter des revolutionären Willens der Soldaten waren die Soldatenräte, und um ihren Auftrag auszuführen, traten sie als Kontrollorgane neben die Truppenführer, nahmen ihren Platz in den militärischen Dienststellen und Dienstzimmern ein, je nach der Eignung des einzelnen mit mehr oder weniger Takt und Fähigkeit. Die durch die Revolution gezeitigten Rechte sollten sichergestellt werden. Nach jahrelang getragenen

Pflichten mit nur einem kleinen Teil von Rechten wollte man nun vor allen Dingen Rechte und verzichtete auf Pflichten. Es war schwer für den Soldatenrat, die Auffassung seiner Auftraggeber zur Ausführung zu bringen; denn als Kompagnie-, Bataillons- und Garnisonssoldatenrat, noch mehr aber in den höchsten Dienststellen des Generalkommandos und beim Kriegsministerium erkannte er sehr wohl die Notwendigkeit des Dienstes, für dessen geregelten Gang er mit in erster Linie sich verantwortlich fühlen mußte. Mit den militärischen Führern, ob hoch oder nieder, die natürlich ihre alte Dienstauffassung vertraten, hatte er sich in allen Fällen auseinanderzusetzen. Von der Mannschaft vorwärts getrieben, von den Dienststellen als unbequem, lästig und verderblich empfunden, von der Mannschaft als Verräter ihrer Interessen beschimpft, von den Dienststellen als unbequemer Eindringling und Schädling betrachtet, zwar geduldet, aber vielen Hemmungen gegenüberstehend, führte der Soldatenrat ein keineswegs beneidenswertes Dasein. Er mußte, wenn er seine Pflicht tat, den Ausgleich dieser einander widerstrebenden Tendenzen suchen, er mußte vermitteln zwischen den Forderungen des revolutionierten Heeres und den Erfordernissen der Heeresführung. Je nach der einzelnen Persönlichkeit, die diese schwierige Aufgabe sich zu lösen vorgenommen hatte, richtete sich auch der Erfolg dieser Tätigkeit. Manche Soldatenräte gaben dem ungestümen Willen ihrer Kameraden einseitig nach und mußten bald erkennen, wohin sie damit kamen. Andererseits gab es aber viele reife und erfahrene Männer, die sich rasch in ihre Vermittlerrolle fanden, den Forderungen ihrer Wähler mannhaft entgegentraten, wenn dieselben sich als verderblich zeigten, und da sie durch ihre reife und vernunftvolle Einstellung nur das von den Führern und Dienststellen verlangten, was angesichts der Notwendigkeit der Demobilmachung usw. möglich war, arbeiteten sie mit den Dienststellen und deren Inhabern ausgezeichnet zusammen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Soldatenräte von den beiden Seiten außerordentlichen Angriffen ausgesetzt waren und wenig Dank für ihre Mühe ernteten. Der „Rote Soldatenbund", eine radikale Gegengründung gegen die Soldatenräte, organisierte sich bald als scharfe Opposition gegen die vernünftige Haltung der Soldatenräte, doch war es ihm auf die Dauer nicht möglich, sich zu behaupten.

Die wichtigsten Organisationstätigkeiten auf militärischem Gebiet waren den Zentralversammlungen der Soldatenräte vorbehalten, in denen die Heeresorganisationen, die Rechte und Pflichten der Soldaten festgelegt werden sollten. Zunächst aber regelte der Soldatenrat die *eigenen Rechte*. Der Landesausschuß der Soldatenräte von Württemberg beschloß am 28. November 1918, daß die Soldatenräte „keine Befehle erlassen könnten, die störend in den Dienstbetrieb eingreifen", die Soldatenräte kämen nur als Kontrollorgane in Frage (und politisch für die Überwachung der Regierung). Auch die 2. Landesversammlung der Soldatenräte vom 12. Dezember 1918 bezeichnet es als die wichtigste und vornehmste Pflicht der Soldatenräte, „daß sie ihren ganzen Einfluß geltend zu machen haben, die Ordnung bei den einzelnen Truppenteilen so schnell wie möglich

wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten". Die Soldatenräte waren Kontrollorgane gegenüber der Führung, sie dürften den Kameraden Soldaten für die Wahrung ihrer Interessen und vertraten ihnen gegenüber die Interessen des Dienstes. Allen Kommandostellen bis zum Generalkommando und Kriegsministerium wurden Mitglieder des Landesausschusses zur Kontrolle zugeteilt. Sie sollten bei der Ausarbeitung von Verfügungen ihre Kenntnisse der praktischen und augenblicklichen Möglichkeiten als wichtige Ratschläge geben. Die Landesversammlung der Soldatenräte behielt sich als politische Instanz die oberste Regelung der militärischen Angelegenheiten vor, weshalb die Rechtsfragen der obersten Kommandogewalt eigentlich nie ganz geklärt waren. Doch ergaben sich aus diesem Zustand der Schwebe keine allzugroßen Schwierigkeiten, da der Kriegsminister in gemeinsamen Sitzungen mit dem Landesausschuß alle wichtigen Angelegenheiten besprach. Nach der 3. Landesversammlung am 21. März, bei der das Statut über die oberste Kommandogewalt geregelt wurde, stand die oberste Befehlsgewalt dem Kriegsminister zu, der sie im Einverständnis mit dem Landesausschuß ausüben sollte.

Zu der Frage der Schaffung einer neuen Wehrmacht im Staate Württemberg stellten sich die Soldatenräte auf Grund ihrer Erfahrungen mit dem desorganisierten alten Heer absolut passiv ein. Sie waren sich darüber klar, daß die niedergebrochene Disziplin im alten Heere nicht wieder hergestellt werden konnte. Auch für die Aufstellung des Grenzschutzes Ost, für den General Haas eine Brigade organisierte, waren sie ohne weiteres zu haben, nachdem das Landesausschußmitglied Grunert sich an Ort und Stelle von der Notwendigkeit der Schaffung einer solchen überzeugt und dementsprechend im Landesausschuß referiert hatte. Diese beiden Organisationen der Sicherheitstruppen und des Grenzschutzes Ost wurden mit Zustimmung und Unterstützung der Soldatenräte geschaffen und durchgeführt. Und als aus denselben im Oktober 1919 die Reichswehr und die Polizeiwehr entstand, war für die Soldatenräte der Zeitpunkt gekommen, sich aufzulösen. Wenn auch einzelne Elemente eine persönliche andere Einstellung zu dem Aufgaben- und Pflichtenkreis der Revolution genommen haben als sie die Allgemeinheit der Soldatenräte einnahm, so darf eine objektive und gerechte Geschichtschreibung der württembergischen Revolutionsbewegung die Verdienste nicht übersehen und gering achten, die die Soldatenräte auf politischem und militärischem Gebiete sich erworben haben um die ruhige Weiterentwicklung und den Bestand des württembergischen Volksstaates.

Die Sicherheitskompagnien.

In der Zeit nach dem Januarputsch war es meine Hauptsorge, die Organisation der Sicherheitstruppen weiter auszubauen und zu vertiefen. Die grundlegende Verfügung des Generalkommandos Abt. Ia 10 H Nr. 108 693 vom 20. 12. 18 bestimmte die Bildung von 15 Sicherheits-

kompagnien, die aber schon von Mitte Januar an so vermehrt wurden, daß Ende Februar 30 Kompagnien in 10 Bataillonen bestanden, zu denen nach die Nebenwaffen in Gestalt von 8 Batterien (4 Kan.-Batt., 2 leichte F.-H.-Batt., 1 l. K.-Flakbatt, 1 schw. F.-H.-Batt.), 1 Pi.-Komp., 1 schw. M.-W.-K., 3 Esk, 1 Nachr.-K., 1 Flieger-Abt. und 1 Kraftfahr-Komp. hinzukommen. Aus nachstehenden Verfügungen sind die Gliederung der Sicherheitstruppen und deren Aufgaben zu ersehen:

Generalkommando Stuttgart, 20. 12. 18.
XIII. (Württ.) Armeekorps.
Abt Ia. 10 H. Nr. 108 693 Kr Eilt sehr!

Der militärische Sicherheitsdienst gründet sich auf die gute Qualität jedes einzelnen Mitgliedes der örtlichen Sicherheitskompagnien. Deshalb Auswahl der Mannschaften nach dem Gesichtspunkt absolute Zuverlässigkeit (Gesucht in Militärpapiere, Stammrollen), körperliche Tauglichkeit. Erfahrene Soldaten mit bestimmtem Auftreten, sittlichem und verständigem Verhalten, sind in erster Linie zu verwenden. Die Zusammensetzung der Sicherheitskompagnie muß im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ordnung erfolgen. Der gute Geist der Truppe ist die erste, wichtigste Vorbedingung einer guten Arbeit des gesamten militärischen Sicherheitsdienstes im Lande. Die einvernehmungsmäßige Zusammenarbeit mit den anderen Behörden des Sicherheitswesens (Gerichten, Staatsanwaltschaft, Polizei, Landjägerkorps, Schutzpol und Landespolizei [Eisenbahnkontrolle]) ist ebenso erwünscht. Über letzten Punkt erfolgt besonderer Befehl.

I. Organisation der Sicherheitskompagnien.

Zentralleitung. Sitz in Stuttgart, selbständige Abteilung Ia 10 H. beim Generalkommando.

1. Der militärische Sicherheitsdienst hat den Zweck, Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten (Schutz des staatlichen und privaten Eigentums, Gewährleistung der Sicherheit der Person).

2. Die Zentralleitung ist dem Landesausschuß des Soldatenrats Württembergs verantwortlich.

3 Gliederung der Sicherheitskompagnien. Der militärische Sicherheitsdienst besteht aus 15 Kompagnien, im Anschluß an die bestehenden Friedens- und Kriegsgarnisonen.

Die Bereiche sind:

1. Stuttgart-Ost	Groß-Stadt	9. Reutlingen (Münsingen)
2. Stuttgart-West		10 Ulm
3. Cannstatt		11. Heilbronn
4. Gaildingen		12. Mergentheim
5 Eßlingen		13. Jany (Leutkirch)
6. Ludwigsburg		14. Weingarten (Ravensburg)
7. Gmünd		15 Ehingen
8. Tübingen		

Die Stärke der Sicherheitskompagnien richtet sich nach der Ausdehnung des Bereichs, Anhäufung des zu schützenden militärischen Guts (Material- und Lebensmittelbestands), nach der Dichte und Art der Beschäftigung der Bevölkerung (Industrie und Landwirtschaft, s. Karte). Die Stärke der Sicherheitskompagnie eines Bereichs muß eine Höhe erreichen, daß sie ihren Bereich völlig übersieht und mit den andern Organen des Sicherheitswesens kräftig zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beitragen kann. Oberster Gesichtspunkt praktische Anpassung der Sicherheitskompagnie an ihren Bereich in der Einrichtung von Detachements. Wichtig ist die verständige Einrichtung und Uniformierung der örtlichen Sicherheitskompagnie. Die Kompagnien haben die Nummern ihres Bereichs.

4 Die Uniform ist die der Infanterie mit Metallabzeichen S K. (12er (Nummer des Bereichs am Kragen). Bewaffnung der Mannschaften ist Karabiner, Bewaffnung

der Führer und Unterführer Pistole. Weitere Ausrüstungsgegenstände sind je nach örtlichen Verhältnissen anzufordern (Ski, Fahrräder, Autos, Pferde für Kavalleriepatrouillen).

5. Bei Eintritt in die Sicherheitskompagnie ist von dem Eintretenden ein Formular in doppelter Fertigung auszufüllen. Durch Unterzeichnung des Formulars wird der Eintritt in die Sicherheitskompagnie rechtswirksam; die Angehörigen der Sicherheitskompagnien stehen in einem öffentlich rechtlichen Verhältnis zum militärischen Sicherheitsdienst.

In erster Linie sind Militärpersonen, die noch im Militärdienst sich befinden, aufzunehmen (ausschließlich der Jahrgänge 98 und 99) doch können auch schon Entlassene älterer Jahrgänge aufgenommen werden, sofern sie den in der Einleitung festgelegten Gesichtspunkten entsprechen. Die Ausstellung eines persönlichen Ausweises erfolgt nach Eintritt. Die in den militärischen Sicherheitsdienst Eintretenden verpflichten sich durch Handschlag der provisorischen jetzigen Regierung (Ausweise gehen den Sicherheitskompagnien nach Fertigstellung zu).

6. Die Löhnung wird pränumerando dekatenweise bezahlt. Zulagen postnumerando am Dekate-Zahltag. Die Zulage beträgt für jeden Angehörigen der Sicherheitskompagnie 6 Mark pro Tag. Für den Kontrolldienst gemäß Ziffer 13 ist 5 Mark weitere Zulage zu bezahlen. Offiziersgehalt monatlich.

7. Die Verpflegung ist gleich derjenigen der anderen Truppenteile. Ob sie im Anschluß an eine Truppenküche oder durch eine Truppenküche der Sicherheitskompagnie selbst erfolgt, bleibt überlassen. Im letzteren Falle ist Küchenpersonal wie bei den Truppenküchen zu gestellen und im Einvernehmen mit dem Garnisonkommando zu regeln.

8. Die Zentralleitung hat den Ausgleich von überschüssigen Mannschaftsmeldungen eines Bezirks unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse durchzuführen.

II. Aufgaben der örtlichen Sicherheitskompagnien.

9. Die Angehörigen der Sicherheitskompagnien sind die Träger des militärischen Sicherheitsdienstes. Verständnis- und taktvolles Auftreten in und außer Dienst stets im Hinblick auf die Erhaltung von Ordnung und Sicherheit muß das Ansehen der Truppen nach außen, reine Kameradschaftlichkeit den guten Geist nach innen bilden und erhalten. Es muß von vornherein darauf hingewirkt werden, daß sich die Sicherheitskompagnien das Vertrauen der Allgemeinheit durch ihr Auftreten und Verhalten erwerben.

10. Der Dienst der örtlichen Sicherheitskompagnie erstreckt sich auf die Sicherung des militärischen und privaten Gutes (Wachengestellung, Randedienst, Straßenpatrouillen, Autoüberwachung). Sicherung des geregelten wirtschaftlichen Lebens (Bahnhofsüberwachung, Eisenbahnüberwachung, Verhinderung des Lebensmittelschmuggels im großen). Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe gegen Störung durch Militärpersonen und Zivilpersonen (Wirtschaftspatrouillen). Einvernehmungsvolles Zusammenarbeiten mit den anderen Organen des Sicherheitsdienstes (Ortspolizei, Gendarmerie, Landespolizei, Schutzpol). Nur innerhalb seines Bereichs ist der Angehörige der Sicherheitskompagnie zu Diensthandlungen berechtigt, sofern nicht besonders dringende Fälle vorliegen. Im letzteren Falle ist jedoch dem anderen Bereich sofort Mitteilung zu machen je nach Lage durch die Truppe oder den Angehörigen selbst.

11. Jede Sicherheitskompagnie hat außer den im Dienst sich Befindlichen eine ständige Bereitschaft.

12. Feststellungen von widerrechtlichen Handlungen gegen Personen oder Sachen, welche durch Mitglieder der Sicherheitskompagnien allein gemacht werden, sind weiterzuleiten und den Gerichten bezw. den entsprechenden Dienststellen des allgemeinen Sicherheitsdienstes (Staatsanwaltschaft, Oberamt, Schutzpol) zu unterbreiten.

13. Durch den Führer der Sicherheitskompagnie ist täglich ein Angehöriger irgend eines Grades der Sicherheitskompagnie zum Kontrolldienst gemäß Ziff. 9 zu kommandieren und zu instruieren. Die Kontrolle geht auf 24 Stunden. Wegen Zulage siehe Ziffer 6.

14. Die Einrichtung von Detachements innerhalb des Bezirks bleibt überlassen. Bericht über Gründe und Durchführung ist der Zentralleitung umgehend zu machen.

15. Die Disziplinargewalt des S.-K.-Führers zusammen mit dem Kompagnierat enthält folgende Strafmittel: Verweis, öffentliche Rüge, mittlerer Arrest, im letzteren Falle wird jedoch der zu Bestrafende entlassen. Dem Soldaten steht das Beschwerderecht vor Antritt der Strafe zu. Die Beschwerde geht an die nächst höhere Instanz, letzte Instanz ist der Soldatenrat Württemberg. Beschwerdefrist 3 Tage.

16. Sanitäre Zuweisung erfolgt im Einvernehmen mit Garnisons-Kommando an einen bestehenden Truppenteil, sofern nicht ein eigener Arzt in der Kompagnie sich befindet.

17. Bei der Beendigung des Dienstverhältnisses ist der Ausweis abzugeben. Das Formular der örtlichen Sicherheitskompagnie ist der Zentralleitung einzusenden und auf Verlangen ein Zeugnis auszustellen. Die vorläufige Verpflichtung zur Dienstleistung bei den Sicherheitskompagnien geht auf die Dauer von mindestens drei Monaten. Vor diesem Zeitpunkt kann eine Kündigung von seiten des Angehörigen der Sicherheitskompagnien nur im Einverständnis mit der Zentralleitung erfolgen.

18. Der Etat einer Sicherheitskompagnie ist bei einer Durchschnittsannahme von 300 Mann Kompagniestärke wie folgt:

1 Führer (Offizier)
4 Unterführer (Offiziere oder Portepeeträger)
1 Unterzahlmeister
1 Feldwebel
28 Unteroffiziere
268 Mannschaften
1 Sanitätsunteroffizier
1 Waffenmeistersgehilfe

zusammen 306 Militärpersonen.

Jede Sicherheitskompagnie hat ein Geschäftszimmer (Bürostunden werden bei der Eigenart des Dienstes nicht festgesetzt). Das Geschäftszimmerpersonal ist wie das Küchenpersonal im Einvernehmen mit den Garnisonskommandos zu gestellen. Grundsatz ist, daß jederzeit ein erfahrener und schreibgewandter Mann im Geschäftszimmer anwesend ist. Das Geschäftszimmer hat telephonischen Anschluß (eigenen) an das Telephonamt. Die Regelung des telephonischen Meldedienstes wird im Einvernehmen mit der Post- und Telegraphendirektion von der Zentralleitung aus geregelt. Der Führer der Sicherheitskompagnie hat nach den örtlichen Verhältnissen alles das anzuordnen, was eine sichere Verbindung mit seinen Detachements gewährleisten kann. (Besetzung des Telephons bei Tag und Nacht.) Die rasche Verbindung mit der Zentralleitung in Stuttgart bei besonders dringenden und schwierigen Fällen, wobei besondere Maßnahmen erforderlich sind, ist ins Auge zu fassen.

J. A. d. S.-R. Württbg. J. A.
Hahn, Hof, v. Stroebel
Leutnant

Bevollmächtigtes Mitglied des Landes-Ausschusses des Soldatenrates beim Generalkdo. XIII (Württ.) Armeekorps

Genehmigt: Fischer

Kdtr. Münsingen
Sämtl. Garn. u. Orts-Kdos.
Gouv. Stuttgart
Komt. Ulm
Gouv. Ulm
Kriegsmin.
Min. d. Innern
Justizministerium
Landjägerkorps
Schutzpol.
Polizeidirektion
Oberämter
Soldatenräte (35)

Nach der Belastungsprobe im Januar auf das Verhalten und die Zuverlässigkeit der Sicherheitskompagnien hatte ein gewisses Vertrauen Platz gegriffen, das namentlich darin zum Ausdruck kam, daß sich mehr Offiziere als Führer zur Verfügung stellten, wodurch die schwierige Führerfrage behoben wurde. Die Auswahl der Mannschaften war stark gehemmt durch die anfänglich nicht klar umrissene Kompetenz der Soldatenräte, vom Kompagnie- über den Bataillons- und Garnisonsrat bis zum Landesausschuß der Soldatenräte. Doch konnte ich als Mitglied des letzteren alle Hemmungen ausschalten, die sich von unten her ergaben. Einigemale ergaben sich kritische Situationen durch das Vorgehen einzelner Soldatenräte der Sicherheitskompagnien; doch wurden sie durch mein persönliches Erscheinen und wenn es not tat, durch rücksichtsloses Durchgreifen gegen solche Soldatenräte glücklich überwunden. Das Fortbestehen der Rümpfe der Feld- und Friedensregimenter mit ihrem Schwamm an unzuverlässigen Elementen und ihren Soldatenräten brachten mir durch ihre verhetzende Tätigkeit und ihre Selbstsucht viele Sorgen, namentlich in der Unterdringungsfrage. Die Auflösung der Feldtruppenteile scheiterte am Widerstand der Soldatenräte, die aus Selbsterhaltungstrieb sich gegen die Zusammenlegung und Demobilisierung sträubten. Die Regimenter 119 und 125 führten lange ein Scheindasein, bestanden in der Hauptsache nur noch aus der sog. Genesenenkompagnie und den Soldatenräten. Der „Kommandeur" war ein Vizefeldwebel, der manchen Streich machte im höchst eigenen Interesse, zu ungunsten der Sicherheitskompagnien. Ebenso wie der energische General Ströhlin, hetz es sich sein Nachfolger als Kommandant von Stuttgart, Oberst Reinhardt (Ernst) außerordentlich angelegen sein, seine ihm unterstellten Feld- und Friedensformationen zum Zusammenrücken zu bestimmen, damit meine Sicherheitskompagnien Platz bekamen — aber lange Zeit ohne Erfolg. Doch als ich mit einigen Sicherheitskompagnien in die Kasernen mal hereingekommen war, gelang es, die Rümpfe herauszudrücken, so daß wir noch kurzer Zeit es erreicht hatten, die große Infanteriekaserne und Bergkaserne ganz mit Sicherheitskompagnien belegt zu haben. Nun begann auch eine vernünftige und egoistische Einstellung der Soldatenräte der Sicherheitstruppen gegen die der Rümpfe. Ein gewisser Korpsgeist griff unter meinen Truppen und ihren Soldatenrats-Vertretern Platz, der sie in bewußten Gegensatz zu den andern Formationen stellte. Da meine Leute auch mehr Löhnung und eine bessere Verpflegung bekamen, entstand ganz von selbst die nötige gegensätzliche Einstellung, um eine demoralisierende Einwirkung auf die Organisation von seiten der Rümpfe nicht mehr befürchten zu müssen. Dadurch festigte sich ganz von selbst die Organisation immer mehr, Korpsgeist und Kameradschaft schweißte die einzelnen Verbände zusammen, der Unterkunft, Verpflegung und Versorgung konnte man mehr Sorgfalt widmen und damit die für die Haltung und den Geist der Truppe nötigen Grundlagen der Zusammengehörigkeit schaffen. Unermüdlich sorgte ich für die Besserstellung und die Bedürfnisse meiner Leute, ich war für jeden zu sprechen, kannte

die meisten persönlich, kam viel in die Kasernen und sah nach dem Rechten. In wenig liebenswürdiger und entgegenkommender Weise wurde mir bei einem Besuch in Tübingen bei dem dortigen Sicherheitsbataillon das Auto durchschossen. Die Kugel ging mir in Augenhöhe an der Nase vorbei. Weder mein Begleiter noch ich hatten außer Glassplittern etwas abbekommen. Obwohl wir sofort die Gegend absuchten, konnten wir den heimtückischen Schützen in der Dunkelheit nicht erwischen. Mit dem Garnisonsrat Tübingen, der als erster auf der Abwurgliste stand — der U. S. P.-Mann und spätere Kammunsl Kern war Garnisonrats-Vorsitzender — hatte ich manchen Zusammenstoß. Wenige Tage nach dem Attentatsversuch wurde das Bataillon 180 aufgelöst und die Reste nach Gmünd verschickt, wodurch der Garnisonsrat Tübingen auflöst und mit ihm Kern. Auf ähnliche Weise sämerte ich noch einige Garnisonen. Leider wurde ich vom Kriegsministerium nicht immer genügend unterstützt. In Heilbronn waren durch den radikalen Kommunisten, Soldatenrat Schwan, der einige Gefolgsmänner hatte, denkbar üble Zustände entstanden. Die Heilbronner Garnison gehörte zu denen, die unter der Führung ihres Garnisonsrats immer wieder versuchte, Extratouren zu tanzen. Schon zweimal hatte ich beim Kriegsministerium seine Auflösung gefordert, einmal auch erhalten. Aber im entscheidenden Augenblick fiel das Kriegsministerium (Hauptmann Krais) wieder um, nachdem der Garnisonsrat um weiteren Bestand petitionierte. Daß unter solchen Umständen die Sicherheitskompagnien in Heilbronn in Mitleidenschaft gezogen wurden und in ihrer Haltung und Einstellung zu den schlechtesten zählten, war nicht weiter verwunderlich. Ähnliche Verhältnisse waren in Gmünd.

In Ulm und Ludwigsburg waren zwei Garnisonsräte, die am zielbewußtesten und klarsten ihre Funktionen ausübten. In Ulm war der Gemeinderat Götz, Mehrheitssozialdemokrat, Garnisonsrat-Vorsitzender. Mit fester Hand und unbeirrbar in seiner Einstellung leitete er die Geschäfte der großen Garnison mit ihren ungeheuren Schwierigkeiten, die durch die Vielgestaltigkeit der Truppenteile und ihrer Einstellung auf die Notwendigkeiten der Zeit vorhanden waren. Ein Diktator im Kleinen, mußte Götz manchen Sturm über sich ergehen lassen, namentlich von Elementen, die seinem Prinzip der Ordnung und Ruhe sich nicht unterwerfen wollten. Die Erhaltung des militärischen Gutes, das in den Zeughäusern und Kasernen Ulms in großen Mengen vorhanden und der Gefahr der Verschleuderung ganz besonders ausgesetzt war, wurde von ihm rücksichtslos angestrebt und durchgesetzt. Unvergeßlich ist mir ein Besuch in der Ulanenkaserne bei der Sicherheitsesskadron Remmlinger im Januar 1919, wo über 360 Pferde von ausgezeichneter Beschaffenheit und tadellos gepflegt in Ställen standen, wie sie im Frieden nicht besser gehalten sein konnten. Die Eskadron war in Haltung, Disziplin und Ausbildung besser als manche Friedensschwadron. Wachtmeister Remmlinger war ein ausgezeichneter Führer von bestechendem Auftreten und hohen Fähigkeiten, die er namentlich bei dem Zug der Sicherheitstruppen nach Bayern zur Niederwerfung der Räterepublik bewies. Der Ludwigsburger

Garnisonrat wurde geführt von dem Wachtmeister Rainer und dem jetzigen Landtagsabgeordneten Schuler, damals U.S.P.-Mann gemäßigter Richtung. Rainer, im Zivilberuf Notariats- und Verwaltungsmann, war eine begabte, energische und zielbewußte Persönlichkeit mit ehrgeizigen Impulsen. Schuler ein klar sozialistisch eingestellter Mann von rücksichtsloser Energie und sicherer Einstellung auf die Bedürfnisse der Disziplin und Ordnung. Schuler übernahm nach kurzer Zeit die Sicherheitskampagnien Ludwigsburg als Führer und versuchte mit einigem Erfolg, Ordnung und Zucht in die Truppe hineinzubringen. In geschickter und energischer Arbeit überwand er die zahllosen Widerstände, die sich seiner Person und seinem Wollen entgegenstemmten. Doch soweit brachte er es nicht, daß die Ludwigsburger Sicherheitskompagnien (oder wollte er es nicht?) ebenso hemmungslos zum Einsatz gebracht werden konnten wie die Stuttgarter. Daß letzteres geschehen konnte, war weniger durch die Unterstützung des Stuttgarter Garnisonrats-Vorsitzenden Bissinger möglich, als durch meine fortgesetzte persönliche Einwirkung auf die Kompagnien und deren Soldatenräte. Bissinger, ein hochintelligenter und gebildeter Mann von zweifelhaftem und schwankendem Charakter, machte mir viel zu schaffen. Seine Rolle am 21. Juli 1919 werde ich an anderer Stelle schildern. Die Stimmung der Soldatenräte war sehr beeinflußbar, jeden Augenblick wurde ich vor eine neue Situation gestellt durch deren oft merkwürdige Einstellung. Ihr Einfluß auf die Truppe war groß und nicht immer die Disziplin und zuverlässige Haltung derselben fördernd. Man mußte sehr elastisch und redegewandt sein, um auf die immer wiederkehrenden und oft unmöglichen Forderungen sich einzustellen und sie umzustellen, um den Zusammenhalt und die Verläßlichkeit der Sicherheitskampagnien sicherzustellen. Unvergeßlich bleiben mir Szenen, die sich bei Soldatenversammlungen und Soldatenratssitzungen zwischen mir als dem Angegriffenen und den Soldatenräten als Ankläger abspielten. Es kam auch manchmal vor, daß mir der ganze Landesausschuß der Soldatenräte mit den Garnisonrat-Vorsitzenden auf die Bude rückten und im neuen Bahnhof Szenen machten wegen irgend eines Vergehens meinerseits gegen die Kompetenz und die Souveränität der Soldatenräte. Bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten waren gute Schnäpse und gute Zigaretten und Zigarren von großem Format, Regierungszigarren genannt, von nicht zu unterschätzender Wirkung. Je feindseliger die Blicke und die düsteren Drohungen waren, umso freundlicher wurde die Aussprache durch Zuhilfenahme der vorzüglichen und köstlichen Rauchstengel, die meist dann in einer zweiten Auflage als Friedenspfeife geraucht wurden. Nur Götz und Schuler, die Unbestechlichen, ließen sich durch Rauch nicht ihre „nüchterne" Einstellung verschleiern. Auf der Zentralleitung saßen als Kontrollorgane des Landesausschusses dauernd zwei Mitglieder desselben, obwohl ich selbst Landesausschußmitglied war. Man mißtraute mir ernstlich, daß ich die Interessen des „Befehlshabers der Sicherheitstruppen" von denen des Landesausschußmitgliedes der Soldatenräte Württembergs nicht genügend auseinander zu halten wußte.

Das hat man namentlich von einer Sitzung an, wo ich auf den Vorwurf öfteren Fehlens in den Sitzungen des Landesausschusses erklärt hatte, daß ich das stundenlange Schwätzen satt habe, mein Platz sei im neuen Bahnhof, wo gehandelt werde und wenig Worte gemacht würden. Es traf mich deshalb auch nicht überraschend, daß in der vierten Landesversammlung vom 19—21. März von den Garnisonsräten unter Führung von Heilbronn, Tübingen, Ludwigsburg gegen mich ein Mißtrauensantrag auf Absetzung als Befehlshaber der Sicherheitstruppen und Ausschluß aus dem Landesausschuß der Soldatenräte eingebracht wurde, weil ich die Pflichten des letzteren gröblich vernachlässigt habe zugunsten des ersteren. Dach vollzog ich meinen Austritt als Landesausschußmitglied, bevor der Antrag eingebracht wurde, da ich das „Doppelseelenspiel" satt hatte. Bevor meine Ankläger die Abstimmung über den Antrag durchführen konnten, erschien ich in der Landesversammlung, um noch einer Rede von 20 Minuten, in der ich mit meinen Widersachern gründlich abrechnete, das Vertrauen von 96 gegen 14 Stimmen ausgesprochen zu erhalten. Meine Sicherheitskompagnien-Soldatenräte bildeten schon in dieser Versammlung einen starken Block gegen die Soldatenräte des sich auflösenden Heeres. Wäre ich abgesetzt worden, so hätten die Soldatenräte damals ihr unblutiges Ende gefunden, denn es standen zwei Kompagnien bereit, um für diesen Fall die ganze Landesversammlung auszuspucken und nach Hause zu schicken. Die neue Wehrmacht der Sicherheitstruppen hatte sich innerlich so gefestigt und war sich ihrer Bedeutung gegenüber dem Schwamm des demobilmachenden Heeres so stark bewußt, daß ich meiner Leute sicher sein konnte in einem offenen Konflikt mit den Soldatenräten. Den Landesausschuß verließen außer mir die Kameraden Frick, Bölz und Grunert. Frick zeichnete sich besonders aus durch seine vernünftige und klare Auffassung der Dinge und der Möglichkeiten ihrer Ausführung. Neben Bettinger, dem ausgezeichneten und stets positiv stootserhaltend eingestellten Vorsitzenden des Landesausschusses war Frick der intelligenteste, zuverlässigste und fähigste Kopf des Landesausschusses. Grunert hatte die besten Absichten, nur brachte er sie nicht immer so an den Mann, wie er's eigentlich wollte. Der Kamerad Bölz, im Zivilberuf Gewerbeaufsichtsbeamter, war eine meiner treuesten Stützen im Landesausschuß. Ich wußte ihn immer an meiner Seite, wenn es galt, Angriffe auf meine Person abzuwehren oder etwas durchzubringen, was im Interesse der Regierung und des Landes zu geschehen hatte.

Als der Generalstreik im Frühjahr 1919 die zweite Belastungsprobe für die Sicherheitstruppen brachte, konnte ich im Vertrauen auf die inzwischen erfolgte qualitative und quantitative Erstarkung der Organisation diesen zweiten Versuch des Weiterreibens der Revolution von vornherein so abwehren, daß die Staatsautorität gewahrt und durchgesetzt werden konnte. —

Unbedenklich konnten wir dann auch wenige Tage später einen Teil unserer Sicherheitstruppen zur Niederwerfung der bayrischen Räterepublik, über die an anderer Stelle noch ausführlich berichtet wird, zur

Verfügung stellen. Bei diesem Unternehmen waren es gerade die württembergischen Truppen, denen nicht nur der Hauptanteil an den Kampfhandlungen zufiel, sondern die auch durch ihre Disziplin, Haltung und Leistung die alte Tradition der württembergischen Truppen aufs neue bewiesen. Unsere Sicherheitskompagnien waren nach dem Zusammenbruch wieder die erste Landesmacht, die als relativ brauchbares Instrument in der Hand der Regierung für deren Schutz und die Erhaltung des Staates zu gebrauchen waren.

Die Zentralleitung der Sicherheitskompagnien.

Am 12. Dezember war ich als Abt. Ia 10 H im Generalkommando eingezogen, um als Landesausschußmitglied der Soldatenräte Württembergs das Referat für Sicherheitskompagnien zu übernehmen und die neue Organisation aufzubauen. Aus klemsten Anfängen heraus entstand dann schon im Januar, den Bedürfnissen der damaligen Aktion entsprechend, ein Stab von verschiedenen Abteilungen für die Notwendigkeiten der Befehlsgebung, Verpflegung, Bewaffnung und Unterkunft der zum Einsatz gelangenden Truppen. Angefangen hatte ich mit meinem Soldatenratskollegen Stäbler, der auf meinen Wunsch nach Stuttgart mitgekommen war, um die Bürogeschäfte zu übernehmen. Mit der Übersiedelung in den neuen Bahnhof, wo in den ersten Tagen alles in meiner Hand lag, häuften sich die Anforderungen auf allen Gebieten derart, daß ich fast zusammenbrach unter der Last von Arbeit, Verantwortung und Anordnungen auf allen Gebieten, die der Einsatz und die Versorgung der Sicherheitskompagnien im Gefolge hatte. Oberstleutnant Wöllwarth, der nunmehrige Chef des Stabes des Generalkommandos, stellte mir Hauptmann von Heider als Hilfe zur Verfügung, was mich wesentlich entlastete. Über die Januartage hatte ich 96 Stunden ohne Schlaf zugebracht. In kurzer Zeit war aus freiwilligen und kommandierten Kräften ein Stab improvisiert, der sich dann durch die Entwicklung des Auf- und Ausbaues der Organisation so stabilisierte und lagerte, daß er bald allen Bedürfnissen gerecht wurde, die an ihn gestellt wurden. Hauptmann von Herder war ein stiller, fleißiger und organisatorisch sehr begabter Offizier, der namentlich durch seine ausgezeichnete Art, wie er die Soldatenräte zu nehmen verstand, sich rasch das Vertrauen aller derer erwarb, die mit ihm zu tun hatten. Leutnant d. R. Fahr der Ältere hatte sich mir als Adjutant und Personalreferent zur Verfügung gestellt, was ich dankbarst empfand, Stäbler besorgte die Dienstzimmergeschäfte, Leutnant d. R. z. S. Haner hatte das Kraftfahrwesen, Leutnant Kißling übernahm die schwierige Aufgabe der Verpflegung und Unterkunft. Mit dem raschen Anwachsen der Organisation entwickelte sich der Geschäftsanfall der Zentralleitung der Sicherheitskompagnien so stark, daß nach kurzer Zeit der neue Bahnhof von den dort untergebrachten Büros der Postzahlstelle, der Bahnbausektion und der Abrechnungsstelle der Feldmarketenderei geräumt werden

mußte, um den Abteilungen meines Stabes Platz zu machen. Die Unterkunft in dem halbfertigen Gebäude war keineswegs ideal. Wir kampierten, wie die Heringe zusammengestopft, in kleinen Zimmern zu mehreren Leuten, unsere Büros waren gleichzeitig Arbeits-, Schlaf-, Eß- und Verhandlungsraum. Wenn die Regierung bei gewissen Anlässen ihr Standquartier im neuen Bahnhof nahm, spielte sich auch der Verkehr der Regierung mit den politischen Parteien, Arbeiter- und Soldatenräten hier ab. Regierungssitzungen, Arbeiter- und Soldatenratssitzungen, Offiziersbesprechungen wurden hier abgehalten, außerdem war der Bahnhof Standquartier einer Sicherheitskampagnie und Alarmquartier für Formationen, die besondere Aufgaben hatten, oder mit der Bahn antransportiert wurden. Staatsanwalt und Untersuchungsrichter vernahmen Gefangene, welche hier eingeliefert wurden, der Fahndungstrupp der Rechts- und Sicherheitsabteilung des Garnisonsrats, an deren Spitze Schroff stand, war ebenfalls hier untergebracht. Vor dem Bahnhof stand die Autobereitschaft, die Fahrer kampierten im Haus. Die Fernsprechvermittlung und Funkenstation nahm mit ihrer Bereitschaft zwei Zimmer in Anspruch. Drangvoll fürchterliche Enge, unzählige Telephone, ein fortwährendes Kommen und Gehen, Verhandeln, Anordnen, Beruhigen, Beschwerden, Reden, Befehle, Donnerwetter, immer was los, viel Waffen, Stahlhelme, Strohsäcke, darauf Soldaten, über deren Beine man wegsteigen mußte, Zigarrenrauch und Gewurmel. Die Zentralleitung war Tag und Nacht im Dienst, Verpflegung am Ort, einfach mehr wie einfach, Brot und Konserven und Konserven mit Brot, 4 Monate das gleiche, selten warm. Aus den Kleidern kam man nie, Reinigung und Ruhe wie im Feld, selten und ungenügend. Jene kleinen Tierchen, die dem Frontsoldaten durch ihre aufdringliche Art das Leben noch unangenehmer machten, als es vorher schon war, fanden sich auch hier ein. Selbst die Regierung war eines Tages verlaust. Die Zentralleitung hatte sich schlecht gebettet. Von unten und außen wurde sie angefeindet, verdächtigt, von oben mit „Papier" beardeitet, gehemmt, geschoben, beunruhigt, das Kriegsministerium organisierte herein, der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte kontrollierte, kritisierte und beaufsichtigte, die menschlichen Wanzen an der Bettlade unseres „Ladens" weiterten mit den äußeren Miseren, uns das Dasein möglichst zu erschweren. Dreimal sollten wir ausziehen — nämlich ins Kriegsministerium, das eben das Generalkommando verschluckt hatte, einmal sollte ich abgesetzt werden, meine Mitarbeiter sollte ich entlassen, einmal hatte man die menschenfreundliche Absicht, uns in die Luft zu sprengen (im Erdgeschoß war ein großes Munitionslager). Dabei hatten wir die Aufgabe, Ruhe und Ordnung und den Bestand des Staates zu garantieren. Durch die Entwicklung der Verhältnisse war die Zentralleitung der Sicherheitstruppen der Mittelpunkt der Wehrmacht des neuen Volksstaates geworden. Entsprechend der großen Verantwortung, die wir übernommen hatten, brauchten wir auch die nötige Bewegungsfreiheit des Handelns, um die übernommene Aufgabe ausführen zu können. Die Ära Herrmann/Krais im Kriegs-

ministerium versuchte mit allen Mitteln, die Kommandobehörde, die wir an Stelle des Generalkommandos geworden waren, im Verwaltungskörper des Kriegsministeriums aufzuschlucken. Die Folgen einer solchen Maßnahme waren jedenfalls für die Bedürfnisse der Truppen und deren Auslösung bei einer Aktion keine guten. Ich verstand die Gedankengänge des Herrn Krais sehr gut. In den Sicherheitstruppen lag die Macht, das alte Heer mit seinen Soldatenräten war ein „Haufen" geworden ohne Zusammenhalt, ohne Aktionskraft — es bestand nach als Begriff ohne Inhalt und Bedeutung.

Ich war deshalb nicht gesonnen, das neu geschaffene Instrument der Sicherheitskompagnien einem seelenlosen und künstlich das Leben fressenden Bürokratensystem in die Hand zu geben, das nie in der Lage sein konnte, im entscheidenden Moment dieses Instrument so zu gebrauchen, wie es augenblicks der Verhältnisse notwendig war.

Die Organisation war aufgebaut weniger auf Verfügungen als auf dem Vertrauen zum Mann zum Führer bis zum Befehlshaber. In Revolutionszeiten mag ja wohl eine Truppe, die stark auf den Führer eingestellt ist, eine gewisse Gefahr darstellen. Der Vorwurf der „Prätorianergarde", wie meine Sicherheitskompagnien hin und wieder genannt wurden, traf deshalb nicht zu, weil einerseits meine Einstellung zu Regierung und Staat eine absolut positive war, ja schwer dies manchmal auch persönlich wurde, andererseits waren meine Leute mit ihren Vertrauensleuten gereifte Männer, die nach 4½jährigem Krieg politische Einstellung und Verantwortungsgefühl genug hatten, um sich nicht für persönliche Absichten ihres Führers gebrauchen bezw. mißbrauchen zu lassen.

Wohl hatte der parlamentarische Kriegs- wie der spätere Innenminister die oft belonte politische Verantwortung, aber in bewegten Zeiten einer Revolution ist die Verantwortung, die weniger mit dem Wort im Parlament, als mit der Tat dem ganzen Volk gegenüber übernommen wird, die höher zu wertende, da sie mehr verpflichtet. Die parlamentarische Verantwortlichkeit erschöpft sich außerstenfalles mit Minister- oder Kabinettswechsel. Am 9. Januar spielte ich um einen hohen Einsatz, hätte ich verloren, so wäre mein Kopf verwirkt gewesen.

Und das blieb sich immer gleich, auch in den folgenden Situationen. Der Haß meiner Gegner, der sich noch heute austobt an meiner Person, gab nur recht in meiner Einstellung: die Organisation, unbekümmert um die Hindernisse und Hemmungen, die von seiten des überbürokratischen Systems bereitet wurden, durchzusetzen und die notwendige Bewegungs- und Handlungsfreiheit anzustreben, die allein Erfolg beim Einsatz bringen konnte. Die Konflikte mit Kriegs- und Innenministerium entsprangen letzten Endes dem Mangel an Verständnis, mit dem diese rein bürokratisch arbeitenden Verwaltungskörper der lebendigen — schlagfertig sein müssenden Organisation gegenüberstehen mußten. Es fehlte der Revolution am „Vorgang", die Verhältnisse wollten mit demselben Apparat und denselben Mitteln beherrscht werden, wie diejenigen, auf die der Regierungs- und Verwaltungsapparat seit Jahrzehnten (aber Jahrhunderten)

eingestellt waren, wofür oder jetzt alle Voraussetzungen fehlten. (Heer, unorganisierte Staatsautorität, normale Wirtschaft usw.).

Das Geheimnis meines bescheidenen Erfolges war eben die Tatsache, daß ich einesteils nicht beamtlich verbildet war (Verzeihung), daß ich keinen Vorgang brauchte, um etwas Neues zu schaffen, daß ich elastisch genug war, aus der Zeit heraus mich desruchten zu lassen und Ideen zu haben, die die neuartigen Verhältnisse mit den Mitteln zu beherrschen vermochten, die diese Verhältnisse brauchten. Mir fehlte, Gott sei Dank die „beamtliche traditionelle Einstellung", verantwortungsfreudig und frei von bürokratischen Hemmungen wurde das im Interesse der Organisation Notwendige veranlaßt, erkämpft, durchgeführt, daß deren Angehörige wirtschaftlich gut gestellt und daher zufrieden waren. Je mehr die Zentralisierung bemüht war, die Bedürfnisse der Truppe sicher zu stellen, um so verhaßter mochte sie sich bei allen den Stellen, deren Mitwirkung für die Erfüllung dieser Notwendigkeit durch Kompf herbeigeführt werden mußte.

Je nach Lage, ob unsicher oder ruhig, hatte man rascher oder langsamer Erfolg. Mit der Entfernung von der Front in die wirklichkeitsfernen Büros hinein wuchs der Widerstand gegen das Geforderte. Das war nicht nur in den ersten Monaten der Revolution, das ist heute noch viel mehr der Fall. Der Staat wird so lange keine sichere und zuverlässige Grundlage für seinen Bestand in den Organisationen der Polizei und Reichswehr haben, als er die Notwendigkeiten wirtschaftlicher und rechtlicher Sicherstellung der Angehörigen derselben so sehr verkennt, wie es bisher geschehen ist. Der Einsatz des Einzelnen und der Gesamtheit mit Leib und Leben ist anders zu werten und zu entlohnen als Bürotätigkeit mit selbst noch so hoher Papierverantwortung.

Generalkommando und Kriegsministerium.

Das württembergische Kriegsministerium hat auch während des Krieges den Nachweis über die Notwendigkeit seines Bestehens nicht erbringen können. Als aber das Heer zusammenbrach und der Auflösung anheimfiel, hätte man glauben müssen, daß das Kriegsministerium zwangsläufig eines seligen Todes sterben würde.

Dem war aber nicht so. Denn zuvor versuchte es nochmal, durch Verspeisung des Generalkommandos sich lebensfähig zu erhalten. Die Absicht, auch die Zentralleitung zu verschlucken, war wohl vorhanden, und trotz der Unverdaulichkeit gerade dieses Bissens wurden allerhand Versuche in dieser Hinsicht unternommen; erst die höhere Macht der Schaffung der Reichswehr als Reichsexekutive führte das Ende des württembergischen Kriegsministeriums herbei. Bei Ausbruch der Revolution war das Hervorstechendste in der Entwicklung der Dinge das absolute Versagen des Generalkommandos und des Kriegsministeriums. So völlig überrascht, fassungslos und gelähmt, so handlungsunfähig und direktionslos ist wohl noch keine Situation gegenübergetreten worden, wie das stellvertretende General-

kommando als Kommando — und das Kriegsministerium als Verwaltungsbehörde der Revolution sich gegenüberstellten, d. h. sie stellten sich eben nicht, bezw. sie stellten sich auf den „Boden der Tatsachen". Auch ein Standpunkt — aber nicht für Potsdme. Die Säulen der Monarchie stürzten leider nicht zusammen, sondern entwichen, traten zur Seite. Ihre Tragfähigkeit versagte. Marsch wie das ganze System — nach außen prunkend, machtvoll, unbeirrbar, innen faul, morsch, feige. An der Spitze des stellvertretenden Generalkommandos stand General der Infanterie v. Schäfer, sein Stabschef war Generalmajor Ströbel, I a wurde Hauptmann Krais. General v. Schäfer verschwand bei Ausbruch der Revolution und ward nicht mehr gesehen.

Am Tage vor Ausbruch der Revolution war Kriegsminister v. Marchtaler verabschiedet worden.

General Ströbel übernahm das stellvertretende Generalkommando mit Oberstleutnant Breyer als Chef, Hauptmann Krais als I a. Der „Boden der Tatsachen" als Standpunkt genügte zunächst, um die Geschäfte weiterzuführen. Leiter des Kriegswesens war aus eigener Machtvollkommenheit bezw. der des radikalen Aktionsausschusses der Soldaten Stuttgarts der Sportartist Schreiner geworden, dessen Tätigkeit als Kriegsminister sich darin erschöpfte, daß er sich den Gehalt eines solchen anbezahlen ließ.

Doch schon am 16. November, dem Vorabend der ersten Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs, lehnte der Garnisonrat Stuttgart sowohl Schreiner als den Aktionsausschuß der Soldatenräte ab, der ihn bei Ausbruch der Revolution an die Stelle des Kriegsministers gesetzt hatte. Leiter des Kriegswesens wurde jetzt der Vizefeldwebel Fischer, angeblicher Mehrheitssozialist. Als sein Stellvertreter fungierte Generalleutnant von Hofacker. Sowohl im Generalkommando als im Kriegsministerium saßen Kontrollorgane des Landesausschusses der Soldatenräte.

Am 9. Dezember hatte das Generalkommando aus allen Garnisonen des Landes Vertreter nach Stuttgart geladen, um zur Organisation von Sicherheitskompagnien Stellung zu nehmen. Schon bei Ausbruch der Revolution waren in Ludwigsburg, Ulm und Jsny solche ausgestellt worden. Den Vorsitz der Konferenz führte Hauptmann Krais vom Generalkommando. Von verschiedenen Seiten wurden dem Generalkommando wegen mangelnder Initiative Vorwürfe gemacht. Auch ich ging Hauptmann Krais deswegen an, daß das Generalkommando einen Monat gebraucht hatte, bis es als verantwortliche Stelle in der Sache der Organisation von Sicherheitstruppen etwas tun wollte. Stundenlang wurde geredet, das Bedürfnis besteht. Aber Vorbereitungen für die Konferenz waren keine getroffen weder in Gestalt eines klaren Programms nach in Form eines Organisationsentwurfs. Nachdem man genügend hin- und her- und aneinander vorbeigeredet hatte, entstand unter tätiger Mitwirkung des Leutnants der Reserve Koch von Ludwigsburg endlich ein vorläufiger Entwurf. In einer Kommissionssitzung kam dann noch den schon gemachten Erfahrungen in der Aufstellung der Sicherheits-

kampagnien Ludwigsburg, Ulm, Jsny ein Organisationsstatut zustande, das der am 11. Dezember zusammentretenden zweiten Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. An anderer Stelle habe ich erzählt, wie ich dazu kam, das von der Versammlung abgelehnte Statut retten und zur Annahme bringen zu können und wie dann mir als gewähltes Landesausschußmitglied der Soldatenräte die Aufgabe zufiel, die Organisation aufzubauen. Zu diesem Zweck wurde ich ins Generalkommando versetzt und erhielt das Referat Ia 10 H, Zentrale der Sicherheitskompagnien. Hauptmann Krais, Oberstleutnant Breyer und General Ströbel hatten mir ihre volle Unterstützung zugesagt und ich zweifle nicht daran, daß sie die feste Absicht hatten, mir dieselbe auch zu gewähren, wenigstens für ihre Person. Namentlich General Ströbel ließ sich des öfteren Vortrag halten über den Stand der Vorbereitungen. Aber außer der Abteilung des Leutnants der Reserve zur See Horner nahm niemand Interesse an der Sache und gab mir die notwendige Unterstützung. Zunächst brauchte ich doch Soldaten und vor allem Führer, Offiziere. Den Lt. d. Landw.-Kav. I, Landesausschußmitglied der Soldatenräte, sah man mit dem linken Auge kurios an, Soldatenrat, Revoluzzer, vielleicht sogar Sozi oder Spartakist — faut. Man tat so als ob — man konnte nie wissen — oder — dabei ließ man's bewenden.

Wenn ich zu Krais kam und dies und jenes wollte, Verfügungen über Waffen, Material, Mannschaften: „Jawohl, wird gemacht, aber das Kriegsministerium muß genehmigen" usw.

Die Organisationsverfügung (s. S. 56) war 8 Tage fertig, bevor ich endlich die Unterschrift des Kriegsministers bekam. Ich bekam sie aber erst, als ich mir vom Landesausschuß der Soldatenräte eine Vollmacht hatte geben lassen, über den Kopf des Kriegsministers weg handeln zu dürfen, da mir schon bei der zweiten Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte die passive Resistenz Fischers aufgefallen war, die er der Organisation der Sicherheitstruppen gegenüber an den Tag legte. Entweder hatte Fischer kein Verständnis für die Notwendigkeit der geplanten Organisation, dazu war er aber zu intelligent, oder er wollte nicht, dann hatte er seine Gründe dafür, die aber den Allgemeininteressen wie denen des Landesausschusses der Soldatenräte zuwiderliefen. Ich hielt ihm damals meine Vermutungen ganz offen vor und erreichte dann auch oben erwähnte Vollmacht. Nun ging's, aber Fischer war mein Gegner geworden, wie er Gegner der Organisation von Anfang an war.

Oberstleutnant Möllwarth war Chef des Generalkommandos geworden, sein Vorgänger, Oberst Breyer, kam ins Kriegsministerium. Die zunehmende Desorganisation des Heeres, die Unsicherheit und Unklarheit der Verhältnisse auf dem Gebiet der Befehlgebung, Disziplin, Kommandogewalt, Stellenbesetzung (die Führerwahl trieb ihre grotesken Blüten), die Demobilmachung mit ihrem überstürzten und durch die Resolution und den Rückzug stark gestörten und gehemmten Verlauf zeigten Auswirkungen, die die rasche Schaffung einer verhältnismäßig zuverlässigen Truppe zum

Digitized by Google

dringendsten Gebot der Stunde werden ließen. Wöllwarth teilte nicht nur meine Befürchtungen über die Beurteilung der Lage — er unterstützte mich auch rückhaltlos mit der Tat, und seine Unterstützung trat in Erscheinung in der nunmehrigen Einstellung der verschiedenen Abteilungen zu meinen Forderungen und Bedürfnissen für Aufstellung der Formationen.

Eine der Hauptbemmungen bildete die eigenartig passive Stellungnahme der Kommandeure der von der Front zurückgekehrten Feldtruppenteile gegenüber meiner Forderung auf Gestellung von Führern, Mannschaften und Material für die neue Organisation. Es mögen wohl mangelnde Einsicht oder eine gewisse Müdigkeit, vielleicht auch Vergrämtheit angesichts der Haltung der Soldatenräte und Mannschaften gegenüber den Offizieren, vielleicht auch Ablehnung meiner Person als Offizier und Soldatenrat, oder alles zusammen die Ursache gewesen sein, die solche Einstellung verursachten. Jedenfalls war ich Generalleutnant von Hasacker zu großem Dank verpflichtet, daß er nach Vortrag all meiner Erfahrungen und meiner Ziele sich entgegenkommend bereit erklärte, durch Aufklärung und Privatbriefe an die einzelnen Kommandeure eine Umstellung derselben herbeizuführen, was dann bald in Erscheinung trat. Auch General Ströbel entsprach meiner Bitte um eine Zusammenkunft mit den Führern der Regimenter von Stuttgart und Umgebung, um von ihnen ein Bild über den Grad der Kampfkraft und Zuverlässigkeit ihrer Truppenteile zu erhalten. Die Schilderungen über Zerfall von Disziplin und Mangel an geeigneten Offizieren und Mannschaften waren deprimierend. Doch erwiesen sich am 9. Januar die Verhältnisse als zu schwarz gemalt.

Generalleutnant von Hasacker hatte am 3. Januar seinen Abschied genommen, Fischer vollzog seinen Austritt am 10. Januar. An seine Stelle berief die Regierung den Professor Herrmann, der sich Hauptmann Krais als militärischen Sachverständigen und Unterstaatssekretär verschrieb. Krais hatte es verstanden, durch seinen betonten Standpunkt auf dem Boden der Tatsachen und durch seine entgegenkommende Haltung das Vertrauen der Soldatenräte zu erwerben, was an sich nicht schwer war. Krais hatte mir im Generalkommando seine Unterstützung zugesagt, er ließ sich während der Januartage auch öfter im neuen Bahnhof sehen, er hatte auch ein Plakat drucken und anschlagen lassen, worauf er unter die Zentrale der Sicherheitstruppen seinen Namen setzte. Als ihm jedoch höhere Aussichten als stellvertretender Kriegsminister und Unterstaatssekretär winkten, brachte er das Opfer und siedelte ins Kriegsministerium über. Hier ratgeberte nun Krais, daß es für das Generalkommando und die Zentrale für Sicherheitskompagnien nicht gut wäre. Durch fortgesetztes Hereinorganisierenwollen in die dienstlichen Belange meiner Stelle entstanden Verhältnisse, die zum Konflikt trieben. Der Widerstand des Generalkommandos gegen die Intentionen des Herrn Unterstaatssekretärs wurde durch Einverleibung des Generalkommandos ins Kriegsministerium aufgehoben. Mir drohte dasselbe Schicksal. Früher Abteilung des Generalkommandos, war ich notwendigerweise jetzt dem Kriegsministerium unmittelbar

unterstellt. Über den Kopf der Kommandostelle der Zentralleitung der Sicherheitskompagnien wurden an die Truppe Verfügungen über Unterkunft und Verpflegung, Waffen- und Materiallieferung erlassen, die den Intentionen der Zentralleitung der Sicherheitskompagnien entgegenliefen und dadurch das sabotierten, was im Interesse der Truppenführung anzustreben war. Es kam zu unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen dem Kriegsminister und mir, namentlich wegen Unterbringungsfragen der Sicherheitskompagnien. Diese waren, solange in den Kasernen noch der Schwamm der Rumpfe untergebracht war, in Schulen einquartiert. Schwab- und Stockachschule und das Reformgymnasium waren von drei Sicherheitskompagnien belegt. Ich erhielt den Befehl, die Schulgebäude zu räumen. Man hatte nicht dafür gesorgt, daß in den Kasernen Platz gemacht wurde. Meine Sicherheitskompagnien mit den politisch verseuchten und disziplinlosen Hausen der Friedens- und Feldtruppenteile zusammenzulegen, weigerte ich mich aus naheliegenden Gründen, denn die Gefahr der Ansteckung war für die erst in der Entstehung begriffenen Kompagnien sehr groß.

Meine Vorstellungen fruchteten nichts. Das Verständnis für die Gründe meiner Weigerung war nicht vorhanden. Nun verlangte ich Auflösung der Feldtruppenteile und Räumung der Kasernen zugunsten meiner Sicherheitskompagnien. Aber das Kriegsministerium war hierzu nicht imstande, weil jeder Versuch in dieser Richtung die Soldatenräte, die durch eine etwaige Auflösung betroffen worden wären, hochbrachte, was über Garnisonrat und Landesausschuß dann beim Kriegsministerium sich auswirkte und zur Ablehnung meiner Forderung führte. Herr Kreis sowohl als der Herr Kriegsminister versagten sich den Soldatenräten gegenüber jeden positiven Standpunkt. Als ich den Befehl persönlich erhielt, verweigerte ich seine Annahme und Weitergabe, denn Befehle, die nicht ausführbar sind, gibt man nicht ohne Schädigung des Vertrauens zum Befehlshaber. Das war der Anfang eines Konflikts, der ins Stadium der Entscheidung trat, als auf Betreiben Kreis' die Zentralleitung der Sicherheitstruppen ins Kriegsministerium verlegt werden sollte. Aus inneren und technischen Gründen verwahrte ich mich auch gegen diesen Befehl, denn ich wußte, daß von dem Moment an jede tatkräftige und initiative Führung meines Amtes illusorisch wurde, wo ich in das bürokratische System der Verwaltungsbehörde hineingepreßt werden sollte. Auch einen weiteren Befehl des Kriegsministeriums, meine beiden besten Mitarbeiter, den Hauptmann von Heider, meinen Stabschef, und Rittmeister Klett, den Personalreferenten, sofort zu entlassen, mußte ich so lange verweigern, bis die höhere Entscheidung des Staatsministeriums herbeigeführt war. Hauptmann von Heider und Rittmeister Klett hatten gleich mir nicht nur eine schroff ablehnende Haltung gegenüber den Übergriffen des Kriegsministeriums eingenommen, sondern am Telephon und im Schriftwechsel dies klar zum Ausdruck gebracht. Der Konflikt in diesem Fall wie alle Unzuträglichkeiten zwischen Kriegsministerium und Zentralleitung kamen vors Forum der Staatsregierung.

Am 7. Juni hatte der Landesausschuß der Soldatenräte auf irgend welche Anregung von seiten der interessierten Stelle folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der württembergischen Staatsregierung.

„Der Landesausschuß steht noch wie vor (!) auf dem Standpunkt, daß alle militärischen Angelegenheiten nicht von der Staatsregierung, sondern vom Herrn Kriegsminister zu regeln sind. Der Herr Kriegsminister wird gebeten, diesen Standpunkt der Regierung gegenüber nachdrücklich zu vertreten. Der Landesausschuß und sämtliche Truppen des Landes stehen geschlossen hinter dem Kriegsminister, der ihr volles Vertrauen genießt. Der Landesausschuß verlangt eine sofortige Entscheidung aller schwebenden Angelegenheiten.

Um Kenntnisnahme wird gebeten Bettinger"

Der Ton dieser an die Regierung gesandten Resolution war deutlich, der Inhalt aber geradezu ungeheuerlich und bedeutete einen glatten Versuch des Bruches der Verfassung.

Abschnitt IX der Verfassung des württembergischen Volksstaates lautet:

Württembergischer Truppenteil. § 80. „Die württembergischen Truppen bilden einen Teil der Reichswehrmacht. Sie werden auf die Reichsverfassung und die württembergische Verfassung verpflichtet. Sie sind ein in sich geschlossener Truppenverband nach der vom Reiche festzusetzenden Gliederung.

Die Oberste Befehlsgewalt und die Verwaltung steht der Staatsleitung nach Maßgabe der Sonderrechte zu, die Württemberg auf Grund seiner Abmachungen mit dem Reiche besitzt."

Diese Verfassung war auch von Herrmann unterzeichnet worden am 20. Mai 1919.

Es ist nicht anzunehmen, daß er sich in Unkenntnis befand, daß obige Resolution des Landesausschusses den Versuch darstellte, einen Verfassungsbruch zugunsten seiner Person anzustreben und zu vollziehen. Die Resolution ging natürlich auch insofern von falschen Voraussetzungen aus, als sie davon sprach, daß „sämtliche Truppen des Landes geschlossen" hinter dem Kriegsminister und dieser Resolution ständen. Das galt nur von dem Landesausschuß, den Garnisons- und Soldatenräten der Rümpfe. Die Sicherheitstruppen standen hinter der Zentralleitung und damit unverrückt zur Verfügung der Regierung. In dem Kampf zwischen Kriegsministerium-Landesausschuß gegen Zentralleitung mußte ich einige Male meinen ganzen Einfluß aufbieten, damit meine Truppen nicht das Kriegsministerium und den Landesausschuß aushoben. Kennzeichnend für die diktatorische Einstellung und Eigenmächtigkeit Herrmanns dürfte auch die Tatsache sein, daß die württembergische Regierung eines Tages der merkwürdigen Tatsache sich gegenübergestellt sah, daß ohne ihre Kenntnis — natürlich auch ohne ihre Einwilligung — die Militärkonvention mit Preußen — der Lebenshäuser Vertrag — der die Verwendung württembergischer Offiziere in Preußen zum Gegenstande hatte und für die

württembergischen Offiziere von größter Wichtigkeit war, vom württembergischen Kriegsministerium Herrmann/Krais einfach gekündigt und damit aufgehoben worden war. Es gehörte entweder ein sehr großes Verantwortungsgefühl oder aber ein nicht geringes Maß von Leichtsinn und Mangel an Verantwortlichkeit dazu, etwas derartiges ohne die Staatsregierung zu machen. Nicht einmal der frühere König konnte sich das Recht anmaßen, eine derartig schwerwiegende Entscheidung von sich aus zu treffen.

Auch bei dem Erlaß des Reichswehrministers vom 31. März 1919 „über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr" gestattet sich das württembergische Kriegsministerium beim Abdruck im Württembergischen Militärverordnungsblatt Eigenmächtigkeiten durch Zusätze und Weglassungen, die ohne Genehmigung der Staatsregierung — lediglich im Einverständnis mit dem Landesausschuß der Soldatenräte — vorgenommen wurden, daß die Interessen namentlich der Sicherheitskompagnien schwer geschädigt wurden durch Unterdrückung der für sie günstigen Übernahmebestimmungen, was schwerste innere Beunruhigung derselben zur Folge haben mußte, wenn sie's erfuhren.

Diese eigenmächtige wesentliche Abänderung der Ausführungsbestimmungen des Reichswehrministers mußte zu unangenehmen Auseinandersetzungen mit dem Reich, die Auslassung aller den Sicherheitskompagnien günstigen Bestimmungen zu einer dem Staat gefährlichen Erbitterung der Sicherheitskompagnien führen.

Auch die beabsichtigte Verewigung und Verankerung der Soldatenräte in der württembergischen Reichswehr war gegen die vom Reichswehrminister erlassene Bestimmung vom 19. Juni, wonach die Soldatenräte aufgehoben und an ihre Stelle Vertrauensleute getreten waren.

Die Staatsregierung als entscheidende Instanz für den Konflikt zwischen Kriegsministerium und Zentralleitung tat beide Parteien vor, welche nun Gelegenheit bekamen, ihre Auffassung über die gegenseitige Einstellung zueinander und über die Handlungen der Gegenseite beschwerdeführend vorzubringen.

Die Lösung des Konflikts brachte das Rücktrittsgesuch Herrmanns, das wider Erwarten vom Staatspräsidenten angenommen wurde. Damit ergaben sich auch für Unterstaatssekretär Krais die notwendigen Konsequenzen. Es hatte sich als Fehler erwiesen, daß das Generalkommando vom Kriegsministerium verschluckt worden war, umgekehrt mußte es sein. Die Entwicklung der Dinge mußte dazu führen, daß der „königlich württembergische Bürokratieapparat des Kriegsministeriums" ein jähes Ende nehmen würde.

Nach Abgang des Leiters des Kriegswesens, Herrmann, wurde deshalb auch das Kriegsministerium nicht mehr besetzt. Oberstleutnant Wöllwarth übernahm interimistisch solange die Führung der Geschäfte, bis das württembergische Kriegsministerium sein Ende fand.

Der Generalstreik im Frühjahr 1919.

Am 23. Januar war die „verfassunggebende Landesversammlung" Württembergs zusammengetreten, um dem Lande eine Verfassung zu geben.

Am 6. Februar eröffnete die Nationalversammlung in Weimar ihre Sitzungen, um das gleiche für das Deutsche Reich zu tun.

In Spaa waren die Waffenstillstandsverhandlungen im Gange, die in ergebnislosem Ringen unserer deutschen Vertretung gegen die Entente eine schwere Bedingung nach der andern auf die Schultern des niedergedrochenen deutschen Volkes legen lassen mußten.

Nach dem Zusammenbruch des ersten Spartakistenaufstandes in Berlin und Stuttgart brach das Feuer der Gegenrevolution vorseiten der Kommunisten bald da bald dort im deutschen Lande aus und ließ die Regierung nicht zur Ruhe kommen für Aufbau und Festigung des aus den Fugen geratenen Staatswesens.

Im Ruhrgebiet, in Bremen, und in Mitteldeutschland tobten Bürgerkrieg und Generalstreik. Der Mord an Liebknecht, Rosa Luxemburg und Jogiches hatte den Aufständischen neuen Agitationsstoff gegeben, die Erschießung Eisners und Auers gaben den Auftakt und Impuls zu einem zweiten Versuch, die Revolution weiterzutreiben.

Eisner war am 21. Februar erschossen worden, die Antwort war ein Attentat gegen Auer, das verschiedenen Abgeordneten das Leben kostete, ihn selbst aber und mehrere Angehörige des Landtags schwer verwundete.

Anfang März hatten in Berlin und Mitteldeutschland sich wieder Kämpfe entwickelt, die nicht nur große Opfer an Menschenleben forderten, sondern auch durch Arbeitsruhe in Fabriken, Bergwerken und auf der Bahn unserer Wirtschaft riesigen Schaden brachten. Auch außerhalb Deutschlands zeigten die revolutionären Vorgänge in Polen und Ungarn, wo die Räterepublik ausgerufen wurde (24. März), daß die Triebkräfte des russischen Bolschewismus zur Weltrevolutionierung am Werk waren.

Auf dem Revolutions-Parteitag der U S P vom 2.—6 März war folgendes Aktionsprogramm zu Verwirklichung für die nächste Zukunft beraten und angenommen worden:

Diktatur des Proletariats — Eroberung des Proletariats — Rätesystem — Todfeindschaft der bürgerlichen Gesellschaft.

Schon am 24. März ist die Losung des geeinigten Proletariats und seines Aktionsausschusses für Württemberg:

„Das Maß ist voll! Die Stunde schlägt:
Der Worte sind genug gewechselt
Das Proletariat will Taten sehen"

Ende Februar drohte der Generalstreik aus Anlaß der Münchener Vorgänge nach Württemberg überzuspringen.

Die Regierung hatte folgende Aufrufe erlassen:

26. Februar 1919

„Arbeiter! Für Donnerstag hat Spartakus der von euch auf den Schild gehobenen Volksregierung von neuem den Kampf angesagt — er will sie stürzen und in Blutvergießen ein Schreckensregiment aufrichten.

Da das kleine Häuflein der Spartakusleute allein aber nichts ausrichten kann, will es euch für seine Zwecke benützen. Darum das leere, immer wiederholte Gerede vom Marschieren der Gegenrevolution; darum die Versuche, euch mit Gewalt aus den Fabriken auf die Straße zu führen; darum der Schwindel von der Einigung des Proletariats über die Köpfe der Führer weg.

Arbeiter! Laßt euch nicht betören und belügen! Die Spartakusleute, die heute von der Einigung des Proletariats reden, haben im Ruhrgebiet friedliche Arbeiter gemaßregelt, 600 Bergleute in die Schächte gesperrt, um sie verhungern zu lassen, haben in München Auer niederschießen und den Mörder frei laufen lassen.

Das ist das Recht der Gewalt, das sie für sich in Anspruch nehmen, um ihre Herrschaft aufzurichten.

Euch aber wollen sie auf die Straße locken, um dort mit euch ein frevelhaftes Spiel zu treiben.

Darum haltet euch fern von allen Demonstrationen und vom Generalstreik, der jetzt gepredigt wird, wehrt euch gegen die Vergewaltigung und Bedrohung. Treiet geschlossen hinter eure altbewährte Partei, die Gewerkschaften und die Regierung. Folgt euren Führern, die jahrzehntelang im Dienste des Volkes gekämpft und gearbeitet, seit der Revolution im November unermüdlich für euch und eure Wohlfahrt geschafft, für Arbeit und Brot gesorgt haben.

Laßt die Spartakisten allein ihre wahnwitzigen Pläne versuchen, sie werden an der geschlossenen Front des Volkes elend scheitern.

Die Regierung ist entschlossen, gegen die Gewalt der Spartakisten Gewalt zu setzen, sie wird alle Gewaltlüglichkeiten rücksichtslos niederwerfen und gegen Plünderungen mit der vollen Schärfe des Gesetzes vorgehen.

Stuttgart, den 26. Februar 1919.

Die Staatsregierung:

Blos. Baumann. Herrmann. Heymann. Klene.
Liesching. Lindemann. Schücke.

Nur in Heilbronn wurde der Generalstreikparole Folge geleistet.

Im März vollzog sich dann nach den Beschlüssen des Parteitags der Unabhängigen (2.—6. März) die Einigung des Proletariats radikaler Richtung insoweit, daß zur Aktion geschritten werden könnte.

In Betriebsversammlungen wurden Arbeiterkomitees eingesetzt, aus den Vertretern derselben entstand der Aktionsausschuß des „geeinigten

Proletariats", der bonn am 21. März 1919 der Regierung nochmals ultimotta folgende Forderungen stellte

1. Freilassung der politischen Gefangenen (Hörnle und Genossen)
2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel.
3. Einstellung der anläßlich des Januar-Generalstreiks gemaßregelten Genossen.
4. Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte.

In den Betrieben herrschte blindwütiger Terror der Radikalen. Jede gemäßigte Meinung wurde mit Fäusten, Hämmern, Stahlstangen usw niedergehalten.

Die Gewerkschaftsführer nomentlich konnten sich in Fabrikversammlungen nicht mehr sehen lossen ohne Gefahr zu laufen, totgeschlagen zu werden.

Da die Antwort der Regierung auf obige Forderungen, wie zu erwarten — negativ war, so entschloß sich dos „geeinigte Proletariat" zum Generalstreik durch folgenden Beschluß.

„Der Einigungsausschuß beschließt in einen Generalstreik einzutreten. Tag und Stunde soll von einer Kommission festgesetzt werden. Es ist auf dem schnellsten Wege der Arbeiterschoft hiervon Mitteilung zu machen, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Von diesem Beschluß sind sämtliche Arbeitermassen durch einen Aufruf zu unterrichten."

Der 9köpfige Aktionsausschuß ließ die Arbeitermassen der Betriebe „Stellung nehmen" zu diesem Beschluß, damit die Aktion als „Massenaktion, nicht von den Führern befohlen, sondern von den Arbeitern selbst beschlossen und gewollt" in Erscheinung treten sollte.

Die Sozialdemokratische Partei und die Vereinigten Gewerkschaften, der Arbeiter- und Soldatenrat suchten mit allen Mitteln der Aufklärung diesem Wahnsinn zu steuern. Vergebich. Während in der letzten Märzwoche die Erörterungen für und wider den Generalstreik die Öffentlichkeit beschäftigten, machten wir uns bereit, den auf Sturz der Regierung und Errichtung der Räterepublik abzielenden Stoß des „geeinigten Proletariats" — sprich Spartakus und seiner Mitläufer von U.S.P.-Leuten — obzufangen.

In den Vorbereitungen der Aktion spielte der Vorstoß der Radikalen in der Landesversammlung der Soldatenräte vom 19—21 März insofern eine Rolle, als der Versuch gemacht wurde, durch ein Kesseltreiben gegen mich bei der Landesversammlung meine Absetzung als Befehlshaber der Sicherheitstruppen zu erzwingen. (Den genauen Vorgang habe ich an anderer Stelle erzählt.)

Die Vorbereitungen waren getroffen, da ich über die Absichten der Gegenseite genau orientiert war.

Der Ausbruch des Generalstreiks war auf 31. März, vormittags 9 Uhr, festgesetzt. Der Aktionsausschuß tagte an verschiedenen Orten und hatten einen ausgezeichneten Stafettendienst zu Fuß und per Rad eingerichtet.

Es gelang uns, einige dieser Stafetten abzufangen mit wichtigen Weisungen und Befehlen.

Der Landesausschuß hatte, da auch der Versuch der Streikenden festgestellt war, die Sicherheitstruppen für ihre Zwecke zu bekommen, folgenden Aufruf verbreitet:

Soldaten! Mitbürger!

Der Aktionsausschuß des sogenannten geeinigten Proletariats hat den Generalstreik proklamiert.

Falls es dazu kommen sollte, beteiligt euch nicht an Demonstrationen, die erfahrungsgemäß leicht zu Gewalttätigkeiten führen. Wir lehnen jede Verantwortung für solche Gewalttätigkeiten ab.

Der Landesausschuß der Soldatenräte Württembergs:
gez. Bettinger.
Der Kriegsminister:
gez. Herrmann.

Die Regierung und der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs ohne radikale Gruppe der Unabhängigen und Kommunisten schlugen ihr Standquartier im neuen Bahnhof auf.

Die Regierung hatte Verhandlungen mit dem Aktionsausschuß abgelehnt, da sie ihm das Recht, im Namen der Arbeiter von Groß-Stuttgart zu sprechen, nicht zuerkannte.

An Kräften zur Abwehr dieses zweiten Versuchs der Errichtung der Rätediktatur standen bereit

in Stuttgart 4 Sicherheitsbataillone mit entsprechenden Nebenwaffen, 1 Freiwilligenbataillon, geführt von Leutnant der Reserve Widermuth.

Im Land zerstreut standen für den örtlichen Schutz der betreffenden Standorte 16 Sicherheitskompagnien. Als Reserve wurde 1 Bataillon Freiwilliger in die Umgegend Stuttgarts gelegt, außerdem wurden noch 3 Sicherheitskompagnien bereitgestellt, um per Bahn da eingesetzt zu werden im Land, wo es notwendig werden sollte.

Kraftwagen und Eisenbahnzüge standen bereit, um notwendig werdende Umgruppierungen rasch in die Wege zu leiten. In Übereinstimmung mit dem Bund der Verkehrsbeamten, der während der ganzen Revolutionsjahre treu sich hinter die Regierung gestellt hatte, war der Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverkehr auf die Bedürfnisse der Zentralleitung der Sicherheitstruppen eingestellt, so daß, als es notwendig wurde, zur Fernlerung gewisser Brandherde des Generalstreiks, Bahn-, Telephon- und Telegrammsperre verhängt werden konnte. Das Bürgertum hatte von sich aus einen Bürgerabwehrstreik vorbereitet, der aber nicht zur vollen Wirkung kam und auch vollkommen überflüssig war.

Am 1. April, morgens 9 Uhr, hatte die Regierung den Belagerungszustand verhängt durch folgende Proklamation.

„Wegen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird der

Belagerungszustand

für das Gebiet der Stadtdirektionsbezirks Stuttgart, das Amtsoberamt Stuttgart und die Oberämter Eßlingen, Cannstatt und Böblingen von der Staatsregierung erklärt. Im Einverständnis mit dem Militärbefehlshaber werden mit sofortiger Wirkung folgende Anordnungen getroffen:

1. Alle Versammlungen, alle Menschenansammlungen auf Straßen und Plätzen, öffentliche Umzüge aller Art sind verboten.

2. Die Beschränkung der Gesetze hinsichtlich der Verhaftungen, Beschlagnahmen und Durchsuchungen sind aufgehoben.

3. Jede Verbreitung von Flugschriften und Handzetteln, ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Regierungsgenehmigung gestattet.

4. Die Polizeistunde wird auf abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater, Lichtspielhallen und dergl. sind zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenverkehr ist von abends 9 Uhr an verboten.

5. Die Organe der Regierung sind ermächtigt, jeden zu verhaften, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates und der Staatsregierung zu gefährden oder den hier getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt.

6. Für das Gebiet des Belagerungszustandes werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren alle Straftaten des Hoch- und Landesverrats, Aufruhrs, Mords und Raubes, der Plünderung, Befreiung der Gefangenen, der tätlichen Widersetzung, der Zerstörung von Eisenbahnen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserleitungen, unbefugten Waffentragens, endlich alle Zuwiderhandlungen gegen die von der Staatsregierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote abzuurteilen haben.

Wir fordern die Bevölkerung auf, den Anordnungen der Staatsregierung unbedingt Folge zu leisten. Dann wird es möglich sein, den Belagerungszustand in kürzester Zeit wieder aufzuheben.

Blos. Baumann Herrmann Kiene
Liesching. Lindemann Schlicke.

Durch Plakataushang und Verlesung auf öffentlichen Plätzen unter Trommelwirbel war die Bekanntgabe erfolgt.

Zunächst aber schien sich niemand von den Streikenden um den Belagerungszustand zu kümmern, denn um 10 Uhr vormittags gab es Versammlungen auf dem Marien-, Wilhelms-, Ostend- und Gewerbehalleplatz mit anschließenden Demonstrationen, die von den Sicherheitskompagnien zerstreut wurden.

Dabei kam es in der Ludwigstraße zu Zusammenstößen, bei denen die Sicherheitskompagnie von der Schußwaffe Gebrauch machte. In die Moltkekaserne versuchten Demonstrierende einzudringen, was ihnen nicht gut bekam. Mittags wurden bei der großen Infanteriekaserne Brot-

fuhrwerke der Sicherheitskompagnien überfallen und der Versuch gemacht, sie zu plündern. Ein Panzerauto zerstreute die Plündernden durch Maschinengewehrfeuer. Auch in Ostheim erfolgten Angriffe auf Patrouillen, die abgewehrt wurden.

Am Mittwoch, den 2. April, erhielt eine Sicherheitskompagnie den Befehl, den Aktionsausschuß auszuheben, der im Gewerkschaftshaus sein „Stabsquartier" aufgeschlagen hatte. Leider entwischten einige der „Brüder vom geeinigten Proletariat", während der „Rote Soldatenbunds-Macher", Dorner, in unsere Hand fiel. Daß bei der Aktion ein ziemlicher Auflauf entstand, war bei der Nähe des Leonhardsplatzes nicht verwunderlich. Wie früher, so auch jetzt, waren die „Leonhardsschlamper", das lichtscheue Gesindel der Altstadt, die Avantgarde der Spartakisten und U.S.P.-Leute. Auch hier mußte mit der Waffe eingegriffen werden, um die Straßen zu räumen. Abends entstand am Wilhelmsbau, der von einer Sicherheitskompagnie besetzt war, eine lebhafte Schießerei. Die Sicherheitskompagnien hatten Feuer erhalten aus dem Wilhelmsbau und einigen anliegenden Häusern, was natürlich kräftig erwidert wurde. Auch hier gab es leider Tote und Verwundete. In den östlichen Stadtteilen Ostheim, Cannstatt, Wangen und Untertürkheim waren das Gros der Streikenden wohnhaft.

Abends wurde das Artilleriewagenhaus Wangen, wo große Mengen von Maschinengewehren und Munition lagerten, überfallen, nachdem die Telephonverbindung der Wache zerstört worden war. Die Spartakisten bemächtigten sich einer Anzahl Maschinengewehre. Da jedoch nach kurzer Zeit das Artilleriewagenhaus wieder entsetzt wurde, hatten die Aufrührer keine Zeit, viele Waffen wegzubringen. Einen Teil der geraubten Gewehre und Maschinengewehre warfen die Flüchtenden in den Neckar, den andern Teil erbeuteten wir wenige Tage später bei Aushebung des Waldheims bei Wangen.

Die radikale Verhetzung war so stark, daß es zu Zusammenstößen kommen mußte. Morgens gegen 10 Uhr war in Ostheim eine Patrouille von 8 Mann überfallen und niedergezwungen worden. Einer derselben wurde in bestialischer Weise abgeschlachtet: man fand ihn mit gebundenen Armen und Beinen, die Kehle durchschnitten, auf eine Bank gefesselt.

Auch in Cannstatt erging es einer Patrouille ähnlich.

In Untertürkheim wurde ein Außenkommando vertrieben, außerdem die Kraftfahrer entwaffnet und deren Waffendepot besetzt.

Als mittags ein Panzerauto Patrouille fuhr, um diese Orte zu erkunden, wurde es in Cannstatt auf dem Wilhelmsplatz mit Gewehrfeuer und Handgranaten empfangen, was mit Maschinengewehrfeuer erwidert wurde, wobei 5 Gegner auf dem Platze blieben. Die Handgranatenwerfer konnten später verhaftet werden.

Eine Feldküche wurde ebenfalls mit Gewehrfeuer angegriffen, doch konnte sich die Begleitmannschaft durchsetzen.

Donnerstag, den 3. April, wurde Untertürkheim gesäubert, das Waffendepot der Spartakisten ausgehoben, eine Anzahl Aufrührer ver-

haftet. Die Kraftfahrer, die im „Hirsch" untergebracht waren, hatten zum Teil mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht, was ihre Auflösung zur Folge hatte. Sonst war der Tag, abgesehen von einigen belanglosen Schießereien in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag, ruhig. Nachrichten, die von den Spartakisten in Umlauf gesetzt wurden zur Beunruhigung der Bevölkerung, entsprangen dem Bewußtsein, daß die Aktion mißlungen war — und verfingen nicht. Die Regierung war trotz gegenteiliger Gerüchte Herrin der Lage in Stuttgart wie in den andern Orten des Landes. Auch ich selbst war keineswegs ermordet. Die Sicherheitstruppen bewährten sich als treu und zuverlässig. Ihre Haltung war trotz wüstester Beschimpfungen ruhig und beherrscht. Die Ermordung und Massakrierung einzelner Kameraden hatte aber eine furchtbare Erbitterung in der Truppe hervorgerufen. Gegen Abend wurde die Wache im Artilleriewagenhaus durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer angegriffen. Es zeigte sich, daß die Bergabhänge zwischen Gaisburg und Wangen von Aufrührern besetzt waren, die die Ulmerstraße von Gaisburg nach Wangen unter starkes Maschinengewehrfeuer nahmen. Ein Kind wurde hierdurch getötet, ein anderes und ein Sicherheitskompagniesoldat schwer verwundet.

Durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer wurden aber die Weinbergschützen rasch vertrieben.

Die Sicherheitskompagnie 13 hatte inzwischen das Waldheim Wangen, wo die im Wagenhaus Wangen gestohlenen Gewehre und Maschinengewehre vom Abend zuvor lagerten, gesäubert und geleert. Eine Anzahl Gefangene, die hiebei gemacht wurden, gehörten zu den Heckenschützen vom Abelsberg.

Diese „Schlacht am Abelsberg" beendete zunächst die Aktion in Stuttgart und seinen Vororten, Gaisburg, Wangen, Untertürkheim und Hedelfingen wurden am Freitag besetzt und auf Waffen durchsucht.

Schon am 1. April war der „Sozialdemokrat" verboten worden, die Druckerei in der Ludwigstraße wurde lahmgelegt.

Die bürgerlichen Zeitungen hatten ihr Erscheinen eingestellt.

Ein „Mitteilungsblatt der Regierung" vermittelte das notwendig Wissenswerte. Post, Telephon, Telegraph und Bahnverkehr waren gesperrt, nur was zum amtlichen Apparat gehörte, wurde bestätigt. Das Mittel der Verkehrssperre hat sich bei der Niederringung der „Aktion des geeinigten Proletariats" glänzend bewährt.

In Eßlingen hatten sich während des Generalstreiks durch das Versagen der dortigen Sicherheitskompagnie bezw. ihres Führers, Zustände herausgebildet, die ein energisches Eingreifen notwendig machten.

Am Tage des Ausbruches des Generalstreiks hatte die Proklamierung des Belagerungszustands auf dem Marktplatz in Eßlingen durch ein Kommando der Sicherheitskompagnien zu Zusammenstößen geführt. Als eine Demonstration vor der Unterkunft der Sicherheitskompagnie in der Oberesslingerstraße erschien, ließ sich der Führer, ein wenig energischer, aber vom Soldatenrat gewählter Offizier, in Verhandlungen mit den Strei-

kenden ein. Da keine Vorbereitungen zu wirkungsvoller Abwehr (Absperrung mit weitem Vorfeld, Verteidigungszustand, Maschinengewehre feuerbereit) getroffen waren, drangen die Demonstranten in die Unterkunft ein, der Führer und die Sicherheitskompagnie wurden überrumpelt, die Waffen der Kompagnie im Besitz der Streikenden, ebenso das Auto der Sicherheitskompagnie, kein guter Anfang für uns.

Mittels Extrazug war die Sicherheitskompagnie 13 von Ulm im Anrollen, Ziel zunächst Göppingen, von wo bedrohliche Lage gemeldet war. Leutnant Albrecht, der bewährte Führer seiner Truppe, wurde nach der Entwicklung der Lage in Eßlingen angewiesen, mit seiner Kompagnie nun weiterzufahren, um Eßlingen zu besetzen, die Waffen wieder in seinen Besitz zu bringen und die Ordnung herzustellen.

In der Kaserne in Eßlingen lag ein Teil des Regiments 126, hier sammelte sich unter Führung des zweiten Kompagnieoffiziers, eines energischen und schneidigen Mannes, ein Teil der entwaffneten Sicherheitskompagnie, den Führer hatte ich nach seiner Meldung über das Vorgefallene sofort weggejagt.

Als Albrecht mit seiner Kompagnie auf dem Bahnhof in Eßlingen eintraf (sein Kommen war von Göppingen noch Eßlingen gemeldet worden!), stand eine riesige Volksmenge auf und vor dem Bahnhof und empfing die aussteigenden Truppen mit Schimpfworten und Drohungen. Ein Teil der Menge war mit den Waffen der Sicherheitskompagnie versehen.

Die Handgranatenkästen aus dem Munitionswagen wurden entladen. Plötzlich durchbrachen einige robuste Burschen die Bahnsperre, stürzten sich auf die Handgranaten und warfen einige unter die angetretenen Sicherheitskompagnien. Der Garnisonsarzt Mischele, der Albrecht über die Vorgänge orientiert hatte, versuchte vergebens einzugreifen. Durch die geworfenen Handgranaten wurden einige Leute der Sicherheitskompagnie teils leicht, teils schwer verletzt.

Albrecht hatte versucht, die Menge zu warnen und zum Verlassen des Bahnhofs zu bringen. Die Detonation der Handgranaten aber verlangte nun ein entschlossenes Eingreifen. Im Verlauf weniger Sekunden hatte die Kompagnie Jany unter Anwendung der Schußwaffe den Bahnhof geräumt, denselben besetzt und in Verteidigungszustand gebracht. Mit 10 Maschinengewehren, die in Stellung waren, konnte die Sicherheitskompagnie 13 sich durchsetzen — aber ein furchtbares Blutbad unter der sich wie rasend gebärdenden Volksmenge wäre notwendig geworden.

Albrecht ließ sich telephonisch mit mir verbinden und schilderte die Lage. Auch der Vorsitzende des Streikkomitees, der USP-Mann Heindel, kam ans Telephon und bat mich um Zurückziehung der Truppen. Ich stellte ihm die Forderung auf sofortige Herausgabe der Waffen, Beachtung des Belagerungszustandes und Freigabe des Postamts, das von den Streikenden besetzt war. Er versprach mir die Erfüllung dieser Forderung.

Als mir Albrecht auf meine Frage, ob er sich durchsetzen könne, erklärte,

daß ihm dies möglich sei, wenn er seine Maschinengewehre sprechen lasse, wodurch aber vielleicht Tausende umkommen würden (unter der Volksmenge waren viele Frauen und Kinder), gab ich den Befehl zur Abfahrt der Sicherheitskompagnie nach Stuttgart. Eßlingen mußte auf andere Weise in Besitz genommen und zur Befolgung des Belagerungszustandes gebracht werden. Das Gefecht hatte die Kompagnie einige Verwundete gekostet, auf der Gegenseite waren mehrere Tote und eine Anzahl Verwundeter.

Die Sicherheitskompagnie 13, meine Insyer, waren im neuen Bahnhof angekommen. Ich hatte sie empfangen. Die Verwundeten wurden versorgt; die Kompagnie war auf die Eßlinger nicht gut zu sprechen. Heindel, der Vorsitzende des Eßlinger Aktionsausschusses, tat alles, um die Forderungen zu erfüllen, die ich gestellt hatte. Aber die Eßlinger Streikenden standen unter der Führung von einigen Kommunisten radikalster Färbung. Eßlingen war lange Zeit die Hochburg der Kommunisten, namentlich die Belegschaft der Maschinenfabrik Eßlingen/Mettingen stand unter dem Einfluß der Spartakisten Schönhaar, Klein und Roth.

Das Postamt war nun wieder frei. Aber die Waffen waren immer noch im Besitz der Streikenden, auf den Belagerungszustand pfiffen die Eßlinger.

Heindel-Schönhaar, der Garnisonrat Mitschele und Major Schwennhage vom Regiment 126, dem ich den Auftrag zur Durchführung des Belagerungszustandes gegeben hatte, kamen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in den neuen Bahnhof als Unterhändler.

Heindel schilderte seine Versuche zur Herbeischaffung der Waffen und versuchte die inzwischen erfolgte Bildung von bewaffneten Arbeitern als Schutzorgane der Streikenden zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von mir genehmigt zu bekommen. In stundenlangen Erörterungen, die bis morgens dauerten, kamen wir zu keinem Resultat: von meiner Forderung auf Entwaffnung der Arbeiter, Herausgabe der Waffen, sofortige und restlose Beachtung des Belagerungszustandes ließ ich nicht ab. Ich stellte dem Aktionskomitee ein Ultimatum von 24 Stunden zur Erfüllung meiner Forderung.

Die Unterhändler zogen ab. Heindel hatte mir zum Schluß erklärt, daß er seines Lebens nicht mehr sicher sei, wenn er den Streikenden die Annahme meiner Bedingungen empfehlen müsse. Ich glaubte dem Mann gerne, was er sagte. Die Geister, die er gerufen hatte, konnte er nicht mehr beschwören. Heindel bemühte sich redlich, aber ohne Erfolg, um das Zustandekommen der geforderten Bedingungen.

Als die Eßlinger Bevölkerung am Sonntagmorgen, den 6. April, das Frühstück einnahm, hatte sie einen Kaffeegesprächsstoff.

Morgens um 5 Uhr war Eßlingen unter dem Befehl des Leutnants Wildermuth besetzt worden von dessen Freiwilligenbataillon, verstärkt durch die Sicherheitskompagnie 13, einigen Panzerautos und zweier Batterien. Die Mitglieder des Aktionskomitees waren durch die nervigen Fäuste der Gebrüder aus den Betten geholt worden, wodurch sie sicher

sehr wach wurden. Im Auto kamen sie nach Stuttgart. Auch in Eßlingen war nun Ruhe und Ordnung eingekehrt. Die Waffen wurden abgeliefert mit dem Auto, es fehlte kein Stück, der Belagerungszustand wurde beachtet — bei einem Teil meiner Landsleute bin ich seitdem nicht mehr beliebt. Auch Nürtingen bekam einen Besuch abgestattet von einigen Autos mit einer Sicherheitskompagnie.

Im Remstal mußten die Bauern einer Gemeinde, die die Gelegenheit des Milchlieferungsstreiks zur Preiserhöhung der Milch benutzen wollten, durch einige Autos, mit Sicherheitskompagnieleuten besetzt, an ihre Pflicht gemahnt werden.

Den Schuithetzern brachten meine Leute gleich mit. Er sorgte rasch wieder für die geregelte Milchzufuhr nach Stuttgart.

Der Generalstreik brach zusammen. Die Regierung blieb Herrin der Lage.

Als die Vorbereitungen für die Abwehr des Generalstreiks getroffen wurden, hatte ich einen Organisationsentwurf für die Schaffung von Reserven für die Sicherheitstruppen ausgearbeitet. Die Aufstellung von Reservesicherheitskompagnien I und II. Aufgebots und eines technischen Hilfsdienstes war darin vorgesehen. Aus Angehörigen der Bahn- und Postbeamten waren schon beim Generalstreik kleine Formationen entstanden, die den Bahnhof und die Post, Telephon- und Telegraphenamt besetzten und eine wesentliche Entlastung meiner Sicherheitskompagnien bedeuteten.

Während am Wilhelmsbau der Kampf zwischen Sicherheitskompagnie und Spartakisten stattfand, diktierte ich im Beisein von Herrn Unterstaatssekretärs Krais den Organisationsentwurf in die Maschine, die Regierung genehmigte den Entwurf, der Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats gab unter dem Eindruck der Verhältnisse ebenfalls seine Einwilligung.

Schon in den nächsten Tagen wurde dann vom Generalkommando Abteilung I d die Organisation angefaßt und vorbereitet.

Und als nach Beendigung des Generalstreiks die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern zur Ausrufung der Rätediktatur führten, wurden mit Hochdruck Freiwilligenformationen gebildet, die es dann ermöglichten, daß ein Teil unserer Sicherheitstruppen zur Niederwerfung der Räterepublik nach Bayern einmarschieren konnten.

Der Zug nach Bayern.

In Bayern war bei Ausbruch der Revolution am 8. November 1918 Eisner an die Spitze der Regierung gekommen.

Die Träger der Staatsgewalt waren in München schon von Anfang an in ihrer Mehrheit radikaler eingestellt als in Württemberg. Die Soldaten- und Arbeiterräte zeigten nicht die ausgesprochen demokratische Einstellung unseres württembergischen Landesausschusses. Der bayrische Volkscharakter in seiner mehr passiven Haltung duldete auch ohne allzu große Gegenwirkung diese Entwicklung.

Es fehlte dem bayrischen Volk die demokratische Tradition, wie sie Württemberg seit Jahrhunderten besaß.

Die Ideen und Impulse der Umwälzung fanden in den Münchener Künstler- und Literatenkreisen einen Nährboden, der die revolutionären Triebkräfte rasch und hemmungslos ins Kraut schießen ließ. Der Zusammenbruch des bayrischen Heeres, die Desorganisation der Truppenteile vollzog sich so rasch und ungehindert, daß sich aus dem Heer kein Machtfaktor für die Aufrechterhaltung der Ordnung als Grundlage für eine ruhige Entwicklung des neuen Staatswesens gestalten konnte. Vielleicht war es auch nicht die Absicht Eisners, etwas Derartiges sich entwickeln zu lassen. Die Soldateska unserer Nachbarn hatte von sich aus keine erhaltende Tendenz und Einstellung genommen, weshalb die militärischen Güter in geradezu verbrecherischer Weise verschleudert wurden. Die Offiziere der bayrischen Armee hatten sich bezw. wurden adselut beiseite gestellt. Die guten Elemente der Mannschaften, überwegend Bauern, waren so rasch als möglich entlassen worden, was nach in den Kasernen blieb, war arbeitsloses und arbeitsscheues Gesindel von unzuverlässiger Haltung, das dem gehörte, der ihm ein bequemes Leben versprach.

In Bayern hatte sich ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat als Zentralinstanz der staatlichen Macht etabliert, von dessen Gnaden Eisner Ministerpräsident war. Nach dem Ausfall der bayrischen Landtagswahlen vom 12. Januar war es klar, daß Eisners Präsidentenherrschaft ein Ende hatte mit dem Tag des Zusammentritts des bayrischen Landtags, weshalb dieser möglichst lange hinausgeschoben wurde. Eisners Ministerkollegen aus U.S.P., Unterleitner und Joffe, waren nicht gewählt worden.

Am 21. Februar wurde Eisner ermordet, nachdem schon am 19. ein etwas eigentümlicher Putschversuch mit vierstündiger Besetzung der öffentlichen Gebäude und einiger Zeitungen stattgefunden hatte, dessen Urheber wohl in monarchistischen Kreisen zu suchen waren, während als ausführende Organe Matrosen verwendet wurden.

Die Erschießung Eisners entfesselte die revolutionären Triebkräfte zur radikalen Anarchie. Als nächste Antwort wurde bei Eröffnung des Landtags der nunmehrige Ministerpräsident Auer, der Führer der Mehrheitssozialisten, über den Haufen geschossen. Einige andere Abgeordnete wurden schwer verwundet, der Zentrumsangehörige Osel getötet. Der Landtag wurde sofort vertagt, die Regierungsgewalt übernahm nun der „Zentralrat der bayrischen Republik", bestehend aus 11 Mitgliedern, parität isch zusammengesetzt aus Delegierten der Vollzugsräte, der revolutionären Arbeiterräte und Angehörigen der 3 sozialistischen Parteien. Sämtliche bürgerlichen Zeitungen wurden besetzt, die gesamte Presse unter Kontrolle gestellt, der Belagerungszustand erklärt.

In der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte war die Errichtung der Räterepublik und die Bewaffnung des Proletariats beschlossen worden.

Nach dreitägigem Generalstreik mit Tumulten, Plünderungen und Durchsuchungen von Häusern rechtsstehender Persönlichkeiten nach Waffen

und anderem beginnt in Bayern eine Zeit der Unsicherheit der Lage, ein Schwebezustand zwischen Demokratie und Rätewirtschaft und -herrschaft, der nicht gar langer Dauer sein kann.

Die Spartakisten suchen mit allen Mitteln, „die demokratische Räterepublik" des Zentralrats zur Rätediktatur nach russischem Vorbild weiterzutreiben. Lenzen, Mühsam und Landauer sind die Triebkräfte der Spartakisten.

Auch Augsburg und Nürnberg zeigen Ansätze gleicher Richtung. In Augsburg kommt es zur Besetzung und Zerstörung der bürgerlichen Zeitungen.

In München beginnt der Kampf der Sozialdemokraten um die Anerkennung der Souveränität des Landtages unter Abiehnung der Idee der Räterepublik. — Eine Minderheit aus Kommunisten und Spartakisten strebt die Diktatur des Proletariats an unter Führung von Schwabinger Kaffeehauspatrikiern und -Literaten. Sitz der Spartakisten ist das Hotel Wagner.

Der Rätekongreß tagt in Permanenz, erklärt den „Zentralrat" zum Träger der Staatsgewalt, vertagt den Landtag auf unbestimmte Zeit und setzt den Rätekongreß an seine Stelle als „provisorischen Nationalrat der Republik Bayern."

Die künftige Verfassung des Staates soll abhängig gemacht werden von einer „großen und systematischen Volksaufklärung", zu welchem Zweck ein Ministerium für Volksaufklärung geschaffen wird.

Am 28. Februar erscheint in der Sitzung des Rätekongresses eine Abteilung Soldaten, um die Spartakisten Lenzen, Mühsam und Landauer zu verhaften und abzuführen. Taller protestiert gegen diese ungeheuerliche Verletzung der Souveränität des Rätekongresses, worauf nach einer Viertelstunde die Verhafteten wieder erschienen. (!)

Der Antrag Mühsam auf Ausrufung der „sozialistischen Räterepublik" wird abgelehnt. Aus dem Rätekongreß als dem „provisorischen Nationalrat der Republik Bayern" wird ein 33köpfiger Aktionsausschuß gewählt, der einem 7köpfigen Zentralrat die Regierungsgewalt übergibt. Eine Regierung kommt nicht zustande, da die aufgeschlagenen Männer meist ablehnen. Indessen tobt in Nord- und Mitteldeutschland wieder der Bürgerkrieg. In der ersten Märzwoche kämpfen im Rätekongreß („Nationalrat") die Spartakisten mit den vereinigten Mehrheitssozialisten und Unabhängigen um die Vorherrschaft. Die Spartakisten, unter Führung Mühsams, drohen mit einer dritten Revolution.

Der Antrag auf eine kurze Tagung des Landtags wird angenommen.

Am 17. März tritt der Landtag zusammen. Die Regierung setzt sich zusammen aus: Hoffmann (S.), Präsidium, Kultus und Äußeres, Endreß (S.), Justiz, Segitz (S.), Inneres, von Frauendorfer (Fachminister), Verkehr, Unterleitner (U. S.), Soziale Angelegenheiten, Simon (U. S.), Handel, Gewerbe, Industrie, Steiner (Bauernbund), Landwirtschaft, Schneppenhorst (S.), militärische Angelegenheiten; Staatsrat von Merkel (vertretungsweise), Finanzen. Die Pressezensur wird auf-

Digitized by Google

gehoben, ein Gesetz über Aufhebung der Fideikommisse und Abschaffung des Adels angenommen.

Trotz dieser ziemlich rein sozialistischen Regierung erlosch natürlich das Feuer der Revolution in Bayern nicht, dafür sorgten schon die Spartakisten und ihre Führer Levien, Mühsam und Landauer. Die Erhebung der Räterepublik Ungarn gegen die Entente verursachte einen mächtigen Auftrieb der sowjetfreundlichen Kreise Münchens.

Für Württemberg erwuchs die Pflicht, die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern nicht nur scharf zu beobachten, sondern auch dafür zu sorgen, daß das Feuer nicht zu uns überspringe.

Der Versuch, während des Generalstreiks vom 1. bis 7. April die Regierung zu stürzen, die Macht dem Aktionsausschuß des geeinigten Proletariats in die Hände zu spielen, war gescheitert. Die Regierung des Volksstaates Württembergs hatte in den Sicherheitstruppen eine zuverlässige Macht, auf die sie sich verlassen konnte.

Kaum war der Generalstreik zusammengebrochen, kam aus dem Nachbarland die Nachricht, daß in Bayern die Räterepublik ausgerufen sei. Zwar war das schon einigemal erfolgt, aber diesmal schien es ernst zu werden.

Die Regierung Hoffmann hatte den Versuch gemacht, den Landtag wieder zusammenzurufen, um ihn zu einer Koalitionsregierung Stellung nehmen zu lassen. Der Zentralrat beantwortete die Maßnahme mit der Ausrufung der Räterepublik, der Auflösung des Landtags und der Ersetzung der Minister durch die Beauftragten und Kommissare des Volkes.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns verkündigte am 7. April in einem Aufruf an das Volk in Bayern:

„Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, eine gerechte sozialistische, kommunistische Herrschaft. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayrischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von innen und außen wird sofort eine Rote Armee gebildet. Die bayrische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker" usw.

Ministerpräsident Hoffmann verließ mit der Regierung angesichts der Lage München, da die Soldaten der hier liegenden Regimenter sich für die Räterepublik erklärten. Er erließ folgende Erklärung:

„Die Regierung des Freistaats Bayern ist nicht zurückgetreten. Sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtswirksame Verordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Weitere Publikationen werden erfolgen."

Bamberg wurde der Sitz der vertriebenen Regierung.

Wenn man die Vorgänge im Reich seit Januar verfolgte, so zeigte ein sich steigernder Einsatz und Aufwand von Kräften und Energien die rücksichtslose Anstrebung der Rätediktatur vonseiten der Kommunisten. Unverhüllt zeigten sie ihre Ziele. Unterstützt von Sowjetrußland wurde alles versucht, Deutschland zu bolschewisieren, um der Weltrevolution die nötige Stoßkraft und die Organisationsimpulse zu geben, die Deutschland an materiellen und geistigen Kräften trotz verlorenen Krieges immer noch besaß, namentlich auf militärischem und industriellem Gebiet.

Nachdem Ungarn Räterepublik geworden war (Österreich bildete kein Hindernis) und Bayern sich angeschlossen hatte, war die Gefahr für Deutschland aufs höchste gestiegen. Mittel- und Norddeutschland bedurften nur eines Anstoßes, um gleichfalls vollends in bolschewistischem Chaos zu versinken, unterminiert und reif waren sie.

Ganz offen sprach auch der Spartakist Klingelhöfer vom Zentralrat dies aus.

Die Ereignisse in München hatten eine ungeheure Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern für den ganzen Kontinent. Die Offensive Sowjetrußlands zur Bolschewisierung Europas war auf dem Punkt des Gelingens angelangt, wenn es gelang, den Süden Deutschlands zu gewinnen (auch Italien war „reif").

Für Württemberg erwuchs damit nicht nur die Aufgabe, das eigene Land vor dem Chaos zu bewahren, sondern den Bolschewismus von Deutschland fern zu halten.

Die einzelnen taktischen Unternehmungen der Spartakisten durften nicht zu strategischer Auswirkung kommen. Es ist festgestellt, daß russische Kommissare sowohl in Berlin, Mitteldeutschland, Ruhrgebiet, als auch in München tätig waren.

(Im Januarputsch hatten wir Axelrodt und Sleffarew nach München abgeschoben. Eisner steckte die beiden in ein Sanatorium, wo sie in aller Ruhe die Münchener Aktion vorbereiten konnten als Abgesandte Rußlands.) —

Dem Beispiel Münchens schlossen sich Augsburg, Würzburg, Ansbach, Kempten, Lindau an, Nürnberg lehnte die Räterepublik zunächst ab. Bayern hatte damit seine dritte Revolution, die gefährlichste für dieses Land und für das Reich. Der reine Bolschewismus hatte in Deutschlands größtem Bundesstaat Fuß gefaßt, um von hier aus Deutschland aufzurollen.

Schon bei der ersten Revolution hatte Bayern als erster deutscher Bundesstaat am 7./8. November die Republik erklärt.

Unter Eisner hatten sich die frogwürdigen revolutionären Verhältnisse entwickelt nach innen und außen, die mit Eisners Tod dann die zweite Revolution unter Ausscheidung der Demokratie trotz der sozialistischen Regierung Hoffmann ermöglichten und brachten.

Da die radikalen Treiberelen der unabhängig-kommunistischen Gruppe in München geduldet wurden bezw. werden mußten, konnte dann unter dem Anreiz der Ausrufung der ungarischen Räterepublik (wohl auf

Befehl Moskaus) vollends der letzte Schritt zur Räte-diktatur erfolgen mit Bildung einer roten Armee, mit Übernahme der Staatsgewalt durch Volksbeauftragte und Volkskommissare und Ausübung fürchterlichsten Terrors.

Hoffmann verlegte mit einigen Mitgliedern seiner Regierung deren Sitz nach Bamberg, um den Kampf gegen München aufzunehmen.

In einer gemeinsamen Kundgebung der übrigen süddeutschen Staaten, Württemberg, Baden, Hessen, anerkennen die Regierungen dieser Länder nur das Ministerium Hoffmann als die allenige rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern.

Am 11 April wurde der Belagerungszustand in Württemberg wieder aufgehoben.

Ein Aufruf der Regierung übermittelte den

Dank an die Sicherheitstruppen.

„Nachdem der Belagerungszustand wieder aufgehoben ist und nach Tagen ernstester Bedrohung Ruhe und Ordnung im Lande gesichert sind, auch die Arbeit allerorten wieder ihren geregelten Fortgang genommen hat, sehen wir es als unsere Ehrenpflicht an, den Sicherheitstruppen Württembergs, Führern und Mannschaften, die in den schwierigsten Lagen mannhaft, unerschrocken und treu zur Regierung und zum Volk gehalten haben, unseren wärmsten Dank für ihre tapfere und kaltblütige Haltung und ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung der durch die Lage notwendig gewordenen Maßnahmen auch öffentlich auszusprechen.

Der Angehörigen der Reservesicherheitskompagnien, die sich größtenteils unter vorübergehender Aufgabe ihres Berufes in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt hatten, sei hiebei mit besonderem Danke gedacht. Die Aufgabe der Sicherheitskompagnien war keine leichte und sie wurde ihnen auch von manchen Kreisen der Bevölkerung wahrlich nicht erleichtert. Wenn es Kompagnien da und dort gelungen ist, dank des guten Geistes der Mannschaften und der besonnenen Haltung der Führer schwierigen Lagen ohne Anwendung letzter Gewalt gerecht zu werden, so verdienen sie hiefür vollste Anerkennung. Wir sehen im Hinblick auf die bewährte Haltung der Sicherheitstruppen vertrauensvoll der weiteren Zukunft entgegen."

Schon die nächsten Tage brachten den württembergischen Sicherheitstruppen eine Aufgabe von weittragendster Bedeutung.

Am 14. April war ein Hilferuf der Regierung Hoffmann an die württembergische Staatsregierung und an die Reichsregierung ergangen um Unterstützung zur Niederwerfung der Räterepublik.

Die Verhältnisse hatten sich in Bayern soweit geklärt, daß Nordbayern (zum Teil noch Kampf) und Schwaben (mit Ausnahme von Augsburg und Kempten) zur Regierung Hoffmann hielten.

Am 15 April 1919 wollte sich die Regierung Hoffmann mit der württembergischen Staatsregierung in Ulm über die Schritte verständigen,

die unternommen werden sollten gegen München. In einem Extrazug fuhren Kriegsminister Herrmann, Unterstaatssekretär Krais und der Vorsitzende des Landesausschusses des Soldatenrats Württembergs, Bettinger, als Vertreter der Staatsregierung nach Ulm. Oberstleutnant Wöllwarth, mein Stabschef, Hauptmann von Heider und ich fuhren mit. General Haas, der Führer vom Grenzschutz Ost, traf mit uns in Ulm zusammen.

Im Hotel Fetzer in Ulm war die gemeinsame Sitzung. Hoffmann war begleitet vom bayrischen Kriegsminister Schneppenhorst.

Nach Schilderung der Lage sollten nach Aussage Schneppenhorsts um München, an der Amper, 6000 Mann regierungstreuer Truppen bereit stehen, um auf München zu marschieren. Die Garnison Neu-Ulm wollte einige Hundert Mann stellen.

Die württembergische Regierung hatte in einer Sitzung die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Unterstützung beschlossen, nachdem ich Vortrag gehalten hatte, daß unbedachtes der Sicherheit Württembergs ein größerer Teil der Sicherheitstruppen zu dem Zweck freigemacht werden könnten.

Unter der Voraussetzung tunlichstosen Eingreifens erklärte ich Ministerpräsident Hoffmann die Möglichkeit der Unterstützung mit ca. 12 Sicherheitskompagnien und entsprechenden Belwaffen. Hiezu sollten nach Teile des Grenzschutzes Ost kommen, so daß die württembergische Hilfe sich auf etwa 4—5000 Mann belief.

Die Lage erforderte sofortiges Handeln. Die bayrische Regierung sollte in einem Flugblatt die bayrische Bevölkerung auf unser Kommen als „gerufene Helfer" einstellen. Da dies unterblieb, verfaßte ich selbst dieses Flugblatt und unterschrieb es mit „Hoffmann", Ministerpräsident, für die bayrische Volksregierung.

Das Flugblatt wurde sofort in Ulm noch gedruckt und schon am nächsten Tag durch unsere Flieger über Süddayern abgeworfen.

Von der bayrischen Regierung verlangte und erhielt ich folgende Vollmacht:

Ulm, den 15. April 1919.

Der Befehlshaber der württembergischen Sicherheitstruppen, Herr Hahn, ist von der bayrischen Staatsregierung ermächtigt, mit Truppen bayrisches Gebiet zu betreten.

Hoffmann,
Ministerpräsident.

Innerhalb 24 Stunden mußten nun die Sicherheitskompagnien bereitgestellt, für die Aktion entsprechend ausgerüstet und modil gemacht werden, um den Vormarsch auf München antreten zu können.

Innere Widerstände von seiten des Arbeiter- und Soldatenrats mußten beseitigt und die Sicherheitstruppen, die sich ja nur für Württemberg verpflichtet hatten, auf die jetzige erweiterte Aufgabe eingestellt werden, was ohne weiteres gelang.

Es bedeutete eine große Belastungsprobe für die Disziplin und die Haltung meiner Sicherheitstruppen. Trotzdem der Landesausschuß

des Soldatenrats eingestellt war auf die Notwendigkeit der Unternehmung, hätte er mir beinahe im letzten Augenblick noch durch seine „verantwortungsbewußte" Einstellung meine Sicherheitskompagnien unterschlagen gebracht, indem er meinem Befehl auf Abtransport nach Bayern gegenüber eine Verfügung vom Kriegsministerium erwirkte, die die Teilnahme an der Münchener Unternehmung von der „Freiwilligkeit" abhängig machte.

Zum Einmarsch nach Bayern waren aufgestellt:

1 Bataillon Sicherheitstruppen von Stuttgart.
1 Bataillon Sicherheitstruppen von Ulm.
1 Gemischtes Bataillon aus Reserve-Sicherheitskompagnie Tübingen und Sicherheitskompagnie 13.
1 Sicherheits-Eskadron (Ulm)
1 Sicherheits-Minenwerferkompagnie.
1 Sicherheits-Maschinengewehrkompagnie.
3 Sicherheits-Batterien.
1 S.K.-Flakbatterie.
1 Panzerwagenabteilung.

Hiezu kam noch der Grenzschutz „Ost" in Stärke eines schwachen Regiments.

Major Gräter führte die Sicherheitstruppen, General Haas die Grenzschutztruppen. Doch wurde letzterem der Befehl über die gesamten württembergischen Truppen während deren Tätigkeit in Bayern übertragen.

Auf den Hilferuf Hoffmanns an Reichsregierung und württembergische Landesregierung bat Reichswehrminister Noske die württembergische Regierung um ihr Eingreifen mit Truppen. Die Reichswehrtruppen und Freiwilligenverbände Preußens waren in Mitteldeutschland und Berlin zunächst gebunden durch die dortigen Unruhen.

Das bayrische Freikorps Epp hatte sich außerhalb Bayerns gebildet und wurde nun in Ulm sofort aufgestellt und ausgerüstet aus den württembergischen Depots vom Stiefel bis zur bespannten Batterie.

Der Soldatenrat Ulms half bei dieser nicht geringen Arbeit in hervorragender Weise mit, die von allen Seiten zuströmenden bayrischen Freiwilligen einzukleiden, unterzubringen und zu verpflegen. Hier zeigte sich die positive und klare Einstellung der württembergischen Soldatenräte vom Kompagnierat bis zum Landesausschuß. Mögen auch Entgleisungen einzelner oder der Gesamtheit der Soldatenräte vorgekommen sein — als es not tat, den Staat zu schützen vor seinen Feinden von links — den Spartakisten, als es die Räteherrschaft für Württemberg, ja vielleicht für ganz Deutschland abzuwenden galt, da haben die Soldatenräte Württembergs ihre Pflicht getan und klare Stellung genommen gegen die Räterepublik.

Das Oberkommando der Regierungstruppen übernahm Generalleutnant von Ooen. Gruppe West Generalmajor Haas, Sicherheitstruppen Major Gräter. Die Geschäfte des Chefs des Stabes übernahm Oberst-

leutnant Wöllwarth. Vorläufiges Stabsquartier die Deutschhauskaserne in Ulm. Ulm glich in jenen Tagen wieder einer großen Garnisonsstadt vom August 1914 bei Ausbruch des Krieges. Jeder Zug brachte Freiwillige, die geschlossen vom Bahnhof zu den Kasernen geführt wurden, wo die Einkleidung vor sich ging. Batterien, neu ausgerüstet, zogen durch die Straßen zum Exerzierplatz. Autos, Melderadfahrer, Offiziere — im Hof der Deutschhauskaserne Freiwillige von Ulm für die neugebildeten Reservesicherheitskompagnien zum Schutze Ulms. Flieger summten in der Luft und nahmen Richtung ins bayrische Land, um zu erkunden und Flugblätter abzuwerfen. Erkunder hatten sich auf den Weg gen München gemacht, um festzustellen, wie die Verteidigung Münchens organisiert war. Ein Flugzeug war nach München geflogen, hatte dort in der Nähe einen Kundschafter abgesetzt, der dann am Tage darauf vom selben Flugzeug wieder abgeholt wurde, nachdem er die ganze Aufstellung, Stärke und Bewaffnung der roten Armee festgestellt hatte.

Der Plan war zunächst, im Zusammenwirken mit den an der Amper bei München stehen sollenden 6000 Mann regierungstreuer bayrischer Truppen München durch Handstreich zu nehmen. Die Züge mit den württembergischen Truppen rollten am 16. April von Stuttgart über Ulm—Augsburg nach Kaufering an der Strecke Augsburg—Landsberg. Hier wurde Ortsbiwak bezogen. Die vorausgeschickten Erkunder in die Gegend nördlich München sollten die von Schnepperhorst zugesagten bayrischen Truppen feststellen. Dieselben hatten sich aber in der Zwischenzeit teils verkrümmelt, teils waren sie zur Roten Armee übergegangen. Gleichzeitig kam von Augsburg, das man umgangen hatte, die Nachricht, daß auch hier die Kommunisten die Gewalt übernommen hatten und keine Truppenzüge mehr passieren ließen.

An eine Aktion gegen München war unter solchen Umständen nicht mehr zu denken, bevor nicht von Norddeutschland die notwendige Anzahl guter Truppen angerollt und zum konzentrischen Vormarsch auf München angesetzt waren. (Die bayrischen Truppen waren zunächst nicht verwendungsbereit.)

Es galt als nächstes für die württembergischen Truppen, Augsburg fest in die Hand zu nehmen, um ein gesichertes Aufmarschgebiet gegen München zu haben. Ein besonders wichtiges Objekt war das „Lager Lechfeld", wo große Waffen- und Munitionsvorräte lagerten unter „dem Schutze" einer Saldateska, die wenig zuverlässig war und eigentlich einen Ableger der Roten Armee bildete, denn sie wurde von der Räteregierung besoldet.

Durch ein gelungenes Täuschungsmanöver setzte sich die Sicherheitskompagnie 13 in den Besitz des Artilleriedepots Schwabstadel, während andere Sicherheitskompagnien das Lager Lechfeld besetzten.

In Augsburg war am Ostersonntag die Räterepublik ausgerufen worden.

Am Ostersonntag sollten in aller Frühe bayrische und württembergische Truppen unter dem Befehl des bayrischen Majors Heel von drei Seiten

her in Augsburg eindringen, um es im Handstreich zu besetzen. Von Norden her das Detachement Probsteier, von Südwesten das bayrische Detachement Schaaf, und von Süden das württembergische Detachement Gräter.

Die Gliederung des Detachements Gräter war: Sicherheitskompagnie Nr. 21, Sicherheitskompagnie 17, Reserve-Sicherheitskompagnie 17 und 18, 1 Zug Feldkanonen, 1 Maschinengewehrkompagnie, 1 K. Flak, 2 leichte Minenwerfer, eine Autokolonne.

Aufgabe der Abteilung Gräter:

1. Besetzung des Proviantmagazins.
2. Besetzung und Entwaffnung der Infanterie- und Chevauxlegerkaserne.
3. Besetzung des Rathauses, Entwaffnung und Festsetzung der dortigen Besatzung und der in der Nähe untergebrachten Wache.
4. Besetzung der Bahn- und Straßenbahnbrücken bei Hochzoll und Sperrung für jeden Verkehr.

In den frühen Morgenstunden bei starkem Nebel trat die Abteilung Gräter auf der Haunstetterstraße den Vormarsch an.

Schon während der Versammlung des Detachements hatten die Augsburger mit Minenwerfern und Maschinengewehren in die Gegend geschossen.

Das Bataillon Lindensels erhielt beim Vorgehen gegen das Pulvermagazin aus diesem starkes Maschinengewehrfeuer. Ein in Stellung gebrachtes Geschütz vermochte die Besatzung zu Verhandlungen mit dem Befehlshaber der Gesamtaktion, Major Hieri.

Telephonische Anfrage der Besatzung beim Stadtkommandanten Edelmann (M. S.) wegen Übergabe führte zu langwierigen Verhandlungen zwischen Arbeitern, Edelmann und Regierungstruppen, die beinahe dazu geführt hätten, daß die Truppen durch eine Abteilung bewaffneter Spartakisten, die sich zwischen die Sturmabteilungen und die Reserve hineingedrängt hatten, auseinandergerissen wurden, zumal einige der verhandlungsführenden Offiziere festgehalten waren.

Die Offiziere befreiten sich selbst, der Haufen Spartakisten wurde von den Sicherheitskompagnien entwaffnet und gefangen genommen.

Die Sicherheitseskadron (Führer Remmlinger) war inzwischen gegen Hochzoll vorgegangen, hatte die bewaffneten Arbeiter zurückgedrängt und die Brücken bei Hochzoll besetzt und abgesperrt.

Die Operationen im Norden und Südwesten gingen inzwischen weiter, der Bahnhof wurde besetzt, die Regierungstruppen drangen von Norden her in Augsburg ein.

Da die Schießerei der Augsburger aus den Häusern auf unsere Sicherheitssoldaten nicht aufhörte (einige derselben waren getötet und verwundet worden), ging Oberleutnant Haeltze als Parlamentär zum Rathaus und stellte folgendes Ultimatum:

„Bis 8 Uhr Annahme folgender Bedingungen, sonst erfolgt Angriff:

1. Anerkennung der bayrischen Regierung Hoffmann;
2. Entwaffnung der Arbeiter;
3. Verhaftung der Rädelsführer."

Die Bedingungen wurden zwar angenommen, aber die Schießerei dauerte fort, da ein großer Teil der aufgehetzten Arbeiter ihre Führer für abgesetzt erklärte, weil diese die Bedingungen angenommen hatten. Die zur Verhandlung entsandten Offiziere wurden etwa eine Stunde festgehalten und mit Erschießung bedroht. Die Erbitterung bei den Regierungstruppen wuchs mehr und mehr, so daß sie verlangten, die Verhandlungen abzubrechen und zum Sturm zu schreiten, wobei dann jeder erschossen werden müsse, der mit der Waffe in der Hand angetroffen werde.

Es gelang den Führern aber, Blutvergießen zu vermeiden, indem die von Spartakus besetzten Objekte umstellt wurden, worauf die Gefangennahme der Besatzung erfolgte.

Die bayrischen Truppen waren inzwischen kämpfend bis zum Königsplatz und Rathausplatz vorgedrungen. Auch die nördliche Abteilung hatte am Lech entlang Raum gewinnen können, wurde dann aber wieder zurückgedrängt, wobei ihr ein Geschütz und mehrere schwere Maschinengewehre abgenommen wurden. Als zu ihrer Unterstützung eine Sicherheitskompagnie der Abteilung Gräter auf Lastwagen mit einem K.-Flak ankam, gelang es diesen, die Spartakisten bis zum Jakobertor zurückzudrängen und hier abzusperren. Mit Ausnahme der Vororte Oberhausen und Lechhausen, wohin sich Spartakus zurückgezogen hatte, war Augsburg mittags im Besitz der Regierungstruppen.

Von den Sicherheitstruppen war viel verlangt worden in den letzten Tagen. Große Märsche, mehrere Nachtmärsche, Kampf mit einem tückischen und schwer zu fassenden Gegner.

Doch hatten sich die Sicherheitskompagnien ausgezeichnet gehalten, so daß man zum weiteren Verlauf der Aktion Gutes erwarten durfte.

Unter dem Schutz der Regierungstruppen wurde sofort die Bildung einer zweieinhalbtägigen Volkswehr in Angriff genommen — in Augsburg sowohl als auch in ganz bayrisch Schwaben. Selbst Kempten, wo die Arbeiterschaft von Kautern sich sehr räterepublikanisch gebärdete, konnte unter dem Eindruck der sich bildenden Volkswehr und des Freikorps Schwaben vom Memmingen den Anschluß an die Regierung Hoffmann vollziehen und halten.

Den Oberbefehl über sämtliche gegen Spartakus operierende Truppen übernahm im Einvernehmen mit der bayrischen und württembergischen Regierung der Reichswehrminister Noske. Die Stärke der Roten Armee wurde auf ca. 30 000 Mann geschätzt.

In München hatte sich in der Zwischenzeit mancherlei ereignet, was die Lage dort immer mehr verschlechterte.

Die Haltung der Soldaten war nach Ausrufung der Räterepublik zweifelhaft geblieben. Ein Teil sympathisierte mit den Kommunisten und wurde Rote Armee. Die republikanische Volkswehr stand auf seiten der Regierung Hoffmann.

Am 13. April war es nach einer Demonstration der Spartakisten zum Kampf zwischen Roter Armee und der republikanischen Volkswehr gekommen, die den Hauptbahnhof und andere öffentliche Gebäude besetzt

hielt. Um diesen wurde erbittert und blutig gekämpft, die Roten siegten. Auch die übrigen öffentlichen Gebäude fielen den Spartakisten in die Hand. Spartakus ist am 14. April unumschränkter Herr von München. Die meisten Führer des Zentralrates wurden, soweit sie nicht geflohen waren, verhaftet. Die Diktatur des Proletariats kommt in schroffster Form zur Anwendung.

In einem Gefecht bei Dachau werden die regierungstreuen bayrischen Truppen zerstreut und vertrieben, ein Teil geht zur Roten Armee über. An der Peripherie Münchens entstehen Feldbefestigungen zur Abwehr gegen den Entsetzungsversuch der Hauptstadt Bayerns. Die über der Stadt kreisenden Regierungsflugzeuge werden wild beschossen.

Gegen Ende April waren die Vorbereitungen zur Einnahme Münchens soweit gediehen, daß am 30. April der Vormarsch angetreten werden konnte. —

Schon vom 28. April an hatten sich die Verbände der Regierungstruppen näher an München herangeschoben. Von Norden und Nordosten begannen preußische, von Westen und Nordwesten her bayrische und württembergische Truppen die Einkreisung Münchens.

Verweilen wir bei der Sicherheitskompagnie 13, Ismy, Führer Leutnant Albrecht. Diese Kompagnie hatte bei der Einnahme Münchens mit die schwerste Aufgabe zu lösen, war aber auch die beste Sicherheitskompagnie.

Vom Lager Lechfeld erfolgte am 29. April der Abtransport per Bahn nach Nannhofen an der Strecke Augsburg—München. Bis hierher war das Gelände frei von Truppen der Roten Armee, nur hin und wieder sah man einige Patrouillen von München und Fürstenfeldbruck. Sämtliche Verbindungen nach München wurden gesichert, eine Abteilung der Sicherheitskompagnie 13 übernimmt mit einer Feldkanone die Sicherung der Bahnstrecke, um etwa anfahrende Züge aus der Richtung München mit direktem Schuß zu fassen. Erkunder der Kompagnie brachten von Fürstenfeldbruck Meldung über Vorpostenaufstellung und Stärke der dort sitzenden roten Truppen.

Für den weiteren Verlauf der Operationen gegen München war der Belagerungszustand und das Standrecht verhängt worden.

Am 30. April, morgens 2 Uhr, tritt die Kompagnie als Spitze der Abteilung Lindenfels in der Richtung auf Fürstenfeldbruck an. Bis auf einen Kilometer kam die Kompagnie an Fürstenfeldbruck unbemerkt von den Nalgardisten heran, als diese ein wildes Feuer aus Maschinengewehren und Gewehren eröffneten. Das Gefecht wurde von der Kompagnie aufgenommen. Nachdem die übrigen Kompagnien der Abteilung Lindenfels sich gegen Fürstenfeldbruck entwickelt hatten und von der Begleitbatterie einige Lagen auf die Maschinengewehrstellungen und die Unteroffiziersschule als dem Hauptquartier der „Roten" abgegeben waren, begann der allgemeine Angriff gegen die Stadt.

Die „Roten" sahen bald, mit wem sie es zu tun hatten und zogen es deshalb vor, die Stadt auf einem bereitgestellten Zug in Richtung München zu verlassen.

Was in der Stadt noch mit der Waffe in der Hand angetroffen wurde, verfiel dem Standrecht, so unter anderen auch der Führer der „Roten Armeegruppe", der Matrose Egelhofer.

Während des Angriffs hatten die Angehörigen der Unteroffizierschule und des Pionierbataillons mit einer rasch gebildeten Abteilung der „Roten Besatzung" kräftig zugesetzt.

Von Fürstenfeldbruck ging's im Fußmarsch nach Alling, südlich der Bahn Fürstenfeldbruck—München, hier Drisdwak. Am folgenden Morgen Vormarsch in Richtung Pionegg—Pasing. Der Kompagnieführer Albrecht war mit einem Meldereiter bis auf den Marktplatz von Pasing vorgeritten, ohne auf Widerstand zu stoßen. In Pasing wie in Fürstenfeldbruck wurden frühere russische Gefangene in bester deutscher Ausrüstung und Bewaffnung gefangen genommen.

Die Truppenaufstellung zum konzentrischen Angriff auf die Stadt war erfolgt und fertig. Die württembergischen Sicherheitstruppen unter Führung von Major Gräter hatten nach Vormarsch auf der Forstenriederstraße die Sendlinger Barfiedt, den Südbahnhof und den Sektor Lindwurmstraße—Sendlingerstraße—Tempelingerstraße, Oberer Anger als Angriffsraum zugewiesen erhalten, wohl die schwierigste Aufgabe, die zu lösen war.

Um 11 Uhr vormittags wurde der Vormarsch angetreten. Die Spitze hatte (Abteilung Lindenfels) Sicherheitskompagnie 13, Jany. Den ersten Widerstand leisteten die Rotgardisten in Sendling, in der Jmpferschule am Südbahnhof und an der Eisenbahnunterführung der Lindwurmstraße. In rücksichtslosem Draufgehen nahm die Sicherheitskompagnie 13 den Südbahnhof, jeden Widerstand brechend. Reserve-Sicherheitskompagnie Tübingen stürmte die Jmpferschule. Beide Objekte waren nicht nur stark besetzt, sondern wurden auch tapfer und zähe verteidigt. Namentlich am Südbahnhof mußte blutige Arbeit verrichtet werden, bis die Sicherheitstruppen durch Sendling einziehen konnten. Aus vielen Fenstern wurde den einziehenden Truppen freudig zugewinkt, doch waren hier im Arbeiterviertel auch viele finster blickende Gesichter zu bemerken, die mit deutlich zur Schau getragenem Mißfallen den Einmarsch verfolgten.

In der Lindwurmstraße drang das Sicherheitsbataillon 3 Stuttgart (S.-K. 17, S.-K. 18, S.-K. 21) vor. Je mehr sich die Truppe dem Stadtinnern näherte, umso größer wurde der Widerstand. An vielen Straßenecken und auf den Dächern der Häuser hatten die Rotgardisten ihre Maschinengewehre aufgestellt, auch aus den Fenstern wurde auf die Truppen geschossen. Mit großem Schneid und Tapferkeit arbeitete sich das Sicherheitsbataillon Stuttgart vorwärts und besetzte den Goetheplatz, dahinter folgte als Reserve 2. Reserve-Sicherheitskompagnie Tübingen, Sicherheits-Maschinengewehrkompagnie, 4. Sicherheitsbatterie Ludwigsburg. Ein S.-K.-Flak fuhr den Truppen voraus, erhielt aber mörderisches Maschinengewehrfeuer, wodurch Hauptmann Fritsch, der tollkühn tapfere und vorzügliche Führer der Flakbatterie mit 2 Mann getötet, 2 Mann verwundet wurden.

An der Kreuzung Goethestraße—Schwantalerstraße hatten die Spartakisten eine Barrikade errichtet und sperrten von hier aus die Goethestraße durch Maschinengewehrfeuer ab. Ein Geschütz ging auf dem Goetheplatz in Stellung und fegte mit wenigen wohlgezielten Schüssen die Barrikade weg. Mit ganz besonderer Tapferkeit und rücksichtslosem Einsatz kämpfte eine Abteilung der Sicherheits-Minenwerferkompagnie von 15 Mann mit ihrem Führer, Leutnant Egerer. Sie gingen bis auf wenige Meter an die Rotgardistennester heran und erledigten dieselben durch Flachbahnschuß. Trotz starker Gegenwirkung hob diese Minenwerferabteilung mit ihrem schneidigen Führer, verstärkt durch etwa 20 Mann der Volkswehr, ein Spartakistennest ums andere aus und erbeutete 4 Maschinengewehre, 1 Minenwerfer, 1 großen Flammenwerfer und annähernd 100 Gewehre. Außerdem wurden etwa 50 Gefangene gemacht.

Das Sicherheitsbataillon Ulm (S.-R. 10, S.-R. 23, S.-R. 24) mit der Sicherheitseskadron Ulanenregiment 19, unter ihrem ausgezeichneten Führer Remmlinger als Spitze, drang die zum Sendlingerplatz vor und sperrte ihn ab. Bis zum Abend des 2. Mai hatte die Gruppe Gräter (Sicherheitstruppen) ihre sämtlichen Ziele erreicht und sogar noch die benachbarten Bezirke in der Gegend Schiller- und Rennenstraße von Rotgardisten gesäubert, wodurch den andern Truppen ein rascheres Vordringen ermöglicht wurde. Während der Nacht hielten die Posierungen zwischen Theresienwiese, Sendlingerplatz und Sendlingerstraße stehen. Am andern Morgen wurde dann der Hauptbahnhof genommen und diese Gegend vollends gesäubert.

Nach Bekanntwerden des Geiselmordes und durch die heimtückische Kampfweise der Dachschützen, die manchen Regierungssoldaten meuchelten, war die Erbitterung der Truppen aufs höchste gestiegen, was nicht gut war für die Rotgardisten, die mit der Waffe angetroffen wurden.

Der Hauptwiderstand der Roten Garde war gebrochen. Am Sonntag, den 4. Mai, aber flackerte nochmal das Feuer des Aufstandes auf im Nymphenburgviertel, in der Maillinger- und Elisastraße. Hartnäckig und blutig war der Kampf gegen einen des aufs äußerste kämpfenden Gegner. Als hier die Panzerwagen der Sicherheitstruppen und Aufklärungsflieger eingriffen, erlosch auch dieser letzte Brandherd.

Die nächsten Tage galten der Jagd auf die Führer der Räterepublik, die teils während der Kämpfe gefallen, teils geflüchtet waren. Häuserdurchsuchungen nach Waffen und gestohlenem Gut bildeten den Abschluß der Aktion, während die Bildung von Einwohnerwehren und der bayrischen Reichswehr eine Wiederholung der Münchener Vorgänge für die Zukunft unmöglich machen sollten.

Mit beispielloser Tapferkeit haben die Regierungstruppen gekämpft und der bayrischen Räterepublik ein Ende gemacht, wodurch es verhindert wurde, daß Deutschland dem Bolschewismus verfiel. Die rasche Hilfe, die Württemberg der Regierung Hoffmann brachte, verhinderte zunächst ein Überspringen der Räterepublik München auf weitere Teile des Landes. Unter ihrem Schutze vollzog sich dann die Reorganisation der bayrischen

Truppenkräfte und die Bildung von Volks- und Einwohnerwehren, so daß mit Hilfe der preußischen Truppen dann anfangs Mai die Aktion zur Niederwerfung der bayrischen Räterepublik zu Ende geführt werden konnte. Wenn heute die „Ordnungszelle" Bayern eine besondere und eigenartige Einstellung gegenüber dem Reiche nimmt, so sollte sie es nicht vergessen, daß es vor allen Dingen die andern Stämme Deutschlands waren, die Bayern saniert haben. Aus eigener Kraft wäre ihm das nicht möglich gewesen.

Die württembergischen Sicherheitstruppen blieben noch einige Zeit in Alarmbereitschaft in München und seiner Umgebung und wurden dann Mitte Mai zurückbefördert.

Die Sicherheitskompagnie 13 war die letzte Sicherheitskompagnie, die am 2. Juni abtransportiert wurde, nachdem sie durch Patrouillentätigkeit, Waffendurchsuchungen, Autofallen und Unterstützung der Schutzmannschaft Münchens die werdende Ordnung und Neubildung der Ordnungskräfte unterstützt hatte.

Auflösung der Sicherheitstruppen und Übernahme in die Reichswehr und Polizeiwehr.

Die Niederwerfung der Räterepublik Bayern hatte dämpfend auf das Feuer der Revolutionierung Deutschlands gewirkt, unter der Decke aber glomm es weiter, bald da bald dort wieder als Flamme örtlicher Spartakistenputsche hervordrehend. Doch hatte die Reichsregierung durch Bildung von Reichswehr und Freikorps, die einzelnen Länder durch das Entstehen von Volkswehren, Heimat- und Einwohnerwehren neben jenen in diesen Hilfskräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewonnen.

Nach dem Martyrium der 6 Monate dauernden Waffenstillstandsverhandlungen war der deutschen Friedensdelegation am 7. Mai in Versailles das Friedensdiktat der Entente übermittelt worden. Die Bedingungen waren vernichtend und glichen einem „befristeten Todesurteil". Deutschland mußte die Alleinschuld am Kriege anerkennen und auf Grund dieser Tatsache alle Verluste und Schäden der Gegner tragen. Der Raub Elsaß-Lothringens, des Saargebiets, die Besetzung des linken Rheinufers und Oberschlesiens, die Abtrennung Posens und Westpreußens zugunsten Polens bedeuteten für Deutschland nicht nur Verluste an deutscher Volkskraft, sondern vor allem Raub unserer Wirtschafts- und Produktionsquellgebiete, die das Mißverhältnis zwischen Bodenproduktion und Menschenüberproduktion noch mehr in Erscheinung und zur Auswirkung kommen lassen mußten. Die geforderte Entwaffnung des deutschen Volkes aber mit der Festlegung unseres Heeres auf 100 000 Mann bedeutete die Verurteilung zur absoluten Schwäche und Machtlosigkeit. Deutschland wurde seiner Macht beraubt, um ausgeraubt zu werden. Ungeheure Reparationszahlungen und -leistungen sollten die wirtschaftliche Versklavung bringen.

Ein Sturm der Entrüstung durchbrauste unser Land. In der Nationalversammlung wurden große Worte gesprochen — alle Parteien waren einig in der Ablehnung dieses Schmachfriedens. Aber er wurde unterzeichnet, mußte unterzeichnet werden. Die Regierung Scheidemann trat zurück, an ihre Stelle trat Bauer — Erzberger — Müller — Noske — David — Wissel — Schlicke — Mayer — Gisbert — Bell — Schmidt, also aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehend.

Hindenburg trat von der Heeresleitung zurück, wenige Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags (28. Juni).

Generalstreik der Eisenbahner und blutiger Aufruhr in Hamburg sind Flammenzeichen des unter der Decke glimmenden Feuers der vorwärtstreibenden revolutionären Kräfte, genährt von Rußland, seinem Geld und seinen Agenten.

In Württemberg werden die Führer des Januaraufstandes im Prozeß gegen Härnle und Genossen freigesprochen. Sie begannen von neuem ihre verhetzende Tätigkeit, teils im Land, teils im Reich. Die Soldaten- und Arbeiterräte haben nach dem Zusammentritt der Landes- und Nationalversammlung ihre Existenzberechtigung verloren und beschließen ihre Auflösung. Doch gibt es unter ihnen auch Elemente, die von der Erhaltung und Verankerung der Räte träumen und sie fordern.

Die Bildung der Reichswehr bedingt auch für Württemberg trotz anfänglich gegensätzlicher Einstellung von Kriegsministerium und Landesausschuß der Soldatenräte Württembergs die Übernahme der Bestimmungen des Reichswehrministers über die vorläufige Bildung einer Reichswehr für Württemberg.

Die Sicherheitstruppen und der Grenzschutz Ost (Freiwilligenabteilung Haas) sind der Grundstock für die württembergische Reichswehrbrigade. Die einzelnen Länder sind bei der geringen Stärke der uns von der Entente zugestandenen Reichswehr genötigt, für die Bedürfnisse des Landes Polizeitruppen zu organisieren, um die Ruhe und Ordnung gewährleisten zu können. Württemberg geht schon während des Sommers 1919 an diese notwendige Aufgabe heran und erreicht dadurch, daß die Überführung der Sicherheitstruppen in die neuzubildende Polizei- und Reichswehr sich vollzieht ohne Schwierigkeit und ohne daß eine Lücke in den der Regierung zur Verfügung stehenden Machtmitteln entsteht.

Zuvor aber hatte ich noch manche Schwierigkeit innerhalb der Sicherheitskompagnien mit ihren Soldatenräten, den Garnisonsräten, mit dem Kriegsministerium und dem Landesausschuß der Soldatenräte zu überwinden.

Ich habe an anderer Stelle geschildert, welche Hemmungen diese letzteren der Zentralleitung der Sicherheitstruppen in ihrem Bestreben bereiteten, eine disziplinierte und schlagfertige Truppe zu organisieren und zu erhalten.

Mit fortschreitender Festigung des inneren Halts der Truppe, ihrer Einstellung auf ihre Aufgaben in bezug auf Ausbildung und Disziplin, Befehlsgebung, Unterkunft und wirtschaftlicher Stellung ergaben sich

nan selbst Gegensätze mit der Tendenz der Soldatenräte, der Wahrung ihrer Kompetenzen und Einspruchsmöglichkeiten in die Belange der Truppenführung. Namentlich die Garnisonsräte kommerten sich zäh an das ihnen eingeräumte Recht, in ihrem Garnisonsbereich nan den hier stehenden Sicherheitsformationen und der Zentralleitung als Zwischendienststelle anerkannt zu werden. Dieser Zustand wurde auf die Dauer unerträglich.

Meine Versuche, durch Auflösung gewisser Garnisonen des Friedensheeres auch deren Garnisonsräten ein schmerzloses Ende zu bereiten, scheiterten an der Haltung des Kriegsministeriums Herrmann/Krais und des Landesausschusses der Soldatenräte.

Der Sommer 1919 war verhältnismäßig ruhig. Die Friedensregimenter bestanden noch als Rumpfe, die durch Entlassungen immer mehr zusammenschrumpften. Abwicklungsstellen besorgten die Auflösungsgeschäfte, Abrechnungen, Entlassungen usw. Die Soldatenräte der Sicherheitskompagnien hatten sich wohl auf die Notwendigkeiten der Truppenorganisation eingestellt, aber einzelne versuchten immer wieder, durch Überschreitung ihrer Kompetenzen den verantwortlichen Führern Schwierigkeiten zu machen, indem sie sich in Dinge mischten, die sie nichts angingen. Es lag natürlich auch viel an der Führerpersönlichkeit, die Soldatenräte ja einzustellen und zu beschäftigen, daß eben keine Kompetenzkonflikte entstehen konnten. Die bevorstehende Überführung der Sicherheitskompagnien in die Reichs- und Polizeiwehr brachte eine gewisse Unruhe in die Truppe hinein, die von den Soldatenräten noch vermehrt wurde durch deren obstruierende Haltung gegenüber der Reichswehr. Hier sollten ja keine Soldatenräte mehr bestehen, sondern Vertrauensleute mit klar festgelegtem Wirkungskreis.

Die Soldatenräte tagen in den letzten Zügen und waren reif zum Verschwinden.

Auf 21. Juli des Sommers 1919 waren große Demonstrationen angesagt worden. Das Weltproletariat sollte in gemeinsamer Aktion durch Generalstreik in allen Ententeländern, in den neutralen Staaten und bei den besiegten Völkern gegen den Gewaltfrieden, gegen den Weltimperialismus und Kapitalismus protestieren und demonstrieren. Wochenlange Vorbereitungen dieses Weltprotestes des internationalen Proletariats hinderten es nicht, daß die Aktion gegen den Ententeimperialismus zu einer riesigen Weltblamage wurde, denn die englischen Arbeiter hatten von vornherein nicht mit, den französischen wirkte der „Tiger" Clemenceau mit nicht mißzuverstehender Drohung ab, weshalb hier die Aktion vertagt wurde. Allein den unentwegt international empfindenden deutschen Arbeitern blieb es vorbehalten, die klassenbewußte internationale Solidarität zu dokumentieren, indem sie „generalstreikten", wodurch dem deutschen Wirtschaftsleben unendlicher Schaden zugefügt wurde.

Den Ententesozialisten und -arbeitern war ein d e u t s c h e r Generalstreik immer angenehm, und den Ententeimperialisten erst recht, wurde doch dadurch die Konkurrenz der deutschen Industrie, der deutschen Wirtschaft um mindestens einen Arbeitstag geschädigt.

Die Ideologen-Führer des deutschen Proletariats aber haben nicht nur nichts gelernt durch den Weltkrieg, der doch klar die internationale Solidarität vermissen ließ, sondern sie haben bis auf den heutigen Tag sich sowohl in den Augen ihrer Volksgenossen wie in denen ihrer nichtdeutschen Gesinnungsgenossen unsterblich blamiert und verächtlich gemacht durch ihre mangelnde nationale Einstellung.

In Württemberg versuchten dann die Herren Kommunisten und Unabhängigen noch ihr Extrasüppchen an diesem Demonstrationsfeuer zu kochen, indem sie gegen Reaktion und für die Rätediktatschaft demonstrierten.

In Cannstatt auf dem Wasen war die von Kommunisten und U.S.P. veranstaltete Versammlung, wo Münzenberg, Schreiner und Engelhardt die Stimmung der Versammelten so lange massierten, bis sie handgreiflich wurden untereinander, die Solidarität auf diese Weise demonstrierend.

Den Sicherheitstruppen war für den Tag Alarmbereitschaft befohlen worden. Die Regierung befand sich im Alten Schloß, wo die Sicherheitskompagnie 13 seit einiger Zeit ihr Standquartier hatte. Plötzlich erhalte ich morgens 8 Uhr die Nachricht, daß trotz angeordneter Alarmbereitschaft Teile der Sicherheitstruppen in den verschiedenen Kasernen unter Führung von Landesausschußmitgliedern der Soldatenräte Württembergs und des Garnisonratsvorsitzenden antreten, um auf dem Schloßplatz zu demonstrieren. Das mußte zu einer Katastrophe führen, wenn die Demonstration der Kommunisten und der U.S.P. vom Cannstatter Wasen mit der Soldatendemonstration zusammentrafen. Die Folgen waren nicht abzusehen. Ich befahl sofort sämtlichen Führern der Sicherheitskompagnien-Kasernen schießen, Demonstranten von ihrem Wahnsinn abzubringen suchen, wenn nicht möglich, Meuterer sofort entlassen — eventuell Waffengebrauch.

Es gelang, den größeren Teil der Leute zur Vernunft zu bringen. Namentlich das Bataillon Oppenländer und Sicherheitskompagnie 13 blieben geschlossen in der Hand ihres Führers. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich die Führerqualität der Sicherheitskompagnieoffiziere. Von ungefähr 4000 Mann Sicherheitstruppen der Garnison Stuttgart zogen ca. 500 Mann zum Schloßplatz, in voller Ordnung zwar, aber geführt von den Soldatenräten Mitschele, Ackermann, Lassinger und Pfaus.

Die Sicherheitskompagnie 13, Isny, die im Alten Schloß aufgefordert wurde, sich dem Demonstrationszug anzuschließen, erklärte: „Mit Handgranaten demonstrieren wir, aber gegen euch.“ Diese Kompagnie stand für alle Fälle sprungbereit, gegen die Demonstranten.

Von einer schlimmen Ahnung getrieben, ging ich, nachdem alle Anordnungen gegeben waren, ins Quartier der Matrosenkompagnie, der ich ja den Schutz des neuen Bahnhofs anvertraut hatte und die hier im Standquartier lag. Ich kam gerade dazu, wie ein mir besonders unangenehmer Soldatenrat aus der großen Infanteriekaserne auf einem Stuhle stand und auf die Matrosen einsprach. Als er mich sah, schwieg er betreten, die Leute standen merkwürdig verstockt umher und wagten nicht, mich anzusehen. Ich fuhr den Hetzer barsch an, was er hier zu suchen

habe, wenn Alarmbereitschaft befohlen sei. Da er zu feige war, mir offen Antwort zu geben und faule Ausrede gebrauchte, sagte ich ihm auf den Kopf zu, welche verbrecherische Absicht er habe und erklärte den Matrosen sofort, was geschehe, wenn sie demonstrieren. Mürrische Blicke, dumpfes Gemurmel, offener Widerspruch — eine Teufelei war im Gange, die Leute waren verhetzt und meuterbereit. Es stand alles auf dem Spiel. Ich versuchte nochmal zu erfahren, was eigentlich im Gange war und den Leuten das Irrsinnige, ja Verbrecherische ihres Tuns vor Augen zu führen. Schneider, der Matrosendelegierte, war nicht anwesend. Der Führer der Matrosenkompagnie, obwohl gewählt, hatte keinen Einfluß.

Endlich erklärte ein Mann, daß die Demonstration eine abgemachte Sache sei, veranlaßt von den Landesausschußmitgliedern Mitschele und Ackermann und dem Garnisonratvorsitzenden Bissinger, daß die Demonstration weder gegen die Regierung noch gegen mich gerichtet und daß die Matrosenkompagnie für nichts zu haben sei, was gegen die Ruhe und Ordnung verstoße. (!!)

Nun forderte ich die Kompagnie auf, geschlossen abzumarschieren, aber umgeschnallt und mit der Waffe. Ein Zug blieb als Besatzung da. Die einzelnen Trupps von den verschiedenen Unterkünften waren inzwischen auf dem Schloßplatz angelangt, die Matrosen waren die letzten, die eintrafen. Ich setzte mich ins Auto, steckte zwei Pistolen in die Tasche und fuhr los — zum Schloßplatz, wo im inneren Schloßhof die demonstrierenden Sicherheitskompagnieleute standen. Schweigend machte man mir Platz, um zu dem Redner am mittleren Schloßportal zu gelangen, der von der Treppe aus sich eben in den bekannten Tiraden radikal-revolutionärer Denkweise und Phraseologie erging. Es war Mitschele, U.S.P.-Mann, Schneider im Zivilberuf, Landesausschußmitglied und unklarer Kopf. Neben ihm das höhnisch grinsende Gesicht Bissingers, intelligent, ehrgeizig, verschlagen, feige; Schneider und Ackermann, Mehrheitssozialisten, mit dreckigem Gewissen, sonst verlogentlich.

Der wahre Grund der Demonstration war für sie und die irregeleiteten Meuterer der Protest gegen gewisse Bestimmungen der Reichswehrverordnung.

Ich sagte dem Redner, der eben sprach, daß ich ihn über den Haufen schieße, wenn er ein Wort von Rätediktatur oder gegen die Regierung spreche, forderte die andern Redner auf, sich kurz zu fassen, denn um 10 Uhr müsse der Schloßhof geräumt sein.

Dann ergriff ich das Wort, kennzeichnete die Demonstration als Meuterei, die Teilnahme an derselben als Buberei und Eidbruch und stellte Entlassung und Bestrafung der Teilnehmer und Rädelsführer in Aussicht, wenn nicht sofort der Schloßhof geräumt und nach den Kasernen abgerückt werde. Meine Nerven waren aufs äußerste gespannt. Wenn die Meuterer keine Vernunft annahmen, war ich entschlossen, mit der Waffe gegen sie vorzugehen und den Schloßhof räumen zu lassen mit Waffengewalt. Mein treuer Waffengefährte Waldermuth, der Führer des Studentendetachements, hatte sich inzwischen mit einigen Leuten in Zivil

eingefunden und meine Insyer standen im Alten Schloß bereit — sie hätten genugt, den meuternden Haufen auseinander zu jagen. Die Kasernen hätten die Demonstranten nicht mehr betreten, dafür war gesorgt. Mit der Uhr in der Hand wartete ich auf den Abmarsch, der auch sofort erfolgte. Ich atmete befreit auf. Ein Zusammentreffen mit den Demonstranten vom Wasen, die durch Münzenberg von der Schloßplatzdemonstration der Sicherheitstruppen unterrichtet wurden, war vermieden. Ich meldete der Regierung, daß die Sache mit den Sicherheitstruppen in Ordnung sei und fuhr zurück zum Bahnhof. Dort brachen mir die Knie weg. Ich mußte mich einige Minuten auf mein Feldbett legen. Meine Nerven hatten zum erstenmal reagiert, die kritischste Stunde der Revolution war vorüber.

Der Schlag, den einzelne Soldatenräte gegen mich geführt hatten, war als Versuch, die gesamten Sicherheitstruppen der Führung aus der Hand zu nehmen und sie wieder den Soldatenräten gefügig zu machen, mißlungen.

Es war das erste und letzte Mal, daß ich mich einer Situation unvorbereitet gegenübergestellt sah, daß ich überrascht wurde.

Der Kriegsminister Herrmann hatte schon am 28. Juni seinen Abschied erbeten und ihn erhalten, Unterstaatssekretär Krais folgte nach.

Die Soldatenräte hatten wenige Tage nach diesem Vorfall auf, eine ähnliche Rolle spielen zu können, wie am 21. Juli 1919.

Auf 1. Oktober war vom Reichswehrminister die Auflösung aller Sicherheits- und Volkswehren angeordnet worden.

Auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags war ja für die Zukunft dem deutschen Volke nur noch eine Heeresmacht von 100 000 Mann zugestanden worden, die in Gestalt der Reichswehr in Entstehung und Bildung begriffen war. Auch unsere württembergischen Sicherheitstruppen unterlagen dieser Auflösungsverfügung und faßten in die Reichswehr übernommen werden.

Die Reserve-Sicherheitskompagnien wurden am 11. August als Einwohnerwehr an das Ministerium des Innern angegliedert.

Am 4. September war das württembergische Kriegsministerium in eine Reichswehrbefehlsstelle umgewandelt worden, dessen Chef Oberstleutnant Wöllwarth wurde.

Für die Bedürfnisse des Landes war die Organisation einer Polizeitruppe in Vorbereitung, während die Reichswehr ja der Reichsregierung zur Verfügung stand.

Die einzelnen Sicherheitskompagnien waren natürlich trotz einjährigen Bestehens noch nicht so gleichartig zusammengesetzt und entwickelt, wie es eine absolut zuverlässige Truppe hätte sein müssen. Auch in ihrer äußeren Erscheinung, in Haltung und Uniformierung hafteten ihnen noch Entstehungsgeschichtliches an. Es war nicht möglich gewesen, die Gleichmäßigkeit des Eindrucks herbeizuführen.

Zwei Kompagnien fielen aus dem Rahmen heraus, nach Eindruck, Zusammensetzung und Uniformierung: es waren die Matrosenkompagnie und die Sicherheitskompagnie 13, Isny, weshalb ich diese beiden Kompagnien dem Leser noch etwas näher rücken möchte.

Die Matrosenkompagnie unterschied sich natürlich schon durch ihre Uniform von den übrigen Sicherheitskompagnien und bestand aus prächtig gewachsenen Leuten.

Ihre Entstehung sei kurz dargestellt.

In Stuttgart hatte sich in den ersten Tagen der Revolution aus beurlaubten Angehörigen der Marine eine Matrosenkompagnie gebildet. Entgegen der Rolle, die die Matrosen an verschiedenen Orten des Deutschen Reiches gespielt hatten, war diese Truppe in der Größe einer Kompagnie zu ungefähr 100 Köpfen vom ersten Tage ihres Zusammentritts an der Regierung ergeben und absolut zuverlässig. Trotz selbstgewählten Führers war der eigentliche Führer der Kompagnie der Matrose Schneider. Ein willensstarker und tatkräftiger Mann, verstand er es bald, als Soldatenrat in der Matrosenkompagnie nicht nur eine eiserne Disziplin einzuführen und zu erhalten — sondern er sorgte auch für die Bedürfnisse seiner Kompagnie in geradezu vorbildlicher Weise. Tag und Nacht war er auf den Beinen, Schlaf kannte scheinbar dieser Mann nicht, wenn es galt, die Angehörigen der Matrosenkompagnie auf Posten zu kontrollieren und innerhalb der Kaserne nach dem Rechten zu sehen. Schneider war in seinem Äußeren eine keineswegs sympathische Erscheinung. Groß gewachsen, wurde sein hageres und vom Kesselfeuer ausgebranntes Marineheizergesicht beherrscht von zwei Augen, die fürchterlich rollen konnten, wenn Schneider durch irgend etwas in „Schwung" gesetzt wurde, und das geschah sehr häufig. Er war organisierter Arbeiter von Jugend auf, gelernter Flaschner und Mehrheitssozialist von seiten bewußter Einstellung. Wenn Schneider das Wort ergriff in Soldatenratssitzungen oder Soldatenversammlungen, aber bei der damals üblichen Art, auf Straßen und offenen Plätzen zu diskutieren, so verstummte vor seinem Redeschwall und dem überzeugungsvollen Vortrag seiner Ideen, begleitet von wildem Rollen seiner Augen und nicht mißzuverstehenden Gesten seiner Riesenfaust aller Widerspruch und jeder Widerstand. Und doch war Schneider ein stets gutmütiger und zuverlässiger Mensch. Ich hatte ihn zum ersten Male kennen gelernt am 11. Dezember bei der damaligen Landesversammlung der Soldatenräte. Nach meinem Auftreten dort im Interesse des Kokardenträgers und zugunsten meiner Offizierskameraden, die wüst angepöbelt worden waren, hatte sich Schneider mir vorgestellt. Ich war schon vorher auf ihn aufmerksam geworden durch seine auffallende Erscheinung, und als ich dann in den Landesausschuß gewählt und mit der Führung der Sicherheitskompagnien beauftragt worden war, hatte sich mir Schneider mit seiner Kompagnie sofort zur Verfügung gestellt. Über die Matrosen gingen damals die tollsten Gerüchte. Sie galten, namentlich beim Bürgertum, als die Sturmvögel der Revolution und waren dementsprechend auch eingeschätzt, je nachdem der einzelne Mann zur Revolution stand. Auch die Sportaktisten bemühten sich lange Zeit um die Matrosenkompagnie, Schneider oder ließ keinen Zweifel darüber entstehen, wofür er mit seiner Kompagnie allein zu haben war. Da die Kompagnie aus lauter waschechten „Kulis" bestand („Kuli" ist die in der Marine übliche Bezeichnung

für Matrose), so war dieselbe wohl geeignet, zu ganz besonderen Aufträgen Verwendung zu finden, wo es galt, Mut und Entschlossenheit und rücksichtsloses Durchgreifen zu zeigen, und das konnten die Kulis. Ich hatte mir bald das Vertrauen der Matrosenkompagnie gewonnen durch meine Art, mit den Leuten zu verkehren, und dazu den unbedingten Eindruck, daß ich mich auf dieselben restlos verlassen konnte. Ich beschloß deshalb, der Matrosenkompagnie den neuen Bahnhof als Quartier zu überweisen, wo sie für mich stets erreichbar waren. Ich wußte auch, daß ich zur damaligen Zeit, außer meinen Insyern, keiner Truppe besser den Schutz des neuen Bahnhofs anvertrauen konnte, als meinen „Kulis". In ihrem früheren Quartier, in der Notedihlkaserne, hatte es einige Male Reibereien mit den dort liegenden Regimentern gegeben, da es eben auch Matrosen, obwohl alles Landeskinder, waren, und bei der energischen Art Schneiders und der unbedingten Gefolgschaft seiner „Kuli" konnte es zu Zusammenstößen kommen, die für die anderen sicher nicht gut ausgegangen wären. Die Matrosenkompagnie hat bis zu ihrer geschlossenen Übernahme in die Polizeiwehr, abgesehen von einigen Elementen, die meist von der Kompagnie selbst hinausgeworfen wurden, stets einen ausgezeichneten militärischen Geist gehabt, war zuverlässig und regierungstreu, nur mußte sie auf besondere Art behandelt werden, namentlich aber ihr Führer, Schneider, verlangte eine besondere Art von Behandlung und Einstellung auf die psychologischen „Feinheiten" seiner Person.

Das Zusammenleben der Matrosen war von eigenartigem Reiz, getragen von Kameradschaft und dem Bedürfnis geselligen Beisammenseins. Die Kuli hielten zusammen wie die Kletten und waren eine große Familie.

Von besonderem Eindruck waren die Matrosenbälle. Monatelang hatten die Kuli im 1. Stock des neuen Bahnhofs ihr Standquartier, eine keineswegs beneidenswerte Unterkunft in unausgebauten Räumen. Anspruchslos und zufrieden hausten hier die Matrosen, ihre Unterkunftsräume in marinegewohnter Ordnung haltend. Aber jeden Abend bekamen die Räume Leben und Stimmung von ganz besonderem Gehalt. Die Eindrücke bleiben mir unvergeßlich.

Jeden Abend wurde getanzt. Im Scheine von einigen elektrischen Birnen, die in dem rauchgefüllten Raum ein mildes Licht verbreiteten, bewegten sich nach dem Takt einer künstlerisch gespielten Ziehharmonika die Gestalten der Matrosen in groteskwirkenden Tanzformen und Figuren. Die einen tanzten als „Damen", die andern als „Herren", wie sie es vom Bordleben gewohnt waren. Mit feierlicher Grandezza und unter Beobachtung der im „Knigge" als fein gefaßten Formen wurde engagiert und getanzt. Der Schweiß floß in Strömen, die Tanzlust leuchtete aus den Augen, die Hingabe an den Rhythmus war unbegrenzt.

Natürlich mußte auch ich tanzen, meine „Kulidame" fühlte sich besonders geehrt, das Urteil über meine Tanzkunst war milde und voll Anerkennung. Und wenn ich meinen Lieblingstanz verlangte, den „Kulitanz", dann wurde mit besonderer Hingabe getanzt. Man fühlte sich an Bord eines

Segelschiffes, die Tänzer ahmten die Bewegungen eines mit dem Seegang sich bewegenden Schiffes nach, die Täuschung war vollständig, das Gestampf der Füße, die eigenartige Beleuchtung, der Pfeifenrauch, die grotesken Bilder der Tanzenden und Zuschauer, die eigentümlich wehmutige Musik — eine starke Stimmung.

Die Matrosenkompagnie war für jede Unternehmung zu gebrauchen, wo Mut und Entschlossenheit und rücksichtsloses Durchgreifen verlangt waren.

Ihre Zuverlässigkeit kam nur einmal ins Schwanken, am 21. Juli, weil unverantwortliche Elemente die Kompagnie verführt und ihren Führer durch Abnahme des Ehrenwortes verhindert hatten, gegen die Unsinnigkeit der geplanten Demonstration sich zu stellen.

Die andere Kompagnie, von der ich noch einiges erzählen möchte, war die Sicherheitskompagnie 13 Isny unter ihrem bewährten Führer Albrecht.

Entstanden in den ersten Tagen der Revolution aus Angehörigen des württembergischen Gebirgsregiments und der 5. Ersatz-Maschinengewehrkompagnie war diese Kompagnie vom ersten bis zum letzten Tag ihres Bestehens eine absolut zuverlässige, glänzend disziplinierte und hervorragend militärisch ausgebildete Truppe, die in ihrer schmucken „Gebirgler"-Uniform einen ausgezeichneten Eindruck machte.

Ihr Führer, Leutnant der Landwehr Albrecht, war aber auch ein Mann von ausgezeichneten Führerqualitäten. Energisch, guter Soldat, unbeugsamer Charakter, tollkühn, Menschenkenner, und für seine Truppe und deren Bedürfnisse Tag und Nacht tätig und besorgt.

Von der Garnison Isny seinerzeit gleich mit zum Soldatenrat gewählt, war er seiner Kompagnie Führer und Soldatenrat in einer Person und genoß ihr Vertrauen restlos. Die Kompagnie folgte ihm durch dick und dünn. Mit eiserner Hand hatte er gleich anfangs Ordnung und Disziplin in seiner Truppe durchgesetzt, die Auswahl erfolgte auf Grund eingehender Menschenkenntnis und reicher militärischer und menschlicher psychologischer Erfahrung.

Der Standort der Kompagnie war Isny, wo natürlich die Gefahr der verhetzenden und demoralisierenden Einflüsse nicht so groß war wie in den großen Garnisonen.

Die Sicherheitskompagnie 13 war das Rückgrat der Sicherheitstruppen. Bei den schwierigsten Aufgaben und in den bedenklichsten Situationen waren es die „Isnyer", die unbedenklich zum Einsatz gebracht werden konnten, denn ich hatte die Gewißheit, daß Leutnant Albrecht mit seinen Leuten „die Sache machte".

Im Frühjahr 1919 war die Sicherheitskompagnie 13 dreimal nach Stuttgart geholt worden, bei dem Zug nach München bewährte sie sich als beste Kompagnie, weshalb ihr auch die schwersten Aufgaben zufielen.

Aus dem Einsatzkalender der Kompagnie bekommt man am besten ein Bild ihrer Tätigkeit, wie der Sicherheitstruppen überhaupt.

10. Jan 1919: Besetzung der Außenkammandas (Oberschwaben).
12. Jan 1919: Alarm nach Friedrichshafen.
21. Jan. 1919: Abtransport nach Stuttgart. Schutz der Landesversammlung.
29 Jan 1919: Zurück nach Isny
7. Febr. 1919: Umzug nach Leutkirch
23. Febr. 1919: Abtransport nach Stuttgart (Generalstreik)
20 März Zurück nach Leutkirch.
31. März 1919: Abtransport nach Göppingen
1. April 1919: Gefecht am Bahnhof Eßlingen.
2. April 1919: Stuttgart (Generalstreik).
5. April 1919: Aktion gegen Wangen-Ostheim.
7 April 1919: Aktion gegen Eßlingen.
16 April 1919: Abtransport nach Bayern.
bis 30 April 1919. Sicherung und Verwaltung des Artilleriedepots Schwabstadel und des Lagers Lechfeld.
30. April 1919: Abtransport gegen München.
1 Mai 1919: Gefecht um Fürstenfeldbruck.
3. Mai 1919: Sturm auf den Südbahnhof in München. Einmarsch in München.
bis 1 Juni 1919: Unternehmungen in München und Umgebung.
2. Juni 1919: Abtransport nach Leutkirch.
15. Juni 1919: Abtransport nach Stuttgart.
18 Juni 1919: Unternehmungen gegen Ostheim-Gaisburg
16. Juli 1919: Zurück nach Leutkirch.
19. Juli 1919: Abtransport nach Stuttgart (Demonstration der Sicherheitstruppen)
26 Juli 1919: Zurück nach Leutkirch.
28 Juli 1919: Abtransport nach Stuttgart und endgültige Verlegung hierher.
1 Aug. 1919: Übernahme in die Reichswehr.
1. Okt 1919: Übernahme in die Polizeiwehr.

Keiner andern Truppe hätte ich das zumuten können, was ich von der Sicherheitskompagnie 13 Isny verlangte.

Den neuen Bahnhof mußte ich gegen Herbst 1919 räumen, die Zentralleitung der Sicherheitskompagnien verwandelte sich in die Oberleitung der Polizeiwehr, für deren Unterkunft mir das Alte Schloß zugewiesen wurde. Die Sicherheitskompagnie 13 zog ebenfalls hier unter, nachdem sie Polizeiwehr geworden war und aus ihr die Polizeischaren 7 und 9 gebildet wurden. Als Zeichen der Ordnung und Disziplin, die in dieser Schar herrschten, dürfte die Tatsache Erwähnung finden, daß in den Unterkunftsräumen der Schar im Alten Schloß in Glasschränken die wertvollsten Gläser, Porzellane und andere Kostbarkeiten des Staats- und Krongutes aufgestellt waren, ohne daß das Geringste beschädigt wurde oder abhanden kam.

Auch in dieser Kompagnie war ein selten guter Karpsgeist und Zusammenhalt von Mannschaften und Führern, der in der Pflege von Gesang, Musik und Sport seinen Ausdruck fand. Wenn abends die Kompagnie im Alten Schloßhof bei wundervollem stimmungsvollem Chorgesang beisammen saß, bekam man so recht den Eindruck des guten Geistes und der vortrefflichen Stimmung, die in dieser Truppe zu Hause waren. Und die Weihnachtsfeiern der Kompagnie zeigten durch die Höhe ihrer gesanglichen und sportlichen Darbietungen, daß neben den Ausbildungsnotwendigkeiten, die auf absoluter Höhe standen, auch die Weckung höherer geistiger Interessen angestrebt und erreicht wurden. Allbrechi war aber auch Tag und Nacht mit seiner Kompagnie beschäftigt, verantwortungsfreudig tat er im Interesse des Wohles seiner Mannschaften bewußt manches, was ihm das „Wohlwollen" seiner nächsten Vorgesetzten verscherzte. Die hatten eben das nicht miterlebt und begriffen, was in der Revolutionszeit das Ausschlaggebende des Erfolgs war: Einsatz- und Verantwortungsfreudigkeit, Mut und Tatkraft, im kleinen wie im großen.

Württemberg verdankt dieser Kompagnie und ihrem Führer ein gut Teil seiner ruhigen Entwicklung.

Verwaltung und Wirtschaft der Sicherheitstruppen.

Wenn ich in meinem Buche von den Organisationen der Sicherheitstruppen und der Polizeiwehr erzähle, so ist es nicht nur der Gesichtspunkt der Vollständigkeit der Darstellung, daß ich den im stillen wirkenden Kräften der Intendantur- und Verwaltungsbeamten meiner Organisationen ein eigenes Kapitel widme. Ihre Tätigkeit vollzieht sich mehr hinter der „Front", ist geräuschlos und undankbar an sich; aber für die Erfolge der „Front" bildet ihr emsiges und verantwortungsvolles Handeln und Arbeiten die Grundlage und Voraussetzung.

Schon im Krieg kam das jedem Frontsoldaten zum Bewußtsein, der in den Pausen zwischen dem Schimpfen auf die „Griffelspitzer" der Zahlmeister und Intendanturbeamten zu ruhiger Überlegung und objektiver Beurteilung ihres Schaffens und Wirkens kam.

Als aber in der Revolution nach dem Zusammenbruch der geregelten und festgefügten Organisation der Verpflegungs-, Löhnungs- und Wirtschaftsverhältnisse es nötig wurde, rasch eine neu entstandene Truppe von sprunghaft sich entwickelnden Bedürfnissen zufrieden zu stellen in Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Löhnung, da erst kam die Tüchtigkeit und Schulung unserer Verwaltungsbeamten zur vollen Entfaltung und Geltung. Und wahrlich, elastisch mußten sie sein, verantwortungsstark und zäh. Sie bildeten den ruhenden Pol in der Revolutionserscheinungen Flucht".

Mit dem Aufbau der Sicherheitskompagnien Hand in Hand ging der Ausbau der Verwaltung. Bei jeder Sicherheitskompagnie wurde, soweit Beamtenpersonal zur Verfügung stand, eine Kasse gebildet. Wo dies nicht

möglich war, wurden die Sicherheitskompagnien wirtschaftlich einer bestehenden Kasse des alten Heeres zugeteilt. Mit der Formierung von Sicherheitsbataillonen und Sicherheits-Artillerieabteilungen wurde bei jedem Bataillon bezw. jeder Abteilung eine Kassenverwaltung eingerichtet, die in verwaltungstechnischer Hinsicht der Korpsintendantur unterstellt war.

Im April 1919 wurde die Intendantur der Sicherheitstruppen als gleichzeitige Abteilung IVa der Zentralleitung der Sicherheitstruppen aufgestellt, die von diesem Zeitpunkt an sämtliche Verwaltungsangelegenheiten im Benehmen mit dem württembergischen Kriegsministerium für den Bereich der Sicherheitstruppen Württembergs zu erledigen hatte.

Mit der Auflösung der Sicherheitstruppen am 30. September 1919 erfolgte auch die der Kassenverwaltungen und der Intendantur.

Die Besoldung der Angehörigen der Sicherheitskompagnien erfolgte aus Mitteln des Reichs, die württembergische Staatsregierung gewährte für besondere Dienstleistungen unter außergewöhnlichen Verhältnissen Zulagen in Geld oder Naturalien. (Treueprämien, Kampfzulage, modifie Verpflegung, Rauchwaren.)

Die Verpflegung erfolgte grundsätzlich aus der Truppenküche. Jede Sicherheitskompagnie bezw. jedes Sicherheitsbataillon oder Sicherheitsabteilung hatte ihre eigene Küche, deren Wirtschaftsbetrieb in den Händen eines Verpflegungsoffiziers und eines Soldatenvertrauensmannes lag.

Die Lebensmittel wurden von den Proviantämtern des Landes geliefert.

Bekleidung und Ausrüstung der Sicherheitstruppen wurde grundsätzlich in vollem Umfang aus den Beständen der nach nicht aufgelösten Ersatzformationen des Kriegsheeres entnommen. Soweit diese Vorräte nicht ausreichten, wurde das Bekleidungsamt Ludwigsburg im Benehmen mit dem württembergischen Kriegsministerium zur Lieferung veranlaßt.

Für die bei Unruhen aufzustellenden und einzuziehenden Reserve-Sicherheitskompagnien waren besondere Bestände bereitgelegt.

Die ärztliche Versorgung erfolgte durch Sanitätsoffiziere und Sanitätspersonal der Ersatztruppenteile oder unmittelbar durch die Garnisonlazarette. Bei den Sicherheitsbataillonen und Sicherheitsabteilungen waren besondere Ärzte für den Fall von Unruhen zur Begleitung der Truppenverbände vertraglich verpflichtet worden.

Die treue und verantwortungsvolle Mitarbeit der Verwaltungsbeamten ermöglichte es in allen Lagen und bei dem oft sich wiederholenden Einsatz der Sicherheitstruppen, daß die Bedürfnisse der Sicherheitskompagnien in allen Teilen befriedigt werden konnten, was für die Stimmung und Leistungsfähigkeit derselben von ausschlaggebender Bedeutung war.

Die Polizeiwehr.

Auf Grund einer Verfügung des Reichswehrministers Noske sollte bis 1. Oktober 1919 die Auflösung aller Sicherheits- und Volkswehren vollzogen sein.

Auch die württembergischen Sicherheitskompagnien fielen unter diese Verfügung, weshalb seit August 1919 die Übernahme derselben in die Reichswehr sich vollzog.

In dieser Zeit unterbreitete ich dem Innenministerium eine Denkschrift über die Schaffung der württembergischen Polizeiwehr, was die Vorbereitung eines Gesetzes über Polizei- und Einwohnerwehr zur Folge hatte. Anfang Oktober ging dasselbe dem Landtag zur Beratung und Verabschiedung zu.

Die Notwendigkeit der Organisation der Polizeiwehr ergab sich aus folgenden Gründen:

Durch den Diktatfrieden von Versailles wurde die Reduzierung des deutschen Heeres zunächst auf 200 000 Mann, später auf 100 000 Mann festgesetzt und befohlen.

Da die Reichswehr in erster Linie den Exekutivnotwendigkeiten der Reichsregierung zu dienen hatte, und durch ihre zahlenmäßige Schwäche wohl immer voll zum Einsatz gebracht werden mußte, wo sie gebraucht wurde nach innen oder außen, ergab sich für die einzelnen Länder, in diesem Falle für Württemberg, die Notwendigkeit, sich eine eigene Polizeitruppe zur Verfügung der Landesregierung zu schaffen. Mit dem Zusammenbruch des alten Heeres erfolgte auch die Vernichtung der Staatsautorität. Jede Regierung aber muß über die Macht verfügen, ihren Willen auch gegen beträchtliche Widerstände durchzusetzen, um sich und das Land gegen Umsturzbewegungen gewalttätiger Minderheiten zu schützen.

Die Aufgaben der Polizeiwehr waren demnach folgende:

1. Ergänzung und Unterstützung der an Zahl unzulänglichen Kräfte der Landjäger und städtischen Polizeien.

2. Schutz der vom Volk eingesetzten Regierung, Verhinderung gewaltsamer Eingriffe in die Regierungshandlungen, Sicherung wertvollen Staatseigentums, Unterdrückung innerer Unruhen.

Aus den Aufgaben der Polizeiwehren ergab sich ihr Aufbau:

Die Polizeiwehr mußte als straff organisierte Truppenpolizei kaserniert sein, aus jüngeren, vorwiegend unverheirateten Leuten bestehen, in fortgesetzter Ausbildung und Übung erhalten werden und zu geschlossener Verwendung fest in der Hand ihrer Führer sein. Die Ausrüstung mit neuzeitlichen Kampfmitteln ergab sich aus ihrer zahlenmäßigen Schwäche, um diese auszugleichen.

Es war ein Mannschaftsetat von etwa 3000 Mann vorgesehen einschließlich der Führeroffiziere.

Die Gliederung erfolgte nach den Bedürfnissen des Schutzes des Landes und ergab folgendes Bild

Leitung: Oberleitung der Polizeiwehr; daran angegliedert: Hauptstelle der Einwohnerwehr. Stuttgart, Altes Schloß

Bezirksstab I, Stuttgart, Akademie, angegliedert Bezirksstelle der Einwohnerwehr.

4 Banne zu je 3 Scharen, darunter ein technischer Bann

Schar 1—9, Nachrichten-, Verkehr- und Sonderwagen-Schar

Bezirksstab II, Ulm, mit angegliederter Bezirksstelle der Einwohnerwehr.

Schar 12 (Göppingen), Schar 11 (Friedrichshafen), Schar 10 (Ulm).

Bezirksstab III, Tübingen (mit Einwohnerwehrbezirksstelle).

Schar 13 (Tübingen), Schar 14 (Eßlingen).

Bezirksstab IV, Heilbronn (mit Einwohnerwehrbezirksstelle).

Schar 15 (Heilbronn).

Es gab Scharen mit hohem Etat und solche mit niederem, jene hatte etwa 180 Mann, diese 120.

Es machte sich bald das Bedürfnis geltend, daß noch weitere Scharen aufgestellt werden mußten, die Scharen 16, 17 und 18

Eine Polizeifliegerstaffel für den Luftpolizeidienst, eine Bauschar und eine berittene Schar wurde im Laufe der Entwicklung ebenfalls aufgestellt.

Die Organisation war aus Mitteln des Landes zu bestreiten, das Reich zahlte einen Beitrag

Die Verpflegung, Löhnung und Bekleidung wurde durch die Verwaltung betätigt mit Kassenverwaltungen bei den Scharen und Bannen und ihrer Spitze der Wirtschafts- und Verwaltungsabteilung bei der Oberleitung.

Die Uniform der Polizeiwehr war die des württembergischen Gebirgsregiments, Kopfbedeckung Stahlhut bezw. Stahlhelm (besondere Dienstgrabadzeichen).

Die Bewaffnung bestand in Karabiner, Pistole und Seitengewehr, Maschinenpistole, leichte und schwere Maschinengewehre, leichte Minenwerfer, Panzerkraftwagen und K.-Flak

Durch die Entwaffnungsbestimmungen für die Polizeiwehren von seiten der Entente erfolgte später eine starke Einschränkung der Waffenausrüstung

Die Ausbildung erfolgte nach drei Richtungen

1. körperliche, durch Turnen und Sport, Boxen und Schwimmen;

2. geistige, durch Elementar-, Fortbildungs- und Fachschulunterricht,

3. waffentechnische, durch Exerzieren, Schießen u. Fechten

Um die Polizeiwehr von vornherein zu einer straff disziplinierten und zuverlässigen Polizeitruppe heranbilden zu können, erfolgte eine strenge

Auswahl nach körperlicher und geistiger Geeignetheit, zuverlässiger Gesinnung und gutem Leumund. Die Führer der Polizeiwehr waren teils aktive, teils Reserveoffiziere.

Die Organisation aber konnte nur innerlich gesund werden und bleiben, wenn die Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse der Offiziere und Mannschaften so gestaltet wurden, daß diesen entsprechend ihrem schweren und verantwortungsvollen Dienst, der vollen Einsatz der Person verlangte, eine aussichtsreiche und gesicherte Zukunft garantiert wurde.

Vom ersten Tage an war es eine der Hauptsorgen der Oberleitung der Polizeiwehr, die Erfüllung dieser für die Organisation grundlegenden Bedingungen und Bedürfnisse anzustreben.

Da aber das Ministerium des Innern sich von vornherein auf tunlichst baldigen Abbau der Polizeiwehr einstellte, konnte weder diese Grundforderung der Stabilisierung (Beamtenrechte), noch die Forderung auf klare Vereinheitlichung und Verstaatlichung der gesamten Polizeiorganisationen des Landes als Grundlage jener ersten Forderung erreicht werden, was zu einem jahrelangen entnervenden Kampf zwischen Oberleitung der Polizeiwehr (späteren Polizeibefehlsstelle) und der Ministerialbürokratie führte. Der Ressortpartikularismus und -egoismus wurde über die sachlichen Bedürfnisse einer Organisation und ihrer Leitung gestellt, die als Grundlage des neuen Staates allein nach dem Gesichtspunkt des inneren Wertes, der Zuverlässigkeit und Schlagfertigkeit zu beurteilen und auszubauen waren.

Der Einspruch der Entente hat im Laufe der Jahre nicht nur verschiedene Umbenennungen der Polizeiwehr zur Folge gehabt (staatliche Ordnungspolizei, Schutzpolizei usw.), sondern auch im Aufbau und der Gliederung, in Ausbildung und Bewaffnung manche zum Teil sehr einschneidende Veränderung verursacht.

Ich hoffe und wünsche im Interesse des Staates und der von mir geschaffenen Organisation, daß sie bald jene einzige Grundlage gedeihlicher Entwicklung und ungefährdeten Bestandes bekommt: klare beamtenrechtliche Stellung der Angehörigen — Offiziere und Mannschaften.

Körperliche Erziehung und geistige Ausbildung der Polizeiwehr.

Von allem Anfang an wurde der Erziehung der Polizeiwehr für ihre staatserhaltende und schützende Aufgabe ein klares Programm körperlicher und geistiger Ertüchtigung zugrunde gelegt.

Die Ausbildung polizei- und waffentechnischer Notwendigkeiten war durch die Art und den Zweck der Verwendung und des Einsatzes bestimmt und gegeben.

Besondere Bedeutung erhielten der Sport und das Turnen als Grundlage der Entwicklung der geistigen und körperlichen Kräfte jedes Einzelnen. Disziplin und Gesinnung, physische und psychische Geeignetheit für die

schweren und verantwortungsvollen Aufgaben des polizeilichen Truppen- und Einzeldienstes wurden durch intensive und systematische Pflege der Leibesübungen geweckt und gepflegt.

Die Errichtung einer Sportschule diente der Heranbildung geeigneter Lehrkräfte für die einheitliche Durchbildung der einzelnen Polizeischaren auf dem Gebiete des Turnens, der Leichtathletik, des Schwimmens, des Boxens und des japanischen Fechtens und Ringens. Das Skifahren ermöglichte auch für den Winter die Aufstellung von Patrouillen und Kommandos für besondere Aktionen im unwegsamen verschneiten Gebirge.

Besonders geeignete und begabte Sportsleute wurden auf die Hochschule für Leibesübungen nach Berlin kommandiert, um von dort neue Impulse und Anregungen auf unsere Sportschule zu übertragen.

Bald zeigten sich auch die Erfolge dieser bewußten Erziehungsarbeit und strahlten auf die gesamte Sportbewegung Württembergs aus.

Die sportlichen Veranstaltungen der württembergischen Polizeiwehr bildeten Höhepunkte des Schauens und Erlebens auf dem Gebiete der Leibesübungen, die Leistungen unserer Sportsleute und Turner waren durch ein hochentwickeltes System der allgemeinen Körperdurchbildung fundiert und gewährleistet.

Hand in Hand mit der körperlichen Ausbildung ging die geistige. Elementar- und Fachschulunterricht vermittelten den Angehörigen der Polizeiwehr und später staatlichen Ordnungspolizei das Maß von allgemeinem und polizeilichem Fachwissen, das für das Auftreten und die Ausübung des Polizeidienstes notwendig war.

Vorträge aus dem Gebiete des Wissens und der Unterhaltung, Pflege des Gesanges, Darbietungen aus den Gebieten der schönen Künste wirkten nicht nur belehrend, sondern auch charakter- und gemütbildend und ergaben die Grundlagen edler Geselligkeit und kameradschaftlichen Zusammenhalts.

Das Verhältnis zwischen Führern (Offizieren), Unterführern und Mannschaften war von gegenseitigem Vertrauen getragen.

Die gesellige und wirtschaftliche Gesundung der Organisation und damit ihre Zuverlässigkeit in jeder Lage war die Hauptsorge meiner Tätigkeit als Organisator und Leiter der Polizeiwehr. Daß ich meinen Leuten auch menschlich näher gekommen bin, durfte ich bei meinem Abschied von der Organisation erleben.

Es gab viele Offiziere, die nach anfänglichen Hemmungen mit Lust und Liebe und voller Hingabe am Aufbau und der Weiterentwicklung der Neuorganisation nach meinen Intentionen mitarbeiteten. Wenn es nicht alle taten, so lag die Schuld an dem Unvermögen, sich von dem früher Gewohnten auf die Neuartigkeit der Polizeiorganisation umstellen zu können.

Zur Vertretung der wirtschaftlichen und persönlichen Interessen entstand auf meine Anregung hin der Wirtschaftsverband der Angehörigen der Polizeiwehr, in dem die Polizeioffiziere, Beamten, Unterführer und Mannschaften zusammengeschlossen waren. (Der sozialdemokratische Minister Heymann hat mir einen Verweis erteilt, daß ich die Organisation des Verbandes angeregt und mit aufgebaut habe!!)

Die Zusammenarbeit mit dem Verband erwies sich als für beide Teile ersprießlich und vorteilhaft, trotz gegenteiliger Auffassung von Leuten, die aus Tradition und eigenartiger Mentalität nie die richtige Einstellung zum Wesen des Verbandes finden konnten.

An den Wirtschaftsverband der staatlichen Ordnungspolizei schloß sich der Verband der Kommunalpolizeibeamten und der Verband der Kriminalbeamten an, sie bilden heute zusammen den „Landesverband der Polizeibeamten Württembergs“ mit einer eigenen Zeitung: der Staatspolizei.

Unermüdlich erarbeitet der Verband an der wirtschaftlichen Besserstellung und der geistigen Hebung seiner Mitglieder, seine staatserhaltende Einstellung hat er oft bewiesen.

Die Einwohnerwehr und Verkehrswehr.

Im Generalstreik 1919 hatte die Regierung die Genehmigung zur Aufstellung der Reserve-Sicherheitskompagnien gegeben, die für den Fall von Unruhen die aktiven Sicherheitskompagnien unterstützen und entlasten sollten.

Alle Männer, ohne Ansehung der Parteizugehörigkeit, soweit sie die Regierung in ihrem Bestreben zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unterstützen wollten, wurden aufgefordert, in die entstehenden Reserve-Sicherheitskompagnien einzutreten. Unter dem Eindruck der Januar- und Generalstreikereignisse und der bayrischen Räterepublik fand der Gedanke des Selbstschutzes, namentlich beim besitzenden Bürgertum, nicht nur große Unterstützung in der Propagierung der Idee, sondern tatsächlich stellte auch das Bürgertum die weit überwiegende Mehrheit der Freiwilligen für Schutz von Eigentum und Sicherheit der Person. Die „rote Gefahr“ wurde zum „Bürgerschreck“ und überwand beim Bürgertum die traditionelle Lethargie (man könnte sie auch mangelnden Mut nennen), so daß eine Organisation entstand, die für den Schutz der Regierung sich einsetzte. Es ergab sich auf diese Weise die Groteske, daß eine Regierung, in der die Sozialisten die Mehrheit hatten, von ihren Gegnern geschützt wurde. Die Sozialdemokratie überließ aus allen möglichen Gründen dem Bürgertum die Initiative sowohl zum Schutz der Regierung als zum bewaffneten Zusammenschluß in einer Organisation, die doch eines Tages hätte gefährlich werden können — wenn die Zeit gekommen war.

Von Zeit zu Zeit ertönte dann wieder von irgend einer Stelle in Norddeutschland her: Der Feind steht rechts. Und da wunderten sich die Leute, daß es so geworden ist. Der erste Feind der heutigen Staatsform stand mehr oder weniger weit links. Und dadurch, daß die Mehrheitssozialdemokratie dies nicht erkannte und die Konsequenz des Handelns daraus zog zum Schutze ihrer Regierung, zuerst gegen „links“, konnte „rechts“ das werden, was es heute ist.

Der Mangel an staatspolitischer Einsicht bei der Partei, die früher sich gegen den Staat und seine Notwendigkeiten nur negativ eingestellt hatte, zeigte sich, als sie ans Regieren kam, nicht nur in der Frage der Schaffung einer realen Staatsmacht republikanischer Einstellung, sondern auch sonst.

Ich selbst war so Sozialdemokrat geworden in den Januartagen, ob aus politischem Impuls oder aus den Notwendigkeiten der Lösung meiner übernommenen Aufgabe heraus, — ich wurde mir nie ganz klar darüber. Darüber erhielt ich oder bald volle Klarheit, daß meine Person und mein Werk weder Unterstützung noch Verständnis fanden bei den maßgebenden Parteiinstanzen.

Ich konnte ja darauf verzichten — aber es war für mich, wie für viele andere, eine große Enttäuschung.

Die Reserve-Sicherheitskompagnien wie die Einwohnerwehr gliederten sich in ein 1. Aufgebot, 2. Aufgebot und technischen Hilfsdienst (später technische Nothilfe).

Im ersten Aufgebot sammelten sich die jüngeren, waffengeübten Leute, zur Verwendung im ganzen Land bereit, im 2. Aufgebot sollten mehr die älteren Freiwilligen Dienst tun mit örtlicher Verwendung.

Der technische Hilfsdienst sollte zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe eingesetzt werden im Falle von Generalstreik. Später wurde so dann die technische Nothilfe für diese spezifische Aufgabe organisiert und herangezogen.

Da aber das 1. Aufgebot zur Verwendung außerhalb seiner Aufstellungsorte nur sehr schwer oder gar nicht zu haben war, fiel diese Aufgabe ganz den Studentenformationen der Reserve-Sicherheitskompagnien und späteren Einwohnerwehr zu.

In Tübingen und in Stuttgart waren je ein Bataillon Freiwilliger entstanden aus Angehörigen der akademischen Jugend. Auch die landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim und vor allem die Baugewerkschule in Stuttgart, die Maschinenbauschule Eßlingen und die Webschule Reutlingen stellten Freiwilligenverbände auf.

Diese Studentenkompagnien waren der stets verwendungsbereite Kern des 1. Aufgebots der Einwohnerwehr und sie haben, so schwer sie auch zu lenken waren, sich stets und restlos für die Regierung eingesetzt innerhalb des Landes und außerhalb Württembergs, in München, im Ruhrgebiet, und in Mitteldeutschland.

Namentlich war das Stuttgarter Bataillon unter ihrem ausgezeichneten Führer Wildermuth eine stets verläßliche und militärisch tüchtige Formation. Wildermuth war einer der ersten Offiziere, die sich nur in der Revolution zur Verfügung stellten für die Führung von Sicherheitskompagnien. Als Reserveoffizier und Kompagnieführer im Grenadierregiment 119, der großes Vertrauen bei seiner Mannschaft genoß, hatte ich ihn gebeten, eine Sicherheitskompagnie (16) aus Angehörigen dieses Regiments zu bilden, was ihm auch in kurzer Zeit gelang. Leider mußte dann Wildermuth aus beruflichen Gründen zwecks Abschluß seiner Ausbildung die Führung der Kompagnie abgeben.

Obwohl er für mich als revolutionären Offizier, als der ich ihm bei unserem ersten Zusammentreffen erschien, eine Kugel in seiner Pistole reserviert hatte, fanden wir uns doch im Verlauf der Revolution in gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Staates. Wildermuth ist einer von denen, die selbstlos und verantwortungsbewußt in den schwierigsten Situationen ihre Person eingesetzt haben für die Erhaltung des Staates aus Pflichtgefühl und Idealismus. Ich verdanke ihm viel Unterstützung und Hilfe.

Viele Namen müßte ich nennen, wenn ich die alle aufzählen wollte, die hemmungslos und freudig sich bereiten zum Schutz des Staates und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es waren Hunderte, ja Tausende, die, als der Staat sie rief zu seinem Schutze, da waren und anfaßten. Es waren dieselben, die während des Weltkrieges an der Front standen und ihr Leben einsetzten für die Heimat.

Es waren nicht „Bourgoisprotzinge" oder Reaktionäre, auch keine Abenteurer- und Landsknechtnaturen, sondern die Jugend wor's mit nationalem Impuls und Aktivismus, die, wie während des Kriegs, so auch während der Revolution ihr Leben freudig einsetzte für die Erhaltung des Vaterlandes.

Es gab ja auch Leute, die mit Wort und Schrift und Geldbeutel mithalfen, die Organisation zu schaffen. Wenn sie es taten aus Vaterlandsliebe, sei's ihnen gedankt.

Die Verkehrswehr.

Im Generalstreik 1919 entstand mit der Organisation der Reserve-Sicherheitsformationen auch eine Kompagnie aus Angehörigen der Eisenbahn, die natürlich die Besetzung des allen Bahnhofes mit ganz anderem Interesse und Verständnis durchführten, als irgend eine andere Truppe. Die Fachkenntnis auf ihrem Arbeitsgebiet und die Vertrautheit mit dem Gelände zeitigten ein Resultat, daß es bei der Wichtigkeit gerade der Verkehrswege ein Gebot der Pflicht war, innerhalb des ganzen Bahngebiets aus den Angestellten desselben Kräfte zu formieren für den Schutz der Verkehrsanlagen. Auch für Post und Telegraph als wichtigstes Nachrichtenmittel schien es geboten, eine ähnliche Einrichtung zu schaffen.

Die Verkehrswehr bekam dann ihren Spezialorganisator in Regierungsrat Heiges, der es verstand, in kürzester Zeit über ganz Württemberg die Organisation der Verkehrswehr aufzubauen und zu verbreiten. Auch die Postwehr unter Oberpostsekretär Liebermann hatte sich so entwickelt, daß sie den Schutz der Hauptpost und des Telegraphenamts allein übernahm und die Polizeiwehr hierdurch wesentlich entlastete.

Heiges verstand es durch seine echt schwäbische und zu Herzen gehende Art, mit den Mitgliedern der Verkehrswehr in ein schönes Vertrauensverhältnis zu kommen, das für beide Teile reiche Früchte trug. Die Verkehrswehrabende bleiben mir als Höhepunkte geselligen und kameradschaftlichen Zusammenseins in bester Erinnerung.

Auch die Dienststelle der Generaldirektion wußte, was sie in ihrer

Verkehrswehr hatte und unterstützte die neugeschaffene Organisation mit allen Mitteln.

Die positive Haltung des Bundes der Verkehrsbeamten gegenüber der Regierung kam auch in seiner Einstellung zur Verkehrswehr zum Ausdruck, indem er seine Mitglieder zum Eintritt in dieselbe bewog.

Das Zusammenarbeiten der Verkehrswehr mit der Polizeiwehr geschah natürlich im engsten Einvernehmen und erfolgte nach den taktischen Bedürfnissen der Oberleitung der Polizeiwehr unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten, welche durch die Wichtigkeit der Verkehrsanlagen gegeben war.

Es galt für den Einsatz der staatlichen Machtmittel vieles, wenn nicht alles, daß die Möglichkeit der Truppenverschiebung gewährleistet war durch den wirksamen Schutz der Verkehrsanlagen von seiten der Verkehrswehr. —

Die Bedeutung dieser württembergischen Organisation fürs Reich trat bei den mitteldeutschen Unruhen in Erscheinung, als württembergische Verkehrswehr den Schutz bezw. die Aufrechterhaltung des Verkehrs dort durchsetzte. Sangershausen wurde durch die württembergische Verkehrswehr vom Terror der Roten Garde unter Hölz befreit.

Ministerium des Innern.

Die Unterstellung der Organisationen der Polizeiwehr und der Einwohnerwehr unter das Ministerium des Innern als der obersten Polizeibehörde war gegeben und möglich unter der Voraussetzung elastischer Einstellung dieser Behörde auf die neuartigen Organisationen mit ihrer durch die Art der Verwendung gebotenen Notwendigkeiten der Schlagfertigkeit und Freiheit der Befehlgebung. Es fehlte natürlich ein „Vorgang", weshalb zunächst, abgesehen von einer gewissen Ängstlichkeit in der Aufstellung des Mannschaftsetats und der Ausstattung mit Geräten und Ausrüstung, keine allzu großen Hemmungen bereitet wurden. Auch war bei dem Innenminister Lindemann eine gewisse Großzügigkeit und Selbständigkeit des Urteils vorhanden, welche die freie Entwicklungsmöglichkeit der sich aufbauenden Organisation garantierte.

Leider trat Lindemann schon am 13. Oktober als Minister zurück, um ein Lehramt am Forschungsinstitut für kommunale Wirtschaft in Köln zu übernehmen.

Als sein Nachfolger war ursprünglich der Unterstaatssekretär Hölzler vorgesehen, der mit Tatkraft und Geschicklichkeit seit Ausbruch der Revolution das sehr schwierige Ressort des Verkehrs (Post und Eisenbahn) im Staatsministerium geleitet hatte.

Auch die übrigen Koalitionsparteien hatten sich auf Hölzler geeinigt. Als die sozialdemokratische Fraktion eben über die Besetzung des Innenministeriums verhandelte, kam kurz vor der Abstimmung der Abgeordnete Pflüger und erklärte, daß die demokratische Partei gegen Hölzler sei, worauf

Heymann, der seither Kultminister gewesen war und nun auf günstige Art den Ministersessel wechseln wollte, mit zwei Stimmen Mehrheit vor Hitler zum Innenminister vorgeschlagen und von den andern Parteien dann auch akzeptiert wurde, obwohl eigentlich Hitler dazu ausersehen war. Die Wahl Heymanns erfolgte unter dem Eindruck der Einstellung der Fraktion durch Pflüger, der einem Mißverständnis zum Opfer gefallen war, als er die Fraktion von der Ablehnung Hitlers durch die demokratische Partei unterrichtete.

Auf diese Weise wurde Heymann Innenminister, was im Interesse der Entwicklung mancher Verhältnisse besser unterblieben wäre.

Als ich Kenntnis davon bekam, wer mein nunmehriger Vorgesetzter war, stellte ich mein Amt dem Staatspräsidenten zur Verfügung. In einer persönlichen Unterredung mit Stoutspräsident Blos ließ ich mich leider bestimmen, die Führung meiner Organisation beizubehalten, was ich später sehr bereuen mußte.

Die Ära Heymann brachte für mich und meine Organisationen eine Kette von Widerlichkeiten, die durch die absolute Verständnislosigkeit meines Vorgesetzten für die Bedürfnisse der Organisation der Polizei- und Einwohnerwehr verursacht wurden und die zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen uns führten.

Da Herr Heymann mehr und mehr in Abhängigkeit von den ausschlag- und richtunggebenden Beamten seines Ministeriums geriet, wurde der Zustand unerträglich, zumal dadurch der Ausbau der Organisation verschleppt und gehemmt wurde. Der Ministerialbürokratismus, System Hoop, konnte ungehemmt beginnen, die diutvolle und lebensworme Neuorganisation der Polizeiwehr mit ihrer Oberleitung in das oktenverstaubte Netz ihres Schematismusses einzufangen und langsam abzutöten. Meine triste Verabschiedung beendete einen jahrelangen Kampf eines antiquierten Systems gegen den Eindringling in das diuloje Ministerialbeamtentum reaktionärster Observanz.

Der Kapp-Putsch.

Das Frühjahr 1920 brachte dem Deutschen Reiche weder die innere Ruhe noch den Frieden. Außen- und Innenpolitik waren beherrscht durch die Auswirkungen des Versailler Diktatfriedens. Dazu kamen noch die Ausstrahlungen der Weltrevolutionspolitik Sowjet-Rußlands, die sich in kleineren und größeren Putschen mit Streiks und Generalstreik äußerten.

Das Baltikum-Abenteuer mußte liquidiert werden auf Befehl der Entente. Mitte Dezember 1919 war der Rücktransport der Baltikumtruppen unter großen Schwierigkeiten beendigt. Zahlreiche Freikorps, die „eiserne Division", die Mortnedrigaden Ehrhordt und Löwenfeld u. v. hatten den deutschen Boden betreten und sollten aufgelöst werden, da die Reduzierung der Reichswehr auf zunächst 200 000, später auf 100 000 Mann von der Entente gefordert wurde. Auf dem Truppenübungsplatz Döberitz sollte dies geschehen.

Die Freikorps aber dachten nicht daran, sich auflösen zu lassen, jedenfalls wurde die Entlassung der Offiziere und Mannschaften so verschleppt, daß Anfang März die beiden Brigaden Ehrhardt und Löwenfeld nach wie voller Gefechtsstärke in Döberitz standen und darauf warteten, gegen die Regierung zu marschieren, die sie auflösen wollte, nachdem die Freikorps im Volkrum um „den Preis ihres Einsatzes" gebracht worden waren.

In Berlin hatten Militärs wie der Freikorpsführer Oberst Reinhard und andere Offiziere eine Haltung gegen die Regierung eingenommen, die von dieser mit Beurlaubung und Dienstentlassung beantwortet wurde. Die „Nachgiebigkeit" der Reichsregierung gegenüber den Ententeforderungen bezüglich Verminderung des Heeres und anderes mehr hatte in den nationalistischen Kreisen eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen, die auch den zahlreichen Freikorpsangehörigen geteilt wurde.

Der Boden für einen Staatsstreich war gegeben. In der Reichswehr fand der Gedanke an einen Putsch nicht nur keine Abweisung, sondern wurde mehr oder weniger hemmungslos aufgenommen.

Noske versuchte dem „rechtsputschistischen Treiben" Einhalt zu tun, indem er am 12. März den Generallandschaftsdirektor Kapp, Hauptmann Pabst, die Pressleiter Gradowski und Schnitzler in Schutzhaft nehmen wollte. General von Lüttwitz, Führer des Reichsgruppenkommandos I, war beurlaubt worden, da er den oben Erwähnten nicht fern stand und auch dementsprechend aufgetreten war. (Ultimative Forderungen an die Regierung.)

In der Nacht vom 12./13. März rückten infolge dieser Vorgänge die Brigaden Löwenfeld und Ehrhardt mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen in Berlin ein und besetzten die Regierungsgebäude der Wilhelmstraße.

Die Regierung floh, nachdem Noske vergeblich versucht hatte, in einer Sitzung der Truppenführer deren Gefolgschaft gegen die meuternden und anmarschierenden Brigaden zu bekommen.

Außer General Reinhardt und Major Eisso hatte sich niemand bereit finden lassen, gegen die Aufständischen zu marschieren.

Noske mußte in dieser Stunde sein Vertrauen zur Loyalität seiner Offiziere schwer büßen und war von da an ein innerlich gebrochener Mann.

Mit einer Kundgebung an das deutsche Volk übernahm Kapp die flüchtartig verlassenen Regierungssitze:

„Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr von Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Kapp,
Reichskanzler.

Freiherr von Lüttwitz,
Gen. d. Inf."

Die Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung wurden für aufgelöst erklärt.

Als Antwort des Parteivorstandes der mehrheitssozialistischen Partei wurde zum Generalstreik aufgerufen. Unter dem Generalstreikaufruf standen die Namen des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der übrigen sozialistischen Minister.

In Württemberg wurde man durch den Ausbruch des Kapp-Putsches nicht überrascht. Die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Bayern erklärten, daß sie sich „gestützt auf ihre Bevölkerung, gegen die verfassungswidrigen und reaktionären Bestrebungen mit aller Macht zur Wehr setzen".

Ich befand mich am Samstag, den 13. März in Ravensburg, wo eine Führerversammlung der Einwohnerwehr Oberschwabens stattfand.

Die telephonische Nachricht von den Vorgängen in Berlin erreichte mich vor Beginn der Tagung.

Von Ravensburg aus ordnete ich die Mobilmachung der württembergischen Verkehrswehr an (ca. 10 000 Mann), da dieselbe absolut republikanisch eingestellt war. Die Polizeiwehr trat in erhöhte Alarmbereitschaft. Ich fuhr im Auto in beschleunigtem Tempo nach Stuttgart.

Am Sonntag morgen Sitzung im Staatsministerium. In der Nacht war starker Funkverkehr zwischen Berlin und den einzelnen Wehrkreiskommandos. Es waren zum Teil sehr merkwürdige Depeschen, die nach Berlin gesunkt wurden und von dort kamen. Am Samstag war durch die Regierung die Vorzensur verhängt worden, der Telegrammverkehr wurde überwacht.

Die Reichsregierung war nach Dresden geflüchtet, doch war die Haltung des dortigen Reichswehrgenerals Märker keine ganz klare und sichere. Der Mangel an bestimmten Direktiven und Befehlen von seiten des Reichswehrministers an die ihm unterstellten Wehrkreiskommandos zeigte sich in der zunehmenden schwankenden Haltung der Kommandeure der Reichswehr. Als wir mit Dresden telephonische Verbindung bekamen und die Reichsregierung an der Strippe hatten, sprach ich mit Noske über diesen Punkt und legte ihm nahe, sofort entsprechende Befehle an die Reichswehr gelangen zu lassen, was dann auch geschah.

Ein Vorschlag Heymanns, den Generalmajor Haas und den General von Bergmann vom Wehrkreis in Schutzhaft zu nehmen, lehnte ich — als wohl ausführbar aber unklug — ab.

Die Reichswehr wurde in diesen Tagen scharf überwacht. General Haas als Führer der Reichswehrbrigade 13 hatte seine Offiziere darüber abstimmen lassen, wohin sie sich stellten! Nur zwei Offiziere erklärten sich für die alte Regierung, die andern für Kapp. Die Mannschaften dagegen waren sicher und g e g e n K a p p. Der „Rat dieser Tatsache — nicht dem eigenen Trieb" folgend, stellte sich dann Haas „loyal" der Regierung zur Verfügung, als der württembergische Staatspräsident mit dem Befehlshaber des Wehrkreises V folgenden Aufruf veröffentlichte:

Wir stehen auf dem Boden der von uns beschworenen Reichsverfassung. Wir anerkennen nur die verfassungsgemäß zustandegekommene Reichsregierung, an deren Spitze Reichspräsident Ebert steht.

Anordnungen, die von anderer Stelle ausgehen, ohne von der Reichsregierung oder der württembergischen Landesregierung dazu beauftragt zu sein, werden von uns nicht anerkannt. Wir stellen uns hinter die vom Präsidenten Felberdach nach Stuttgart einberufene Nationalversammlung, deren Schutz wir übernommen haben.

Der Staatspräsident.
Blos.

Der Befehlshaber im Wehrkreis V:
von Bergmann.

Generalmajor Haas hatte eigentümliche Versuche unternommen, die Einwohnerwehrverbände der Studenten zu sich herüberzuziehen.

Obwohl er wußte, daß ich als Leiter der Hauptstelle für Einwohnerwehren im Auftrage und mit der Zustimmung des Staatsministeriums allein das Recht der Mobilisierung der Einwohnerwehren hatte, wurden von ihm die Tübinger Studentenkompagnien aufgerufen, weshalb ich ihn zur Rede stellen ließ. Folgender Brief, den Haas daraufhin an den Staatspräsidenten Blos richtete, zeigt nach Kenntnis der Vorgänge — Studenteneinberufung über den Kopf der verantwortlichen Stelle weg — Abstimmenlassen über die Haltung der Offiziere zum Kapp-Putsch — eine Robustheit im Ton und in der Auffassung von Loyalität, die bezeichnend ist.

Abschrift.

Landeskommandant von Württemberg. Stuttgart, den 17. März 1920

Herr Staatspräsident!

1. Ich sehe mich genötigt, schärfste Verwahrung einzulegen: Heute abend 8 Uhr 30 wurde mir von dem Major Riedel im Auftrag des Polizeiwehrdirektors die Frage vorgelegt, ob es zutreffe, daß ich der Studentenschaft Tübingen mitgeteilt hätte, es solle sich die Studentenschaft zum Abmarsch nach Stuttgart bereithalten. Ein ähnliches Gespräch wurde geführt, als ich um 5 Uhr nachmittags von meiner vorgesetzten Dienststelle den Befehl erhalten hatte, sofort 3 Bataillone, 1 Eskadron, 3 Batterien und Hilfswaffen zum Abtransport in das Aufstandsgebiet der verschiedenen Räterepubliken im Nordwesten bereitzustellen.

In meiner Eigenschaft als Landeskommandant kann ich den Abmarsch so starker Kräfte aus Württemberg nur dann zugeben, wenn als Ersatz die Einwohnerwehren, vor allem derer festester Kern, die Studentenbataillone, in die Bresche springen. Ich habe pflichtgemäß daher die Studentenschaft Tübingen benachrichtigt, daß sie voraussichtlich demnächst herangezogen werden müsse. Ich muß es mir auf das Ernsteste verbitten, daß es der Polizeiwehrdirektor wagt, von mir Auskunft über dieses abgehaltene Gespräch einzuholen.

Wenn nicht umgehend mir entsprechende Abhilfe geleistet wird, lege ich meine Stellung als Landeskommandant nieder.

2. Der Vorgang hat eine Vorgeschichte. Von sämtlichen Studentenbataillonen sowie von anderen Verbänden der Einwohnerwehren wurde ich schon seit Monaten angegangen, im Bedarfsfalle das Kommando über Einwohnerwehren zu übernehmen und diese Kommandoübernahme auch vorzubereiten. — Ich habe in loyalster Auslegung der verfassungsmäßigen Bestimmungen darauf hingewiesen, daß die Kommandoübernahme durch eine militärische Dienststelle erst nach Verhängung des Ausnahmezustandes eintreten dürfe, und daß der Friedensvertrag eine Vorbereitung, d. h. eine enge Verbindung zwischen militärischen Kommandostellen und Einwohnerwehren verbiete.

3. Ich stelle ausdrücklich fest, daß diese sämtlichen angenommen Verbände zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nicht unter dem Kommando des Polizeiwehrdirektors,

sondern unter meinem Kommando oder einer anderen militärischen Kommandobehörde zu stehen wünschten.

4 Ich wiederhole hiermit den Antrag auf Verhängung des Ausnahmezustandes. Jede Schwäche hierin wird verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen

5 Leutnant Kaptein von der Polizeiwehr hat in Ulm gegenüber zwei Offizieren der Reichswehr, deren Namen wir bekannt sind, ausgerufen: „Die Württ. Staatsregierung habe angeordnet, daß die Studentenschaft Hochverrat zu entwaffnen sei. Er (Kaptein) sei im Auftrag des Polizeiwehrdirektors Hahn mit drei Lastkraftwagen nach Hohenheim gefahren, habe dort die Waffen abgeholt, welche zur Bewaffnung von Arbeiterbataillonen der Daimler-Werke bestimmt seien" Wenn ich das auch nur als müßiges Geschwätz und Wichtigtuerei ansehe, so hat es doch größte Beunruhigung in die Reichswehrverbände getragen und dies um so mehr, als Polizeiwehrdirektor Hahn geäußert haben soll: „Wenn etwa die Reichswehr noch rechts zur neuen Regierung abschwenkte, so würden sofort alle Arbeiter bewaffnet und organisiert werden, um die Reichswehr zu entwaffnen" Die tiefe Beunruhigung, die in die Reichswehr getragen worden ist, äußert sich darin, daß ein Stabsoffizier und ein Hauptmann von Ulm heute hierher gekommen sind, um Auskunft über diese ungeheuerlichen Dinge bei mir einzuholen. Wenn die politische Atmosphäre nicht gründlich von dieser Vergiftung gereinigt wird, müssen sich die gefährlichsten Folgen einstellen.

6. Weiterhin teile ich mit, daß auf Veranlassung des Württ. Landtagsabgeordneten Frick die Vertrauensleute der Brigade verhaftet wurden, unter schwerer Verletzung ihrer Dienstpflicht die Vertrauensleute anderer Truppenteile der Reichswehr-Brigade 13 zu versammeln und sie in das Landtagsgebäude zu führen, wo sie von Frick einer eingehenden Aussprache über Einstimmung und Haltung ihrer Offiziere unterzogen wurden. Aus Scham über diesen unerhörten Vorgang haben die Vertrauensleute des Jägerbataillons 26 sich geweigert, ihrem Kommandeur davon Mitteilung zu machen.

7 Soeben 6 Uhr abends geht Meldung von der Oberleitung der Polizeiwehr ein, daß der Schutz der Nationalversammlung von der Polizeiwehr allein übernommen werde. Ich lege schärfste Verwahrung gegen diese kurzsichtige (!) Anordnung ein, nachdem soeben 2 Bataillone von auswärts herangezogen wurden, ausdrücklich unter Hinweis auf den ehrenvollen Auftrag des Schutzes der Reichsregierung und der Nationalversammlung. Ich mache dabei darauf aufmerksam, daß schon am Sonntag, den 14. März, der Herr Reichswehrminister aus Dresden in dringendem Telegramm mich und damit die Reichswehr hiermit beauftragt hat, bis er selbst weitere Anordnungen an Ort und Stelle treffen werde. Ich anerkenne daher diese Mitteilung der Polizeiwehr nicht, sondern werde mit der Truppe zum Schutze der Reichsregierung und der Nationalversammlung erscheinen, wenn ich nicht vom Herrn Reichswehrminister andere Weisung erhalte. Von zwei Truppenteilen sind bereits Einsprüche erhoben worden, „man scheine ihnen nicht zu trauen".

Herr Staatspräsident, Sie werden anerkennen, welcher Zündstoff sich angesammelt hat und ich darf dringend ersuchen in weiser Vorsorge klare und bestimmte Anordnungen im Benehmen mit der Reichsregierung umgehend herbeizuführen.

Dem Herrn Reichswehrminister habe ich Abschrift zugehen lassen.

In ausgezeichneter Hochachtung

General Haas

Auf Grund dieses Briefes „wagte" es der Polizeiwehrdirektor, in Begleitung des Ministerialdirektors Erlenmayer, seines Stabschefs Riedel und des Studentenbannführers Weidermuth, den General Haas aufzusuchen, aber nicht um „umgehend Abbitte zu leisten", wie es in dem Brief in hochfahrendem Ton verlangt wurde, sondern um den Herrn General zum Bewußtsein der Lage zu bringen.

Der angebliche Wunsch der Studenten, nur unter seinem Befehl stehen zu wollen, war dem Herrn General durch einen aus eigener Initiative

handelnden Studenten von ziemlich unklarer geistiger Verfassung vorgetragen worden, an der Verhängung des Belagerungszustandes hatte außer General Haas zunächst niemand ein Interesse, denn man setzt den Bock nicht zum Gärtner, dagegen hatte ich noch allem, was vorgefallen war, alles Interesse daran, den Schutz der Nationalversammlung ohne Mitwirkung des Herrn Generals durch die Polizeiwehr zu übernehmen, zumal der Reichswehrminister Noske mich mit dieser Aufgabe betraut hatte und dies der Reichswehr durch Verfügung desselben bekannt gegeben wurde.

Daß General Haas entgegen dieser ihm bekannten Tatsache mit seinen Reichswehrtruppen „erscheinen" wollte, sah oerfluchi nach was anderem aus als Disziplin. Wenn bei zwei Truppenteilen seiner Reichswehrbrigade der Verdacht auftam, daß man „ihnen nicht troue", so konnte das Herr Haas ja gut verstehen, wenn er selbstkritisch sein bisheriges Handeln zu beurteilen im stande war.

Die Anwesenheit der Reichsregierung in Stuttgart stellte die württembergische Landeshauptstadt in den Mittelpunkt des Telegraphen- und Bahnoerkehrs von ganz Deutschland, die Abgeordneten der Nationalversammlung eilten zu einer Tagung hierher, Abgesandte der Kappregierung, der englische und französische Geschäftsträger, Pressevertreter aus dem In- und Ausland, Abordnungen von Parteien und Organisationen — sie alle sammelten sich in Stuttgart, um die weitere Entwicklung des Kapp-Putsches aus nächster Nähe nutzzuerleben.

Im runden Saal des Ostturmes vom Alten Schlosse tagte die Reichsregierung, im davorliegenden „grauen Saal" wurde geredet, verhandelt, „interviewt". Auf dem Vorplatz drängten sich Minister, Offiziere und Pressevertreter. Scheidemanns Miene ließ für die Nationalversammlung eine schön zurechtgelegte, wortreichtiefe und tönende „Philippika" erwarten, General Märker, der Unterhändler zwischen Reichsregierung und Kapp, spielte seine zweifelhafte Rolle mit viel Stimmaufwand und schlechtem Gewissen, der englische Geschäftsträger rannte um ein Flugzeug herum — ich ließ ihn gerne fliegen — Noske erklärte und grollte — sein vielgeschäftiger Adjutant Major von Gilsa schwadronierte und schrieb Befehle, schrie nach Telephon, Telegraph und funkte, der Pressechef der Reichsregierung machte in öffentlicher Meinung, man sah fliegende Rockschöße, sie gehörten dem Außenminister Müller. Man bekam einen Begriff von der Schwierigkeit des „Reichsregierens", namentlich wenn man den beängstigend aufgeregten und viel redenden Innenminister Koch beobachtete.

Auch in Württemberg hatten gewisse Kreise vom Kapp-Putsch etwas erhofft

Am Samstag morgen kamen einige Führer der Einwohnerwehr und erklärten mir, ich müsse mich Kapp anschließen — ganz Deutschland sei ihm zugefallen. Wenn Württemberg mitmache, sei der Erfolg gesichert.

Den einen nahm ich nicht ernst und redete ihm den Unsinn aus. Dem andern stellte ich sofortige Verhaftung in Aussicht, wenn er den Gedanken weiterspinne. Im Herdweg standen einige 30 junge Leute, politisch unreif,

aber von wertvoller Aktivität, die im Handstreich das alte Schloß ausheben wollten, um das letzte Bollwerk der Republik zu nehmen.

Ein Abgesandter, der das „Gelände" erkunden mußte, erfuhr meine Einstellung. Ich kannte ihn als rücksichtslosen Draufgänger. Als er von mir wegging, wußte er, was sein Sturmtrupp zu erwarten hatte, wenn er den beabsichtigten Irrsinn ausführen wollte.

In der Schulstraße saßen einige vergrämte Nobiles-Offiziere und warteten auf eine günstige Entwicklung ihrer Kappaktien. Sie ahnten wohl ebensowenig wie die Herdwegflüchtlinge, daß ihr Treiben scharf überwacht wurde und dafür Sorge getragen war, daß sie keine Dummheiten machen konnten.

Im Verlauf des Tages gelang es dem Führer des Stuttgarter Studentenbannes, Wildermuth, die Studenten auf einen vernünftigen Standpunkt zu stellen. Mit Wort und Handschlag verpflichteten sie sich, für die Regierung Ebert zu kämpfen — und das haben sie ehrlich gehalten.

In der Akademie hatte ich die Einwohnerwehrführer versammelt, um sie auf ihre Pflicht einzustellen und mir Gewähr geben zu lassen, bevor ich die Banne aufrief. Mit Ausnahme von drei Führern, die sich Bedenkzeit erbaten, gaben alle ihr Wort, die drei folgten nach. Doch verzichtete ich zunächst auf ihre Mitwirkung.

In Württemberg konnte der Wahnsinn eines Rechtsputsches keinen Boden gewinnen, die vernünftige schwäbische Einstellung der Verkehrswehr und Einwohnerwehr und die klare republikanische Haltung der Polizeiwehr und Reichswehrmannschaften gaben eine sichere Basis für die Abweisung des Putsches.

In Bayern war der Kapp-Putsch der Anlaß zum mehr oder weniger gewaltsamen Ende der Regierung Hoffmann. Angehörige des Freikorps Oberland, einer Einwohnerwehrformation, stürzten die Regierung — Kahr übernahm dieselbe unter dem Schutze der Militärdiktatur Möhls und konnte sie halten.

Bayern ist das einzige Land, wo der Kapp-Putsch eigentlich gelang und der weiteren Entwicklung des Landes seinen Stempel aufdrückte.

Auch für mich ergaben sich aus dem Kapp-Putsch gewisse Konsequenzen, die aber der Öffentlichkeit verborgen blieben.

Der Innenminister Heymann war von einem unüberwindlichen Tätigkeitsdrang beseelt und spielte den starken Mann. Vom Verhaftenwollen der Reichswehrgenerale Haas und Bergmann habe ich erzählt. „Leider" übernahm Noske den Oberbefehl über alle staatlichen Kräfte, weshalb der Innenminister eigentlich ausgeschaltet war. Demzufolge verbat ich mir die Kritik von Heymann über die Maßnahmen, die ich als Beauftragter Noskes zum Schutze der Nationalversammlung getroffen hatte. Ebenso mußte ich die ungerechtfertigten Angriffe meiner Vorgesetzten zurückweisen, als ich für Dinge verantwortlich gemacht werden sollte, die von anderer Seite veranlaßt worden waren. (Vorzeitige Studenteneinberufung für Abtransport nach dem Ruhrgebiet.)

Da meine Erklärungen nichts fruchteten, riß mir die Geduld am Telephon und das Gespräch wurde von mir mit der im Schwabenlande üblichen Redewendung abgebrochen, was mit einem Verweis vom Minister des Innern quittiert wurde.

Damit war das persönliche Verhältnis natürlich erheblich gestört, was dann bald auch auf dem sachlichen Gebiet bemerkbar wurde.

Nach dem Telephongespräch zwischen Reichsregierung und württembergischer Regierung am Samstag früh, den 14. März, traf erstere gegen Abend in Stuttgart ein.

Raske wurde bei mir einquartiert. Nach dem Abendbrot saßen wir bei einer Tasse Kaffee zusammen. Anwesend war nach Major von Gilsa, der Adjutant Noskes. Aus dem unmittelbaren Erleben der vergangenen Tage erzählte Noske nur den Hergang der Berliner Vorgänge vom 12. und 13. März, mit starker Bewegung schilderte er den Moment des Versagens der Reichswehrführer, gegen Ehrhardt und Löwenfeld fechten zu können oder zu wollen. Das Gefühl des Verlassenseins in solch entscheidendem Moment mußte trotz treuer Gefolgschaft Reinhardts und Gilsas selbst einen Mann von dem Format Noskes innerlich so erschüttern und haltlos machen, daß der Weggang von Berlin zu verstehen war. Die Ruhe des alten Schlosses an diesem Sonntagabend wirkte beruhigend auf den niedergebrochenen Mann nach der Hetze der vergangenen Tage. Wir besprachen noch die Maßnahmen für die nächste Zeit. Auch der Reichspräsident Ebert hatte seinen Sitz im alten Schlosse genommen. Schwer lastete auf meinem Gemüt die Verantwortung für den Schutz der Reichsregierung. Die Entwicklung des Putsches war noch nicht zu übersehen.

Auf die Ruhe des Sonntagabends folgten Tage atemlosen Betriebes, wie er an dem improvisierten Sitz einer Reichsregierung in Erscheinung treten mußte. Das Alte Schloß wurde das Ziel aller derer, die mit der Reichsregierung zu tun hatten. Die Reichskanzlei und das Reichswehrministerium richteten sich ein. Meine Nachrichtenschar hatte alle Hände voll zu tun, um die Nachrichtenmittel zu beschaffen und einzurichten, die nötig waren.

Die Putschregierung bombardierte das Volk mit Aufrufen und Programmerklärungen.

Da die alte Regierung von Stuttgart aus erklärte, jedes Verhandeln mit den Putschisten von Berlin abzulehnen, fiel das Kappunternehmen bald in sich zusammen. Die Reichsregierung konnte zunächst ohne Anwendung von Waffengewalt vom sicheren Port die Auswirkung der ablehnenden vernünftigen Einstellung des größeren Teils des deutschen Volkes abwarten.

Schon aber erfolgten als Reaktion auf den Putsch von rechts blutige Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Arbeitern in Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt, Erfurt, Kiel.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet brach schlagartig ein kommunistischer Aufstand los, der an Ausdehnung und Einsatz der kommunistischen Kräfte der größte und gefährlichste seit Ausbruch der Revolution war.

Die Kappregierung war am 17. März wieder abgetreten, sie hatte bedingungslos den Platz geräumt, die Führer Kapp und Lüttwitz flohen.

Der in Berlin gebliebene Vizekanzler Schiffer, dessen „amtliche Meldungen" und Verhandlungen mit der Kappregierung und den Parteien der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei keineswegs zur Klärung der Situation beitrugen, forderte die Regierung dringend zur Rückkehr nach Berlin auf.

Am Abend des 17. konnten der Reichspräsident Ebert und sein Kanzler Bauer folgende Kundgebung erlassen:

„Kapp und Lüttwitz sind zurückgetreten. Das verbrecherische Abenteuer in Berlin ist beendigt. Vor der ganzen Welt ist im Kampf der letzten Tage der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Versuch der Militärdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht. (Wenn das nur auch von der Rätediktatur zu sagen gewesen wäre. D. Verf.)

Der verbrecherisch unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß jetzt wieder aufgenommen werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre stärkste Waffe, den Generalstreik, niederlegt.

Arbeiter, seid jetzt ebenso tatkräftig und willfährig zur Stelle, wie bei der Abwehr der Volksverführer! Die Regierung wird die Hochverräter, die euch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengsten Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder eine Soldateska in das Geschick des Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen."

Am 18. tagte dann die Nationalversammlung in einer einzigen Sitzung im Kuppelsaal des Kunstgebäudes, es wurden schöne Reden gehalten, „der Griff an die Gurgel der Reaktion" war das Leitmotiv, der „dröhnende Schritt der Arbeiterdatanlane" und „der Sieg des Generalstreiks über die Militärgewalt" wurden als Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung und ausschlaggebend für die Niederwerfung des Kapp-Putsches gefeiert.

Das Vaterland war in Worten gerettet, die Nationalversammlung hatte löwenartig ihre staatserhaltende Pflicht erfüllt und ging nun mit der Regierung nach Berlin — Reichswehrtruppen und Einwohnerwehr aber mußten ins Ruhrgebiet und nach Mitteldeutschland, um die „Abwehraktion" des revolutionären Proletariats gegen den Kapp-Putsch von der Republik abzuwehren.

Ein neuer Ausbruch eines Kommunistenaufstandes war im Gefolge des Generalstreiks erfolgt.

In Berlin aber begab sich die Regierung unter den Einfluß des vereinigten Gewerkschaftsbundes (Arbeitern, Angestellten und Beamten), der durch seinen Vorsitzenden Legien Forderungen an die Reichsregierung und Nationalversammlung stellen ließ, deren Erfüllung der Aufrichtung einer Nebenregierung gleichkam.

Im Ruhrgebiet tobte seit 16. März der Aufruhr, die „Rote Armee" verübte Greueltaten grausamster Art. Ein „Waffenstillstandsvertrag" verkündete am 22. März, daß das gesamte Industriegebiet in den Händen der revolutio-

nären Arbeiter sei und die Rote Armee in Stärke von 50—60 000 Mann sich im siegreichen Vormarsch auf Wesel befinde. Hier hatten sich die letzten Reste der Reichswehr zum äußersten Widerstand festgesetzt. Düsseldorf, Remscheid, Duisburg und Mühlheim wurden von der roten Armee besetzt. Terrorakte übelster Art wurden verübt, die Betriebe arbeiteten zum größten Teil weiter, nur ein dazu bestimmter Teil der Belegschaften war zur roten Armee geeilt und kämpfte nun für die Weltrevolution nach russischem Vorbild, unter bolschewistischer Führung, mit russischem Geld und mit Schießwaffen, die auf dem Weg von Deutschland nach Holland von den Kommunisten beschlagnahmt worden waren. In Mitteldeutschland hatten Kämpfe in Dresden, Leipzig, Erfurt stattgefunden, im Vogtland hatte der Kommunist Hölz Idealzustände kommunistischer Herrschaft und Herrlichkeit geschaffen. Seine Raub- und Brandschatzungszüge wurden durch eingeäscherte Dörfer, Festnahme von Geiseln und Erpressung großer Summen gekennzeichnet. Als Reichswehr gegen ihn aufgeboten wurde, entfloh er in die Tschecho-Slowakei, wurde später gefangen genommen, abgeurteilt und dann so verwahrt, daß er später nach seiner Flucht die gleichen Untaten wieder unternehmen konnte.

In Pommern und Mecklenburg waren sportakistische Bauernunruhen ausgebrochen, die von den Gutsherren der dortigen großen Güter dann als Vorwand benutzt wurden, Teile der aufgelösten Baltikumtruppen als Schutz- und Gutsorden anzuwerben. Die Berliner Regierung stand unter dem Einfluß der Forderungen des vereinigten Gewerkschaftsbundes und konnte sich nur schwer zu durchgreifenden Maßnahmen gegen das Ruhrgebiet entschließen.

Als die Truppen zum Einmarsch versammelt waren und den Vormarsch begannen (am 6. April), erfolgte am selben Tag die Besetzung Frankfurts und des Maingaues durch die Franzosen.

Die Aktion gegen das Ruhrgebiet wurde durch das Bielefelder Abkommen, das natürlich von den Aufständischen ignoriert wurde, gehemmt. Mit erstaunlicher Geduld versuchte die neue Regierung Müller (die alte Regierung Bauer war am 26. März zurückgetreten), die „verführten" Aufständischen „zur Vernunft zurückzuführen" unter Vermeidung „aller unnötigen Schroffheiten". Diese Einstellung der Regierung gegenüber dem Ruhraufstand kostete vielen Menschen das Leben, die Lage im Ruhrgebiet wurde von Tag zu Tag ernster, Hilferufe von allen politischen Parteien, bis zur Sozialdemokratischen Partei, drohender Hunger, Plünderungen, Terrorakte verlangten gebieterisch das erlösende Einrücken der Truppen — aber noch immer wurde mit den „Kämpfern" verhandelt, während die Reichswehr in ihren durchgreifenden Maßnahmen behindert wurde. Durch die französische Besetzung Frankfurts waren die Reichswehrtruppen gezwungen, am 20. April aus dem Ruhrgebiet abzuziehen, obwohl die Säuberungsaktion noch nicht zu Ende geführt und die allgemeine Entwaffnung der Aufständischen noch nicht erfolgt war.

Anfang Mai übernahm preußische Sicherheitspolizei die Durchführung der notwendigsten Maßnahmen für die Wiederherstellung der Ruhe und

Ordnung. Am 10. Mai konnte dann der Ruhraufstand als beendigt angesehen werden.

Das Kappunternehmen zeitigte in seinen innen- und außenpolitischen Wirkungen einen ungeheuren Rückschlag für das Deutsche Reich. Wochenlanges Darniederliegen unserer Wirtschaft, Bürgerkrieg, Mißkredit im Ausland, weiteres Zerreißen der Volksgemeinschaft — das waren die unmittelbaren Folgen des verbrecherischen Anschlags auf die deutsche Republik durch Kapp und seine Mitläufer.

Am 11 März hatte die interalliierte Militärkommission die endgültige Auflösung der Einwohnerwehr (vom 1. Dezember 1919) auf 10. April als äußersten Termin gefordert und festgelegt.

Am 8. April veröffentlichte die Reichsregierung diese Auflösungsordre der Entente und ordnete die Auflösung der Einwohnerwehr an. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen nahmen aber gemeinsam Stellung gegen die Auflösung, wodurch dieselbe noch über die Boulagner Note und die Konferenz von Spaa das ganze Jahr hingezogen wurde.

Die „Berliner Forderungen" des vereinigten Gewerkschaftsbundes spielten natürlich auch in Württemberg eine Rolle, mit denen aber die Regierung fertig wurde. Der am 29. März von den Unabhängigen geplante Generalstreik wurde von der Mehrheitssozialistischen Partei abgelehnt. Die „Hilfsaktion" für die Aufstandischen im Ruhrgebiet scheiterte.

Am 6. Juni fanden die neuen Wahlen zum Reichstag und Landtag statt, wodurch für Württemberg eine Verschiebung der parteipolitischen Vertretung im Landtag herbeigeführt wurde.

Die Zahl der 150 Vertreter zur Landesversammlung wurden verfassungsmäßig auf 101 reduziert. Unabhängige und Kommunisten errangen auf Kosten der Mehrheitssozialistischen Partei eine Anzahl Sitze, die Rechte, Bürgerpartei und Bauernbund, hatten einen erhebdichen Zuwachs an Stimmen und Sitzen zu verzeichnen, wesentlich geschwächt wurde die Demokratie.

Obwohl die alte Koalition der Mehrheitssozialistischen Partei, Demokratie und Zentrum noch über eine geschäftsfähige Mehrheit im neuen Landtag verfügte, vollzog sich die Bildung der neuen Regierung unter den gleichen Schwierigkeiten wie im Reich. Die Mehrheitssozialistische Partei war von allen guten Geistern verlassen, als sie in einer Landesversammlung am 20. Juni beschloß, aus der Regierung auszutreten. Die staatspolitische Unfähigkeit und Dummheit, die in diesem Beschluß zum Ausdruck kam, wurde diktiert von „parteitaktisch agitatorischen" Gesichtspunkten von seltener Kurzsichtigkeit und bedeutete den freiwilligen Verzicht auf den Einfluß in der Regierung und auf die Gestaltung der Verhältnisse in bezug auf Sicherung der Republik. Staatspräsident Blos, der 1½ Jahre die Geschicke Württembergs in sturmbewegter Zeit mit seltenem Geschick und staatspolitischer Reife und Weisheit gelenkt hatte, wurde damit zum Rücktritt gezwungen. Die Demagogentaktik der „Führer" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat durch den Austritt aus der Reichs- und

Landesregierung ihren Mangel an staatspolitischem Verständnis und Verantwortlichkeitsgefühl zur Genüge erwiesen. Parteiegoismus und Klüngelwirtschaft erschöpften sich in demagogischem Intrigieren und glauben damit — zu regieren.

Teuerungsunruhen und Steuerabzugsstreik in Württemberg.

Der neugewählte Landtag trat am 22. Juni zusammen. Heymann führte noch die Geschäfte des Innenministeriums und hatte mit dem Tage seines Abgangs das bisher bestehende Verbot von „Versammlungen unter freiem Himmel" aufgehoben. Im Lande wurde gegen die Teurung durch Massenkundgebungen der Gewerkschaften demonstriert; in Stuttgart war die Demonstration ohne Zwischenfälle verlaufen, wogegen in Ravensburg, Aalen und namentlich in Ulm und Heidenheim schwere Ausschreitungen der Demonstranten erfolgten, die ein Einschreiten der Polizeiwehr notwendig machten (Tote und Verwundete auf seiten der Tumultuanten). In Ulm und Heidenheim wurde der Ausnahmezustand verhängt, am 29. Juni waren die Unruhen beendigt.

Während derselben hatte sich die durch den Austritt der Mehrheitssozialdemokratischen Partei aus der Regierung notwendig gewordene Regierungsumbildung vollzogen. Staatspräsident und Kultminister wurde Hieber, die Finanzen behielt Liesching, Arbeits- und Ernährungsministerium übernahm Schall, Bolz blieb Justizminister, Graf wurde Minister des Innern.

Nach dem Beitritt der deutschen Volkspartei zur Regierungskoalition des Zentrums mit der Deutschdemokratischen Partei konnte sich die neue Regierung „der Mitte" auf 46 von 101 Stimmen des Landtages „stützen".

Der Regierung warteten schwere Aufgaben. Ihr Auftreten im Landtag erfolgte unter dem Zeichen der Teurungsunruhen und des Entwaffnungsdiktats der Konferenz von Spaa, die für die nächste Zukunft große Schwierigkeiten in Aussicht stellten.

Die Entente verlangte sofortige Auflösung der Polizei- und Einwohnerwehr. In den Großbetrieben der Industrie hatten sich Zustände herausgebildet, die einen geordneten Produktionsprozeß nicht mehr zuließen. Die schwer verhetzte Arbeiterschaft stand unter dem Terror und der Führung von radikalen Elementen, die es darauf anlegten, einen Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Das Beispiel Itzehoes, wo das Proletariat die Fabriken besetzt hatte und ein Zustand völliger Desorganisation Platz gegriffen hatte, machte Schule.

Am 3. August ereignete sich in den Daimlerwerken in Untertürkheim ein schwerer Sabotageakt, indem drei neue Geschützlafetten von Automobilkanonen durch Schweißapparate zerstört wurden, als sie verladen werden sollten.

Am 9. August demonstrierte die Stuttgarter Arbeiterschaft unter Führung des Gewerkschaftskartells gegen den 10% Steuerabzug. Die Belegschaften der Industriebetriebe weigerten sich, ihre Steuer vom Lohn abziehen zu lassen. Die Hetze gegen diesen Steuerabzug wurde mit allen Mitteln und in allen Werken betrieben, die Arbeitgeber setzten sich schwersten Insulten aus, wenn sie den von der Finanzverwaltung ihnen auferlegten Verpflichtungen des Steuerabzugs nachkommen wollten und weigerten sich deshalb, dies in Zukunft zu tun ohne Schutz von seiten der Regierung.

Am 14. August veranstalteten die Arbeiter der Eisenbahnbetriebswerkstätten eine Kundgebung vor der Generaldirektion und nötigten den zufällig anwesenden Reichsverkehrsminister Gröner zu Zugeständnissen und zu einer Ansprache wider Willen. Polizeiwehr stand bereit, durfte aber nicht eingreifen.

Die Regierung kam durch die Verweigerung des Steuerabzugs in nicht geringe Schwierigkeiten, vor allem drohte Verlust der Staatsautorität, neben der Sabotierung der Steuerwirtschaft, wenn es nicht gelang, den Steuerabzug zu erzwingen.

Zahlreiche Regierungssitzungen über die zu ergreifenden Maßnahmen, Weigerung der Arbeitgeber, den Steuerabzug als Steuerexekutivbeamte des Finanzministeriums zu betätigen, Wahl politischer Arbeiterräte in den Daimlerwerken und anderen Großbetrieben mit der offen ausgesprochen Tendenz der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse — kennzeichnen die Situation Mitte und Ende August.

Eine Gewerkschaftsländerkonferenz lehnte den Steuerabzug ab und verkettete nur den Haß gegen denselben.

In der ganzen Sache der Steuerverweigerung durch die Arbeitnehmer lag mehr als nur die Antipathie gegen das Steuerzahlen überhaupt, denn das letztere ist bekanntlich keine beliebte Tätigkeit, auch nicht von Arbeitgebern.

Durch die Sabotierung der Finanzwirtschaft und den ausgebrochenen Konflikt zwischen Staatsautorität und Steuerzahler-Arbeitnehmer fanden Früchte heranreifen, die von Kommunisten gesät und gehegt wurden. Die Tatsache, daß zunächst nur in Württemberg dieser Konflikt zum Austrag gebracht werden sollte, während im übrigen Reich derselbe vermieden wurde, ließ darauf schließen, daß der taktische Vorstoß in Württemberg der Anlaß zu einer Gesamtaktion des kommunistisch geführten Proletariats werden sollte.

Ich war zu den ersten Verhandlungen zwischen Finanzministerium und den Arbeitgebern als den Steuerabziehern beigezogen worden.

Die Kräfte, die mir für den Schutz der letzteren zur Verfügung standen, waren zahlenmäßig so gering, daß ein allgemeiner Schutz der Betriebe des ganzen Landes nicht in Frage kommen konnte.

Graf als Minister des Innern befand sich im Urlaub. Sein Stellvertreter, Präsident Haag, lehnte zunächst die Kompetenz — staatliche württ. Polizeikräfte zur Betreibung einer Reichssteuer zu verwenden — als in die Kompetenz des Reiches gehörig ab. In mehrstündigen Beratungen er-

kämpfte ich gegen ihn das Eingreifen der staatlichen Polizeikräfte zur Eintreibung des 10% Steuerabzugs.

Am 20. August kam Minister Graf aus dem Urlaub zurück und billigte meinen Standpunkt. Die Vorbereitungen für die gewaltsame Durchdrückung des Steuerabzugs wurden mir übertragen und in drei Tagen so weit gefördert, daß am 25. August das Staatsministerium die geplante Aktion zur Erzwingung des Steuerabzugs genehmigte.

Zuvor aber hatte die Regierung nochmals versucht, auf gütlichem Wege die Arbeitnehmer zur Bezahlung der Steuern anzuhalten. Vertreter der Regierung und des Landessinanzamts waren in die drei Großbetriebe Daimler, Bosch und Maschinenfabrik Eßlingen geschickt worden, um in persönlichen Besprechungen mit den Betriebsräten dieser Betriebe, die gegen den Steuerabzug am schärfsten Stellung genommen hatten, den Steuerabzug durchzusetzen.

In mehrstündigen Verhandlungen, die man von seiten der Arbeiter und der Betriebsräte als „Belastungen" empfand und kennzeichnete, kam als Endresultat die glatte Verweigerung von Arbeiterseite zum Ausdruck, ja man erklärte den Regierungsvertretern mit dürren Worten, daß man auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken werde, um den Steuerabzug zu verhindern.

Dieser angedrohten Gewalt wurde rasch Gewalt gegenübergestellt. Am 25. August waren diese Verhandlungen gewesen, als Antwort der Großbetriebe auf das Ultimatum der Regierung über Einverständnis mit dem 10% Steuerabzug erfolgte eine völlige Absage.

3 Uhr nachmittags war Ministerrat, Beschluß der Regierung, Steuerabzug wird durchgedrückt. Zu diesem Zweck Aufforderung an die Großbetriebe Daimler, Bosch in Stuttgart und Feuerbach und Maschinenfabrik Eßlingen, die Werke zu schließen. Der Schutz der geschlossenen Betriebe wird durch die Regierung übernommen und der Polizeiwehr übertragen.

Ab 6 Uhr wurden die Befehle zur Aktion erteilt, die natürlich bis ins kleinste vorbereitet war. Voraussetzung der geplanten Aktion war absolute Geheimhaltung derselben und Überraschung der betroffenen Belegschaften.

Die Zusammenziehung der notwendigen Polizeiwehrtruppe erfolgte in der Nacht vom 25./26. August mittels Extrazügen. Die Polizeiwehr wußte morgens um 3 Uhr mit Ausnahme der verantwortlichen Führer nicht, zu welchem Zwecke und mit welchem Ziele sie den Marsch antrat. Um 5 Uhr morgens war die Besetzung der Betriebe in Eßlingen, Untertürkheim, Stuttgart und Feuerbach als durchgeführt gemeldet, ohne daß ein Zwischenfall sich ergeben hatte.

An Reserven standen noch einige Scharen bereit, außerdem waren Teile der Einwohner- und Verkehrswehr vorgesehen für eventuelle Einberufung.

Programmäßig hatte die Besetzung der Betriebe stattgefunden, die Wirkung auf die Belegschaften derselben war völlige Überraschung, Verblüffung und Ratlosigkeit.

In der Nacht noch war an allen Bahnhöfen, wo Daimler-, Bosch-

und Maschinenfabrikarbeiter die Arbeiterzüge bestiegen, folgende Bekanntmachung der Regierung durch Anschlag erfolgt.

Stuttgart, den 25. August

„Die Arbeitnehmer der Daimler-Motorengesellschaft in Untertürkheim, der Bauschwerke in Stuttgart und Feuerdach und der Maschinenfabrik in Eßlingen Werk Mettingen haben die Durchführung der gesetzlichen Vorschrift, den Steuerabzug am Lohn abzuziehen, bisher mit Gewalt verhindert und haben erklärt, sie auch fernerhin durch Gewalt zu verhindern. Die Werksleitungen können von der Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift, den Steuerbetrag am Lohn abzuziehen, nicht befreit werden. Bei Aufrechterhaltung des Betriebs kann andererseits ein wirksamer Schutz gegen Gewalttätigkeiten anläßlich der Lohnzahlung nicht gewährleistet werden. Die Werksleitungen haben deshalb im Einverständnis der Regierung mit Wirkung ans Donnerstag früh alle Betriebe insolange geschlossen, als die Durchführung des Steuerabzugs mit Gefahr für die damit befaßten Leiter und Angestellten der Betriebe, sowie für die Betriebsanlagen verknüpft ist.

Den Schutz der Betriebsanlagen hat die Polizeiwehr übernommen. Versuche, die Werke zu betreten, werden mit Gewalt abgewehrt werden."

Das Staatsministerium

Daimler, Bosch und Maschinenfabrik Eßlingen kündigten sämtlichen Arbeitnehmern.

Die ausgesperrten Arbeiter berieten zunächst in Versammlungen über die veränderte Sachlage. Für 26 August war nämlich die Parole ausgegeben worden, nicht aus den Betrieben herauszugehen, jetzt konnten sie nicht mehr hinein.

In Eßlingen wurde als Antwort auf die Regierungsmaßnahmen der Generalstreik erklärt. Verhandlungen der Betriebsräteversammlung mit der Regierung wurden von dieser abgelehnt. Am 27. August wurde nach langen Beratungen der Betriebsräteversammlung der verschärfte Generalstreik erklärt mit Einschluß der lebenswichtigen Betriebe (Gas, Elektrizität). Daß die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien sich dem Generalstreik anschlossen, bedeutete eine Stärkung der taktischen Lage der Regierung für die Abbruchverhandlungen.

Am 28 August war der Generalstreik durchgeführt, wo noch gearbeitet wurde, holten die Streikenden die Arbeitswilligen mit Gewalt aus den Betrieben heraus. Die Verkehrsangestellten hatten den Generalstreik abgelehnt.

Die Verkehrswehr war einberufen, um den Schutz der Bahnanlagen durchzuführen. Um 11 Uhr hatten die Streikenden den Bahnhof Untertürkheim und Kannstatt besetzt, verließen aber beim Anrücken von Polizeiwehr und Verkehrswehr fluchtartig die besetzten Objekte.

Der Versuch von seiten der Streikleitung, die Geschäfte zum Schließen zu zwingen, wurde durch fliegende Polizeiwehrpatrouillen auf schnell-

fahrenden Lastkraftwagen mit Hilfe von „Hedagerten"*) unterbunden. Bei fehlender Gas- und elektrischer Beleuchtung entwickelte sich in den Abend- und Nachtstunden auf Straßen und in den Lokalen bei Kerzenlicht ein starker Betrieb mit lebhafter Diskussion der Lage und scharfer Kritik der getroffenen Regierungsmaßnahmen.

Am Sonntag den 28. August war die Lage verhältnismäßig ruhig. Die bürgerlichen Zeitungen hatten ein gemeinsames Nachrichtenblatt herausgegeben, das den geistigen Abwehrkampf führte. Jeden Abend waren im Alten Schloß die Vertreter der Zeitungen versammelt, um über die Lage orientiert zu werden.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde die technische Nothilfe zum Einsatz gebracht unter dem Schutz des Einwohnerwehrbataillons I (Wildermuth), damit am Montag wieder Gas und Elektrizität von den Werken bezogen werde konnte, die Arbeitswillige genug hatten, um den Betrieb in Gang zu setzen. Der Generalstreik wurde reif gemacht zum Zusammenbrechen. Auch der Schutz dieser Arbeitswilligen wurde bereitgestellt. Der „Aktionsausschuß" der Streikenden wurde bei den nun begonnenden Verhandlungen abgelehnt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Durch Einsatz der technischen Nothilfe verschärfte sich die Lage und äußerte sich in lebhafter Tätigkeit der Streikleitungen auf dem Land, den Generalstreik zu halten.

Der endgültige Abbruch der Verhandlungen mit der Streikleitung und dem Aktionskomitee führte zu einer stürmischen Sitzung der Betriebsräteversammlung am 1. Sept., in der die Streikleitung radikaler Richtung (Hörnle und Genossen) zum Rücktritt gezwungen wurde.

Die Führung der neu aufzunehmenden Verhandlungen mit der Regierung übernahmen die Gewerkschaften, Sprecher Varhölzer. Die Voraussetzungen einer Verständigung der Parteien waren damit gegeben.

Der nun beginnende Kleinkrieg gegen Streikposten an den Betrieben und den Zugangsstraßen zur Stadt wurde mit Hilfe von Kraftwagen-Patrouillen erfolgreich durchgeführt. In Reuthingen und Münster waren Aktionen gegen das Streikkomitee völlig geworden, die mit der Verhaftung der Rädelsführer endigten.

Am Donnerstag, 2. September, begannen die neuen Verhandlungen mit der nunmehrigen Streikleitung, die im grauen Saal des Alten Schlosses stattfanden.

Die Leitung derselben hatten die Minister Schall, Bolz und Graf Ich nahm an denselben teil.

Der Sprecher der Arbeitgebervertreter war Baurat Fischer, der Führer der Arbeitnehmer und Ausgesperrten bezw. Streikenden Varhölzer.

Von abends 5 Uhr bis Freitagmorgen um 2 Uhr wurde über die Einigungsformel beraten, ohne zu einem Resultat zu kommen. Regierung und Arbeitgeber blieben fest und gaben keinen Buchstaben von den Bedingungen preis, die für die Wiedereröffnung der besetzten Betriebe ge-

*) Polizeiknüppeln.

stellt wurden. Die Arbeitnehmer kämpften verzweifelt in verlorener Position um Milderung der Forderungen.

Daimler trat von den gemeinsamen Verhandlungen zurück, da er mehrere tausend Arbeiter entlassen wollte und mußte, um den Betrieb zu sanieren. Am Freitag, den 3. September, wurden die Verhandlungen fortgesetzt und dauerten von 11 Uhr bis 4 Uhr. Die dabei getroffenen Vereinbarungen enthielten als Hauptpunkte:

1. Jeder Neueinzustellende verpflichtet sich durch Unterschrift zur Anerkennung aller Gesetze und Verordnungen, die das Arbeitsverhältnis regeln, namentlich aber zur Verpflichtung des Steuerabzugs.

2. Nichteingestellt werden die Haupthetzer und solche, die sich schwere Verfehlungen gegen die Ordnung des Betriebs hatten zu schulden kommen lassen, Verweisung an ein Schiedsgericht.

3. Bezahlung der Streik- und Sperrtage werden verweigert.

Am Samstag nachmittags 4 Uhr wurden diese Bedingungen von der Streikleitung angenommen. Der Generalstreik war beendigt. Am Montag den 6. September wurde allenthalben die Arbeit wieder aufgenommen außer bei der Daimler-Motorengesellschaft, die sich außerhalb der getroffenen Vereinbarungen gestellt hatte, um die Reinigung ihres Betriebes und die Reduzierung der Belegschaft vornehmen zu können. Die besetzten Betriebe Bosch und Maschinenfabrik Ehningen wurden von der Polizeiwehr freigegeben, Daimler blieb besetzt, da hier weitergestreikt wurde.

Die Kraftprobe zwischen Regierung und Steuerabzugverweigerern war zugunsten der Staatsautorität entschieden. Der Kampf war zähe geführt worden und endigte mit einem absoluten Sieg der Staatsmacht. Die Luft in den Betrieben war gereinigt. Die verhetzte Arbeiterschaft zog für die Zukunft ihre Lehren aus der „Generalblamage" dieses Generalstreiks. Ganz Deutschland hatte den Kampf in Württemberg mit Spannung verfolgt, selbst das Ausland nahm eingehend Notiz von demselben.

Was hier in Württemberg mit der Durchhegung des Steuerabzugs erreicht wurde, strahlte seine Wirkungen aus aufs ganze Reich.

Der Dank der Regierung an Polizei-, Einwohner-, Verkehrswehr und technische Nothilfe, der am 7. September veröffentlicht wurde, trug dieser Tatsache Rechnung. Neun Tage hatten meine Organisationen unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte ihr letztes hergegeben, um die Staatsautorität durchzusetzen, um in der staatlichen und privaten Wirtschaft Ordnung und Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen.

Es waren zwar nicht alle verfügbaren staatlichen Machtmittel zum Einsatz gebracht worden, aber die ganze Aktion bedeutete für uns eine Kraftanspannung, die nur durch die restlose Zusammenfassung und Zusammenarbeit der Polizei-, Einwohner- und Verkehrswehr möglich war. Die Einsatzfreudigkeit und Hingabe aller Beteiligten garantierten trotz zahlenmäßiger Schwäche den Erfolg.

Ich war stolz auf die Haltung und Tüchtigkeit meiner Polizeiwehr, Führer und Mannschaften hatten in 10tägiger treuer Pflichterfüllung

ohne eine Stunde Ruhe den Beweis ihrer Zuverlässigkeit und ihrer Notwendigkeit für die Aufgaben des neuen Staates erbracht.

Am 13. September endlich erfolgte auch die Freigabe der Daimlerwerke durch die Polizeiwehr. Am 23. wurde auch hier wieder die Arbeit aufgenommen mit einer Reduzierung der Belegschaft um 50%.

Die Entwaffnung und Auflösung der Polizeiwehr und Einwohnerwehr.

Auf der Konferenz von San Remo am 18. April 1920 forderte der Oberste Rat, in dem England, Frankreich und Italien ausschlaggebend waren, die Entwaffnung Deutschlands nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags. Bei Nichterfüllung wurden Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt, die eine glatte Nichtachtung des Friedensvertrags darstellten, da sie nicht vorgesehen waren.

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, hatte mit einem kleinen Heer von Unterkommissionen in den einzelnen Ländern die Überwachung der Entwaffnung und Wehrlosmachung Deutschlands zu beaufsichtigen und übte dieses Amt in rücksichtslosester Weise aus.

Die „Sanktionen", Einmarsch und Raub des Ruhrgebiets, waren das Ziel der Wünsche Frankreichs und bildeten eine beständige Drohung für Deutschland und seine Einheit.

Die Konferenz von Spaa, vom 25. Mai, sollte uns zum ersten Male Gelegenheit geben, anstatt durch Noten der Alliierten persönlich deren Diktatforderungen entgegennehmen zu können.

Auf der Konferenz von Boulogne am 22. Juni wurde die restlose Entwaffnung des Landheeres, der Luftflotte, der Marine, der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehr innerhalb kurzer Zeit gefordert und die Erwartung ausgesprochen, daß keine Anträge auf Abänderung der getroffenen militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags mehr erfolgen, da dieselben grundsätzlich abgelehnt würden.

Die für 25. Mai vorgesehene Konferenz von Spaa begann dann am 5. Juli.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Entwaffnung Deutschlands behandelt. Wenn unsere Konferenzteilnehmer erwartet hatten, daß in Verhandlungen über die Frage eingetreten würde, mußten sie rasch sich mit der Tatsache abfinden, daß ihnen diktiert wurde. Mit der Drohung sofortigen Einmarsches wurde unsere Abordnung zur Annahme der gestellten Forderungen gezwungen. Wohl wurden die Termine der Entwaffnung und Auflösung etwas verlängert, aber an dem Grundprinzip der Wehrlosmachung wurde nichts geändert.

Die allgemeine Wehrpflicht wurde verboten, unsere Reichswehr mußte auf 100 000 Mann reduziert werden mit vorgeschriebener unvollkommener Bewaffnung. Flugzeuge waren für die Reichswehr verboten, was später auch auf die Polizei ausgedehnt wurde. Die Entwaffnung der Bevölkerung

wurde durch ein Gesetz festgelegt, ein Reichsentwaffnungskommissar mit diktatorischen Vollmachten bestimmt. Die Waffen mußten abgeliefert werden, Prämien bildeten einen Anreiz zur Ablieferung, hohe Strafen sollten den Waffenbesitz erschweren und verhindern. Unter Assistenz von Entente-offizieren erfolgte die Vernichtung des Heeresgeräts, französische Offiziere legten es in geradezu sadistischer Weise darauf an, selbst Dinge zu zerstören, die sinnlos waren. Nicht nur die Flugzeuge und Motore wurden vernichtet, auch die Hallen, ja selbst deren Fundamente wurden abgetragen und gesprengt.

In Verfolg des Entwaffnungs- und Auflösungsdiktats von Spaa mußte die Sicherheitspolizei aufgelöst und auf den Stand vom Jahr 1913 zurückgeführt werden. Die Bewaffnung wurde genau festgelegt auf 1 Pistole für jeden Mann, jeder dritte Mann erhielt 1 Karabiner zugebilligt, auf 1000 Mann wurde 1 Panzerkraftwagen genehmigt mit 2 schweren Maschinengewehren, auf je 25 Mann entfiel 1 Maschinenpistole.

Die Entmilitarisierung wurde verlangt durch Abschaffung der Städte, die Unterstellung unter die Zivilverwaltung, die Dislozierung und Zerschlagung der Verbände.

Am 21. Sept erfolgte in Württemberg die Auflösung der Polizeiwehr.

Laut Verfügung des Ministeriums wurden die Oberleitung der Polizeiwehr und die 5 Bezirksleitungen derselben aufgehoben.

Zur Neuordnung des Polizeiwesens wurde folgendes bestimmt:

1. Die Verfügung über sämtliche Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie die Aufsicht über sämtliche Polizeianstalten des Landes kommt ausschließlich dem Ministerium des Innern zu. Die Bearbeitung des Polizeiwesens erfolgt beim Ministerium des Innern durch zwei Ministerialberichterstatter, und zwar durch einen Berichterstatter für das Gebiet des Verwaltungsrechts und einen für die Verwendung der Polizei.

2. Die Angehörigen der bisherigen Polizeiwehr werden als „Staatliche Ortspolizei" übernommen und den Oberämtern (Stadtdirektion) unterstellt. Verwendung der Staatlichen Ortspolizei außerhalb ihres Ortsbezirks kann nur durch das Ministerium des Innern erfolgen.

Die seitherige Oberleitung der Polizeiwehr wurde nun Ministerialabteilung, Polizeibefehlsstelle: Ministerium des Innern. Ich selbst Ministerialberichterstatter und Oberpolizeidirektor.

Die Einschränkung der Bewaffnung der staatlichen Ortspolizei bedeutete eine schwere Schädigung der Kampfkraft der Organisation, die zahlenmäßige Schwäche war bisher durch die Vollständigkeit der Bewaffnung ausgeglichen worden. Außerdem bestand in den Einwohnerwehren eine Reserve, die für ausbrechende Unruhen das an Zahl ersetzte, was ihr an straffer Zusammenfassung und Übung fehlte.

Als aber auch für die Einwohnerwehr und Verkehrswehr die Stunde der Auflösung schlug, mußte durch die Verstaatlichung und Vereinheitlichung der Polizeiorganisationen der Ausgleich für den Ausfall der Kräfte der Einwohnerwehr und Verkehrswehr geschaffen werden.

Wahl hatten sich die süddeutschen Staaten der Auflösungsordre der Entente und in deren Auswirkung der Auflösungsverfügung durch die Reichsregierung widersetzt.

Da die württembergische Einwohnerwehr eine staatliche Einrichtung war, konnte sie als legale Hilfspolizeitruppe sich noch behaupten, als längst alle Einwohnerwehren entwaffnet und aufgelöst waren.

Am 1. Dezember 1919 war die Auflösung der Einwohnerwehren gefordert worden. Am 11. März hatte Nollet der deutschen Regierung eine Note überreicht, worin als äußerster Termin der Auflösung der 10. April 1920 festgelegt war.

Am 7. April wurde diese Note veröffentlicht. (Die Franzosen hatten am 6. April Frankfurt besetzt, die Reichswehr und Teile der württembergischen Einwohnerwehr waren ins Ruhrgebiet eingerückt.)

Am 8. April wurde den Regierungen der Länder vom Reichsminister eröffnet, daß sie dem Verlangen der Entente nachzukommen hätten, da Gegenvorstellungen des Reichs gegen die Auflösungsverfügung des Generals Nollet als aussichtslos aufgegeben worden seien.

In den einzelnen Ländern, mit Ausnahme Württembergs und Bayerns, waren die Einwohnerwehren Selbstschutzorganisationen mit Duldung der Regierungen und im Besitz ihrer Waffen.

Die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehr verursachte große Schwierigkeiten und konnte von der Entente erst erreicht werden, als Zwangsmaßnahmen und eventueller Einmarsch in Aussicht gestellt wurden.

Das Landesschießen der bayrischen Einwohnerwehr in München, wo im September ca. 40 000 Wehrmänner zusammengekommen waren, um ihren Landeshauptmann Escherich zu feiern, verursachte bei den Franzosen einen gelinden Schrecken und gab ihnen den gewünschten Anlaß, nun rücksichtslos gegen die noch bestehenden Einwohnerwehren vorzugehen.

Die Einwohnerwehr Bayerns wurde von Forstrat Escherich nach der Niederwerfung der Räterepublik organisiert. Die älteste Einwohnerwehr Deutschlands dürfte wohl die württembergische gewesen sein, die schon im Januar 1919 entstanden war, während des Generalstreiks im April 1919 durch Regierungsbeschluß und -Verfügung allgemein organisiert wurde und bei der Niederwerfung der bayrischen Räterepublik nicht nur aktiv mitwirkte bei der Einnahme Augsburgs und Münchens, sondern auch durch ihren Ersatz in Württemberg im April und Mai es möglich machte, daß große Teile unserer Sicherheitstruppen dann nach Bayern geschickt werden konnten.

Nach der Wiederkehr geordneter Zustände in Bayern wurde zur Verhinderung einer Wiederholung der Räteherrschaft der Gedanke des Selbstschutzes und der bayrischen Einwohnerwehr stark in den Vordergrund gestellt, so daß das Beispiel Bayerns im übrigen Deutschland große Werbekraft bekam. Dies wirkte sich vor allem in den Gegenden des Deutschen Reiches aus, wo durch kommunistische Beunruhigung bei dem Mangel an organisierter Staatsmacht und -Autorität die Gefahr der Rätediktatur nahegerückt war. So konnte die „Organisation Escherich" (Orgesch) als

Abwehrorganisation terroristischer linksradikaler Versuche überall Fuß fassen, wurde aber bald als „reaktionäre" Bewegung von den verschiedensten Seiten angefeindet, verschrien und aufgelöst (29 Juni 1921), nachdem ihre Entwaffnung schon vorher angeordnet und durchgeführt worden war.

Die württembergische Einwohnerwehr war durch das Gesetz über Polizei- und Einwohnerwehren vom 3. Oktober 1919 als Teil der württembergischen Sicherheitspolizei unter Umwandlung der Reservesicherheitskompagnien staatlich anerkannt und legitimiert worden.

Durch Diktat der Entente und Verfügung des Reiches zur Auflösung gezwungen, wurde diese, als alle Mittel zur Erhaltung erschöpft waren, vollzogen auf Grund eines Regierungsbeschlusses durch die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 28. Mai 1921.

In treuer Pflichterfüllung hat die württembergische Einwohnerwehr sich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt und bildete jederzeit durch ihre klare und vernünftige Einstellung (abgesehen von wenigen Ausnahmen) einen starken Rückhalt für die Polizeiwehr und die Regierung.

Namentlich die Formationen des 1. Aufgebots und in diesem die Studentenkompagnien waren allezeit bereit, unter Zurückstellung privater Interessen und persönlicher Anschauungen sich für den Schutz der Regierung und die Erhaltung des Staates einzusetzen im Innern des Landes und außerhalb desselben, wo und wann es nötig würde.

Durch das Vorhandensein der staatlich anerkannten Einwohnerwehr blieb Württemberg auch ziemlich verschont von den Selbstschutzverbänden, Freikorps und Geheimorganisationen, wie sie im übrigen Deutschland wie Pilze aus der Erde schossen und zum Teil noch heute ihr destruktives Unwesen treiben. Wo Ansätze zu solchen Organisationen sich bildeten, fanden sie keinen Nährboden ihrer Entwicklung.

Vielleicht ist es heute anders geworden. Doch wird es in Württemberg schwer halten, bei der soliden vernünftigen Einstellung unserer Stammesgenossen auf allzu großen Anhang rechnen zu dürfen.

Die Vereinheitlichung des Polizeiwesens in Württemberg — Verstaatlichung der Polizei.

Schon bei Übernahme der Sicherheitstruppen in die neuaufzubauende Polizeiwehr hatte ich im August 1919 in der grundlegenden Denkschrift auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der weitgehenden Zersplitterung des württembergischen Polizeiwesens hingewiesen und die Zusammenfassung der Polizeiorganisationen gefordert mit Verstaatlichung der Kommunalpolizei.

Doch fielen meine Anregungen auf den unfruchtbaren Boden ministerieller bürokratischer Bedenken und Erwägungen, die zu keinem Resultat führen konnten, da weder ein Vorgang gegeben war, an den man sich hätte anlehnen können, noch die Elastizität aufgebracht werden konnte, um sich

rasch auf die neuartigen Verhältnisse der Revolutionszeit unter Freimachung von der Einstellung der Kriegs- und Vorkriegszeit umstellen zu können.

Die Oberleitung der Polizeiwehr suchte in mehreren Denkschriften trotz ablehnender Bescheidung durchs Ministerium des Innern immer wieder auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit der von ihr vorgeschlagenen Neuorganisation der Vereinheitlichung und Verstaatlichung hinzuarbeiten. Ein zäher Kampf begann und wurde jahrelang geführt, bis endlich aus der Notwendigkeit der Praxis heraus das Problem angefaßt wurde und dann im Verlauf der Zeit die Verstaatlichung der Polizei durch Gesetz festgelegt und vom Landtag verabschiedet werden konnte.

Die Gründe, die mich zu immer neuen Vorstößen in der Verstaatlichungsfrage veranlaßten, entsprangen den rein sachlichen Erwägungen, die ich in meiner Stellung als verantwortlicher Leiter der allein zum Einsatz zu bringenden Organisation der Polizeiwehr für die Erhaltung des Staates im Kampf gegen seine Feinde anzustellen genötigt war.

Bei Ausbruch der Revolution hatte sich die blaue Polizei „neutral" erklärt. Die städtische Polizei war nicht mal in der Lage, sich selbst und das Rathaus zu schützen.

Die Kriminalpolizei war unglücklich zersplittert in Landeskriminalpolizei (staatlich) und städtische Kriminalpolizei, die abgesehen von Desorganisationserscheinungen und dem Anwachsen der Kriminalität in der Revolutionszeit unter Kompetenzkonflikten litt.

Die Kommunalpolizeien des Landes waren in bezug auf Auswahl und Zusammensetzung abhängig von den Kommunalvertretungen und entsprechend dieser Tatsachen mehr oder weniger zuverlässig.

Die Landjäger, zerstreut übers ganze Land, waren in ihrer Auflösung in kleine Posten und Abteilungen viel zu schwach und ohne Rückhalt, um sich so hemmungslos einsetzen zu können, daß sie sich durchsetzten.

Die Entente bewilligte nach den Beschlüssen von Boulogne und Spaa nur eine dem Stand vom Jahr 1913 entsprechende Anzahl von Polizeibeamten, von der durch die Polizeiwehr ca. 3000 Mann in Anspruch genommen werden mußten.

Die Staatsautorität war mit dem Abbau und der Auflösung des stehenden Heeres nicht mehr fundiert, wie während des Krieges und vor demselben.

Die 100 000 Mann Reichswehr aber kamen in erster Linie für die Exekutivnotwendigkeiten des Reichs nach innen und außen in Betracht und mußten da eingesetzt werden, wo es die Bedürfnisse der Reichsregierung notwendig erscheinen ließen.

Das Land mußte also unter Verzicht auf sein kleines Reichswehrkontingent dafür besorgt sein, ein eigenes Machtinstrument zu schaffen in Gestalt seiner Polizei. Diese aber war zersplittert in fünf Organisationen: Polizeiwehr, Landjäger, Landeskriminalpolizei (staatlich), städtische Schutzmannschaft und städtische Kriminalpolizei. Die einheitliche Leitung fehlte — die straffe Zusammenfassung war unmöglich, einheitliche Aktion und Einsatzmöglichkeit waren durch die Lagerung der Verhältnisse versagt.

Hiezu kam die Verschiedenheit des Impulses, sich für den Staat einzusetzen bezw. einsetzen zu lassen, die Ungleichheit der Ausbildung, mangelnde Auswahl und Zuverlässigkeit — alles Dinge, die es nahe legten, an eine Vereinheitlichung zu denken nicht nur aus Ersparnis-, sondern auch aus Zweckmäßigkeitsgründen und taktischen Erwägungen.

Der Hauptgrund aber lag auf dem Gebiet der Stabilisierung der Zuverlässigkeit und Einsatzfreudigkeit des einzelnen Polizeimannes wie der gesamten Organisation, die nur dann gewährleistet waren, wenn die Leute, die sich zum Schutz der Regierung und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hergaben — vielleicht mit Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens, — vom Staat als Gegenleistung die absolute Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen und Versorgungsansprüche zugebilligt bekamen.

Des weiteren konnte man nach Vorgängen von seiten der Entente nicht erwarten, daß sie die Polizeiwehr als militärisch organisierte und kasernierte Polizeitruppe so beließ, wie sie ursprünglich gedacht und aufgebaut war.

Der ersten Denkschrift vom 3 August 1919 ließ ich am 17 Januar und 2. Februar 1922 weitere folgen, in denen positive Vorschläge für die Vereinheitlichung des Polizeiwesens gemacht wurden. Als Ziel und Aufgabe der geplanten Zusammenfassung der Polizeikräfte sollte eine gleichmäßige Belegung des ganzen Landes mit zuverlässigen Polizeikörpern angestrebt werden, die als Staatspolizei unter einheitlicher Leitung gegliedert war in Verwaltungs-, Kriminal- und Sicherheitspolizei (uniformiert). Letztere bestand aus Straßenpolizei (Schutzmannschaft) und Stoßtrupps (kasernierte Truppenpolizei).

Ein Landespolizeipräsidium mit 7 Polizeidirektionen und einer entsprechenden Anzahl Polizeiämtern sollte die straffe Einheitlichkeit der Befehlsgebung, Verwaltung und Wirtschaft dieser Landespolizeiorganisation garantieren unter Loslösung vom dem Verwaltungsapparat der Oberämter (und der Städte) und Unterstellung unter das Ministerium des Innern.

Vor dieser Zentralisierung der polizeilichen Exekutivkräfte des Landes und ihrer straffen Zusammenfassung in taktischer (Einsatz), personeller (Auswahl und Ausbildung) und wirtschaftlicher (Etatsrecht) Hinsicht aber scheute das Ministerium des Innern unter Leitung des Ministers Heymann zurück aus den verschiedensten Gründen. Zunächst wurde die taktische Notwendigkeit verneint wegen des Fehlens eines Vorgangs — man befand sich immer noch in der Illusion des Vorhandenseins der unangetasteten Staatssouveränität (trotz Fehlens des früheren stehenden Heeres). Man hatte sich auch schon wieder an dem Chaos der Revolution erholt, denn es war ja dank anderer wenig oder nichts passiert. —

Das Schlagwort des Polizeistaates — der Polizeidiktaturgelüste bestimmter Persönlichkeiten, gemeint war ich — spielte bei dem Sozialdemokraten Heymann und seiner Partei eine große Rolle. — Es wurde vollkommen vergessen, daß in der Zwischenzeit der Obrigkeitsstaat vom demokratischen Volksstaat abgelöst worden war, in dem damals noch die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Regierung hatten.

(Der Schutz der Regierung war ja dank der Mitwirkung des Bürgertums und der sichern Haltung der Polizeiwehr bisher immer möglich gewesen.)

Der eigentliche Grund der Ablehnung meiner Vorschläge aber war natürlich bei den Beamten des Ministeriums und der Verwaltung zu suchen, denen eine Exekutivorganisation, die ihrem Einfluß so gut wie ganz entzogen war, ein Greuel sein mußte und dies um so mehr, als die Leitung derselben in der Hand eines „Eindringlings“ in das Beamtengehege lag, eines Republikaners aus klarer Einstellung und nicht beamtlich bürokratischer Verbildung.

Es gab Zeiten, da sich meine Gegner im Ministerium duckten und in ihren Büros stille hielten — in diesen Zeiten wurde meist geschossen und galt es zu handeln — sobald aber die Zeiten sich wieder ruhig anließen, wurde daran weiter geordnet, meinen Betrieb in das „System“ einzureihen.

Die Bedürfnisse meiner Polizeiwehr waren Niemand für das Ministerium des Innern, was ich keineswegs übel nahm, solange nicht der Versuch unternommen wurde, dieselben nicht anzuerkennen. Als aber der Bearbeitungsmodus meiner Anforderungen Wochen und Monate erforderte, bis ich das Notwendigste für die Zufriedenstellung meiner Organisation bekam, angefangen beim Heeng für die Verpflegung und dem Wollsocken für Bekleidung — über das Funkergerät und über die ärztliche Versorgung bis zur persönlich rechtlichen Stellung der Offiziere und Mannschaften, die Jahre in Anspruch nahm, bis sie schlecht und recht geregelt wurde — da wurde der Kampf heiß und rücksichtslos geführt von meiner Seite, mit vollem Einsatz der Person und meiner Stellung.

Daß dieser Kampf aussichtslos war und eines Tages mit der Abhalfterung meiner unbequemen Person endigen mußte, wurde mir von dem Moment an klar, als ich erkennen konnte, daß der parlamentarische Minister nicht geneigt war, sich vollständig auf meine Seite zu stellen.

Wie ein roter Faden durchzieht die Tendenz der Einschränkung meiner Kompetenzen und geschickten Einstellung des Ministers gegen meine organisatorischen Absichten im Interesse der Organisation das Tagebuch, das über Gespräche mit dem Minister, Äußerungen des Ministeriums und Entwicklungsgeschichtliches der Organisation geführt wurde. Letzten Endes war es ein Zweikampf zwischen Polizeiabteilung und Polizeibefehlsstelle, bei dem erstere Siegerin blieb durch die Entfernung meiner Person aus dem Amt. Der Absicht, die gleichgeordnete Polizeibefehlsstelle in den Kompetenzbereich der Polizeiabteilung ein- bezw. unterzuordnen, stand meine Person hindernd im Wege.

Der Minister war krank. Die Gelegenheit zu persönlicher Aussprache fehlte. Ich befand mich im Urlaub, aus dem ich nur unter bestimmten Voraussetzungen wieder in den Dienst zurückkehren wollte. Falls diese Voraussetzungen nicht gegeben werden konnten oder wollten, hatte ich mein Amt zur Verfügung gestellt.

Vorgänge in Gmünd, die auf Ungeschicklichkeit des Führers der dortigen

Polizeistaffel zurückzuführen waren, wurden von interessierter Seite gegen mich ausgenützt. Eine geschickt angelegte Intrigue entwickelte sich durch einseitige Berichterstattung beim Minister und Ablehnung einer von mir beantragten Untersuchung zu dem Konflikt, infolgedessen der Minister meine Verabschiedung beantragte, nachdem ich den mir nahegelegten freiwilligen Rücktritt abgelehnt hatte. Ich forderte eine Disziplinaruntersuchung gegen mich, die mir aber verweigert wurde, „da ich kein Beamter" sei.

Ich hatte im ganzen Verlauf der Angelegenheit nie die Möglichkeit bekommen, mich zu rechtfertigen gegen die erhobenen Anschuldigungen. Es sollte nicht dazu kommen, da sonst das gegen mich bisher Erreichte nicht aufrecht zu erhalten gewesen wäre.

Da Minister Graf die Kabinettfrage gestellt hatte, auch für den Fall der von mir beantragten Untersuchung, und sein Fraktionskollege Bolz sich ihm anschloß, war die Entscheidung unter dem Druck einer Koalitionskrise verständlich.

Meine 3½jährige Tätigkeit in der Revolution wurde auf solche Art beendet; die Entlassungsverfügung des Ministeriums des Innern, durch die meine Kündigung auf 1. April 1923 und meine sofortige Amtsenthebung ausgesprochen wurde, lautete:

Württ. Ministerium des Innern — Stuttgart den 22. April 1922.
Nr. P. A. 3539.

Mit Genehmigung des Herrn Staatspräsidenten löse ich hiemit durch Kündigung Ihr Dienstverhältnis mit Wirkung vom 1. April 1923 ab. Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches wird Ihnen aus Billigkeitsgründen ein nach den Bestimmungen des Beamtengesetzes aus Ihren Dienstbezügen zu berechnender Ruhegehalt von genanntem Tage ab gewährt, mit der Maßgabe, daß der Ruhegehalt entzogen werden kann, wenn vor Erlöschen des Dienstverhältnisses (31. März 1923) begangene Handlungen bekannt werden sollten, die, wären sie früher bekannt geworden, Dienstentlassung ohne Gewährung eines Ruhegehalts zur Folge gehabt hätten.

Ich entbinde Sie hiemit von den Dienstgeschäften.

(gez.) Graf.

Sofort durch Boten.

Persönlich!

Herrn

Oberpolizeidirektor Hahn

Altes Schloß

Stuttgart.

Nachwort.

In groben Umriſſen verſuchte ich ein Bild meiner Tätigkeit in bewegten Jahren der Revolution zu geben.

Ich war kein bequemer Untergebener. Verantwortungsfreudig habe ich *gehandelt*, wenn es notwendig war; für meine Organiſation ſuchte ich die notwendigen Grundlagen ihres Beſtandes und ihrer Zuverläſſigkeit zu erreichen und zu feſtigen, um dem Staat ein tüchtiges Werkzeug der Macht zu ſchaffen, allezeit bereit und ſchlagfertig, zuverläſſig und treu, die übernommene Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, des Schutzes der Regierung und der Erhaltung des Staates ſo gewährleiſten zu können, wie es das Wohl des Vaterlandes verlangte.

Mein Weg lag in der Mitte, meine Einſtellung nahm ich ohne Rückſicht auf Beifall oder Anerkennung auf das mir geſtellte Ziel, die übernommene Aufgabe zu löſen.

Ob „Revolutionserſcheinung oder Revolutionsemporkömmling", ob „roter Hahn" oder „Reaktionär, Sozi" oder „Revolutionstöter" — ich verſuchte meine Pflicht zu tun als Republikaner aus Verantwortungsgefühl und Vaterlandsliebe

Anlage.

Württ. Kriegsministerium.
Abt. Gen.-Kdo. II a Nr. 3783 P.

Stuttgart, 5. 5. 1910.

Stellenbesetzung der Sicherheitskompagnien.

S.-Batt. I Stuttgart.

Führer: Hauptmann Hyppolitus
Adjutant: Leutnant d. Schießers.

S.-A.	1	Komp.-Führer:	Leutnant Bohr,
S.-A.	2	" "	Feldwebel Seeliug,
S.-A.	18	" "	Offz.-Stv. Schüßler.

S.-Batl. II Stuttgart.

Führer: Major Geiser
Adjutant: Oberleutnant Kölle

S.-A.	20	Komp.-Führer:	Oberwmt Zeiter,
S.-A.	27	" "	Hauptmann Kugel,
S.-A.	29	" "	Leutnant Bausch,
S.-A.	6	" "	Hauptm. Kaufmann

S.-Batl. III Stuttgart.

Führer: Hauptmann Schmidt.
Adjutant: Offz.-Stv. Schüßlerm.

S.-A.	17	Komp.-Führer:	Hauptmann Burr,
S.-A.	16	" "	Oberleutnant Spring,
S.-A.	21	" "	Hauptmann Strölin.

S.-Batl. IV Stuttgart.

Führer: Major Brandt.
Adjutant: Leutnant Geist.

S.-A.	4	Komp.-Führer:	Leutnant Seyferth
S.-A.	3	" "	Feldw. Leutn. Löffler,
S.-A.	19	" "	Hauptmann Wagelin,
S.-A.	6	" "	Hauptmann Kopp
S.-Ers.-Esk.	26	" "	Gilm v. Gaisbausen

S.-Abt. Constatt.

Abt.-Führer: Hauptmann v. Marchtaler
Adjutant: Oberleutnant Pfeil.

S.-Ers.-Batt.		Führer:	Hauptmann Fein,
Genital-Batt.		"	Hauptmann Reisch,
2 M.-G. komp.		"	Hauptmann Weber.

S.-Batl. Ludwigsburg.

Führer: Major Fischer
Adjutant: Leutnant d. R. Sarger

S.-A.	8	Komp.-Führer:	Feldw.-Leutn. Keck,
S.-A.	15	" "	Feldw. Leutn. Hirsching,
S.-A.	59	" "	Hauptmann Steiner,
S.-A.	5	" "	Hauptm. Hartmann.
S.-Ers.-Esk.	25	" "	Rittmeister Klemann.

Art.-Abt. Ludwigsburg.

Führer: Major Hähn.
Adjutant: Oberleutnant Weihmann

S. Sanit.-Batt.		Führer:	Stabsarzt Ritter, Feldw. 29,
S. Sanit.		"	Unt.-Apothekery Feldw. 79
Gefhaus.		"	Zahlm. Krangel, Feldw. 65,
S.-Ken.		"	Hauptmann Berch

S.-Batl. Gmünd.

Führer: Major Frhr. v. Mühlen
Adjutant: Leutnant Kreis

S.-A.	7	Komp.-Führer:	Hauptmann Maurer,
S.-A.	8	" "	Oberleutnant Wörner,
S.-A.	13	" "	Hauptmann Buck.

S.-Batl. Heilbronn.

Führer: Major Heuberger
Adjutant: Leutnant Reniker

S.-A.	11	Komp.-Führer:	Offz. Stv. Mayer,
S.-A.	31	" "	Oberleutnant Ritter.

S.-Batl. Eßlingen.

Führer: Rittmeister Frhr. v. Lindenfels.
Adjutant: Leutnant Brucke

S.-A.	5	Komp.-Führer:	Hauptmann Gaßner,
S.-A.	9	" "	Feldw. Lt. Mayser,
S.-A.	39	" "	Feldw. Lt. Raith

S.-Batl. 1 Ulm.

Führer: Hauptmann Hetzsch.
Adjutant: Oberleutnant Frhr. v. Neubeck.

S.-A.	10	Kp.-Führer:	Offz. Stv. Schopp,
S.-A.	23	" "	Oberleutn. Pfleiderer,
S.-A.	24	" "	Hauptmann v. Steglitz,
S.-A.	28	" "	Hauptm. von Wöhlisch
S. Fuß-Artl.	13	" "	Machtm. Bentinger,
S. Fuß-Artl.	13	" "	Hauptm. Baltmann,
S.-Batt.	Helfa 43	" "	Oberlm. Siebenhaiter,
S.-Ers.-Abt.	M.-A.	" "	Hauptmann Jahn,
S. Pion.-Komp.		" "	Hauptm. Schmid

S.-Batl. II Weingarten.

S.-A.	18	Komp.-Führer:	Leutnant Albrecht,
S.-A.	19	" "	Hauptm. Rackwitz,
S.-A.	33	" "	Hauptm. Kommerl.

J. A. d. S.-A. Württembergs.
Kettner.

Der Kriegsminister:
Herrmann.

Die Bücherserie „Zeitgenössische Memoirenwerke“ steht allen hergestellten und ehemaligen Führern im Staats-, Wirtschafts- und Parteileben ohne Ansehen der Parteien offen. Nahezu alle Parteien werden sich beteiligen. Anmeldungen sind baldmöglichst an den Verlag zu richten. Als erster Band erschien von Staatspräsident a. D. Mitz, Bd. 1 „Von der Monarchie zum Volksstaat“, eine historisch wertvolle Darstellung politischer Vorgänge und Augenblicksbilder aus der Revolution, gesehen von der Warte eines Historikers von Ruf, der 40 Jahre lang parlamentarisch im Reichs- und Landtag (Reuß ä. L., Braunschweig-Bielefeld, Württemberg) tätig war. Von besonderem Interesse sind die Begebenheiten mit Kerensky, Dr. Stresemann, Anthropophysen, die Ausschaltung des Ministerpräsidenten Eisner auf der Konferenz süddeutscher Regierungen 1918 usw. mehr. Bd. 2 ist in Vorbereitung.

Von historischem Werte sind ferner nachfolgende beiden Werke:

Strafstunde, das Wahrzeichen der verlorenen deutschen Westmark. Heinz v. Hoff hat als hervorragender Historiker in fesselnder Weise eine einzigartige Geschichte Straßburgs geschrieben. Wir sind es dem schwer geprüften Grenzdeutschtum schuldig, daß dieses Buch der unvergeßlichen Erinnerungen an Straßburg, sein deutsches Münster, seine Eigenart, in keinem deutschen Hause fehle und insbesondere zur Jugend spricht. — Mit vielen historisch einzigartigen Bildern, Ordz. geh. ℳ 2.20, geb. ℳ 3.75 (nebst Ortszuschlag).

Der Kampf um Oberschlesien. Generalst. a. D. v. Hülsen, ein Führer des deutschen Selbstschutzes, hat diesen tapferen Deutschen ein literarisches Denkmal errichtet. Neben diesen stehenden Abschnitten über die geschichtliche und politische Entwicklung Oberschlesiens, neben Ansichten erregenden Fingerzeigen für die deutsche Ansenpolitik werden hochinteressante militärische Erfahrungen mitgeteilt, sodaß das Buch auch das „Generalstabswerk über Oberschlesien“ genannt wird. — Wie vielen amtlichen Büchern der Zerstörung.

Grundzahl geh. ℳ 2.70, geb. ℳ 3.60 (nebst Ortszuschlag).

Anschließend an die behördlich empfohlene illustrierte **Bildungszeitschrift Empor** zur Hebung der Allgemein- und Berufsbildung erschienen folgende **Emporbücher. Revolutionen und ihre Bedeutung.** Von Sixtemmer, Kassel. Die geschichtliche Darstellung und die historische Entwicklung führender großer Umwälzungen, bisher manchen Schülern zum tieferen Erfassen der Gegenwart und ihrer innerpolitischen Nöte. Der Verfasser schildert kurz und drastisch die französische Revolution des „dritten Standes“ 1789, die Stürme des Liberalismus von 1848 und vergleicht damit die Revolution von 1918 in populärwissenschaftlicher Weise. Ordz. geh. ℳ — 70, geb. ℳ 1.10 (nebst Ortszuschl.)

Der Sozialismus, seine Geschichte und Ziele, wird in überparteilicher Weise vom Studienrat Dr. Hoernecke geschildert. Er bietet damit jedem Gebildeten einen unentbehrlichen kurzen Überblick über die vielgenannte Bewegung. — Im selben Bändchen bezeichnet skizziert derselbe Verfasser einen hochinteressanten Überblick über **Die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat**, wodurch ebenfalls jeder Gebildete herzinnige orientiert sein sollte. Grundzahl geh. ℳ —.85, geb. ℳ 1.40 (nebst Ortszuschlag).

Unter der Fremdherrschaft 1807—1812. Von Oberstlt. a. D. Oerhen. Die lesliche schwere Zeit und der Druck der Franzosen, die auf Deutschland lasten, lenken die Blicke der Gebildeten mehr denn je zurück in frühere Zeiten des Unglücks und des Wiederaufstieges. Das vorliegende Werk wird vielen Deutschen ein Trost sein. Ordz. geh. ℳ — 80, geb. ℳ 1.15.

Weg der neuzeitlichen Kulturentwicklung von Universitätspressefessor Dr. Ludwig Rieß. Der bekannte Berliner Universitätshistoriker hat in neuzeitlicher volkstümlicher Weise einen zu allgemeinen Bildungsunentbehrlichen Überblick über den Werdegang der Kultur der neueren Zeit und über die Werkzeuge der verschiedenen Völker, insbesondere des deutschen, am kulturellen Fortschritt, geschaffen. Die Darstellung ist überaus schön spannend. Geschenkband, Ordz. geh. ℳ 3.80, geb. ℳ 5.30, Halbl. ℳ 6.— (nebst Ortszuschl.).

Unentbehrlich ist heutzutage für Allgemeinbildung und berufliche Betätigung die genaue Kenntnis der Wirtschaftsgrundlagen. Die Universitäts-Prof. Heyde, Heuß und Müller geben deshalb ein leichtverständliches, interessantes **Emporbuch I, 2 heraus: Wirtschaft und Technik**, Geschenkband m. Goldschnitt, Ordz. ℳ 3.—, bisch. ℳ — 70 (n. Ortszuschlag). Einhaltend Arbeiter- und Lohnfragen vom Univ.-Prof. Dr. Heyde (Verwaltungsakademie Berlin), Alte und neue Reichsverfassung in ihrer wirtschaftlichen Tragweite von Dr. Heuß (Deutsche Hochschule für Politik), Grundsätzliches des deutschen Wirtschaftslebens in der Gegenwart von Staatssekretär Dr. A. Müller (o. Prof. d. Universität Berlin).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder den Verlag.
Bergers Literar. Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart, Neckarstr. 44.
Derzeit Teuerungszuschlagsfaktor zu obigen Grundzahlen 400, Zeitzuschlag 25 % (September 1923)

Die Erlebnisse und Taten württembergischer Truppen im Weltkrieg

erscheinen im Sammelwerk

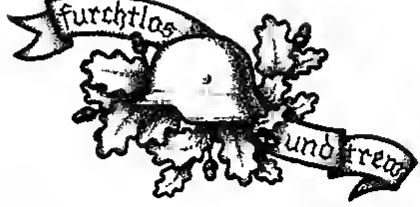
„Württembergs Heer im Weltkrieg"

Überblick über die Hefte des Sammelwerkes.

*1 Entwicklung des württ. Heerwesens.
*2. Die deutsche Oberste Führung im Weltkrieg in ihrer Bedeutung für die württ. Streitkräfte.
3. Die württ. Kommandobehörden: H. G. R. Herzog Albrecht, G. R. XIII, G. R. z. b. V. 64, Württemberger im preußischen Heer (J.-R. 126 usw.), in der Flotte, in den Kolonien und bei den Bundesgenossen
4. 26. J.-D.
5. 27 J.-D.
6. 26 R.-D
7. 54. R.-D
*8. 204. J.-D.
*9. 242 J.-D.
10 243 J.-D.
*11 2. L.-D.
12. 7. L.-D
*13 28 L.-D.
14. Landsturm, Internierungs- und Gefangenen-Bewachungs-Truppen.
15. Fußartillerie.
16. Technische Truppen.
17. Gebirgs- und Sturm-Truppen.
18. Sanitätswesen.
19 Feldverwaltung, Etappe und Ersatzformationen.
20. Statistik, Verluste

Die Hefte erscheinen in zeitlich zwangloser Reihenfolge, je nach Fertigstellung der Bearbeitung.

* Bereits erschienen (Ende 1922), auch einzeln käuflich.



Bergers Literar. Büro und Verlagsanstalt Stuttgart.